

KATHEDERSOZIALISMUS UND WIRTSCHAFTLICHE MACHT

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Hans-Jürgen Scheler
aus Konitz/Westpr.

Berlin 1973

1972
—



Digitized by the Internet Archive
in 2026

KATHEDERSOZIALISMUS UND WIRTSCHAFTLICHE MACHT

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Hans-Jürgen Scheler
aus Konitz/Westpr.

Berlin 1973



Vorsitzender des Fachbereichs: Professor Dr. Gerold Krause-Junk
Referent: Professor Dr. Dr. Dr. h. c. Helmut A.
Korreferent: Professor Dr. Karl C. Thalheim
Tag der mündlichen Prüfung: 15. Juni 1972

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. <u>Einleitung und Grundlegung</u>	5
I. Einleitung	5
II. Problemstellung und Gang der Untersuchung	6
III. Begriffsklärung	13
1. Macht als wirtschaftliches Phänomen	13
2. Der Kathedersozialismus als Richtung der Nationalökonomie	23
B. <u>Die Bedeutung der Macht in den Lehren der Vorläufer des Kathedersozialismus</u>	30
I. Die klassische Nationalökonomie	30
II. Die sozialistischen Auffassungen	37
C. <u>Die Bedeutung der Macht in den Auffassungen des Kathedersozialismus</u>	42
D. <u>Analyse der Macht- und Abhängigkeitsprobleme durch den Kathedersozialismus</u>	49
I. Wirtschaftliche Macht und Arbeitsvertrag	49
1. Analyse der Arbeitsverhältnisse	49
2. Die Beseitigung der Abhängigkeits- verhältnisse auf den Arbeitsmärkten	54
a) Die Bedeutung der Koalitionen	56
b) Die Bedeutung der Existenzsicherung der Arbeiter	68
3. Die Auswirkungen der Arbeiterorganisa- tionen auf die Verteilung des Produk- tionsertrages	73
4. Die Berücksichtigung kathedersozia- listischer Erkenntnisse in der Theorie der Lohnbildung	78
II. Macht oder ökonomisches Gesetz	104

III. Ökonomische Macht und Wettbewerb	132
1. Konkurrenz als Ordnungsprinzip der Volkswirtschaft	132
a) Rolle in der Klassik	132
b) Wettbewerbsauffassung der Kathedersozialisten	134
2. Ursachen und Arten ökonomischer Machtstellungen im Wettbewerb	142
a) Kartelle	144
b) Fusionen	147
c) Abhängigkeiten	150
3. Wirkungen der ökonomischen Macht auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Wettbewerb	157
4. Konkurrenzregulierungen und Kontrolle des Wettbewerbs	169
 Abschließende Bemerkungen	 178
Abkürzungsverzeichnis	183
Literaturverzeichnis	184

A. Einleitung und Grundlegung

I. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit einer Richtung der deutschen Nationalökonomie, die wohl wie kaum eine andere wirtschaftspolitische Auswirkungen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik, gehabt hat, der aber auf der anderen Seite wiederholt der Vorwurf der Theorielosigkeit gemacht worden ist ¹⁾. Allein dieser Vorwurf reichte scheinbar aus, um die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Kathedersozialismus bereits kurze Zeit nach dem "Sieg der Grenznutzenschule" in der Nationalökonomie im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts zu beenden. Es ist erstaunlich festzustellen, daß Arbeiten über das Problem der Macht auf die Kathedersozialisten gar nicht oder nur am Rande eingehen ²⁾, obwohl bei ihnen das Problem der Macht und damit die ökonomische Relevanz von Machtunterschieden im Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung mit der klassischen Nationalökonomie stand. Wenn Galbraith beispielsweise 1952 feststellt, "private economic power is held in check by the countervailing power of those who are subject to it" ³⁾, dann ist dies nur eine Variante dessen, was die Kathedersozialisten bereits vor 100 Jahren erkannt hatten. Im Gegensatz zu Galbraith waren sie jedoch nicht der Ansicht, daß die Bildung von "Gegenschicht" ein sich automatisch vollziehender Vorgang sei ⁴⁾,

1) Vgl. dazu Othmar Spann, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1930²⁰, S.154 f.; F.A. Westphalen, Die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik, Jena 1931; Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil IV, I. Bd., Tübingen (1962) 1965², S.295 f. sowie grundsätzlich dazu: Dieter Lindenlaub, Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik, 2 Bde., Wiesbaden 1967, Bd. 1, S. 99 ff. und die dazu angegebenen Quellen.

2) Vgl. z.B. Friedrich Wieser, Das Gesetz der Macht, Wien 1926, und R. Dolberg, Theorie der Macht, Wien 1934

3) J.K. Galbraith, American Capitalism. The Concept of Countervailing Power, zit. n. Ausg. Harmanworth 1963, S.125 f.

4) Ebenda, S.126, wo es heißt: "Countervailing power is also a self-generating force and this is a matter of great importance."

sondern gewannen aus ihren Bemühungen um eine Gegenmacht-
bildung insbesondere auf den Arbeitsmärkten die Überzeu-
gung, daß es zur Begründung und Absicherung der Gegenmacht
zielgerichteter wirtschaftspolitischer Aktivitäten des
Staates bedarf.

Allein hieraus könnte die Notwendigkeit abgeleitet werden,
sich auch noch nach 100 Jahren mit dem Kathedersozia-
lismus und seiner Haltung zur ökonomischen Macht und den
damit verbundenen Problemen auseinanderzusetzen. Der Zweck
und das Ziel der vorliegenden Untersuchung wäre erreicht,
sofern diese zu einer gerechteren Beurteilung dieser Rich-
tung in der deutschen Nationalökonomie beitragen könnte,
zumindest im Hinblick auf die Behandlung der Probleme
ökonomischer Macht.

Für die Anregung dieser Arbeit, ebenso wie für zahlreiche
Hinweise und wertvolle Hilfe bin ich meinem Lehrer, Herrn
Prof.Dr. Helmut Arndt, besonders dankbar.

II. Problemstellung und Gang der Untersuchung

Die Aufgabe der vorliegenden Arbeit besteht in der Dar-
stellung der Haltung des Kathedersozialismus zu den Pro-
blemen der wirtschaftlichen Macht. In einer Zeit, da die
Probleme des Einsatzes wirtschaftlicher Macht und ihrer
Wirkungen im Wettbewerbsprozeß wieder stärkeres Interesse
gewinnen, z.B. bei der Erarbeitung von Kriterien für eine
Novellierung des geltenden Wettbewerbsrechts in der BRD,
wo jedoch andererseits der Beitrag der genannten Richtung,
speziell ihr Beitrag zur Klärung des Machtproblems in der
Wirtschaft, in der ökonomischen Literatur übergangen wird,
kann eine Rückbesinnung auf die Nationalökonomien, die nicht
nur erkannt haben, daß der Einsatz wirtschaftlicher Macht
zu unerwünschten wirtschaftlichen und sozialen Folgen in
einer Wettbewerbswirtschaft führen kann, sondern auch
Mittel und Wege aufgezeigt haben, diese Probleme wirtschafts-
politisch in den Griff zu bekommen, auch bei unserem heutigen
Erkenntnisstand von Interesse sein. Einmal ist auch in
unserer Gegenwart noch die Existenz ökonomischer

Macht im Wirtschaftsprozeß überhaupt strittig ¹⁾, zum anderen wird geklagt, daß in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur das Phänomen der wirtschaftlichen Macht "sehr viel weniger in umfassender Weise analysiert wurde als die meisten anderen Phänomene" ²⁾, und drittens ermöglicht diese Darstellung dem Verfasser einen Hinweis auf ein grundsätzliches Dilemma unserer Wissenschaft, auf das anschließend eingegangen werden soll.

Die Auseinandersetzung der subjektivistischen Wertlehre mit dem Gedankengut der "jüngeren historischen Schule", beginnend mit dem Methodenstreit zwischen Menger und Schmoller und praktisch beendet mit der Kontroverse zwischen Stolzmann und Böhm-Bawerk wurde in beiden Fällen sowohl nach Auffassung des Neoliberalismus als auch nach heutiger weitgehender Überzeugung mit dem "Sieg" der Grenznutzenschule beendet.³⁾ Diese Auseinandersetzungen fanden jedoch lediglich unter einem Aspekt statt. Vorherrschend war bei Menger, wie auch bei Böhm-Bawerk das Bemühen, der Nationalökonomie eine umfassende theoretische Grundlage zu geben und

1) Vgl. zu unterschiedlichen Auffassungen über die Bedeutung des Machtphänomens in der Wirtschaft Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, (1939) Berlin, Göttingen, Heidelberg 1959⁷, S.197, wo es heißt: "Noch heute fehlt es vielen Nationalökonomern an Blick und Verständnis dafür, wie sehr das wirtschaftliche Geschehen von brutalen Machtkämpfen erfüllt ist. Wer aber nicht die Fähigkeit oder nicht die Kraft besitzt, dies zu sehen,..., versteht die Wirtschaft nicht." Dagegen Muthesius, Geschluckt?, Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M Jg.15(1969), S.214 f., der vom "Aberglauben an das Gespenst der wirtschaftlichen Macht, den Popanz, den Kinderschreck, eine Fiktion" spricht. An anderer Stelle, Das Gespenst der wirtschaftlichen Macht, Frankfurt/M 1960, S.9 spricht er vom "Scheinproblem" der wirtschaftlichen Macht.

2) H.Haller, Die Macht in der Wirtschaft, in: Von der Macht, Hannoversche Beiträge zur politischen Bildung, Bd.2(1962), S.105

3) Vgl. E.Salin, Eberhard Gothein in memoriam, München 1924, S.14, wo er vom "totalen Sieg" über die historische Schule spricht.

gleichzeitig den Nachweis zu führen, daß die gesamte "historische Schule" - und dabei war der Kathedersozialismus eingeschlossen - theoriefeindlich war und somit dieses Gedankengut für die Fortentwicklung unserer Wissenschaft nicht nur wertlos, sondern sogar hinderlich gewesen ist. Über Gustav Schmoller heißt es bei Schneider, er sei derjenige gewesen, der "die deutsche Wirtschaftswissenschaft in verhängnisvoller Weise für mehr als drei Jahrzehnte aus dem überall in der Welt sich machtvoll entfaltenden Strom theoretischen Denkens herausgerissen hat." ¹⁾ Ähnlich urteilt M.J. Bonn, wo Schmoller nicht mehr als Wirtschaftswissenschaftler, sondern als Soziologe und Essayist eingestuft wird, dessen größter Fehler wohl darin besteht, daß er "Relativist" war und seine Schüler lehrte, "alle wirtschaftlichen Probleme als formlose, sich immer wandelnde Phänomene zu betrachten..." ²⁾ Auch Wicksell, der dieser Richtung Einseitigkeit und barsche Herabsetzung ("harshly deprecatory") der theoretischen und systematisierenden Nationalökonomie vorwirft, kommt zu dem Schluß, "..., this school... has hindered and damaged the development of economics, especially in Germany;..." ³⁾

Diesen Urteilen ist gemeinsam, daß sie im Grunde lediglich eine Methodenkritik darstellen und die Auseinandersetzung, auch mit dem Kathedersozialismus, auf die Frage nach der in der Nationalökonomie richtigen Methode reduzieren. Die theoretische Nationalökonomie wird in diesem Sinne zum Instrument der generellen Erkenntnis, wogegen die Methode der historischen Schule lediglich geeignet war, individuelle

1) Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil, I. Bd., Tübingen (1962) 1965², S. 295

2) Vgl. M.J. Bonn, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953, S. 53

3) Knut Wicksell, Ends and Means in Economics, in: Erik Lindahl (Ed.), Selected Papers on Economic Theory, London 1958, S. 61

Erkenntnisse zu vermitteln.¹⁾ Da als ein Ziel der Wirtschaftswissenschaft die Erklärung des "Individuellen" aus dem "Generellen" angesehen wurde, schien die abstrakt-deduktive Methode der Grenznutzentheoretiker die einzig mögliche und damit auch erfolgversprechende Methode zu sein. Was jedoch übersehen wurde, war die Tatsache, daß sich diese Art der theoretischen Nationalökonomie mit jedem Schritt, den sie zu ihrer Vervollkommnung unternahm, immer weiter von der empirischen Wirklichkeit entfernte.²⁾ Den Beweis dieser Feststellung hätte eine über die methodologische Diskussion hinausgehende inhaltliche Auseinandersetzung mit kathedersozialistischen Erkenntnissen erbracht. Diese inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Kathedersozialismus ist jedoch bis heute unterblieben. Die Folgen können an einem Beispiel deutlich gemacht werden.

Nach Böhm-Bawerk besteht die Macht des Monopolisten allein darin, daß er in Abweichung vom Fall der vollkommenen Konkurrenz den Preis seines Produktes nach der Gleichung Grenzerlös gleich Grenzkosten bei Unterstellung von Gewinnmaximierung festlegen kann.³⁾ Diese Aussage leitet sich aus der Darstellung der Monopolpreisbildung von Cournot ab⁴⁾, die auch heute noch als Erklärung monopolistischen Verhaltens benutzt wird. Im Gegensatz dazu haben Beobachtungen der wirt-

1) Vgl. Carl Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere, Wien 1883

2) Vgl. W. Eucken, a.a.o., S. 31

3) Vgl. Eugen v. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 23 (1914), S. 216 f.

4) Vgl. Augustin Cournot, Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses, Paris 1838, dtsh. v. W.G. Waffenschmidt, Untersuchungen über die mathematischen Grundlagen der Theorie des Reichtums, Jena 1928, (Bd. 24, Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, hrsg. v. H. Waentig), bes. Kap.V

schaftlichen Wirklichkeit bereits vor der Jahrhundertwende ergeben, daß sich damit die Macht eines Monopols keineswegs erschöpft. Schon 1894 hat Bücher darauf hingewiesen, daß auf monopolisierten Märkten die Gefahr besteht, daß sich die Bedarfsdeckung für den Konsumenten durch die Einschränkung der "Menge der Warensorten und Qualitäten" verschlechtern kann. Die Qualität der Güter wird herabgesetzt, Kostensenkungen aufgrund von technischen Fortschritten werden nicht an die Konsumenten weitergegeben.¹⁾

Hieraus wird deutlich: Das Cournot'sche Modellmonopol ist keineswegs geeignet, wie von Böhm-Bawerk unterstellt, alle Machtprobleme, die mit dem Monopol verknüpft sind, zu verdeutlichen. Dies wäre jedoch kein relevanter Nachteil dieses Modells, sofern man sich dessen bewußt ist. Bedeutsam wird dieser Nachteil des Modelles erst dann, wenn er nicht gesehen oder von ihm abstrahiert wird. Eucken hat z.B. in Verkennung dieser Tatsache und unter Identifizierung von Modell und Wirklichkeit vorgeschlagen, daß u.a. die Aufgabe eines Monopolamtes darin besteht, auf monopolistischen Märkten die Preise so festzulegen, daß Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht sind und der Preis den Kosten der zuletzt ausgebrachten Einheit entspricht. Außerdem soll dieses Amt, um Rationalisierungen des Produktionsapparates zu initiieren, die Preise von Zeit zu Zeit herabsetzen.²⁾

Von allen Schwierigkeiten abgesehen, die sich einem Monopolamt mit einer derartigen Aufgabenstellung in der Praxis stellen würden, bleibt hier zu fragen:

1. Wo haben hier die Erkenntnisse des Katheder-sozialismus, daß Monopole neben Preiswirkungen auch Auswirkungen auf die Qualität der Güter

1) Vgl. Karl Bücher, Die wirtschaftlichen Kartelle, Schr.V.f.Sp., Bd.61 (1895), S.145, S.148, S.150

2) Vgl. W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. E. Eucken und K.P. Hensel, Bern, Tübingen 1952, S. 297

und die Produktdifferenzierung haben, Eingang gefunden ?

2. Warum haben sich diese Erkenntnisse nicht in einer Ergänzung bzw. Revision der Monopoltheorie in der Grenznutzenschule oder im Neoliberalismus niedergeschlagen?

Damit wird das oben angesprochene "Dilemma" der Nationalökonomie deutlich. Eine kontinuierliche Fortentwicklung des Erkenntnisstandes ist nicht zu verzeichnen.

Das wird im weiteren Verlauf der Darstellung auch an anderen Punkten verdeutlicht werden. In der Nationalökonomie, so wie sie sich im historischen Abriß darstellt, gibt es eine Vielzahl von "Schulen", die sich streng voneinander abgrenzen und über ihre methodologischen Unterschiede das eigentliche Ziel aus dem Auge verlieren, die Erklärung der wirtschaftlichen Vorgänge in der Wirklichkeit.¹⁾ Besonders seit der durch Menger erfolgten Spaltung in eine theoretische und eine historische Nationalökonomie wird dieser Sachverhalt deutlich. Die Folge dieser Spaltung mußte sein, daß viele Probleme ungelöst zu Boden fielen. Das gilt speziell für das Machtproblem.²⁾ Die von den Kathedersozialisten aufgezeigten Ansätze zur Integrierung der wirtschaftlichen Macht in die Nationalökonomie wurden von der Grenznutzenschule weder aufgenommen noch weiterentwickelt. Von der gesamten Grenznutzenschule in der Menger'schen und Böhm-Bawerk'schen Prägung ist nur eine Aufgabe der Nationalökonomie gelöst worden: die Erstellung einer reinen Theorie, die mit dem Mittel der auf vereinfachenden Annahmen beruhenden Modelle versucht, sich über die komplexe wirtschaftliche Wirklichkeit einen Überblick zu verschaffen. Für die Erweiterung dieser Theorie

1) Das meinte wohl auch Eucken, als er feststellte: "Gerade die Nationalökonomie leidet daran, (an Wirklichkeitsblindheit oder Wirklichkeitsangst, H.S.), da man immer wieder ihren wahren Ausgangspunkt, die alltägliche Erfahrung und deren Probleme, nicht sieht." Die Grundlagen..., a.a.O., S. 243

2) Vgl. W.Eucken, Die Grundlagen..., a.a.O., S. 32

um das Phänomen der wirtschaftlichen Macht haben die Kathedersozialisten Vorarbeit geleistet. Dieses zu zeigen, ist ein weiteres Anliegen der Untersuchung. Erst wenn in unserer Wissenschaft unbestritten ist, daß es notwendig ist, die Prämissen der Modelle der reinen Theorie "mit den Bedingungen aktueller oder möglicher Erfahrungen zu konfrontieren,"¹⁾ wird die zweite Aufgabe der Nationalökonomie einer Lösung zugeführt. Erst aus dieser Gegenüberstellung lassen sich nämlich letztlich Erkenntnisse gewinnen, "die nicht nur logisch richtig, sondern auch ökonomisch relevant sind."²⁾ Die Kathedersozialisten haben sich an die Lösung dieser "zweiten Aufgabe" gemacht.

Um dieses deutlich werden zu lassen, soll nach einer Bestimmung des Begriffes der wirtschaftlichen Macht und einer Abgrenzung des Kathedersozialismus als eigenständige Schule der deutschen Nationalökonomie untersucht werden, in welchem Umfang das Problem der wirtschaftlichen Macht von den "Schulen" aufgegriffen worden ist, die in ihrer Entstehung vor der des Kathedersozialismus datieren. Nur dieser Vergleich ermöglicht es, zu zeigen, wo die originären Ansätze der in dieser Arbeit zu behandelnden "Richtung" liegen. Die Darstellung wird sich in diesem Teil vor allem auf die Ergebnisse der klassischen Nationalökonomie und der des wissenschaftlichen Sozialismus beschränken.

In der daran anschließenden Darstellung wird, ausgehend von einer Prämissen- und Methodenkritik, vor allem der klassischen Auffassung als der zu dieser Zeit "herrschenden Lehre", die eigenständige Leistung des Kathedersozialismus zu den Problemen der wirtschaftlichen Macht behandelt

1) Helmut Arndt, The Ricardian Vice, in: Otto Stammer, Karl C. Thalheim (Hrsg.), Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, Berlin 1960, S. 46 f.

2) Ebenda, S.47

werden. Der Schwerpunkt der Ausführungen liegt dabei, wie es auch dem Kathedersozialistischem Wirken entspricht, auf dem Themenkomplex "Macht und Arbeitsvertrag". Durch die Konfrontierung kathedersozialistischer Auffassungen mit den Darstellungen von Grenznutzentheoretikern zu dem Problem der Arbeitsangebotskurve auf unorganisierten und organisierten Arbeitsmärkten wird ein weiterer Gesichtspunkt zu der oben angeführten "Dilemmathese" in die Betrachtung einbezogen. Da der Kathedersozialismus der eigentliche Urheber der Kontroverse zwischen Böhm-Bawerk und Stolzmann war, wird diese Diskussion unter der von Böhm-Bawerk gewählten Alternative "Macht oder ökonomisches Gesetz" auf dem aufgezeigten Hintergrund in einem weiteren Abschnitt kritisch behandelt.

In dem letzten Teil der vorliegenden Untersuchung wird die ökonomische Macht unter wettbewerblichem Aspekt analysiert. Dabei wird deutlich werden, daß sich die Kathedersozialisten zwar über die Ursachen und Wirkungen ökonomischer Macht im Wettbewerb einig waren, jedoch bestand in den Auffassungen hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Kontrolle und Regulierung des Wettbewerbs eine Reihe von Unterschieden. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse beschließt die Untersuchung.

III. Begriffsklärung

1. Macht als wirtschaftliches Phänomen

Obwohl die Kathedersozialisten die Probleme des Machtungleichgewichts in der Wirtschaft zum Ausgangspunkt der von ihnen geforderten Wirtschaftspolitik machten, gibt es aus dieser Richtung keine explizit formulierte Machtdefinition. Um das Problem der wirtschaftlichen Macht auch begrifflich, nicht nur inhaltlich, umreißen zu können, ist es notwendig, einen praktikablen Begriff

der wirtschaftlichen Macht an den Beginn dieser Ausführungen zu stellen.

Es soll dabei ein Weg beschritten werden, der eine allgemeine - also nicht nur für ökonomische Sachverhalte geltende - Machtdefinition an den Anfang stellt. Im weiteren Verlauf soll diese noch sehr weite Definition durch Elemente anderer Definitionen, die speziell die ökonomische Macht betreffen, verengt werden.

Die wohl umfassendste und vielleicht deswegen auch in ihrer Relevanz für ökonomische Tatbestände oft unterschätzte Definition stammt von Max Weber. Nach Weber bedeutet Macht "jede Chance innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht."¹⁾ Ähnliche Machtdefinitionen finden sich bei Herzfelder²⁾, Machlup³⁾, Russel⁴⁾, Scheler⁵⁾ und Takata⁶⁾.

-
- 1) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 1. Halbbd., Köln, Berlin 1964, S. 38
 - 2) Bei Felix Herzfelder, Gewalt und Recht: Eine Untersuchung über den Begriff des Gewaltverhältnisses, München 1890, S. 36, ist Macht die Möglichkeit "seinen Willen (in mehr oder minder oder gar nicht begrenztem Umfange) auf ein lebendes oder lebloses Objekt, somit auf Menschen oder Sachen, einwirken zu lassen,...".
 - 3) Fritz Machlup, The Political Economy of Monopoly, Baltimore 1952, p. 104: "Domination...exists if a firm has the power to unpose its will upon others in the pricing and marketing of their products and services...".
 - 4) Bertrand Russel, Power, A New Social Analysis, London 1946, p. 35: "Power may be defined as the production of intended effects".
 - 5) Max Scheler, Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik, (1916) Halle/S. 1927³, S. 241: "Macht hat am meisten derjenige in irgendeiner Hinsicht, der am w e n i g s t e n der Gewalt bedarf, um seinen Willen gegenüber anderen Wesen zur Durchführung zu bringen."
 - 6) Yasuma Takata, Die Rolle des Machtfaktors in der Zins-theorie, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 6 (1935), S. 610: Soziale Macht "ist die Möglichkeit und Fähigkeit, den Willen anderer durch den eigenen Willen zu bestimmen."

Für Weber war diese Definition Ausgangspunkt zur Entwicklung seiner Herrschaftstypen und seiner Soziologie der Herrschaft. Da das Erkenntnisobjekt Webers nicht ein speziell wirtschaftliches war, grenzte er den Begriff 'Macht' durch soziologische Kategorien, nämlich Herrschaft und Disziplin, ab.¹⁾ Für den wirtschaftlichen Bereich ist eine solche Abgrenzung weniger sinnvoll, denn Befehlsfügsamkeit, der Herrschaft eigentümlich, und Massengehorsam, dem Begriff der Disziplin zugeordnet, sind im ökonomischen Bereich zur Erklärung des Machtphänomens kaum relevant. Dennoch können große Teile der Weber'schen Definition zur Erklärung der wirtschaftlichen Macht verwendet werden. Dazu ist es jedoch notwendig festzustellen,

1. welche Elemente dieser Definition verwendbar sind,
2. welchen Sinngehalt sie für die Anwendung auf ökonomische Tatbestände haben müssen und
3. welche Abgrenzung zu anderen Begriffen notwendig ist.

Das erste Element dieser Definition, die soziale Beziehung, ist auch für eine Definition der ökonomischen Macht relevant, denn auch 'wirtschaften' vollzieht sich in einer sozialen Beziehung, nämlich dann, wenn es ein "aufeinander gegenseitig eingestelltes und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer ausmacht". Das ist der Fall, wenn Inhalt des Wirtschaftens Marktaustausch ist oder das Wirtschaften als ökonomische Konkurrenz gesehen wird. Wesentlich ist, daß mindestens zwei Wirtschaftssubjekte vorhanden sind, deren Handeln aufeinander bezogen ist. Dabei spielt es keine Rolle, "ob 'Solidarität' der Handelnden besteht oder das gerade Gegenteil" ²⁾.

Robinsons "Wirtschaften" im Sinne der eigenen Bedarfs-

1) M. Weber, a.a.O., S.38f.

2) Ebenda, S.19

deckung findet in keiner sozialen Beziehung statt. In einer solchen 'Wirtschaft' gibt es somit auch keinerlei Machtprobleme. Ein konstituierendes Element für das Auftreten wirtschaftlicher Macht ist somit immer die Existenz einer sozialen Beziehung, so wie sie z. B. zwischen den Wirtschaftssubjekten in einer Konkurrenzwirtschaft besteht.

Das zweite Element der Weber'schen Machtdefinition ist die "Chance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen". Ökonomisch entscheidend ist, daß unter 'Chance' nicht nur die subjektive Absicht verstanden wird, seinen Willen durchzusetzen, sondern daß objektiv Voraussetzungen gegeben sind, die die Wahrscheinlichkeit mit sich führen, daß dieser Wille auch durchsetzbar ist¹⁾. Dieses Merkmal des "wirklich Durchsetzbaren" ist gerade für das Machtphänomen aus der Sicht der Kathedersozialisten entscheidend gewesen, denn im Gegensatz z. B. zu den Theoretikern der Grenznutzenschule haben sich die Kathedersozialisten nicht nur abstrakt-theoretisch mit der ökonomischen Macht an sich auseinandergesetzt, sondern mit Problemen der wirtschaftlichen Macht aus dem Bereich des empirisch Gegebenen, u. a. verursacht durch eine ungleichgewichtige Machtverteilung, konkret also mit dem Problem der Übermacht. Die Verelendung und die relative Machtlosigkeit des Industrieproletariats in dieser Zeit ist eindeutig nur aus den Machtdiskrepanzen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu erklären. Hieraus läßt sich eines ableiten: Bei der Betrachtung des Machtphänomens in der Wirtschaft kann es nicht darauf ankommen festzustellen, wer überhaupt Macht hat, sondern entscheidend ist, wer Macht über wen hat, ob und wie er diese

¹⁾ Vgl. auch W. E. Mühlmann, Aspekte einer Soziologie der Macht, in: Archiv f. Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. XL (1952/53), S. 89

Macht benutzt.

In der der Betrachtung zugrundeliegenden wirtschaftlichen Ordnung, der Marktwirtschaft, gilt für die Erfassung der Machtverhältnisse: Sie sind zum Zeitpunkt der Erfassung irreversibel, asymmetrisch und bieten daher dem Mächtigen objektiv die Voraussetzungen, seinen "Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen".

Von diesem Standpunkt her ist auch die Argumentation Dolbergs wenig ergiebig, der davon ausgeht, daß "für die Mathematik auch der winzigste Bruch eine 'Größe', ... für die Nationalökonomie auch der armseligste Sparpfennig ein 'Kapital', ein Stück 'Vermögen'" ist, und dann fortfährt: "Daß nur ein 'Mehr' an Macht, eine 'Übermacht' Macht sein soll, ist mit jedem gedanklichen Weiterspinnen unvereinbar. Hat nach dieser Auffassung A Übermacht über B, dann hätte B keine Macht, es hätte also für niemanden Sinn, sich mit B gegen A zu verbinden ..."¹⁾

Unter formalem Aspekt hat Dolberg sicherlich recht. Sofern er jedoch, wie auch viele andere "Begriffsnationalökomen"²⁾, über eine Begriffsanalyse zum Wesen der wirtschaftlichen Macht vordringen will, muß er scheitern. Dies kann an dem von ihm selbst gewählten Beispiel verdeutlicht werden:

1. Ökonomisch relevant sind die Wirkungen der Macht. Diese ergeben sich jedoch aus einem "Mehr an Macht" auf der einen Seite. Haben zwei Konkurrenten z. B. die gleiche Kapitalausstattung, dann wird keiner von ihnen aufgrund dieses Faktors, obwohl er bei Unterschiedlichkeit machtbegründend sein kann, im Wettbewerb Vorteile erzielen. Formal könnte festgestellt werden, beide Konkurrenten

¹⁾ R. Dolberg, Theorie der Macht, Wien 1934, S. 122

²⁾ Vgl. zum Begriff W. Eucken, Die Grundlagen ..., a. a. O., S. 27.

hätten gleiche Macht. Dies hilft in der Analyse jedoch nicht weiter. Entscheidend wird das Machtproblem erst dann, wenn keine Machtgleichverteilung vorliegt, wenn ein Unternehmer z. B. über eine höhere Liquidität, über bessere Kreditmöglichkeiten verfügt und dadurch z.B. seinen Konkurrenten in einem Anpassungsprozeß zum Ausscheiden zwingen kann.

2. Kongruent dazu läßt sich Dolbergs Beispiel interpretieren. Trotzdem A Übermacht über B hat, kann es sinnvoll für B sein, mit C zu koalieren, nämlich dann, wenn C mindestens so viel Macht hat, daß die Macht von B und C wenigstens gleich der Macht von A wäre. Gewerkschaften wie auch andere Koalitionen beweisen diesen Zusammenhang.

Damit wird deutlich: Für die Analyse ökonomischer Macht sind die Folgen entscheidend, die sich aus Machtdifferenzen ergeben. Relevant ist nicht die formale Feststellung, daß, sofern Macht mit Übermacht begrifflich identifiziert wird, der eine Teil innerhalb einer sozialen Beziehung keine Macht hat, sondern die inhaltliche Feststellung, daß Übermacht des einen Teils lediglich eine relative Machtlosigkeit des anderen Teils bedeutet. Diesen relevanten Unterschied hat Dolberg jedoch nicht gesehen.

Wie wichtig die Feststellung des Zusammenhanges "Macht - Übermacht" ist und zu welchen Konsequenzen Nationalökonomien gelangen, die ihn nicht berücksichtigen, kann auch an Überlegungen Landauers verdeutlicht werden. Landauer geht in seiner Machtanalyse davon aus, daß sich ökonomische Macht in allen Tauschvorgängen und dort auf beiden Seiten zeigt¹⁾. Entscheidend für die Identifizierung der Macht ist bei ihm die Tatsache, daß jeder Tauschpartner ein Gut be-

1) Vgl. Carl Landauer, Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1923, bes. S. 31 f.

sitzt, welches der andere Teil für sich erwerben will. Der Tausch kann nur dann realisiert werden, wenn beide Seiten zu einem Konsens gelangen. Bleibt dieser aus, so hat jeder Tauschpartner die Möglichkeit, dem anderen den "Zugriff zu verwehren, bis er ihm die Gegenleistung bewilligt".¹⁾ Beispielshaft stellt Landauer diese Vorgänge und seine Auffassung von wirtschaftlicher Macht am Abschluß des Arbeitsvertrages dar. Da gerade im weiteren Verlauf die Machtverhältnisse auf den Arbeitsmärkten einen Schwerpunkt dieser Untersuchung darstellen, soll auf die Wiedergabe des Landauer'schen Beispiels nicht verzichtet werden.

Über die Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt heißt es bei Landauer: "Ausdrücklich ist zu betonen, daß jeder freie Arbeiter ... eine Machtstellung innehat, auch dann, wenn er nicht organisiert ist. Er kann dem Streben nach Erlangung der Arbeitskraft eine bestimmte Lohnforderung entgegenstellen mit dem Erfolg, daß der Unternehmer die Bezahlung dieses Lohnes als kleineres Übel wählt. Dieses Übel mag sehr klein, d. h. der verlangte Lohn mag sehr niedrig, die Macht des Arbeiters also sehr gering sein und einer viel größeren Macht des Arbeitgebers gegenüberstehen, aber es ist doch eben Macht; der Unternehmer muß ein Opfer bringen, er fährt weniger günstig, als er fahren würde, wenn der Arbeiter nicht in der Lage wäre, ihm irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen."²⁾ Damit wird der Lohn generell, ob es sich um das physiologische Existenzminimum eines unorganisierten Arbeiters in der Phase des Frühkapitalismus oder um den eines gewerkschaftlich organisierten Arbeiters in unserer heutigen Zeit handelt, als Ausfluß einer existenten Machtstellung des Arbeiters angesehen. Mit gleichem Recht und in gleicher Konsequenz hinsichtlich

1) Vgl. Carl Landauer, a. a. O., S. 31 f.

2) Ebenda, S. 31

der Verdeckung und Verkennung der damit verbundenen Probleme könnte argumentiert werden, daß der Sklave seinen Unterhalt vom Halter dadurch erzwingt, daß er ihm gegenüber eine Machtstellung derart besäße, als daß sein Tod bei Nichternährung dem Sklavenhalter einen Verlust zufügt. Es wäre sogar die Konsequenz dieser Auffassung, daß der rechtlich und ökonomisch unfreie Sklave eine größere Macht hätte, als der rechtlich freie, aber ökonomisch abhängige Arbeiter, denn der Unternehmer erleidet durch das Verhungern des Arbeiters unter den zur Zeit des Frühkapitalismus herrschenden Bedingungen keinen Verlust. Landauer erkennt die Wirklichkeit, wenn er unterstellt, der "freie" Arbeiter hätte die Möglichkeit, das Arbeitsangebot des Arbeitgebers bei einer für ihn unbefriedigenden Lohnhöhe abzulehnen. Im Grenzfall, vor allem in Krisenzeiten, konnte eine solche Ablehnung das Verhungern bedeuten. Ökonomisch relevant kann somit nicht die Feststellung sein, daß z. B. der Lohn Ausfluß einer Machtstellung des Arbeiters ist, sondern bedeutsam ist die Tatsache, daß die unter bestimmten Bedingungen existierende Übermacht des einen Teils - und nur diese - Auswirkungen für den schwächeren Marktpartner hat. Diese Wirkungen werden jedoch nicht dadurch deutlich, daß formal festgestellt wird, "die Macht des Arbeiters (mag) also sehr gering sein und einer viel größeren Macht des Arbeitgebers gegenüberstehen, aber es ist doch eben Macht." Auch an diesem Beispiel läßt sich erkennen, daß ökonomische Macht stets als Übermacht gesehen werden muß, sofern Machtwirkungen analysiert werden sollen.

Die "Chance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen", kann nach diesen Ausführungen nur bedeuten, daß nicht das subjektive Wollen oder die damit verbundene Absicht ökonomisch entscheidend ist, sondern ursächlich für

das Wirken ökonomischer Macht ist das Vermögen, den eigenen Willen auch durchzusetzen. Nicht desjenigen Macht ist wirtschaftlich relevant, der dem Willen eines anderen Widerstand entgegensetzen kann, sondern entscheidend ist, wessen Wille sich durchsetzt. Darüber entscheidet jedoch das auf objektiven und subjektiven Voraussetzungen gegründete Durchsetzungsvermögen. Aus diesen Gründen heraus definiert auch Honegger Macht als Übermacht. "Lediglich dann besitzt jemand Macht im wahren Sinne des Wortes, wenn er ein Mehr an Macht, also Übermacht besitzt."¹⁾ Ebenso verfährt Sambach, wenngleich er diesen Zusammenhang auch nur implizit verdeutlicht, da er bei seiner Machtdefinition auf die "unterschiedlichen Werte der in der betrachteten Situation relevanten objektiven und/oder subjektiven Faktoren" abstellt.²⁾

Der dritte und letzte Teil der Weber'schen Definition, gleichviel worauf diese Chance beruht, kann in seiner ursprünglichen Bedeutung bei Weber für das Phänomen der wirtschaftlichen Macht nicht übernommen werden. Es ist hierbei eine genaue Abrenzung notwendig. Bei Weber umfaßt die 'Chance, sich durchzusetzen' neben dem Kampf mit 'friedlichen' Mitteln³⁾, der als 'Konkurrenz' gekennzeichnet wird, auch andere Formen des Kampfes⁴⁾. Für die Betrachtung der wirtschaftlichen Macht kommen jedoch nur soziale Beziehungen in Betracht, in denen friedliche Kampfmittel angewendet werden und die von Weber als "geregelter Konkurrenz" beschrieben werden. "'Gere-

1) H. Honegger, Der Machtgedanke und das Produktionsproblem, Schmollers Jahrbuch, 49. Jg.(1925), S. 536

2) E. Sambach, Untersuchungen zum Problem der wirtschaftlichen Macht, (Diss.) Frankfurt/M. 1960, S. 58

3) "'Friedliche' Kampfmittel sollen solche heißen, welche nicht in aktueller physischer Gewaltsamkeit bestehen", M. Weber, a. a. O., S. 27

4) Ebenda, S. 27 f.

gelte Konkurrenz' soll eine Konkurrenz insoweit heißen, als sie in Zielen und Mitteln sich an einer Ordnung orientiert."¹⁾ Charakteristische Elemente dieser Ordnung, der Marktwirtschaft, die unserer Untersuchung unterstellt ist, sind neben dem Wettbewerb die Vertragsfreiheit und das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Im Gegensatz zu sozialistischen Gesellschaften, wo mit der Gesellschaft gehörenden Produktionsgütern Leistungen erstellt werden und die Verteilung sich nicht daran orientiert, was die erstellte Leistung für die Gesellschaft bedeutet, vollzieht sich die Verteilung in den Marktwirtschaften "nach Maßgabe der Nutzbedeutung von Gütern und Leistungen."²⁾ Unter 'wirtschaftlicher Macht' in einer derart gekennzeichneten Ordnung kann demnach nicht jede Macht verstanden werden, "die ihren Inhaber in die Lage versetzt, wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, denn das würde auch auf die Position des Straßenräubers, Sklavenjägers usw. zutreffen."³⁾ Notwendiger Bestandteil der Ausübung wirtschaftlicher Macht ist somit immer das Angebot einer Gegenleistung. Wirtschaftliche Macht realisiert sich demnach in einer sozialen Beziehung, die als wirtschaftliche Konkurrenz gekennzeichnet werden kann. Die Chance, sich durchzusetzen, beruht auf friedlichen Kampfmitteln und schließt die Gewährung einer Gegenleistung für eine empfangene Leistung ein. Somit kann definiert werden:

Wirtschaftliche Macht bedeutet innerhalb der wirtschaftlichen Konkurrenz jede Chance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, soweit diese Chance auf der Anwendung friedlicher Kampfmittel beruht und die Gewährung

1) M. Weber, a. a. O., S. 27

2) C. Landauer, a. a. O., S. 11

3) Ebenda, S. 10

einer Gegenleistung für eine gewährte Leistung nicht ausschließt.

2. Der Kathedersozialismus als Richtung der National- ökonomie

Der Begriff 'Kathedersozialismus', dessen Vertreter dogmengeschichtlich teilweise auch als 'jüngere historische Schule' bezeichnet werden, wurde von H. B. Oppenheim¹⁾ geprägt, der damit in teils ironisierender, teils diffamierender Absicht eine nationalökonomische Richtung kennzeichnete, die im Anschluß an die 'ältere historische Schule'²⁾ seit etwa 1865 bis zum Beginn des I. Weltkrieges in entscheidender Weise die deutsche Nationalökonomie prägte und entwickelte. Da zu den "Kathedersozialisten" in der überwiegenden Mehrzahl Hochschullehrer gehörten, stellte Adolph Wagner fest, daß diese Bewegung "ganz speziell eine deutsche-universitäre ist und an den deutschen Universitäten von besonderer Bedeutung wurde".³⁾ Wagner lehnt es jedoch ab, von einer "einheitliche(n) wissenschaftliche(n) Richtung" zu sprechen, denn dazu habe sie "nicht genügend Gemeinsames, nicht genug Dogmatisches, das doch in jeder Richtung als Kern stecken muß."⁴⁾ Die Ausprägung der unterschiedlichen Standpunkte sieht Wagner vor allem in den voneinander abweichenden Stellungnahmen der Kathedersozialisten in der Methodenfrage. Darüber hinaus gäbe es jedoch auch unterschiedliche Standpunkte in praktischen Fragen, z. B. in der Diskussion

1) Vgl. H. B. Oppenheim, zuerst in: Manchester-Schule und Kathedersozialismus, National-Zeitung v. 17. 12. 1871, später wiederabgedruckt in: Der Katheder-Sozialismus, Berlin 1872, S. 33 ff.

2) Die Hauptvertreter dieser Richtung sind Wilhelm Roscher, Bruno Hildebrand und Karl Knies.

3) A. Wagner, Die Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus, Berlin 1912, S. 10

4) Ebenda, S. 13

Schutzzölle - Freihandel, ebenso wie es Anhänger der Golddeckung neben Bimetallisten gäbe. Grundsätzlich gäbe es wohl keine wichtige oder unwichtige Frage, in der die Kathedersozialisten nicht verschieden denken. Wagner schließt seine Ausführungen mit der Feststellung; "Eben deswegen sollte wenigstens ein Theoretiker niemals den 'Kathedersozialismus' als eine 'Richtung' bezeichnen. Das ist er nicht. Kathedersozialismus ist nur ein spöttelnder Sammelname, der von unseren Gegnern aufgebracht worden ist, um alle Gegner des freiwirtschaftlichen Systems zusammenzufassen."¹⁾

Für den heutigen Betrachter stellt sich eine Charakterisierung dieser 'Richtung' jedoch anders dar. Sicher gab es unter den Kathedersozialisten abweichende Meinungen in Tagesfragen, es gab auch starke Meinungsverschiedenheiten in der Methodenfrage. Gerade letztere hat in der national-ökonomischen Literatur einen starken Niederschlag gefunden.²⁾ Was den Kathedersozialismus jedoch einte und ihn darum auch als "Richtung" faßbar macht, war erstens sein Aufgreifen der "sozialen Frage" und die Forderung einer Sozialreform, wenngleich auch hier wieder über die Möglichkeiten der Lösung der damit verbundenen Probleme unterschiedliche Auffassungen bestanden. Zweitens war für ihn die Kritik seiner Vertreter an den Auffassungen des Manchestertums kennzeichnend, das in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die wirtschaftspolitische Meinungsbildung beherrschte. Beide Anliegen fanden ihren sichtbaren Ausdruck und ihre organisierte Plattform in der Gründung des Vereins für Socialpolitik, die auf die

1) A. Wagner, a. a. O., S. 13 f.

2) Vgl. zum Methodenstreit zwischen Schmoller und Menger: C. Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere, Wien 1883; G. Schmoller, Zur Methodologie der Staats- und Sozialwissenschaften, in: Schmollers Jahrbuch, Jg. 7 (1883), S. 239 ff.; C. Menger, Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien 1884; Reginald Hansen, Der Methodenstreit zwischen Schmoller und Menger, (Diss) Köln 1967 mit der angegebenen Literatur; zwischen Wagner und Schmoller vgl. Dieter Lindenlaub, a. a. O., S. 110 ff. mit den angegebenen Quellen.

Tagung 1872 in Eisenach zurückgeht¹⁾. Drittens,- und das hat die größte Bedeutung für die Behandlung unseres Themas -, war es die Haltung des Kathedersozialismus zu dem Problem der wirtschaftlichen Macht, die ihn als selbstständige Richtung der deutschen Nationalökonomie ausweist. Gerade die Beschäftigung mit den sozialen Problemen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bot den Anlaß, sich mit den naturgesetzlichen Verteilungstheorien der englischen Klassiker auseinanderzusetzen. Die Kathedersozialisten gewannen dabei die Einsicht, daß sich die Verteilung des Wohlstandes einer Nation keineswegs nach dem unterstellten Prinzip der Leistung vollzog, sondern vielmehr ein Ergebnis der Machtverhältnisse war: Das von ihnen aus ethischen Motiven formulierte Ziel einer gerechteren Verteilung war somit nur über einen Ausgleich der bestehenden Machtunterschiede erreichbar und führte zur Einbeziehung der wirtschaftlichen Macht in die nationalökonomische Theorie. Ohne den Ergebnissen der Untersuchung vorzugreifen, kann festgestellt werden, daß es der Kathedersozialismus war, der als erste Richtung der deutschen Nationalökonomie das Phänomen der wirtschaftlichen Macht nicht nur in seine Analysen der wirtschaftlichen Verhältnisse einbezog, sondern darüber hinaus auch abweichend von anderen Richtungen, auf nicht-revolutionärem Wege Lösungsmöglichkeiten für die Probleme aufzeigte, die mit der Existenz und dem Einsatz wirtschaftlicher Macht verbunden sind.

Wenn nun Ludwig Mises feststellt, "der Kathedersozialismus ist keine einheitliche Ideologie", im Kathedersozialismus

¹⁾ Vgl. zur Gründung: Gerhard Wittrock, Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872, Historische Studien, Heft 350, Berlin 1939; zur Zielsetzung: Gustav Schönberg, Die deutsche Freihandelsparthei und die Parthei der Eisenacher Versammlung vom Oktober 1872, Zeitschr. ges. Staatswiss., Bd. 29 (1873), S. 493 ff.

finden sich zwei Richtungen: "Die sozialistische (staatssozialistische und statistische) und die syndikalistische (mitunter sozialliberale genannte)"¹⁾, so hätte er eine bessere Charakterisierung des Kathedersozialismus geliefert, als es Wagner zu seiner Zeit aufgrund der Streitigkeiten um damals relevant erscheinende Tagesfragen möglich war, sofern er hinzugefügt hätte, daß sich beide Richtungen wohl in den zu erreichenden Zielen einig waren, jedoch in der Wahl der Mittel, wie diese Ziele erreicht werden könnten, in dem von Mises dargestellten Sinne voneinander abwichen. Gerade diese Unterscheidung gewinnt an Bedeutung, wenn der Kathedersozialismus unter dem Gesichtspunkt seiner Haltung zur wirtschaftlichen Macht untersucht werden soll.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß sich beide "Richtungen" des Kathedersozialismus gegen die um die Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland herrschende Lehre des von Prince-Smith²⁾ mitbegründeten "Manchestertums" wandte, dessen geistige Quellen auf die englischen Klassiker zurückgingen. Sie sahen, ebenso wie die Sozialisten, daß der nach angeblich "naturgesetzlichen" Regeln ablaufende Wirtschaftsprozeß, so wie er von der klassischen Nationalökonomie im Prinzip der freien Konkurrenz dargestellt wurde, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zur Folge hatte, die wiederum die Machtverhältnisse in der Wirtschaft zu Lasten der Schwachen verschlechterten. Sie waren sich weiterhin auch darin einig, daß die Voraussetzungen der wirtschaftlichen Freiheit, so wie sie im Konzept der Klassiker unterstellt waren, in der Realität nicht vorhanden waren. Wichtigste Voraussetzung der freien Konkurrenz waren möglichst gleiche, freie Menschen. Und wie Wagner feststellte, waren die Menschen, die miteinander in Kon-

1) L. Mises, Kritik des Interventionismus, Jena 1929

2) Vgl. dazu John Prince-Smith, Gesammelte Schriften, 3 Bde., Berlin 1877 - 80

kurrenz traten "nicht gleich; sie waren ungleich an geistiger Begabung, an sittlichen Kräften, an Charakterkraft, an Kenntnissen, an Fähigkeiten; sie waren von vornherein ungleich an Vermögensverhältnissen ..." ¹⁾. Ähnlich drückt es Schmoller aus, der feststellt, daß die ältere Nationalökonomie beim Wettbewerb die Fiktion zugrundelegt, "es ständen sich zwei Contrahenten mit gleicher Bildung, gleicher Sachkenntnis und gleich dringendem Bedürfnis" gegenüber. In der Regel, so fügt er hinzu, "steht ein Stärkerer einem Schwächeren, ... ein Reicher einem Armen, ein Sachverständiger einem Laien, einer, der warten kann, einem der Eile hat, ein Kluger einem Dummen gegenüber, und kann dem entsprechend einen größeren Gewinn machen, kann ihn eventuell ausbeuten". ²⁾

Diese kritische Auseinandersetzung mit dem klassischen Gedankengut in der deutschen Nationalökonomie wird flankiert durch die kompromißlose Ablehnung der marxistischen Lehre ³⁾. Im Gegensatz zu der von Marx propagierten notwendigen proletarischen Revolution ⁴⁾, die die Folge der Expropriation der Arbeiter und der Kapitalisten durch die Kapitalisten ist ⁵⁾, vertrauen die Kathedersozialisten

1) A. Wagner, a. a. O., S. 5

2) Gustav Schmoller, Die Natur des Arbeitsvertrages und der Contractbruch, Schr.V.f.Sp., Bd. 7 (1874), S. 93.

3) Für Schmoller waren "die Schriften von Rodbertus, Lassalle und Marx spekulative Ergebnisse der Lektüre von Ricardo und älteren Sozialisten, modifiziert durch die deutsche Philosophie und die Gedanken des politischen Radikalismus der 30er und 40er Jahre."
G. Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Leipzig (1900) 1908, S. 96; Zur Rezeption marxistischer Gedanken bei den Kathedersozialisten und zur Auseinandersetzung mit Rodbertus und Lassalle vgl. D. Lindenlaub, a. a. O., Teil II, S. 272 ff.

4) Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, London 1848, abgedruckt in: Werke von Marx und Engels, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, Bd. 4, S. 472, 474

5) Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Ausgabe des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, Bd. 1, S. 790 f.

auf eine gewaltlose, evolutionäre Lösung der "sozialen Frage", die in erster Linie die Arbeits- und Verteilungsverhältnisse betraf.

Hinsichtlich der Mittel, mit denen die aufgezeigten Machtunterschiede zu beseitigen seien, unterschieden sich jedoch Staatssozialisten und Syndikalisten. Wie auch später noch auszuführen sein wird, wollte jene Richtung, die vor allem durch Adolph Wagner repräsentiert wurde und die von Mises als die staatssozialistische bzw. etatistische bezeichnet wurde, die sozialen Ungerechtigkeiten vor allem dadurch beseitigen, daß sie dem Staat generell eine größere Verantwortlichkeit für die Gestaltung des Wirtschaftslebens zuwies. Dazu gehörte sowohl die Forderung nach einer aktiven staatlichen Konjunkturpolitik zur Vermeidung von wirtschaftlichen Krisen und Arbeitslosigkeit, als auch das Bekenntnis zu einer staatlichen Einkommenspolitik, u. a. durch staatliche Festsetzung der Löhne.¹⁾ Im Gegensatz dazu stellte die Richtung Brentano'scher Prägung, von Mises die syndikalistische genannt, auf die Selbsthilfe der wirtschaftlich Schwächeren ab und forderte vor allem die "Gegenmachtbildung" dieser Gruppen. Voraussetzung dazu war jedoch, daß der Staat jene Rechtsnormen und Strafgesetze beseitigte, die z. B. der Bildung von Arbeiterkoalitionen nach dem Vorbild der englischen Gewerkvereine im Wege standen. Allein hieraus läßt sich bereits ableiten, daß sich beide Richtungen nicht unversöhnlich gegenüberstanden, denn sowohl Staatssozialisten wie auch Syndikalisten vertrauten bei der Erreichung ihrer Ziele auf die Mithilfe des Staates, wenngleich auch das Ausmaß dieser staatlichen Eingriffe von ihnen durchaus unterschiedlich abgegrenzt wurde.

¹⁾ Vgl. Adolph Wagner, Rede über die sociale Frage, gehalten auf der freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer in der Garnisonskirche zu Berlin, Separat-
abdruck aus den "Verhandlungen der kirchlichen Oktober-
versammlung in Berlin", Berlin 1872, S. 32

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird in der Darstellung der Auffassungen jeder dieser beiden Richtungen eine Beschränkung auf die grundsätzlichen unterschiedlichen Standpunkte nötig sein. Von den zahlreichen Vertretern des Kathedersozialismus, zu denen u. a. Brentano, Bücher, Held, Herkner, Knapp, Schmoller, Schönberg, Wagner und Zwiedineck-Südenhorst gehörten, soll das Hauptgewicht auf die Auffassungen von Wagner als Vertreter der staatssozialistischen, von Brentano als Syndikalist und von Schmoller als Vermittler beider Richtungen gelegt werden. Soweit darüberhinaus wichtige Gedankengänge anderer Vertreter zur Aufhellung der Problematik wichtig sind, werden sie selbstverständlich angeführt werden.

B. Die Bedeutung der Macht in den Lehren der Vorläufer des Kathedersozialismus

Der Kathedersozialismus ist - auch in seiner Haltung zur wirtschaftlichen Macht - geprägt worden durch die Auseinandersetzung mit dem "klassischen" nationalökonomischen Gedankengut und mit dem der sozialistischen Ökonomen.¹⁾

Um das Neue, das Abweichende in den Auffassungen der Kathedersozialisten deutlich machen zu können, ist es notwendig, die Grundzüge beider Richtungen in Kürze darzustellen. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, aufzuzeigen, welche Bedeutung der wirtschaftlichen Macht in diesen Auffassungen zugeordnet wurde. Ziel dieser Darstellung wird die Beantwortung zweier Fragen sein:

1. Welche Rolle spielte die wirtschaftliche Macht in den Lehren der Klassiker, welchen Stellenwert hatte sie in den Auffassungen der Sozialisten ?
2. Worin hebt sich der Kathedersozialismus in der Behandlung dieses Phänomens von den erwähnten Richtungen ab?

I. Die klassische Nationalökonomie

Als Adam Smith 1776 sein Hauptwerk "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" veröffentlich-

1) "Erst unter dem Einfluß der Lassalle'schen Agitation gegen die damals einflußreichste Richtung, gegen die Freihandelsschule, begannen sich die Fronten in den Auseinandersetzungen um Ursache und Wesen der sozialen Frage des Jahrhunderts in der Erörterung der für ihre Lösung geeigneten Mittel und Wege schärfer zu kontrastieren, und unter Einfluß dieser Auseinandersetzung gewannen auch die ... Sozialreformer (gemeint sind die Kathedersozialisten) ihre festen Standpunkte."
Albert Müssiggang, Die soziale Frage in der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, Tübingen 1968, S. 129

te, stand England nach einer etwa 200jährigen Periode der Herrschaft des merkantilistischen Systems - des Wirtschaftssystems des absoluten Staates - mit seinen staatlichen Regulierungen und Lenkungen an der Schwelle des Übergangs zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, in der an die Stelle der Allokation der Ressourcen durch den Staat die Lenkung durch den freien Markt trat".¹⁾ Dieses Buch, das nicht nur "einen Rechenschaftsbericht über die Ergebnisse der bisherigen Wirtschaftswissenschaft gab"²⁾, hebt sich von dem vorangegangenen wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttum durch zwei Eigenheiten ab:

1. Es bricht völlig mit der Auffassung der Merkantilisten von der Rolle des Staates in der Wirtschaft. Durch das Smith'sche System soll die Staatstätigkeit auf drei Aufgaben beschränkt werden, der nationalen militärischen Verteidigung, der Rechtsbewahrung und der Förderung der öffentlichen Werke und Anstalten, die private Unternehmen nicht in Angriff nehmen, da sie nicht sofort Profit abwerfen, jedoch für die Gesellschaft notwendig sind.

2. Hatten die Merkantilisten im Geld und im Handel die Quellen für die Reichtumsbildung einer Nation gesehen, die Physiokraten nur dem Boden reichtumsbildende Eigenschaft zugestanden, so ist für Smith Quelle und Maß des Reichtums die Arbeit.³⁾

Nach der Auffassung von Adam Smith verfügen alle Menschen über eine naturgegebene gleichmäßige Begabung⁴⁾. Sie werden außerdem gleichermaßen von zwei Trieben beherrscht; dem Tauschtrieb und dem Trieb des Selbstinteresses. Der Tauschtrieb ist die Ursache der Arbeitsteilung und aus dieser folgt die Differenziertheit der Beschäftigung der

¹⁾ E. Schneider, Einführung ..., a. a. O., IV. Teil, Bd. 1, S. 65

²⁾ A. Kruse, Geschichte ..., a. a. O., S. 48

³⁾ Erst bei J. B. Say stehen Kapital, Boden und Arbeit als gleichberechtigte Produktionsfaktoren nebeneinander.

⁴⁾ Die Grundlagen dieser individualistischen naturrechtlichen Auffassungen stammen von Locke: Vgl. John Locke, Two Treatises on Government, London 1689

der Menschen. Der private wie auch der nationale Wohlstand ist im Sinne Smith's Folge des Tauschtriebs.¹⁾ Motiv des Tausches ist das Selbstinteresse. Dieses Selbstinteresse, welches immer den eigenen Gewinn verfolgt, wird, wie von einer "unsichtbaren Hand" geleitet, zur besten Erfüllung des Gesamtinteresses führen. Gesamt- und Einzelinteresse sind damit identisch.²⁾ Wo es zu Abweichungen zwischen beiden kommt, liegt der Grund in nichtberechtigten Eingriffen des Staates.

Mit diesen Forderungen lieferte Smith die Begründung des Systems der "freien Konkurrenz", des "Laissez faire". In "Wealth of Nations" wird die Forderung aufgestellt, mit den Monopolen und Privilegien der Vergangenheit aufzuräumen, um der freien Individualwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Auch wenn man bereit ist, Adam Smith in seinem Glauben an die wohltuenden und den Reichtum der Nation steigernden Wirkungen des Selbstinteresses zu folgen, "so bleibt noch immer jene thatsächliche Ungleichheit übrig, die aus dem früheren Privilegien- und Monopolssystem erwachsen ist"³⁾, denn diese wurde durch das neue System der "freien Konkurrenz" lediglich übernommen. Den durch die monopolistische Vorgeschichte benachteiligten Wirtschaftssubjekten fehlen nach wie vor jene Mittel, um ihre wirtschaftlichen Bestrebungen erfolgreich durchzusetzen. Zwar wird aus der bisher "geknebelten Concurrenz" etwas "Gerechteres und Besseres, nämlich die freie Concurrenz", jedoch noch längst keine "gleiche Concurrenz". Mit der Abschaffung der Privilegien und der bisherigen Vorrechte verschwindet nicht sogleich, was auf Grund dieser künstlichen Übermacht erworben und aufgehäuft worden ist".⁴⁾

1) Vgl. A. Smith, Der Reichtum der Nationen, Kröners Volksausgabe, hrsg. v. H. Schmidt, Leipzig 1910, Bd. II, S. 17

2) Vgl. ebenda, Bd. I, S. 148

3) Eugen Dühring, Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Leipzig (1871), 1899⁴, S. 158

4) Ebenda

Jedoch auch aus einem anderen Grunde trat nicht jene Harmonie ein, die Adam Smith vorausgesagt hatte. Wie Malthus und Ricardo feststellten, waren es naturgesetzliche Schranken, die verhinderten, "daß der Armut und dem Elend, die bei den niederen Gesellschaftsklassen herrschen", abgeholfen werden konnte.¹⁾ Die Ursache für die Verelendung der Arbeiter ist nach Malthus "die dauernde Neigung aller Lebewesen, sich weit über das Maß der für sie bereitgestellten Nahrungsmittel zu vermehren".²⁾ Erfolgt die Vermehrung der Lebensmittel in arithmetischer Reihe³⁾, so nimmt die Bevölkerung in geometrischer Reihe zu.⁴⁾ Dieses Gesetz baut Ricardo in seine Verteilungstheorie ein, in der die Bevölkerungszahl die wichtigste Variable ist.⁵⁾ Danach ist der Lohn langfristig (d. h. im Gleichgewichtszustand) der natürliche Preis der Arbeit.⁶⁾ Dieser bestimmt sich nach dem gewohnheitsmäßigen Existenzminimum der Arbeiter⁷⁾, welches ausreicht, um sich selbst zu erhalten und fortzupflanzen, "ohne sich zu vermehren oder zu vermindern".⁸⁾ Der Marktpreis der Arbeit kann von diesem natürlichen Preis

1) Thomas Robert Malthus, Essay on the Principle of Population, London (1798) 1826⁶, deutsch: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz, übersetzt von V. Dan, hrsg. v. H. Waentig, Jena (1905) 1924², S. 5

2) Ebenda, S. 14

3) Vgl. ebenda, S. 21

4) Vgl. ebenda, S. 18

5) Vgl. Jean Marchal, Die Theorie der Verteilung bei den englischen Klassikern, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIV (1954), S. 449

6) David Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London (1817) 1821³, deutsch: Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, übersetzt von O. Thiele, hrsg. von H. Waentig, Jena 1905, S. 81

7) Ricardo versteht darunter kein physiologisches Existenzminimum, sondern ein durch Sitte und Gewohnheit bestimmtes. Der natürliche Preis der Arbeit kann damit zeitlich und örtlich variieren. Vgl. D. Ricardo, a. a. O., S. 85 f.

8) Ebenda, S. 82

abweichen. Er richtet sich nach Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.¹⁾ Es gibt jedoch einen Mechanismus, der eine Gravitation des Marktpreises um den natürlichen Preis vornimmt. Wenn nämlich der Marktpreis höher ist als der natürliche Preis, dann heiraten die Arbeiter früher, zeugen mehr Kinder und es gibt auf dem Arbeitsmarkt einen Überhang des Angebotes. Der Marktpreis sinkt. Liegt er unter dem natürlichen Preis, vermindert sich die Arbeiterzahl durch allerlei Entbehrungen, denen die Arbeiter ausgesetzt sind und führt damit zu einer Verknappung des Angebots, welche höhere Löhne zur Folge hat. Der Marktpreis oszilliert somit ständig um den natürlichen Preis. Dieses Naturgesetz, welches zur Folge hat, daß das "Andrängen der Arbeiterschaft gegen den Nahrungsspielraum die Höhe der Löhne in feste Grenzen zwingt"²⁾, findet sich modifiziert bei den Lohnfondstheoretikern.³⁾ Entscheidende Größe für die Bestimmung der Lohnhöhe ist für sie das "Verhältnis zwischen der Zahl der arbeitenden Bevölkerung und dem Capital oder anderen zum Kauf von Arbeit bestimmten Fonds ..."⁴⁾ Alle Versuche zur Verbesserung der Verteilungsergebnisse zugunsten der Arbeiter, die keine Veränderung dieser Verhältnisse zur Folge haben, müssen nach der Ansicht von J. Stuart Mill

1) Vgl. auch A. Smith, a. a. O., S. 49

2) Karl Diehl, Theoretische Nationalökonomie, Bd. IV, Jena 1933, S. 176

3) Hierzu gehören neben dem eigentlichen Begründer James Mill, John R. McCulloch, N. W. Senior und John St. Mill. Zwar kann Ricardo als ihr Vorläufer angesehen werden, ihn jedoch als Lohnfondstheoretiker anzusehen, wäre unangebracht, denn er behauptet nie, daß die in der Volkswirtschaft zur Bezahlung der Löhne vorhandenen Fonds unelastisch und vorher bestimmbar seien. Mill weicht von Ricardo dann auch insofern ab, als er versucht, nachzuweisen, daß die Löhne auch unter das von Ricardo bestimmte "moralische" Existenzminimum fallen können. Siehe hierzu John St. Mill, Gesammelte Werke, hrsg. v. Th. Gomperz, übersetzt von A. Sortbeer, Bd. 6: Grundsätze der politischen Ökonomie, Neudruck der Ausgabe Leipzig 1885, Aalen 1968, Bd. II, S. 6

4) J. St. Mill, a. a. O., S. 8

scheitern.¹⁾ Koalitionen und Streiks der Arbeiter lehnt er darum ab.²⁾

Bei allen klassischen Theoretikern spielt die wirtschaftliche Macht eine sehr untergeordnete Rolle. Bei Adam Smith existieren beispielsweise zwei Formen der Macht: politische Macht, die der Staat ausübt und Macht im Sinne Hobbes', nachdem Reichtum Macht bedeutet. Nach der Auffassung von Adam Smith ist die Macht des Staates, sofern sie regulierend in den Wirtschaftsablauf eingreift, ein systemfremdes, sogar systemauflösendes Element. Der staatlichen Politik fallen keine gestaltenden Aufgaben gegenüber der Wirtschaft zu. Wo Monopole existieren, deren Preisgestaltung nicht der Konkurrenz unterliegt, sind sie

1. häufig Folge der Gesetzgebung vergangener Zeit, "und können solange dauern, wie die politischen Einrichtungen, aus denen sie entspringen".³⁾ In der freien Konkurrenz müssen jedoch diese Gesetze abgebaut werden. Jedes System der Begünstigung oder Beschränkung "hemmt den Fortschritt der Nation zu wirklichem Reichtum und wirklicher Größe, statt ihn zu beschleunigen und vermindert den wirklichen Wert des jährlichen Produktes seines Bodens und seiner Arbeit, statt ihn zu vermehren."⁴⁾

2. Monopole, die nicht durch Gesetze verliehen werden, sondern auf besonderen Umständen (Handels- und Fabrikgeheimnissen) oder natürlichen Ursachen ("eigentümliche Beschaffenheit des Bodens und der Lage") beruhen⁵⁾, werden von Smith voll in sein System integriert. Der Monopolpreis ist in diesen Fällen ein Preis, der als Gegenpol zum natürlichen oder Konkurrenzpreis existiert. Er ist zwar Ausfluß einer besonderen Machtstellung, jedoch im Gegensatz zum gesetzlichen Monopolpreis systemkonform und somit ohne

1) Vgl. John Stuart Mill, a. a. O., S. 9

2) Vgl. ebenda, S. 63

3) Vgl. A. Smith, a. a. O., Bd. I, S. 35

4) Ebenda, Bd. II, S. 160

5) Vgl. ebenda, Bd. I, S. 34 f.

besondere Problematik, er ist der jeweils höchste am Markt zu erzielende Preis.

Ähnlich ist das Smith'sche Verhältnis zur wirtschaftlichen Macht, die auf dem Reichtum beruht. Reichtum ist ein Mittel zum Machterwerb, jedoch erlangt der Besitzende nur Macht zu kaufen, er erlangt "eine gewisse Gewalt über alle Arbeit oder alle Arbeitsprodukte, welche zu Markte gebracht werden".¹⁾ Diese spezifische Art der Macht haben jedoch alle Wirtschaftssubjekte, wenn auch in unterschiedlichem Grade. Reichtums- und damit Machtunterschiede sind Motor des Wettbewerbs, in dem sich die Fleißigen, die nach mehr Reichtum (Macht) streben, durchsetzen, die Faulen unterliegen. Ob durch erworbene Machtpositionen der Wettbewerb verändert werden kann, das wird von Smith nicht untersucht.

Die von Ricardo entwickelte Verteilungstheorie knüpft im wesentlichen an die Erkenntnisse Smith's an. Was Smith über den Monopolpreis ausführt, findet sich bei Ricardo im Ergebnis unverändert wieder.²⁾

Hauptaufgabe der Volkswirtschaftslehre ist nach Ricardo "die Gesetze aufzufinden, welche die Verteilung bestimmen".³⁾ Der Macht wurde dabei keine Bedeutung zugewiesen. Jene Wirkungsmechanismen, wie z. B. das Malthus'sche Gesetz, welche die Verteilung bestimmten, hatten den Charakter von empirisch nachgewiesenen "Naturgesetzen". Und wer will oder kann etwas an Naturgesetzen ändern, z. B. an der Tatsache, daß eine Verbrennung ohne Sauerstoff unmöglich ist?

Erst Mill ist in seinen späteren Jahren in der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Gedankengut von dieser starren Haltung abgewichen und hat eingeschränkt, daß die Verteilung wenigstens zum Teil Menschenwerk ist und damit

1) A. Smith, a. a. O., Bd. I, S. 17

2) Vgl. D. Ricardo, a. a. O., S. 395 f.

3) Ebenda, S. 1

auch beeinflussbar wird.¹⁾ Zu diesem Zeitpunkt zeigten sich jedoch schon viele Risse und Sprünge im theoretischen Lehrgebäude der Klassiker und darüberhinaus durch die zunehmende Verelendung der Arbeiter die Notwendigkeit von Kompromissen in den praktischen Folgerungen.²⁾

II. Die sozialistischen Auffassungen

Wie jede extreme Auffassung nicht ohne Widerspruch bleiben wird, so forderten die individualistischen Theorien der Klassik in jenem Maß Widerspruch heraus, wie die Versprechungen ihrer Harmonielehre in Widerspruch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit gerieten. Am deutlichsten offenbarte sich dieser Widerspruch in der zunehmend ungleichgewichtiger werdenden Verteilung des Produktionsertrages.

Hatten die Ideen der Frühsozialisten oder "utopischen Sozialisten", wie sie Marx auch genannt hat³⁾, geringe politische Durchschlagskraft bewiesen und ihre Begründer in der Anwendung ihrer Theorien mehr oder weniger scheitern lassen, - nicht zuletzt wohl aus diesem Grund, daß ihre Experimente "Inseln des Sozialismus" in einer kapitalistischen Umwelt darstellten⁴⁾ -, kam es in Deutschland nach der Revolution von 1848 zur Einleitung der Epoche der organisierten Massenbewegung der Arbeiterklasse. Theoretischer Begründer dieser Bewegung war Karl Marx, Organisator der ersten deutschen Arbeiterpartei Ferdinand Lassalle.⁵⁾

1) Vgl. dazu Karl Diehl, Paul Mombert (Hrsg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Bd. II, Der Arbeitslohn, Jena (1911) 1921³, S. 9

2) Wilhelm Vleugels, Die Kritik am wirtschaftlichen Liberalismus in der deutschen Volkswirtschaftslehre, München, Leipzig 1935, S. 4

3) Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels, Das kommunistische Manifest, mit den Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einer Einleitung von Rosa Luxemburg, Wien 1921, S. 47 f.

4) Vgl. Walter Theimer, Geschichte der politischen Ideen, Bern und München 1955, S. 261

5) Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Lassalle wurde sein erster Präsident.

Ist Marx in seinen frühen Schriften noch stark von den Lehren der englischen Klassiker beeinflusst, hier besonders von Ricardo und damit auch noch Anhänger des von Lassalle dem Namen nach geprägten "ehernen Lohngesetzes"¹⁾, so erweitert er dieses Gesetz im "Kapital" in das "Gesetz der industriellen Reservearmee"²⁾. Dieses Gesetz ist jedoch nur ein Bestandteil seiner Theorie der sozialen Entwicklung, die aus drei Elementen besteht und in der nach Marx'scher Auffassung die Entfaltung der sozialen Widersprüche deutlich wird. Grundpfeiler dieser Entwicklungstheorie sind

1. die Theorie der kapitalistischen Produktion als Theorie der anarchischen Konkurrenz mit der Folge der Konzentration und schließlichen Vergesellschaftung der Produktion,
2. die Verelendungstheorie des Proletariats und die Theorie der Expropriation der kleinen durch die großen Kapitalisten und
3. die Theorie des revolutionären Proletariats, des aktiven Klassenkampfes, an dessen Ende der Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung des Sozialismus stehen

Dieser Marx'schen Theorie der sozialen Entwicklung liegt eine Theorie der sich steigernden Widersprüche zugrunde, dialektischer Widersprüche. Wesentlich ist, daß Marx in diesem Entwicklungsprozeß eine in der historischen Entwicklung begründete Notwendigkeit sieht, die allerdings aus den Gege-

1) Vgl. K. Marx, Das Elend der Philosophie, dtsh.v.E. Bernstein und K. Kautsky, Dietz Verlag Berlin 1947, S. 70, wo es heißt "Der natürliche Preis der Arbeit ist nichts anderes, als das Minimum des Lohnes". Die gleiche Auffassung findet sich im von Marx und Engels verfaßten "Kommunistischen Manifest", a. a. O., S. 33, wo festgestellt wird: "Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die notwendig sind, um den Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Tätigkeit sich aneignet, reicht bloß dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen."

2) Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Ausgabe des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, Bd. I, S. 658, 674

benheiten des vergangenen Jahrhunderts deduziert wird. War für Lassalle noch eine Revolution "von oben" denkbar¹⁾, bei Marx wird sie eine Revolution "von unten", die im historischen Entwicklungsprozeß des Kapitalismus begründet ist.²⁾ Eine evolutionäre Veränderung des kapitalistischen Systems wird von Marx nicht für möglich gehalten. Er bewertet daher auch die Versuche zur Einführung von Arbeiterkoalitionen, um höhere Löhne durchzusetzen, negativ.³⁾

In der Beurteilung des Wesens und der Ursachen der wirtschaftlichen Macht gibt es unter den Sozialisten keine Differenzen. Für sie sind es die durch die Eigentumsordnung geschaffenen Abhängigkeitsverhältnisse, die zur Ausbeutung der Arbeiter, bzw. zu ihrem Elend geführt haben. An dieser Stelle sei an Proudhon erinnert, dessen "La propriété c'est le vol" am schärfsten die Usurpation als Quelle aller Ungerechtigkeit und Ungleichheit ansieht. Fast alle Lösungsversuche der "sozialen Frage" zielen daher bei den Sozialisten auf eine Änderung der Eigentumsverhältnisse ab. Innerhalb eines Systems, welches Eigentum an den "Produktionsmitteln" (Marx) oder den "Instruments de travail" (St. Simon)⁴⁾ durch die Rechtsordnung garantiert, ist die Macht derart verteilt, daß die Besitzenden die Nichtbesitzenden ausbeuten können. Erst mit der Aufhebung des Privateigentums, das für die Klassiker Vorraussetzung und Gewähr der wirtschaftlichen Harmonie ist, wür-

1) F. Lassalle, Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen, in: F. Lassalle's Reden und Schriften, hrsg. von E. Bernstein, Berlin 1893, Bd. II, S. 382 f.

2) Vgl. K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Dietz-Verlag 1963, S. 15; Peter v. Struve, Die Marx'sche Theorie der sozialen Entwicklung, Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 14 (1899), S. 664

3) Vgl. K. Marx, F. Engels, Das Kommunistische Manifest, mit den Vorreden von K. Marx und F. Engels und einer Einleitung von Rosa Luxemburg, Wien 1921, S. 27, wo es heißt: "Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes ... Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend."

4) Das neue Christentum, in: Thilo Ramm (Hrsg.), Der Frühsozialismus, ausgewählte Quellentexte, Stuttgart 1956, S. 75

de nach Auffassung der Sozialisten eine soziale Harmonie eintreten. Eindeutig wird von allen Sozialisten damit ein Zusammenhang zwischen der Machtverteilung - und Macht ist hierbei auf den Besitz der Produktionsmittel reduziert - auf der einen und der "ökonomischen" Verteilung auf der anderen Seite hergestellt. Soziale Reformen in einer solchen Ordnung, die die gegebene Verteilung am Besitz von Produktionsmitteln unangetastet lassen und dennoch eine veränderte Verteilung des Produktionszuwachses zum Ziel haben, werden daher a priori in ihrer Möglichkeit zur erfolgreichen Verwirklichung ausgeschlossen. Am deutlichsten hat das Marx ausgesprochen, der feststellt, daß man nicht die Verteilungsgesetze des Kapitalismus ändern kann, ohne die kapitalistischen Produktionsverhältnisse abzuschaffen, da sie mit den Produktionsverhältnissen "wesentlich identisch, eine Kehrseite derselben sind"¹⁾.

Zusammenfassend kann über die Haltung der Vorläufer des Kathederdozialismus zu den Problemen der wirtschaftlichen Macht festgehalten werden:

1. Die klassische Nationalökonomie behandelt Probleme ökonomischer Macht nur als Randerscheinungen ihrer Theorie. Im Grunde geht sie "stillschweigend von einer Wirtschaft ohne Macht oder doch ohne Differenzierung der Macht aus: Es herrscht pure competition, also reiner Wettbewerb. Verzerrungen dieses Wettbewerbs durch wirtschaftliche Macht werden von der Theorie nicht berücksichtigt."²⁾
2. Bei den Sozialisten, ob Früh- oder wissenschaftliche Sozialisten, sind die Eigentumsverhältnisse Grundlage unterschiedlicher Machtpositionen, die eine ungerechte und ungleichgewichtige ökonomische Verteilung zur Folge haben. Voraussetzung einer jeden grundlegenden Verbesserung der Einkommensverteilung zugunsten der Nichtbe-

1) Karl Marx, Das Kapital, a. a. O., Bd. III, S. 885

2) A. Nußbaumer, Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 25 (1965), S. 3

sitzenden ist die Abschaffung des Privateigentums oder die Veränderung der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln, somit in jedem Fall eine grundsätzliche Veränderung der hier sehr eng gefaßten wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Lassalle will die Arbeiter mit Hilfe des Staates zu Unternehmern machen¹⁾, St. Simon z. B. die Produktionsmittel in den Besitz des Staates überführen und damit eine Machtneutralisation zwischen den am Produktionsprozeß beteiligten Wirtschaftssubjekten herbeiführen. Für Marx würden solche Eingriffe jedoch im Grenzfall nur eine Entwicklung aufhalten bzw. verzögern, die ohnehin aus ihrer historischen Notwendigkeit aufgrund der sich verschärfenden dialektischen Widersprüche zu einer Liquidation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit der ihr eigenen Verteilungsgesetze hinsteuert. Für die Sozialisten gilt somit: Die wirtschaftliche Macht im Kapitalismus ist Folge der gegebenen und rechtlich geschützten Eigentumsverhältnisse. Durch diese entstehen Abhängigkeitsverhältnisse, die es ermöglichen, daß der wirtschaftlich Schwächere durch den Stärkeren ausgebeutet wird. Konstitutives Element des Kapitalismus ist somit die ungleichgewichtige Machtverteilung. Diese kann nach Marx nur in einem anderen als dem kapitalistischen, in dem sozialistischen System überwunden werden. Das Macht- und Verteilungsproblem wird somit nicht ökonomisch, sondern politisch gelöst.

¹⁾ Vgl. Ferdinand Lassalle, Offenes Antwortschreiben an das Central Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig 1863, in: Sozialökonomische Texte, hrsg. v. A. Skalweit, Heft 9, Frankfurt/M. 1948, S. 70 f.

C. Die Bedeutung der Macht in den Auffassungen der Kathedersozialisten

Der Ausgangspunkt der Analyse wirtschaftlicher Machtverhältnisse bei den Kathedersozialisten ist identisch mit dem der Sozialisten. Auch sie führen das Elend der Arbeiter als Ausdruck der ungleichgewichtigen Einkommensverteilung auf unterschiedliche Machtpositionen zurück, die die Besitzenden begünstigen, sind jedoch der Ansicht, daß sich dieser Zustand verändern läßt, ohne daß die positiven Elemente des Wettbewerbs einer auf Privateigentum basierenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgegeben werden müssen, sondern dadurch, daß die Machtverhältnisse in einer solchen Gesellschaftsordnung geändert werden, was Marx für unmöglich hielt. Damit erhält die wirtschaftliche Macht neben ihren für den Kapitalismus konstitutiven Charakter eine funktionelle Bedeutung und regulative Wirkung. Macht wird von den Kathedersozialisten, über die Auffassungen der Klassiker und Sozialisten hinausgehend, auch als Aktionsparameter beschrieben, der z.B. vom Staat oder von Koalitionen eingesetzt werden kann, um eine das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht ausschließende Wirtschaftsordnung evolutionär zu verändern, indem Machtunterschiede beseitigt werden. Dazu war es jedoch notwendig, daß sich die Kathedersozialisten mit zwei Vorstellungen der herrschenden Lehren grundsätzlich auseinandersetzen:

1. der Vorstellung der klassischen Schule, daß es ökonomische durch den Menschen nicht veränderbare Gesetze gibt, die u.a. die Verteilung des in einer Volkswirtschaft produzierten Reichtums bestimmen und
2. der Auffassung der Sozialisten, daß sich die Verteilung des Sozialproduktes langfristig und real nur dann zugunsten des wirtschaftlich Schwachen ändern lasse, wenn an die Stelle des kapitalistischen ein sozialistisches System tritt.

Anknüpfend an die Auffassungen der älteren historischen Schule betrachteten die Kathedersozialisten die Volkswirt-

schaft in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang ¹⁾. Für Schmoller ist die Volkswirtschaft "ein Teilinhalt des gesellschaftlichen Lebens,... ihr eigentliches Princip (ist) die gesellschaftliche Gestaltung der wirtschaftlichen Vorgänge" ²⁾. Damit grenzte sich der Kathedersozialismus bereits in der Begriffsbestimmung des Untersuchungsobjektes eindeutig von der Klassik ab. Hatten die Klassiker das Individuum mit seinem egoistischen Gewinnstreben als einzigem Handlungsmotiv in den Mittelpunkt ihres Lehrgebäudes, das sie als vom Staat losgelöste Naturlehre des wirtschaftlichen Verkehrs entwickelten, gestellt, hatten sie angenommen, "daß alle Gesetze der Volkswirtschaft, weil sie in dem Verhältnis des Menschen zu den Sachgütern begründet seien, über Zeit und Raum erhaben, bei allem Wechsel der Erscheinungen rest bleiben" ³⁾, so hatten sie gänzlich davon abstrahiert, daß der Mensch ein soziales Wesen ist, "daß seine Bedürfnisse, seine Bildung, seine Beziehung zu den Sachgütern wie zu den Menschen niemals dieselben bleiben, sondern sich immer verändern und ... fortschreiten" ⁴⁾.

Daraus folgt für die Auffassung der Kathedersozialisten:

1. Das wirtschaftliche Handeln der Menschen ist nur innerhalb der gesellschaftlichen Beziehungen realitätsnah zu erklären. ⁵⁾ Die Volkswirtschaft kann somit nicht definiert werden

-
- 1) Vgl. dazu Bruno Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Frankfurt/M 1848, hier zitiert nach der "Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister", Bd. 22, hrsg.v. Hans Gehrig, Jena 1922, Bd. I, S.223; Robert von Mohl, Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften, Erlangen 1858, Bd. III, S.324 f.
 - 2) Gustav Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Leipzig (1900) 1908³, Teil I, S.5. Ähnlich formuliert A. Wagner, Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre, Leipzig, Heidelberg 1879, I. Teil, S.2, wo es heißt: Die Nationalökonomie forscht "vor Allem nach den Bedingungen des wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens" und bestimmt "nach denselben die Sphäre der wirtschaftlichen Freiheit des Individuums ..."
 - 3) B. Hildebrand, a.a.O., S.22 f.
 - 4) Ebenda, S.23
 - 5) Vgl. zur Würdigung dieses neuen Ansatzes: Kurt Singer, Zur Wirtschaftspolitik und Theorie der englischen Klassiker, Kyklos, Vol. VII (1954), S.35

als "Abkürzung für eine gewisse Summe von Einzelwirtschaften", weil immer nur die einzelnen Individuen es seien, die wirtschafteten, sondern "sie beruht ebenso auf der Verflechtung aller Einzelwirtschaften in einen unlöslichen Zusammenhang durch den freien Tausch- und Handelsverkehr, wie auf den wachsenden einheitlichen Wirtschaftseinrichtungen von Gemeinde, Provinz und Staat." ¹⁾ Der klassischen Lehre von der Autonomie der Wirtschaft, verstanden als die Selbstbestimmung und die Eigenständigkeit des aus dem Ganzen der Gesellschaft herausgelösten Teilinhaltes 'Wirtschaft', in dem das Individuum und seine materielle Bedürfnisbefriedigung im Mittelpunkt steht, wird die Auffassung entgegengestellt, daß die Wirtschaft ein Teil des gesellschaftlichen Ganzen sei, deren Aufgabe es ist, unter Beachtung des wirtschaftlichen Prinzips der materiellen Gesamtbefriedigung der Gesellschaft zu dienen. ²⁾ Anders ausgedrückt: "...die wirtschaftlichen Eigenschaften und Handlungen gelten als gut, welche nach Lage der Dinge die dauernde Wohlfahrt der einzelnen und der Gesellschaft am meisten fördern" ³⁾.

Da sich die äußeren Ziele, wie auch die Bedingungen für das Leben der Gesellschaft nicht nur im historischen Zeitablauf ändern, sondern, da auch die Menschen und ihre Bedürfnisse Veränderungen unterworfen sind, verändern sich auch die Bedingungen für das Wirtschaftsleben. Daraus ergibt sich, daß die Nationalökonomie eine sich verändernde, sich entwickelnde Volkswirtschaft zum Gegenstand ihrer Untersuchung machen muß.

2. Diese relativistische und dynamische Auffassung der Kathedersozialisten, die zu der auf wirtschaftlichen Gesetzen beruhenden Naturlehre der Klassik im Widerspruch stand, mündete ein in eine Auseinandersetzung mit der von Österreich ausgehenden "Wiener Schule", die die theoretischen Grundlagen der "Grenznutzenschule" entwickelte. Diese Auseinander-

1) G.Schmoller, a.a.O., S. 4

2) Vgl. hierzu auch A.Schäffle, Bau und Leben des sozialen Körpers, 4 Bde., Tübingen 1875 -78, Bd. 3, S. 286

3) G.Schmoller, a.a.O., S. 44

setzung ist in die Geschichte der Nationalökonomie als Methodenstreit ¹⁾ eingegangen, in ihrem eigentlichen Gehalt ist sie jedoch eine Auseinandersetzung um die Realitätsnähe der in dieser Theorie enthaltenen Prämissen.

Die Klassiker waren bei der Erstellung ihres Lehrgebäudes von den als unwandelbar, für alle Zeiten als gültig angenommenen Prämissen des Selbstinteresses, der Triebbestimmtheit, der Gleichheit und der Autonomie des Individuums ausgegangen. Aus diesen Prämissen gewannen sie auf dem Wege der Deduktion ihre naturgesetzlichen Aussagen, die als ebenso unveränderbar angesehen wurden. In der Auffassung, daß die ökonomische Welt ihren eigenen Gesetzen unterliegt und durch jede Einmischung gefährdet wird, hatten sie von den Physiokraten die Maxime des "laissez faire, laissez passer" übernommen. Brentano weist nun mit Recht darauf hin, daß diese Prämissen nicht mit der Realität übereinstimmen. Das hätten jedoch auch die Nachfolger Adam Smiths' nicht berücksichtigt. "Statt sich ... zu einer Revision der Smith'schen Lehre veranlaßt zu sehen, haben die auf Smith folgenden Theoretiker die relativen Wahrheiten Smiths' zu einem absoluten System ausgesponnen." ²⁾ Zu diesen realitätsfernen Prämissen gehört vor allem die Gleichheit der Menschen und die "Annahme von Menschen, welche nur einen Zweck und nur ein Talent haben, nämlich zu erwerben und bei

1) Vgl. dazu C. Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere, Wien 1883; G. Schmoller, Zur Methodologie der Staats- und Sozialwissenschaften in: Schmollers Jahrbuch, Jg. 7 (1883), S. 239 ff. C. Menger, Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien 1884

2) L. Brentano, Abstrakte und realistische Volkswirthe, Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Bureaus, Jg. 11 (1871), S. 384

welchen der Trieb zu erwerben unendlich groß ist."¹⁾ Brentano schließt: "...mittels dieser Annahmen kamen sie zu einem... Systeme der Volkswirtschaft, welches als Abstraction äußerst verdienstlich ist...Nur darf man eben nicht vergessen, dass diese Betrachtungsweise der Dinge nur Abstraction ist."²⁾ Die klassische Theorie wird damit als ein in sich widerspruchsfreies Lehrgebäude gekennzeichnet, daß jedoch aufgrund realitätsferner Prämissen auf dem Wege der Deduktion erstellt wurde. Die daraus gewonnenen Aussagen wurden auf die Realität übertragen, ohne sich darüber klar zu sein, daß die angenommenen Voraussetzungen für die Übertragung auf die Wirklichkeit nicht geeignet waren.³⁾ Zumindest dieses haben Klassiker und Marxisten gemein.⁴⁾ "Gegen die Identifizierung der Voraussetzungen der Theorie mit den Verhältnissen der Wirklichkeit,..., wenden sich die realistischen Volkswirthe."⁵⁾ Das bedingt jedoch eine Erforschung der wirklichen Verhältnisse.⁶⁾ Dazu ist zuerst die Beobachtung der Realität und ihre Beschreibung notwendig und darüberhinaus müssen die Forderungen der Nationalökonomie aus den Bedürfnissen des wirklichen, des gesellschaftlichen Lebens begründet werden. Nur so ist es möglich, die von Smith und den anderen Klassiker nicht erkannten Ungleichheiten der Menschen, "die bestehenden Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Staaten und den socialen Klassen" zu erkennen, das Individuum und seine egoistischen Triebe ebenso wie "die Bedeutung des Staates und der staatlichen Einrichtungen" richtig einzu-

1) L.Brentano, a.a.O., S. 384; Vgl. auch Schmoller, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Art. Volkswirtschaft, 1911³, S. 443, wo er Ricardo vorwirft, daß dieser aus der Nationalökonomie eine deduktive Wissenschaft mit wenigen halbweisen, halbfaulen Prämissen gemacht habe.

2) L.Brentano, a.a.O., S. 384

3) Vgl. dazu auch H.Arndt, The Ricardian Vice, in: Festgabe für Friedrich Bülow, hrsg. v. Karl C.Thalheim, Berlin 1960, S.37f. bes. S. 39f.

4) Vgl. L.Brentano, a.a.O., S. 384

5) Ebenda, S. 385

6) Insofern änderte sich auch die Vorstellung vom "homo oeconomicus". Vgl. dazu Alfred Fey, Der homo oeconomicus in der klassischen Nationalökonomie und seine Kritik durch den Historismus, (Diss.) Frankfurt/M 1936, S. 90 ff.

schätzen.¹⁾ Die hierfür einzusetzende Methode des wissenschaftlichen Erkennens kann daher nie allein die deduktive-abstrakte sein, sondern sie muß durch eine induktive-historische ergänzt werden.²⁾ Was jedoch bei den Kathedersozialisten den Ausschlag gab, die induktive, empirisch-historische Methode in den Vordergrund treten zu lassen, war der Tatbestand, daß die Klassiker sehr wenige Kausalverhältnisse in der Nationalökonomie realitätsnah erklärt hatten, daß erst wenige Wahrheiten, die zu einer vollständigen Erklärung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität notwendig waren, erkannt waren. Die komplexen Ursachen wirtschaftlicher Vorgänge zu finden und zu beschreiben, darum ging es in erster Linie den Kathedersozialisten. Erst wenn diese Ursachen bekannt waren, konnte man zur Formulierung neuer Theorien schreiten. Diese Deduktionen sind jedoch "stets wieder", so forderte Schmoller, "durch die Erfahrung zu verifizieren; durch neue Induktionen (ist stets wieder) die Probe aus Exempel zu machen."³⁾

Dieser Ansatz, der sich dadurch auszeichnet, daß er großen Wert auf die Überprüfung theoretischer Aussagen an der Realität legt, stellt sich auf dem Hintergrund der modernen Wissenschafts- und Erkenntnistheorie als noch nicht überholt dar.⁴⁾ Der methodologische Bruch dieser Schule mit den nationalökonomischen Lehren der Klassik und die Abgrenzung zu der sich zeitlich parallel entwickelnden Grenznutzenschule stellt den Versuch dar, eine wirklichkeitsgerechte soziale Theorie aufzustellen.⁵⁾ Dazu gehört in wesentlichem Umfange auch die Aufdeckung und Beschreibung der durch den Einsatz wirtschaftlicher Macht entstehenden Probleme. Die

1) Vgl. G.Schmoller, Grundriß..., a.a.O., Teil I, S. 91

2) Vgl. ebenda, S. 110

3) Ebenda, S. 111

4) Vgl. dazu Hans Albert, Probleme der Theoriebildung, in: H.Albert (Hrsg.), Theorie und Realität, Tübingen 1964, S.3 ff.

5) Vgl. ausführlich zu diesem Komplex D.Lindenlaub, a.a.O., Teil I, S. 96 ff.

Deduktion aus teilweise wirklichkeitsfremden Prämissen führte bei den Klassikern zum Ausschluß dieser Probleme. Die Grenznutzenschule verschloß sich den Zugang zu den Problemen wirtschaftlicher Macht, indem sie Hypothesen als Aussagen über die Wirklichkeit ausgab.¹⁾ Festzuhalten verdient, daß

- 1) die Kathedersozialisten im Gegensatz zu den Klassikern und Marxisten in dem Ausgleich von Machtunterschieden eine Möglichkeit zur ökonomischen Lösung der Verteilungsprobleme und zur evolutionären Veränderung der marktwirtschaftlichen Ordnung erkannten,
- 2) die Kathedersozialisten Machtphänomene im Gegensatz zur Grenznutzenschule und Marktformenlehre keineswegs auf die Marktform des Monopols reduzierten,
- 3) der Kathedersozialismus bereits das Galbraith zuge-schriebene Konzept der Gegenmachtbildung erkannte und in Teilbereichen entwickelte,
- 4) die Kathedersozialisten dabei jedoch nicht die Ansicht vertraten, daß die Gegenmacht sich automatisch bilde, sondern vielmehr zielgerichtete Maßnahmen staatlicher Aktivität erforderlich seien, um Machtunterschiede auszugleichen.

Auf diesem Hintergrund erscheinen die Vorwürfe vieler Neoliberaler hinsichtlich der Theorielosigkeit des Kathedersozialismus und des schweren Schadens, den er der National-ökonomie zugefügt habe, in einem anderen Licht.²⁾ Jede Theorie, die Aussagen über die Wirklichkeit machen will, muß von Tatsachen ausgehen. Dazu bedarf es der Beobachtung. Diese ist auch die Grundlage der Begriffsentwicklung,

-
- 1) Vgl. E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S.217, wo es über den Monopolisten heißt, daß dieser seine Macht nicht anders "als in Erfüllung der Preisgesetze" ausüben kann, die sich darin äußern, daß er seinen größten Gewinn dann erreicht, wenn er seinen Absatz nach der Gleichung Grenzkosten=Grenzerlöse bestimmt. Diese Hypothese ist jedoch nur dann eine Aussage über die Realität, wenn der Monopolist die Qualität der angebotenen Güter wie auch die Nachfragekurve als Datum ansehen muß. Wie z.B. Bücher zeigte, muß das nicht der Fall sein (Vgl. in dieser Arbeit, S.164)
 - 2) Vgl. in dieser Arbeit, S.7f. Es finden sich diese Angriffe auch bei E.Salin, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, (1923)Tübingen 1951⁴, S. 145f.; W. Eucken, Die Überwindung

deren Zweck in der Erklärung realer Vorgänge begründet ist. Gerade diese Rückkopplung ist in der Nationalökonomie wesentlich, denn der Stoff, die Tatsache, hat ohne den Gedanken, die Theorie, zwar immer noch einen relativen Wert, der Gedanke jedoch ohne den Stoff nur die Bedeutung einer Chimäre. ¹⁾

D. Analyse der Macht- und Abhängigkeitsprobleme durch den Kathedersozialismus

I. Wirtschaftliche Macht und Arbeitsvertrag

Durch die im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung und unterstützt durch die diese Zeit kennzeichnenden Ideen von der Freiheit und Gleichheit des Individuums, erhielt die Gewerbeordnung wie auch das Arbeitsverhältnis einen neuen rechtlichen Rahmen.²⁾ An die Stelle der bisherigen patriarchalischen Herrschaftsverhältnisse der feudalistischen Merkantil-epoche trat der freie Arbeitsvertrag zwischen Arbeiter und Unternehmer, beide vom Recht als gleichberechtigte Teile formal anerkannt. Hindernisse, die z.B. im Zunftrecht, in den Gesindeordnungen oder Gewerbeordnungen diesen Absichten entgegenstanden, wurden beseitigt oder reformiert. Damit meinte man auf rechtlichem Gebiet durch Gesetz etwas vollzogen zu haben, was in praxi längst anerkannt war, die Gleichstellung der den Arbeitsvertrag schließenden Parteien.

1. Analyse der Arbeitsverhältnisse

Der Auffassung, daß die den Arbeitsvertrag schließenden

des Historismus, Schmollers Jahrbuch, N.F. Jg. 62 (1938), S.79; Wilhelm Krelle, Ansprache zur Feier des 70.Geburtstages E.v.Beckeraths, in: N.Kloten u.a. (Hrsg.), Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Tübingen 1964, S.21

- 1) Vgl. G. Schmoller, Grundriß ..., a.a.O., Teil I, S.103.
- 2) Vgl. zur Entwicklung des Gewerberechts Heinrich Waentig, Die gewerbepolitischen Anschauungen in Wissenschaft und Gesetzgebung des 19.Jahrhunderts, in : Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert, Gustav Schmoller zur 70.Wiederkehr seines Geburtstags, Leipzig 1908, Bd. III, Beitrag XXV

Parteien bei rechtlich formaler individueller Gleichheit auch ökonomisch in gleich starker Position waren, wurde nicht nur von den Kathedersozialisten widersprochen.¹⁾ Jedoch war es unter den Kathedersozialisten vor allem Brentano, der die Arbeitsverhältnisse als Abhängigkeitsverhältnisse klassifizierte, in denen der Arbeitnehmer stets der Unterlegene war.²⁾ Diese Ansichten Brentanos scheinen mit denen der Sozialisten, auch der von Marx, übereinzustimmen. Was ihn jedoch von den Sozialisten abhebt und über deren Folgerungen hinausführt, ist seine Erkenntnis, daß auch in einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft eine Veränderung dieser Abhängigkeit möglich ist. Ausgangspunkt für die kathedersozialistische Kritik an den bestehenden Verhältnissen ist die Feststellung, die durch Adam Smith begründete Lehre, " daß das individuelle Interesse allein die Volkswohlfahrt erzeuge, hat in ihrer letzten Konsequenz zur Mißachtung der Humanität, ja selbst des Rechts gegenüber dem wirtschaftlichen Vorteil und der wirtschaftlichen Macht geführt. So entstanden und wuchsen die zum Teil wahrhaft gräuervollen Mißbräuche der Großindustrie, das Trucksystem, die Überarbeit, die Frauen-, Lehrlings- und Kinderausbeutung, das gewissenlose Spiel mit Gesundheit und Leben, mit Familie und Sittlichkeit des Arbeiters...".³⁾

In klassischer Auffassung war die Arbeit eine Ware, der Arbeiter nichts anderes als ein gewöhnlicher Warenverkäufer, der Arbeitsvertrag ein Kaufvertrag wie er dem römischen Recht zugrunde lag. Somit war es möglich, daß die Klassiker zur Erklärung des Lohnes auch jene Preisgesetze anwendeten,

1) Vgl. dazu die Ausführungen über die sozialistischen Theorien, in dieser Arbeit, S. 37 ff.

2) Brentano begann seine Arbeiten über die Arbeitsverhältnisse 1868/69 anlässlich einer Studienreise mit seinem Lehrer Prof. Engel nach England. Vgl. L. Brentano, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, S. 44 ff.

3) Max Hirsch, Über den Bruch des Arbeitsvertrages, Schr. V.f.Sp., Bd. 7 (1874), S. 179

die für andere Waren galten. Im Gegensatz hierzu kam Brentano zu der Auffassung, daß sich die Lage der Arbeiterklasse nur aus dem Umstand erklären läßt, "daß die Arbeit nicht anderen Waaren in jeder Beziehung gleich ist..., daß sich der Arbeiter nicht in der Lage des Verkäufers anderer Waaren befindet".¹⁾ Da Arbeit Nutzung der Arbeitskraft ist, die Arbeitskraft jedoch nichts anderes als der Mensch selbst, gewinnt der Käufer der Arbeit Herrschaft über die Arbeitskraft, d.h. über den Menschen. Im Gegensatz zu allen anderen Waren läßt sich die Arbeit, bzw. die Arbeitskraft nicht von ihrem Besitzer (Verkäufer) trennen. "In der absolut unlösbaren Verbindung der Arbeit mit der Person ihres Verkäufers also besteht das wesentliche Merkmal, wodurch sich die Arbeit von allen anderen Waaren unterscheidet."²⁾ Die Wirkungen, die dieser besondere Umstand, der die Arbeit von anderen Waren abhebt, hat, werden jedoch erst durch eine andere wirtschaftliche Tatsache hervorgerufen bzw. verstärkt, - der Tatsache, daß die Arbeiter in der Regel arm sind, d.h. daß sie über kein anderes Mittel zur Fristung ihres Lebensunterhaltes verfügen als über den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Die Folge ist, daß sie sich jedem Lohndiktat und jeglichen Arbeitsbedingungen beugen müssen. Wirtschaftliche Macht wird in dieser Beziehung zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer in sehr starker Ausprägung dadurch deutlich, daß für den Unternehmer die Möglichkeit besteht, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen in der betrachteten historischen Situation im Arbeitsvertrag durchzusetzen, ohne daß der Arbeitnehmer die Chance hat, sich dagegen zu wehren. Eine Ablehnung der diktierten Bedingungen kann im Grenzfall die Vernichtung der physischen Existenz des Arbeiters bedeuten. Ursächlich

1) Lujo Brentano, Das Arbeitsverhältniss gemäss dem heutigen Recht, Leipzig 1877, S. 182

2) Ebenda, S. 185 f. Vgl. zum folgenden: Ebenda, S. 186 ff., aber auch G.Schmoller, Die Natur des Arbeitsvertrages und des Contractbruchs, zuerst: Schr. V.f.Sp., Bd. 7 (1874), S. 71 ff. wiederabgedruckt in: G.Schmoller, Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart, Leipzig 1890, S. 64 ff.; M.Hirsch, Über den Bruch des Arbeitsvertrages, a.a.O., S. 153 ff.

für das Auftreten wirtschaftlicher Macht in dieser Beziehung ist nicht primär der Gegensatz zwischen Besitz und Nichtbesitz an Produktionsmitteln, sondern

1. die völlige Mittellosigkeit der Arbeiter, die sie ökonomisch von den Unternehmern abhängig macht,
2. die Besonderheit ihrer Arbeitskraft, die nicht lagerfähig ist und ihre einzige Erwerbsquelle darstellt und
3. ihre große Zahl, ihre Vereinzelung und qualitative Gleichheit, die im 19. Jh. volle Substituierbarkeit einschließt.

Da der Verkäufer der Arbeit, im Gegensatz zum Verkäufer anderer Waren, sich nicht vom Verkaufsobjekt zu trennen vermag, ergreift derjenige, der die Nutzung der Arbeitskraft kauft, auch Besitz von der Person des Verkäufers. Damit wird dann zugleich

1. der Aufenthaltsort des Arbeiters und
2. die Art und Weise, wie der Arbeiter seine Zeit verwendet, bestimmt.

Aus der Bestimmung des Aufenthaltsortes des Arbeiters durch den Unternehmer resultieren oftmals, vor allem dann, wenn die Arbeitsstätten abseits von Städten und Dörfern errichtet werden, weitere Abhängigkeiten. Arbeiter, die in solchen Fällen Wohnungen des Arbeitgebers benutzen, verlieren bei ihrer Entlassung mit ihrer Arbeitsstelle auch ihre Unterkunft. Ein damit verbundener Ortswechsel führt für den Arbeiter " zu weiteren schweren Verlusten..., Aufbrechen des Haushalts, Unterbrechung des Schulunterrichts seiner Kinder, ... ja oft zum Ruin".¹⁾ Häufig verbindet sich mit der Bestimmung der Arbeitsstätte, auf die der Arbeiter keinen Einfluß hat, auch eine Gefährdung seiner Gesundheit aufgrund unzureichend ausgestatteter und geschützter Arbeitsplätze, die eine ungenügende Fabrikgesetzgebung nicht verbietet.

Da der Arbeitgeber auch über die Verwendung der gekauften Arbeitszeit allein bestimmt, legt er auch den Zeitraum fest,

1) L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 190

für den der Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen muß. Kündigungsfristen bestimmt somit nur der Arbeitgeber. Hinzu kommt, daß der Arbeitnehmer keinen Einfluß auf die Länge der täglichen Arbeitszeit hat, daß er nicht über die Ableistung von Überstunden Einfluß nehmen kann, und letztlich hat er unkoaliert auch keinen Einfluß darauf, ob er am Tage oder in der Nacht arbeiten muß. Wie Brentano meint, wird durch diese Tatsachen letztlich über die Erholung des Arbeiters, über die Gelegenheiten zu seiner geistigen Bildung, "über das Familienleben...über die Erziehung der Kinder...über die Erfüllung seiner politischen Pflichten, kurz über sein ganzes Leben " bestimmt.¹⁾

Weitere Wirkungen auf die Ausgestaltung des Arbeitsvertrages ergeben sich für den Arbeiter aus seiner Armut. Dadurch muß er seine Arbeitskraft in ununterbrochener Folge zum Verkauf anbieten. Er kann nicht, wie andere Warenverkäufer, auf das Steigen des Preises warten. Er kann darüberhinaus auch selten einen anderen Ort aufsuchen, wo vielleicht höhere Preise für seine Arbeit gezahlt werden, denn woher erhält er die Mittel für diesen Ortswechsel? Daraus folgt, daß nicht nur die Lohnhöhe durch den Unternehmer bestimmt wird, seinem Machtdiktat unterliegt, sondern weiterhin bestimmt im 19.Jahrhundert der Unternehmer auch darüber, ob der Arbeiter seinen Lohn in Geld oder Naturalien (Lebensmittel, andere Waren) ausgezahlt bekam, oftmals auch darüber, in welchen Läden er einkaufen mußte. Das Arbeitsangebot des Arbeiters war damit "stets ohne Vorbehalt".²⁾ Wichtigste Wirkung daraus ist, daß die Arbeiter bei rückgängiger Nachfrage nicht wie andere Warenverkäufer in der Lage sind, ihr Angebot zu verknappen, um den Preis hochzuhalten. Im Gegenteil, dadurch, daß die Nachfrage nach Arbeit zurückgeht, erhöht sich der Wettbewerb auf der Angebotsseite, denn Arbeitslosigkeit bedeutet im Grenzfall Verhungern. Die Folge

¹⁾ L.Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 193

²⁾ Ebenda, S. 196

ist, daß sich die Arbeiter gegenseitig unterbieten, sie verpflichten sich für eine längere Arbeitszeit zu geringerem Lohn. "Während der Verkäufer anderer Waren dem Sinken des Preises seiner Ware durch Minderung von deren Angebot Einhalt gebietet, führt das Sinken der Nachfrage nach Arbeit zu einer Steigerung des Angebots derselben und damit zu einem Sinken des Lohns, das ausser Verhältniss steht zur Abnahme der Nachfrage." ¹⁾ Reicht die Nachfrage nicht aus, um alle Arbeiter zu diesem niedrigen Lohn zu beschäftigen, so entsteht die Marx'sche "industrielle Reservearmee". Diese ist es auch, die verhindert, daß bei steigender Nachfrage die Löhne sofort wieder steigen. "Steigt die Nachfrage nach Arbeit, so erhält deshalb zunächst nur die Zahl der Unbeschäftigten wieder Beschäftigung, welche beim vorübergehenden Sinken der Nachfrage ihre Arbeit verlor; es rückt zunächst die Reservearmee ein, welche die Armenpflege auf Kosten der Gesamtbevölkerung den Unternehmern, so lange die Flaueit im Gewerbe währte, erhalten hat." ²⁾

2. Die Beseitigung der Abhängigkeitsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten

Aus den aufgezeigten Ursachen ökonomischer Macht wird deutlich, daß es im 19. Jahrhundert allein der Unternehmer war, der ohne gegen geltendes Recht zu verstoßen, die Bedingungen des Arbeitsvertrages festlegte und damit in die Lage versetzt wurde, die Arbeiter auszubeuten. Der Arbeitnehmer, ökonomisch machtlos, da ihm die Bildung von Koalitionen verwehrt wurde, hatte trotz seiner fiktiven, von der Rechtsordnung bestätigten Gleichheit und Freiheit, nur die Wahl zwischen Unterwerfung, d.h. Annahme der Vertragsbedingungen oder Arbeitslosigkeit. Diese besondere Art der Abhängigkeit gewährte dem Unternehmer ein großes Potential ökonomischer Macht, dessen Ausnutzung die rechtliche Freiheit und

1) L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 197

2) Ebenda, S. 205

Gleichheit des Arbeiters zur Fiktion werden läßt und deutlich macht, daß dieser keine ökonomische Unabhängigkeit, keine ökonomische Freiheit, wie sie als Prämisse in der klassischen Theorie unterstellt wird, besitzt. Der Widerspruch besteht demnach zwischen der Rechtsordnung, der in ihr vorausgesetzten Freiheit und Gleichheit der Vertragspartner und der Rechtswirklichkeit, die bestimmt wird durch die ökonomische Abhängigkeit des Arbeitnehmers, durch die realen wirtschaftlichen Machtverhältnisse.

Die Angleichung der Rechtswirklichkeit an die in der Rechtsordnung gesetzten Normen erforderte die Beseitigung dieser Abhängigkeit der Arbeiter, d.h. bestehende und erkannte Machtungleichgewichte mußten nach Auffassung der Kathedersozialisten ausgeglichen werden. Dazu war jedoch keine Veränderung der bestehenden Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln erforderlich, sondern "allein zum Glück bedarf es nur der Verwirklichung der rechtlichen Fundamentalsätze, auf denen die heutige Gesellschaft beruht..." ¹⁾, nämlich der Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit der Arbeitnehmer, auch beim Abschluß des Arbeitsvertrages. "Damit die Freiheit auch für die Schwachen verwirklicht werde, bedarf unsre Zeit... einer Ergänzung des individualistischen Systemes der Starken durch ein System der Association der Schwachen." ²⁾

Grundsätzlich stellt sich für den Kathedersozialismus das Problem der Beseitigung dieser Abhängigkeitsverhältnisse auf zwei Ebenen:

1. beim Abschluß des Arbeitsvertrages und der Mitwirkung beider Vertragspartner als gleichberechtigte Teile bei seiner Ausgestaltung und
 2. als Problem der Existenzsicherung der Arbeiter.
- Letzteres ist für diese ebenso relevant wie ihr Mitspracherecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen,

¹⁾ L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss ..., a.a.O., S. 212

²⁾ Ebenda, S. 341

denn z.B. nur durch die Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung und durch eine den Erfordernissen der Zeit gerecht werdende Fabrikgesetzgebung wird die Existenz der Arbeiter in gewissem Umfange unabhängig vom Konjunkturverlauf, aber auch von unberechenbaren Zufällen, wie sie oft hinter Unfällen und Krankheiten stehen. Dieses System der sozialen Sicherung ebenso wie der Koalitionsgedanke wurden von Brentano nicht als Gegensatz oder unvereinbar mit der bestehenden Wirtschaftsordnung aufgefaßt, "sondern gerade als notwendige Einrichtung zu deren Verwirklichung".¹⁾

Im Vordergrund der Brentano'schen Bemühungen um einen Machtausgleich zwischen den Unternehmern und Arbeitern stand jedoch der Gedanke der Arbeiterkoalitionen, die Gewerk- und Berufsvereine. Erst durch die Gewerkvereine meint Brentano, "bekommt der Arbeiter eine Controle über das Angebot seiner Waare auf dem Markte; durch sie wird ihm möglich seine Waare mit Vorbehalt anzubieten und bei Feststellung ihrer Verkaufsbedingungen mitzusprechen; durch sie also erhält er die Unabhängigkeit anderer Verkäufer, und indem er durch sie die Freiheit und die Macht der Selbstbestimmung über seine Person erhält, wie sie jeder andere Verkäufer besitzt, indem er durch sie die Nachtheile der Verbindung seiner Waare mit seiner Person aufzuheben im Stande ist, wird durch sie seine Waare gleichsam von ihm getrennt...Wo immer er des Schutzes bedarf, kann er sich ihn nun sofort nach Bedürfniss verschaffen."²⁾

a) Die Bedeutung der Koalitionen

Die im 19. Jahrhundert einsetzende Industrialisierung aller Bereiche des gewerblichen Lebens hatte zur

1) Gerhard Wittrock, Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872, Berlin 1939, S. 96

2) L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 216

Folge, daß die alten Zunft- und Gildenordnungen durch eine neue Gewerbeordnung abgelöst wurden. Mit der Reichsgründung einher ging in Deutschland die Einführung der Reichsgewerbeordnung (RGO) ¹⁾, die den veränderten Verhältnissen Rechnung trug und in ihrem § 152 für Gewerbetreibende und gewerbliche Arbeiter das bis dahin bestehende staatliche Koalitionsverbot aufhob. In der neuen Gewerbeordnung hieß es: "Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehülfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben." Mit dieser ausdrücklichen Billigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter wurde vom Gesetzgeber nicht nur eine indirekte Bestätigung der realen ökonomischen Machtverhältnisse insofern gegeben, als anerkannt wurde, daß der einzelnte Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages dem Unternehmer unterlegen war, sondern durch diesen § 152 der RGO wurde ausdrücklich den Arbeitern zugestanden, durch kollektives Vorgehen ihren Ansprüchen zur Durchsetzung zu verhelfen. Dieses Zugeständnis verlor für die Arbeiter jedoch durch zusätzliche Bestimmungen entscheidend an Wert, indem im Absatz 2 des § 152 RGO den Arbeiterkoalitionen und den von ihnen erzielten Arbeitsverträgen der Rechtsschutz versagt wurde. Jedem Teilnehmer wurde nach dieser Bestimmung der Rücktritt von diesen Vereinigungen und den von ihnen erwirkten Vereinbarungen freigestellt. Außerdem konnten Arbeiter aus den Vereinbarungen über die Lohnhöhe und die Arbeitsbedingungen

1) Vorgänger der RGO war die Gewerbeordnung des "Norddeutschen Bundes" vom 21. Juni 1896, die 1870 in Südhessen, 1871 in Bayern eingeführt und 1878 auch auf Elsaß-Lothringen übertragen wurde. Damit war zu diesem Zeitpunkt für ganz Deutschland auf diesem Gebiet die lang erstrebte Rechtseinheit geschaffen. Vgl. H.Waentig, Die gewerbepolitischen Anschauungen..., a.a.O., S. 32 f.

bei deren Verletzung durch die Unternehmer nicht klagen. " Durch diese Rechtsschutzverweigerung wurden nur die Arbeiter, kaum die Arbeitgeber betroffen, die einen Außenseiter in bezug auf die Arbeiterpolitik durch Absatz- und Liefersperrung oder durch die Einlösung der von jenem beim Verbands hinterlegten Solawechsel strafen konnten."¹⁾ Im Gegensatz hierzu, wo die Rechtspraxis durch Gerichtsentscheidungen solche Zwangsmaßnahmen der Unternehmer zur Erzwingung einheitlichen Verhaltens gegenüber den Arbeiterkoalitionen rechtlich sanktionierte, wurde den Arbeitern sogar die Erzwingung solidarischen Verhaltens durch moralische Mittel im § 153 RGO verwehrt. Danach war nicht nur die Anwendung körperlichen Zwanges zur Erzwingung der Koalition mit Gefängnis bis zu 3 Monaten belegt, sondern die gleiche Strafe wurde denen angedroht, die durch Drohung, Ehrverletzung und Verrufserklärung andere zur Teilnahme an den in § 152 RGO genannten Verabredungen zwingen oder sie vom Rücktritt von diesen abhalten wollten. Diese Bestimmung der RGO war darüberhinaus insofern noch einseitig, als sie nur diejenigen Maßnahmen bestrafte, "die zugunsten einer Koalitions- und Streikbewegung unternommen, nicht Gewalttaten, die gegen solche gerichtet waren. Der "Schutz der Arbeitswilligen" den sie gewährte, war faktisch ein Schutz vor umfassenden Gewerkschaften".²⁾

Nach 1878 verhinderte das Sozialistengesetz nach bescheidenen Anfängen eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Gewerkschaftsgedankens. Erst die Wiedererweckung und die zunehmende Erstarkung der Arbeiterkoalitionen nach Ablauf des Sozialistengesetzes in

¹⁾ D.Lindenlaub, Richtungskämpfe..., a.a.O., Bd. I, S.200 f.

²⁾ Ebenda, S. 201

den Jahren nach 1890 auf der einen Seite und die Bemühungen der Unternehmer um eine weitere Verschärfung des § 153 auf der anderen Seite führten wieder zu einer verstärkten Diskussion des Koalitionsrechtes unter den Kathedersozialisten. Ausdruck findet dieser Sachverhalt in der wiederholten Beachtung dieser Problematik auf den Tagungen des "Vereins für Socialpolitik".¹⁾ Andererseits gab es in einem Zeitraum von 9 Jahren im Reichstag zwei Versuche, den § 153 RGO zu verschärfen. 1891 wurde innerhalb eines Novellierungsantrages zur Gewerbeordnung beabsichtigt, sogar die Überredung zur Arbeitseinstellung unter Strafe zu stellen. Ebenfalls sollte die gewohnheitsmäßige Aufforderung zum Vertragsbruch und zur Niederlegung der Arbeit mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft werden. Wie dieser Versuch, so scheiterte auch der von 1899 an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag. Jedoch hätte die Annahme des Novellierungsantrages von 1899 gegenüber dem Entwurf von 1891 eine noch radikalere Vertretung der Unternehmerinteressen bedeutet. Der als "Zuchthausvorlage" bekannt gewordene Antrag "zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" sah für das Streikpostenstehen eine Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren vor. Eine gleich hohe Strafe, für Rädelsführer erweitert auf 5 Jahre, war für Arbeiter vorgesehen, die an der Streiküberwachung teilnahmen. Dabei war es nicht wesentlich, ob sie sich "Drohungen, Ehrverletzungen oder Tätlichkeiten"²⁾ gegenüber Arbeitswilligen enthielten, alleiniges Straftatbestandsmerkmal sollte sein, daß sie an der Streiküberwachung überhaupt teilhatten. Brentano hat die möglichen Auswir-

1) Vgl. dazu Schr. V.f.Sp., Bd. 45 (1890); Bd. 46 (1890); Bd. 47 (1890) mit den Verhandlungen auf der Generalversammlung in Frankfurt/M.; Bd. 76 (1898) Verhandlungen auf der Generalversammlung in Köln; Bd. 116 (1906) Verhandlungen auf der Generalversammlung in Mannheim.

2) D. Lindenlaub, a.a.O., I. Bd., S. 201

kungen an etlichen Beispielen geschildert:" Fortan aber kann ein streikender Arbeiter, der eine Streikbrecherin beim Tanze stehen läßt, wegen Beleidigung mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Ein Streikender, der seinen Werkführer nicht mehr grüßt, kann wegen Ehrverletzung belangt werden. Wer eine 'schwarze Liste' von Streikbrechern aufstellt und bekannt macht, wird wegen Verrufserklärung verfolgt"1). Wieviel, so muß man fragen, wäre das Koalitionsrecht, das nach § 152 Abs.1 den Arbeitern formal gewährt wurde, materiell wert, wäre es durch diese zusätzlichen Bestimmungen derart eingeschränkt worden? Hinzu kommt, das vergleichbare Verhaltensweisen der Unternehmer, wie schon angedeutet wurde, keineswegs bestraft wurden. So war es bereits früher den Arbeitgebern ausdrücklich gestattet worden, "durch 'schwarze Listen' einander die Namen streikender Arbeiter mitzuteilen, und gegen Konventionalstrafen, durch welche Arbeitgeber, die von der Koalition der Arbeitgeber abfallen, bedroht werden, hat der Gesetzesvorschlag kein Wort"2). Ironisch bemerkt Brentano, daß, "obwohl der Streikbrecher nach der Auffassung des Entwurfs als ein Mensch erscheint, dessen 'persönliche Interessen mit den Staatsinteressen zusammenfallen' und die Bezeichnung als Streikbrecher somit als Ehrenbezeichnung gelten müßte, wird der Streikende, der jemanden Streikbrecher nennt, wegen Beleidigung und Ehrverletzung mit Strafe bedroht"3).

1) L.Brentano, Moderne Großkartelle und Arbeiterkoalitionen, in: Die Woche, Jg.1 (1899), Nr.15 v.24.5.1899, S.574. Ebenso Max Weber, Schr.V.f.Sp., Bd.116 (1906), S.215: "Wenn heute ein Streikender zu einem Arbeitswilligen sagt: streikst Du nicht mit, so tanzt meine Auguste nicht mehr mit Dir, so macht er sich strafbar. Das ist kein Scherz, sondern wörtlich geltendes Recht, und ich möchte den Juristen sehen, der es zu bestreiten vermag."

2) L.Brentano, Moderne Grosskartelle ..., a.a.O., S.574

3) Ebenda

Nachdem die derart artikulierten Interessen der Unternehmer im Reichstag keine Mehrheit fanden, schritten sie zur Selbsthilfe. Die 1904 gegründete "Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände" übernahm in Zusammenarbeit mit dem "Verein deutscher Arbeitgeberverbände" den Arbeitsnachweis im Falle des Streiks¹⁾. Streikbrechern sollte dadurch auch in Zeiten von Arbeitskämpfen eine Beschäftigung ermöglicht werden, darüberhinaus sollte den Arbeitgebern vor allem bei der Sicherung der Produktion geholfen werden. Streikende und Mitglieder von Gewerkschaften wurden durch 'schwarze Listen' bekannt gemacht, den Unternehmern wurde von ihrer Beschäftigung nach der Beendigung des Streiks abgeraten²⁾. Trotz dieser Versuche der Unternehmer, die alte ökonomische Machtstellung durch Selbstorganisation zu wahren, wurde 1912/13 von ihnen erneut gefordert, das Streikpostenstehen gesetzlich zu verbieten.

Auf diesem Hintergrund ist es unmöglich, die Gegenmachtbildung, wie sie sich im Laufe der Zeit durch Etablierung der Gewerkschaften vollzog, als einen sich automatisch vollziehenden Vorgang anzusehen, wie ihn z.B. Galbraith sieht. Wie schwer um die Begründung und die Funktionsfähigkeit dieses Konzepts der 'Gegenmacht', auch unter den Kathedersozialisten gerungen wurde, zeigt die Auseinandersetzung über die Rolle, die Bedeutung und um die Eingliederung der Gewerkschaften in die Industriegesellschaft. Innerhalb dieser Diskussion wurden auch die unterschiedlichen Ansichten der eingangs zitierten kathedersozialistischen Gruppen, der 'Staatssozialisten' und

1) vgl. zur Gründung beider Organisationen Gerhard Kessler, Die deutschen Arbeitgeberverbände, Schr.V.f.Sp., Bd. 124 (1907), S. 47 ff.

2) vgl. D. Lindenlaub, a.a.O., Bd. I, S. 201 f.

der 'Syndikalisten' zu diesem Problem deutlich¹⁾. Beide Gruppierungen waren sich darin einig, daß Arbeiterkoalitionen als Korrektiv gegenüber der Macht der Unternehmer beim Abschluß und der Ausgestaltung des Arbeitsvertrages notwendig seien. Unterschiedlich waren die Ansichten jedoch in der Frage, welche Funktionen im einzelnen und welchen Freiheitsraum die Gewerkschaften innerhalb der Gesellschaft haben sollten. Brentano, der die Auffassungen der 'Syndikalisten' prägte, zu denen u.a. auch Herkner und Jastrow gehörten, hat sich immer eindeutig gegen die Bestimmungen der §§ 152,2 und 153 RGO gewandt. Für ihn war das anzustrebende Ziel, und dabei hatte er die englischen Arbeitervereinigungen vor Augen, daß die deutschen Gewerkvereine als Organisation, denen die Arbeiter ihr Vertrauen schenken, frei von staatlichen Interventionen den Arbeitsvertrag im Machtkampf mit den Unternehmerorganisationen aushandeln sollten. Das bedingte jedoch die Abschaffung der dargestellten gesetzlichen Beschränkungen und Diskriminierungen des Koalitionsrechts. Brentano propagierte als Lösung des Konfliktes zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Koalitionsrechts die Einführung des kollektiven Arbeitsvertrages. Die Einführung eines solchen Verfahrens setzte jedoch voraus, daß der Staat und die Unternehmer die Organisation der Arbeiter, die Gewerkschaften, rechtlich verbindlich anerkannten. Das war auch 1905, als Brentano diesen Vorschlag auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik in Mannheim vortrug, noch nicht geschehen. Erster Schritt in diese Richtung war in den Augen Brentano's darum die Schaffung von Arbeiterorganisationen, die sämtliche Arbeiter eines Gewerbes umfassen sollten. Arbeiter wie Arbeitgeber sollten nach seinem Vorschlag durch Gesetz gezwungen werden, mit "Vertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln".²⁾ Der Gesetzgeber sollte

1) Vgl. zu der Gruppenabgrenzung in dieser Arbeit, S. 26 ff.

2) L. Brentano, Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, Schr.V.f.Sp., Bd.116 (1906), S.149

nicht das Nicht-Koalitionen schützen, wie er es durch den § 152,2, bisher tat, sondern das Koalizieren. Der kollektive Arbeitsvertrag sollte für alle Beteiligten "die gleiche rechtliche Gültigkeit haben, wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrages".¹⁾ Arbeitsstreitigkeiten sollten vor einzurichtenden Einigungsämtern und Schiedsgerichten ausgetragen werden. Brentano hatte dabei auch die Hoffnung, daß die Streikgefahr bei derart rationalisierter und kanalisierter Austragung von Konflikten geringer werden würde.²⁾ Trotzdem bejahte er in vollem Umfang die Beibehaltung des Streiks und der Aussperrung als Mittel der Auseinandersetzung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Im Gegensatz zu früheren Auffassungen über die Koalitionsfrage, die er in seinen "Arbeitergilden" vertrat, nach denen sich der Staat aus den Auseinandersetzungen, die mit der Regelung des Arbeitsvertrages verbunden waren, völlig heraushalten sollte, forderte Brentano für die Realisierung seines neuen Vorschlages jetzt den Staatseingriff. Der Staat sollte den Unternehmerorganisationen die Anerkennung der Gewerkschaften dekretieren. Als Mittel zur Durchsetzung dieses Anerkennungszwanges forderte Brentano, daß "Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsstreitigkeiten ... vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen und die keinerlei Verbindung annehmen, welche das Verhandeln mit Arbeitsvertretern verweigert".³⁾ Im Gegensatz zu den "Staatssozialisten", die sofort mit dem Aufkommen der "Berufs- oder Gewerksvereine" eine staatliche Regelung dieser Koalitionen forderten⁴⁾, hält Brentano als Kathedersozialist Staats-

1) L. Brentano, Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, a.a.O., S. 149

2) Ders., Mein Leben..., a.a.O., S. 251

3) Ders., Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, a.a.O., S. 149

4) Siehe unten in dieser Arbeit, S.64 f.

eingriffe erst in dem Augenblick für erforderlich, wo die Koalitionen ein Ausmaß angenommen und eine Bedeutung erreicht hatten, "daß sie kein Mensch mehr umbringen kann". Erst zu diesem Zeitpunkt erschien es dem syndikalistischen Flügel unter den Kathedersozialisten notwendig, die Gewerkschaften durch den Staat nicht nur anzuerkennen, sondern sie so zu sichern und zu entwickeln, daß sie "wirkliche Organe einer Organisation der Industrie werden".¹⁾

Anders war die Auffassung der "Staatssozialisten", zu denen man Wagner, Schönberg, Knapp, v. Philippovich - um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen - rechnen kann. Wie so häufig, nimmt Schmoller auch in dieser Auseinandersetzung insofern eine Sonderstellung ein, als er Brentano in seinen Grundgedanken zum Koalitionsrecht bis hin zur Ausprägung zum kollektiven Arbeitsvertrag zustimmt, auf der anderen Seite jedoch die Befürchtungen der eigentlichen "Staatssozialisten" teilt, daß sich ein neues Machtungleichgewicht zugunsten der Gewerkschaften einstellen könnte, sofern sich der Staat nicht seiner Aufsichts- und Koordinierungspflicht bewußt wird. Wie alle "Staatssozialisten", so ging auch Schmoller bei seiner Beurteilung des Koalitionsrechtes davon aus, daß die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu sozialen Erschütterungen des Staates und der Gesellschaft führen können. Allein der Staat wurde von ihnen als der Machtträger angesehen, der in der Lage war, gesellschaftliche Stabilität zu wahren und dahin zu wirken, "daß keiner seine momentane Macht voll ausnutzt, daß jeder sich gebunden fühlt durch Sitte und Überlieferung, durch Rücksichtnahme auf andere und die Gesamtheit, daß

1) L. Brentano, Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, a.a.O., S. 149

jede Machtbethätigung so eingeschlossen ist in eine Unsumme konventioneller Grenzen, ohne welche das bellum omnium contra omnes sofort ausbräche".¹⁾

Für Schmoller stellte sich damit nicht primär die Frage nach der Berechtigung der Arbeiterkoalitionen, sondern nach der Form ihrer Organisation, die einzig darüber entscheidet, ob das Gemeinwesen vor Erschütterungen bewahrt werden kann. Das von ihm vertretene langfristige anzustrebende Ziel ist deshalb die Einführung von "obligatorischen staatlichen Schiedsgerichten", die "mit der Zeit die meisten Arbeitseinstellungen und Aussperrungen aus der Welt schaffen".²⁾ Schmoller verspricht sich davon eine "friedliche soziale Zukunft", in der "die beliebige Aussetzung der sozialen Funktionen für die Gesamtheit" ³⁾ durch Streiks nicht mehr eintreten wird.

Weitaus 'konservativer' argumentiert Schönberg.⁴⁾ Er befürwortet zwar das Koalitionsrecht der Arbeiter, da ihnen die wirtschaftliche Übermacht der Unternehmer eine Reihe von Nachteilen bringt, lehnt jedoch den Koalitionszwang mit dem gleichen konservativen Argument ab, welches zur Ausformulierung der §§ 152,2 und 153 RGO in der Vergangenheit führte, nämlich, daß die rechtliche Fixierung der Koalitionsdurchsetzung eine Beschränkung der Freiheit des Individuums darstelle. Im Prinzip spricht sich Schönberg damit auch für die Bestrafung des Arbeitskontraktbruches im Falle des Streiks aus. Allerdings erscheint ihm die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens aus taktischen Gründen zweifelhaft.⁵⁾ Um einen möglichen Mißbrauch der Macht

1) G.Schmoller, Literaturbesprechung, Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 14.Jg.(1890), Heft 4, S. 304

2) Ders., Grundriß..., a.a.O., Teil II, S. 412

3) Ebenda, S. 412 und 418

4) Vgl. Gustav Schönberg, Das Coalitionsrecht, in: Volkswirtschaftslehre, hrsg. von G.Schönberg, Tübingen 1886², Bd. II, S. 596 f.

5) Vgl. ebenda, S. 600

durch die Gewerkvereine im von Schmoller dargestellten Sinne zu verhindern, empfiehlt Schönberg die Einführung von Gewerbegerichten und Einigungsämtern ¹⁾, die in der Mehrzahl der Fälle einen Streik verhindern könnten. Damit diese und ihre Schiedssprüche auch von den Arbeiterkoalitionen respektiert werden, will er die gesetzliche Anerkennung der Koalitionen von der "Unterwerfung unter den Spruch eines Einigungsamtes" ²⁾ abhängig machen. Bei Schönberg wird somit in besonderem Maße deutlich, daß er zwar die wirtschaftlichen Machtverhältnisse beim Abschluß des Arbeitsvertrages auf unorganisierten Märkten richtig einschätzt, daß er jedoch nicht bereit ist, aus einer übertriebenen Sorge um die staatliche Stabilität heraus eine Gleichstellung von Unternehmern und Arbeitern durch das Wirken der Arbeiterkoalitionen zuzulassen. Auch hier, wie bei Schmoller, wird die Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse dem Staat übertragen, der sich allerdings bereits in der Vergangenheit als unfähig erwies, neben der formalen auch die faktische Gleichstellung der Arbeitnehmer mit den Unternehmern herbeizuführen.

Adolph Wagner, der profilierteste "Staatssozialist", hat an der Auseinandersetzung um diese Frage nur sporadischen Anteil genommen ³⁾ und dies auch nur aus einer stark verengten Sicht. Für ihn ergab sich die Notwendigkeit der Arbeiterkoalitionen lediglich aus der Vernachlässigung der Pflichten des Staates gegenüber den Arbeitern. Besonders deutlich wird seine Auffassung in einer Äußerung

1) Vgl. G. Schönberg, Das Coalitionsrecht, a.a.O., S. 347*

2) Ebenda, S. 636

3) Vgl. dazu die Ausführungen D. Lindenlaubs, a.a.O., S. 219 f.

auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik 1897 in Köln, wo Wagner feststellt, "... je mehr Gesetzgebung, Staat und Gemeinde eingreifen mit Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, mit sonstigen socialen Hilfen, desto weniger brauchen wir Gewerkvereinigungen und Organisationen der Arbeiter selbst". 1)

Rückblickend läßt sich feststellen, daß die Vorstellungen der syndikalistischen Richtung unter den Kathedersozialisten - und hier vor allem die Brentanos - zum größten Teil verwirklicht wurden. Kollektive Arbeitsverträge, freiwillige Schlichtung, staatliche Anerkennung sowohl der Arbeitnehmer- als auch der Arbeitgeberverbände verbunden mit dem Festhalten am Streik und an der Aussperrung als Mittel der Interessenauseinandersetzung im Arbeitskampf haben dazu geführt, daß bei der Ausgestaltung der Arbeitsverträge keineswegs nur die Interessen der Unternehmer Berücksichtigung fanden. Die ehemals bestehenden Machtpositionen, die zur Folge hatten, daß die Unternehmer allein ihren Willen beim Abschluß des Arbeitsvertrages ohne Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen durchsetzen konnten, sind durch die freiwilligen, nicht auf staatlicher Intervention beruhenden Arbeiterkoalitionen abgebaut worden.

Eine Überbrückung der Gegensätze zwischen den Auffassungen der beiden Richtungen unter den Kathedersozialisten in dieser Frage war durch ihr gemeinsames Bemühen gegeben, die ökonomische Wirklichkeit unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse zu erklären und über deren Beeinflussung die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne eines Machtausgleichs evolutionär zu verändern. Sowohl die Einbeziehung des Phänomens

1) Adolph Wagner, Schr. V.f.Sp., Bd. 76 (1898), S. 390

der wirtschaftlichen Macht in die theoretische Nationalökonomie als auch der Ausgleich ökonomischer Machtunterschiede sind auch heute aktuelle Aufgaben. Dieser Gesichtspunkt sollte neben anderen Anlaß zu einer Neubewertung der Rolle des Kathedersozialismus in der deutschen Volkswirtschaftslehre sein.

b) Die Bedeutung der Existenzsicherung der Arbeiter

Die Vorschläge der Kathedersozialisten zur Existenzsicherung der Arbeiter als Maßnahmen zur Beseitigung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern haben in der Literatur eine eingehende Würdigung in der Qualifizierung als sozialpolitische Maßnahmen erfahren.¹⁾ Im Rahmen dieser Untersuchung können diese "sozialpolitischen Aktivitäten" jedoch nicht losgelöst vom Hintergrund der allgemeinen Kritik des Kathedersozialismus an den Grundlagen des "Individualismus" der klassischen Nationalökonomie gesehen werden. Von der individualistischen Wirtschaftstheorie wurde die Freiheit des Individuums postuliert und verteidigt in der Annahme, daß diese als Voraussetzung der Verfolgung des Selbstinteresses nicht nur individuellen Wohlstand verbürgt, sondern auch zur Maximierung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands führt. Unabdingbar mit diesem Postulat der individuellen Freiheit war die Eigenverantwortlichkeit des Individuums sowohl für seine Handlungen als auch für seine Existenz verbunden. Wie nun Brentano u.a. speziell für das Arbeits-

1) Vgl. dazu u.a. Eugen von Philippovich, Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen..., a.a.O.; Karl Pribram, Die Sozialpolitik als Theoretische Disziplin, Arch. f. Soz.-Pol., Bd. 55 (1926), S. 577 ff.; Hans Schubert, Gustav Schmoller als Sozialpolitiker, (Diss.) Würzburg 1937; F.A. Westphalen, Die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik, in: O. Spann (Hrsg.), Deutsche Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Bd. 9, Jena 1931; G.v. Below, O. Spann, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1930, bes. S. 158 ff.; Maryan Czaplicki, Schmoller als Sozialökonom, (Diss.) Breslau 1929; Josef Elberskirch, Die Beurteilung des Sozialismus durch die historische Schule der Nationalökonomie, (Diss.) Köln 1930

verhältnis zeigen konnte, bestand diese Freiheit für den Arbeiter als Anbieter des Faktors Arbeit keineswegs. Unter der Wirkung der existierenden Machtverhältnisse war der Arbeiter auch in seiner Existenz vom Unternehmer im umfassenden Sinne abhängig geworden. Dennoch hielt die staatliche Politik, wie auch die Rechtsprechung, lange an der Fiktion der Freiheit und der Selbstverantwortlichkeit des Arbeiters fest. Beispiel dafür ist u.a. die Armengesetzgebung, die "Geschenke" verteilte, um selbstversorgungsunfähige Mitglieder der Gesellschaft am Leben zu erhalten. Die Einsicht, daß mit der Beseitigung der Unabhängigkeit des Arbeitnehmers bei Abschluß des Arbeitsvertrages unter damaligen Bedingungen auch eine Einschränkung der Selbstverantwortlichkeit zu Lasten der Unternehmer oder der Gesellschaft bzw. des Staates einhergehen mußte, konnte sich bis in die 70-iger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nicht durchsetzen. Andererseits bedingt dieses Postulat der Selbstverantwortlichkeit, konsequent durchgeführt, daß dem Arbeiter ein "Recht auf Arbeit" zugestanden werden muß. Da der Verkauf der Arbeitskraft die einzige Quelle des Arbeitereinkommens ist, stellt die Sicherung des Rechtes auf Arbeit auch die einzige Möglichkeit dar, dem Arbeiter selbstverantwortlich seine Existenzsicherung zu übertragen. Der Verwirklichung dieses Rechtes auf Arbeit standen jedoch in den Augen der Kathedersozialisten unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.¹⁾ Sie hätte u.a. zur Folge gehabt, daß sowohl die freie Arbeitsplatzwahl des Arbeitnehmers, wie auch die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers bei der Einstellung von Arbeitskräften hätte aufgehoben werden müssen. Den Kathedersozialisten erschien es daher sinnvoll, den Machtverhältnissen entsprechend, auch von einer eingeschränkten Selbstverantwortlichkeit

¹⁾ Vgl. L. Brentano, Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen, Berlin 1881, bes. S. 30 ff.

der Arbeitnehmer auszugehen. Zur Existenzsicherung der Arbeiter schlugen die Kathedersozialisten daher vor: ¹⁾

1. Einführung einer Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung,
2. eine strengere Fabrikgesetzgebung, die die Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter vermindert, die Frauen- und Kinderarbeit einschränkt bzw. verbietet,
3. eine Arbeitslosenversicherung, die wirkungsvoll die Abhängigkeit des Arbeiters in seiner Existenz vom Konjunkturverlauf trennt und
4. eine Witwen- und Waisenversicherung, die den Unterhalt und die Ausbildung der Angehörigen des Arbeiters nach seinem Tode sichert.

Die Lasten, die aus diesen Maßnahmen resultierten, sollten von den Arbeitern, den Unternehmern und vom Staat getragen werden.

Hatte die Einführung und materielle Absicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter direkte Auswirkungen auf das ökonomische Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern insofern, als daß es einen absoluten Machtzuwachs auf der Arbeitsangebotsseite bewirkte, so sind die Maßnahmen, die der Existenzsicherung und Existenzverbesserung der Arbeiter dienen sollten, in ihren Wirkungen anders zu qualifizieren. Sie tangieren nur indirekt die ökonomischen Machtverhältnisse, denn die durch diese sozialpolitischen Maßnahmen gewonnene größere Unabhängigkeit der Arbeiter läßt sich z.B. nicht direkt im Lohnkampf als Aktionsparameter, wie die durch die Koalition gewonnene Macht, einsetzen. Dennoch bedeuten auch diese Maßnahmen eine

¹⁾ Vgl. L. Brentano, Die Arbeiterversicherung gemäss der heutigen Wirtschaftsordnung, Leipzig 1879; ders., Der Arbeiterversicherungszwang..., a.a.O.; Versicherungszwang und Armenverbände, Schr. V.f.Sp., Bd. 21 (1882), S. 32 ff.

relative Machtverminderung auf der Unternehmerseite. Keineswegs, und darin wird der Unterschied besonders deutlich, sind diese Maßnahmen, losgelöst vom Koalitionsrecht, allein in der Lage, die wirtschaftliche Macht der Arbeitanbieter entscheidend zu verändern. Im Gegensatz zu der Wagner'schen Auffassung ¹⁾ können verstärkte soziale Hilfen des Staates die Organisation der Arbeiter nicht ersetzen, sofern dieses Problem auch unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen ökonomischen Machtverteilung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern betrachtet wird.

Ein weiteres Unterscheidungskriterium ergibt sich aus der Zielsetzung des Koalitionsrechtes und der "sozialen Hilfen". Hinsichtlich des Koalitionsrechtes stand die Forderung nach der materiell-ökonomischen Verwirklichung der rechtlichen Gleichheit und Freiheit der Arbeiter im Vordergrund. Dabei bedeutet nach Brentano die Zulassung der Arbeiterkoalitionen weder eine Änderung der Rechts- noch der damaligen Wirtschaftsordnung, sondern lediglich eine Anpassung der wirtschaftlichen Realität an den gegebenen Ordnungsrahmen. ²⁾ Im Gegensatz dazu wird dieser Ordnungsrahmen bei der Verwirklichung der Vorschläge der Staatssozialisten mit der Forderung nach Verstärkung der "sozialen Hilfen" durch die stärkere Gewichtung der Staatsgewalt verändert. Diese Änderung der Wirtschaftsordnung, die in den erweiterten Aufgaben des Staates auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Aufsicht, der Verwaltung und Kontrolle ihren Ausdruck findet, ist jedoch in den Augen der Staatssozialisten der einzige Weg, den Widerspruch zwischen formaler Gleichheit und Freiheit des Individuums und der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung zu lösen. ³⁾

1) vgl. oben, S. 66 in dieser Arbeit

2) L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 212

3) vgl. dazu H.v.Scheel, Die Theorie der sozialen Frage, Jena 1871; G.Schönberg, Arbeitsämter, eine Aufgabe des Deutschen Reiches, Berlin 1871; Ders., Die deutsche Freihandelsparthei und die Parthei der Eisenacher Versammlung, Zeitschr. ges. Staatswiss., Bd. 29 (1873), S. 493 ff.

Diese Vorstellungen und die damit verbundenen Forderungen reflektieren eine vom klassischen Individualismus völlig abweichende ethische Wertung des wirtschaftenden Menschen und seiner Rolle in der Gesellschaft. Neu an dieser Haltung ist, daß dem Einzelnen ebenso wie dem Staat und der Gesellschaft selbst eine sittliche Verantwortung für die Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse aufgetragen wird.¹⁾ Das anzustrebende Ziel wird von den Staatssozialisten durch eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beschrieben, die fähig sein soll, einen Ausgleich zwischen den in der Realität zu beobachtenden rivalisierenden Interessen herbeizuführen. Diesem Ziel, dem Ausgleich der Klassengegensätze, hat auch die Sozialpolitik zu dienen.²⁾ Nur der Staat könne jedoch diese Aufgabe objektiv erfüllen, denn allein er, "über den egoistischen Klasseninteressen stehend", kann "mit gerechter Hand die Verwaltung leite(n), die Schwachen schütze(n), die unteren Klassen hebe(n)".³⁾ Von diesem Gesichtspunkt her wird es verständlich, wenn Wagner schon 1872 von der Nationalökonomie forderte, daß sie mehr den Charakter und die Bedeutung einer ethischen Wissenschaft annehmen müsse, die die Verfolgung des Gemeinwohls über das des Individualwohls stellt.⁴⁾ Getragen von dieser idealistischen Auffassung über das objektive und unabhängige Wirken der staatlichen Organe ist bei allen Staatssozialisten eine kritische Auseinandersetzung über die möglichen Gefahren des staatlichen Machtmißbrauchs zu vermissen.

In späteren, der Sozialpolitik dieser Epoche gewidmeten nationalökonomischen Abhandlungen werden die Wirkungen

1) E.v.Philippovich, Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen in die Literatur, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19.Jahrhundert, Leipzig 1908, 2.Teil, Beitrag XXXI, S. 48

2) Vgl. G.Schmoller, Rede zur Eröffnung der Besprechung über die sociale Frage in Eisenach, abgear. in: G.Schmoller, Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart, Leipzig 1890, S.9

3) G.Schmoller, Rede zur Eröffnung..., a.a.O., S. 9

4) Vgl. Wagner, Rede über die sociale Frage, a.a.O., S.32

der Sozialpolitik lediglich unter dem Aspekt der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter diskutiert.¹⁾ Der Aspekt der ökonomischen Macht wird dabei nicht berücksichtigt; wenngleich auch Machtwirkungen in der Form der relativen Machteinschränkung auf der Unternehmerseite zu verzeichnen waren. Größeres Interesse haben in der Literatur die volkswirtschaftlichen Wirkungen des durch das Koalitionsrecht erreichten absoluten Zuwachses ökonomischer Macht der Arbeiter und ihrer Organisationen gefunden. Vor allem im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts standen diese unter dem Verteilungsgesichtspunkt im Vordergrund. Eigentlicher Ausgangspunkt dieser Diskussionen und Auseinandersetzungen war der 1872 von Brentano unternommene Versuch nachzuweisen, daß durch die Gewerkschaften eine dauernde Hebung der Arbeiterlöhne möglich sei.²⁾

3. Die Auswirkungen der Arbeiterorganisationen auf die Verteilung des Produktionsertrages

Brentanos Analyse der Arbeitsverhältnisse hatte sowohl die Abhängigkeit der Arbeiter von den Unternehmern aufgezeigt - insofern war sie eine Analyse der Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt - als auch auf das Mittel hingewiesen, mit dem diese Abhängigkeit zu beseitigen war, die Organisation des Arbeitsangebotes. In erster Linie verband sich jedoch mit der Beseitigung der Übermacht der Unternehmer für Brentano das Ziel, Lohnerhöhungen für die Arbeiter zu erreichen.³⁾ Die Verwirklichung dieses Zieles war nach den Lehren der theoretischen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts eine Illusion, denn

1) Vgl. z.B. Maryan Czaplicki, Schmöller als Sozialökonom, (Diss.) Breslau 1929; Hans Schubert, Gustav Schmoller als Sozialpolitiker, (Diss.) Würzburg 1937

2) Vgl. L. Brentano, Die Lehre von den Lohnsteigerungen mit besonderer Rücksicht auf die englischen Wirtschaftslehrer, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 16 (1871), S. 252 ff.

3) Ders., Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 315, 331 f.

1. gab es nach 'klassischer' Anschauung 'naturgesetzliche' Schranken, die sich in der Formulierung der 'Lohnfondstheorie' bzw. des 'ehernen Lohngesetzes' ausdrückten, die ein Steigen der Löhne für unmöglich erklärten,
2. waren auch die 'wissenschaftlichen Sozialisten', vor allem durch Marx vertreten, der Ansicht, daß im Kapitalismus keine Durchbrechung der ihm eigenen Verteilungsgesetze ohne Veränderung der Produktionsverhältnisse möglich sei.

Brentanos Vorstoß, mit den Mitteln der theoretischen Nationalökonomie nachzuweisen, daß die Gewerkvereine ein taugliches Mittel seien, den Lohnsatz zu steigern, richtete sich, da mit seinen Überlegungen keine Veränderungen der Produktionsverhältnisse verknüpft waren, gegen die Lohnfondstheorie. Vor allem wollte er zeigen, daß keineswegs aufgrund eines Naturgesetzes auf dem Arbeitsmarkt ein unabänderlicher Lohnsatz besteht. Gelingt dieser Nachweis, "... besteht keine derartige Unabänderlichkeit, so ist klar, daß auch das Bestreben der Arbeiter, ihren Lohnsatz zu steigern, nicht notwendig fehlschlagen muß". ¹⁾

Ausgangspunkt seiner Darstellung sind die Überlegungen Hermanns ²⁾, der Arbeiter erhalte seinen Lohn nicht aus dem Kapital - im Sinne eines Fonds - des Unternehmers, sondern "Quelle der Vergeltung der Productivarbeit ist das Einkommen des Käufers" ³⁾, also das des Konsumenten. Damit wird die Nachfrage der Konsumenten - als Regulator der Produktpreise - auch zu einem Bestimmungsgrund für die Lohnhöhe. Außerdem kommt nach Ansicht Brentanos hinzu, daß die dem Unternehmer zur Verfügung stehende Lohnsumme mit der Größe des Unternehmerkonsums variiert. Damit "stehe keineswegs ein für allemal fest, welchen Teil seines Einkommens der Unternehmer zur Produktion, und welchen er zur

1) L.Brentano, Die Lehre von den Lohnsteigerungen ..., a.a.O., S. 253

2) Vgl. F.B.Wilhelm v. Hermann, Staatswirthschaftliche Untersuchungen, München (1832) 18702, S. 473 ff.

3) Ebenda, S. 476

Konsumtion aufwendet. Der Druck einer Arbeiterkoalition kann die Relation zwischen beiden verschieben." ¹⁾

Drittens - und hier verläßt Brentano die statische Theorie der Klassik und führt über in eine Theorie der sich entwickelnden Wirtschaft - kann die Forderung der Arbeiter nach höheren Löhnen zunächst aus der Aufnahme von Krediten befriedigt werden.

Diesen drei Argumenten fügt Brentano darüberhinaus weitere hinzu, die für eine Lohnerhöhung der Arbeiter sprechen, die jedoch den engen Rahmen der Fragestellung der klassischen Verteilungstheorie sprengen. Fragten die Klassiker nur nach den Anteilen, die die an der Erstellung des Sozialproduktes beteiligten Faktoren erhalten und bemühten sich um die Auffindung von Gesetzen, die diese Anteile bestimmen, so wird durch Brentano diese Fragestellung erweitert, indem er auch die Auswirkungen der Verteilung auf die volkswirtschaftliche Produktion, den Konjunkturverlauf und auf die Bedürfnisstruktur einbezieht.²⁾ Dabei kommt er zu folgenden Ergebnissen:

(1) Benutzen die Unternehmer ihre Macht, über die sie gegenüber den Arbeitnehmern verfügen, um ein Wachsen der Produktion, eine Vergrößerung ihrer Betriebe auf Kosten der Löhne zu erzielen, so "zwingen die Fabrikanten sich selbst zur Entdeckung neuer Märkte in die Ferne zu schweifen, während, wenn die Kaufkraft der Massen entwickelt würde, wenn ihre Bedürfnisse mittelst der überströmenden Produkte ihrer Arbeit befriedigt würden, ein viel sicherer und regelmäßiger Markt ganz nahe läge " ³⁾. Durch die

1) Hilae Oppenheimer, Zur Lohntheorie der Gewerkvereine, (Diss.) Berlin 1917, S. 30

2) Diese Erweiterung der Problematik der Verteilungstheorie ist auch heute noch keineswegs selbstverständlich. Vgl. dazu H.Arndt, Macht und Verteilung, Bemerkungen zu Krelles Verteilungstheorie, Finanzarchiv, Bd. 23 (1963/64), S. 469 f.

3) L. Brentano, Die Lehre von den Lohnsteigerungen ..., a.a.O., Fußnote 51, S. 277 f.; Ders., Das Arbeitsverhältniss ..., a.a.O., S. 246

niedrigen Löhne erhöhe sich zwar die 'Verkaufsfähigkeit' der Unternehmer, jedoch trage diese bereits den Keim der Krise in sich, denn, "als Resultat sehen wir zuletzt auf der einen Seite eine stets zunehmende Masse unverkäuflicher Produkte und auf der anderen eine gleiche von darbenden Arbeitern und von unverkäuflicher Arbeit. Der Vergleich mit der Tödtung der Henne, welche die goldenen Eierlegt, mit dem Thornton die Arbeiter vor Lohnsteigerungen auf Kosten des Gewinns warnt, kann mit mindestens ebensoviel Recht Fabrikanten entgegengehalten werden, welche auf Kosten des Lohns ihre Preise herabsetzen, um ihren Betrieb zu vergrößern!"¹⁾

(2) Durch Einkommensänderungen über Lohnerhöhungen treten nicht nur bei den Arbeitern Änderungen der Nachfragestruktur auf, sondern es werden auch Anpassungen der Produktionsstruktur notwendig. "Anstatt der Luxusgegenstände der Reichen werden in Folge der Lohnsteigerungen Arbeiterconsumtililien begehrt und hergestellt." ²⁾

Ebenso untersucht Brentano die Auswirkungen einer geänderten Verteilung auf den Außenhandel, auf das inländische Preisniveau, auf die Besitzeinkommen und auf die Sparquote.³⁾ Festzuhalten bleibt, daß durch Brentano die Lohnfondstheorie widerlegt worden ist. Durch ihn wurden Wege gewiesen, um aus der statischen Theorie der Klassik zu einer Theorie einer sich entwickelnden Wirtschaft zu gelangen.⁴⁾ In einer solchen Wirtschaft gibt es weder einen 'Lohnfonds', noch kann in ihr ein 'ehernes Lohngesetz' seine Berechtigung behaupten. Dies nachzuweisen war eines der Anliegen Brentanos, in der Hoffnung, dadurch den Widerstand der 'klassischen Theorie' gegen den Arbeiterkoalitionsgedanken zu brechen. Ein weiteres wesentliches Ergebnis war die Feststel-

1) L. Brentano, Die Lehre von den Lohnsteigerungen.., a.a.O., S. 278

2) Ders., Das Arbeitsverhältniss ..., a.a.O., S. 243

3) Ebenda, S. 236 ff.

4) Vgl. dazu auch H. Oppenheimer, a.a.O., S. 31

lung Brentanos, daß die von Klassikern auf den Arbeitsmärkten unterstellte freie Konkurrenz mit der wirtschaftlichen Realität nicht übereinstimmt. Wesentliche Voraussetzungen für diese, wie gleiche Dringlichkeit der Bedürfnisse, gleiche Sachkenntnis und damit auch gleich starke Machtpositionen, fehlen in der Realität. Brentano stellt eine Abhängigkeit des Arbeitsangebotes von der Arbeitsnachfrage fest.

Diese aufgrund der ökonomischen Macht der Unternehmer möglich werdende Ausbeutung des Arbeitsangebots hat durch die Grenznutzenschule jedoch keine adäquate theoretische Lösung gefunden. Sofern Ausbeutungseffekte von dieser Richtung der Nationalökonomie analysiert wurden, sind sie mit dem Phänomen des Cournot'schen Monopols in einen genuinen Zusammenhang gebracht worden.¹⁾ Obwohl sich z.B. bei Erich Schneider voneinander abweichende Arbeitsangebotskurven für organisierte und unorganisierte Arbeitsmärkte finden, wird das Phänomen der wirtschaftlichen Macht nur bei der Analyse der organisierten Märkte als Marktfiguration des bilateralen Monopols in die Betrachtung einbezogen.²⁾ Unorganisierte Arbeitsmärkte, auf denen es weder Koalitionen der Arbeitsanbieter noch der Nachfrager gibt, sind "ex definitione" machtfrei, da hier Mengenanpassung bzw. die Marktform der vollkommenen atomistischen Konkurrenz unterstellt wird.³⁾ Da Brentano umgekehrt zeigen konnte, daß auf einem Arbeitsmarkt, auf dem sich beiderseits in großer Zahl unkoalierte Arbeitsanbieter und -nachfrager gegenüberstehen, Ausbeutung aufgrund unterschiedlicher Machtpositionen möglich ist, soll in einem anschließenden Teil gezeigt werden, daß

1) Vgl. H. Arndt, Ausbeutung und Marktform, Zeitschr. ges. Staatswiss., Bd. 115 (1959), S. 193 f.

2) Vgl. E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Tübingen (1948) 1963⁸, S. 381 f.

3) Vgl. ebenda, S. 374

- 1) die Grenznutzenschule die Ergebnisse der Analyse des Phänomens der wirtschaftlichen Macht durch die Kathedersozialisten nicht in ihre Theorien einbezog und
- 2) die Marktformenlehre ein unzulängliches Instrument ist, das Phänomen der wirtschaftlichen Macht und die damit verbundenen Möglichkeiten der Ausbeutung als Erscheinung sui generis, losgelöst vom Cournot'schen Monopol, theoretisch zu erklären.

4. Die Berücksichtigung kathedersozialistischer Erkenntnisse in der Theorie der Lohnbildung

Die heute allgemein anerkannte individuelle und gesellschaftliche Angebotskurve des Faktors Arbeit auf einem Markt ohne Koalitionen (Gewerkschaften, Unternehmerverbände) wird von Heinrich von Stackelberg ¹⁾ ebenso wie von Erich Schneider ²⁾ wie folgt dargestellt: ³⁾

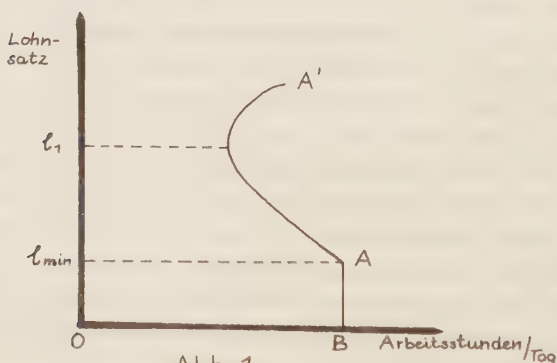
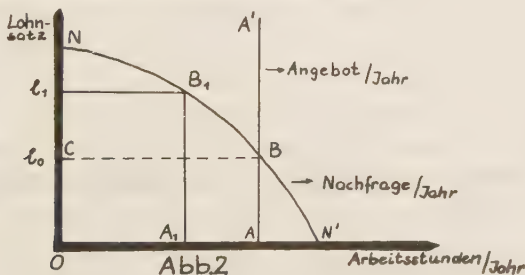


Abb. 1

-
- 1) H.v.Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948, S. 281
 - 2) E. Schneider, Einführung ..., a.a.O., II. Teil, S. 377
 - 3) Zu den geringen Abweichungen zwischen beiden Autoren vgl. H.Arndt, Ausbeutung und Marktform, a.a.O., S. 205 f.

Schneider interpretiert: Wir nehmen an, "daß der einzelne Arbeiter die Möglichkeit hat, die von ihm pro Tag bei einem bestimmten Lohnsatz angebotene Zahl der Arbeitsstunden zu bestimmen. Die tägliche Angebotskurve des einzelnen Arbeiters wird dann im Regelfall das... gezeichnete Aussehen haben. Bei einem das physiologische Existenzminimum gerade sichernden Lohnsatz $l_{\min}$ bietet der Arbeiter eine hohe Stundenzahl OB an. Würde der Lohnsatz über $l_{\min}$ hinaus steigen, so würde der Arbeiter ceteris paribus (im Text kursiv, H.S.) zunächst sein Angebot an Arbeitsstunden einschränken, um mehr Freizeit zu gewinnen. Von einem bestimmten Lohnsatz l_1 ab wird er dann sein Angebot vielleicht wieder ausdehnen, doch sind bei Steigen des Lohnsatzes über l_1 hinaus auch andere Angebotsreaktionen möglich: das Angebot kann weiter abnehmen oder konstant bleiben."¹⁾ Die äußerste Grenze bis zu der das tägliche Arbeitsangebot ausgedehnt werden kann, ist von außerökonomischen, physischen Faktoren bestimmt. Wir könnten theoretisch die Grenze bei etwa 16 Stunden täglich ansetzen.

Im Gegensatz zu dieser Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der Arbeiter selbst über die Dauer seines täglichen Arbeitsangebots in Abhängigkeit von der Lohnhöhe bestimmt, kommt Schneider zu einer anderen Darstellung, wenn z.B. der Achtstundentag gesetzlich fixiert ist.²⁾



1) E. Schneider, a.a.O., II. Teil, S. 376 f.

2) Vgl. ebenda, Fig. 160, S. 376. Auch in diesem Fall zeichnet Schneider die Angebotskurve derart, daß sie in A auf der Abszisse beginnt. Worauf Arndt in dem o.g. Aufsatz (S. 205f.) schon hingewiesen hat, ist die daraus abzuleitende Schlussfolgerung, daß ein Arbeitsangebot in Höhe OA auch beim Lohnsatz von 0 bestehen würde. Das ist jedoch nicht anzunehmen. Auch in diesem Fall müßte ein physiologisches Existenzminimum eingezeichnet werden, das die untere Grenze für das Arbeitsangebot bestimmen würde.

Einziges Kriterium der Unterscheidung beider Kurven ist bei Schneider die unterschiedliche Festlegung der Länge des Arbeitstages. Hiergegen sind jedoch Bedenken zu erheben, denn diese Schlußfolgerung läßt den wichtigen ökonomischen Tatbestand der wirtschaftlichen Macht außer Acht, wie im folgenden zu zeigen ist.

Im Falle eines unorganisierten Arbeitsmarktes haben die Arbeiter keinen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages. Sie sind auf einem solchen Markt nach Brentano unfrei und dem Lohndiktat der Unternehmer unterworfen. Unterstellt man, daß auf einem solchen Arbeitsmarkt, auf dem es keine Arbeiter- und Unternehmerkoalitionen gibt, durch Gesetz der Achtsturentag eingeführt wird, dann tritt als Folge, ceteris paribus, ein, daß die Arbeiter bei weiterbestehender Abhängigkeit vom Unternehmer ihr Existenzminimum, für das sie früher theoretisch bis zu 16 Stunden arbeiten mußten, jetzt für eine achtstündige Arbeitszeit erhalten.¹⁾

Für die graphische Darstellung bedeutet dieser Sachverhalt lediglich eine Verschiebung der Kurve nach links und eine Veränderung des Lohnminimums pro Stunde. (Vgl. Abb.3)

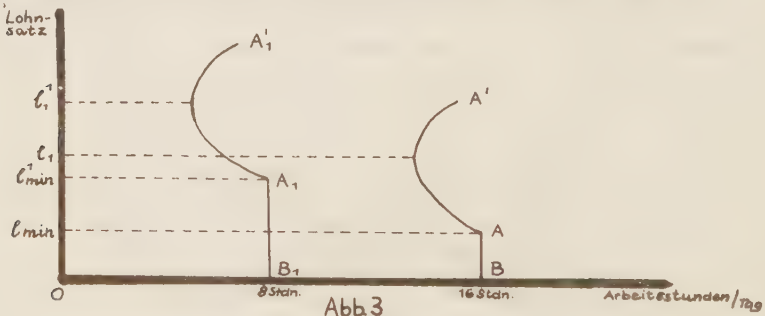


Abb.3

Die Einführung des Achtsturentages bringt zwar eine Milderung des Ausbeutungsgrades, ändert jedoch nichts an den Abhängigkeitsverhältnissen und somit auch nichts an der Machtverteilung. Auch nach der Festsetzung des Arbeitstages

¹⁾ Hierbei werden die Auswirkungen auf die "industrielle Reservearmee" nicht berücksichtigt, da auch bei Schneider keine Angaben darüber gemacht werden, welcher Beschäftigungsstand unterstellt ist.

ist es möglich, daß auf einem unorganisierten Arbeitsmarkt die Arbeiter im Grenzfall lediglich Löhne in Höhe des Existenzminimums beziehen. Die von Schneider durchgeführte Prämissenvariation ist somit ceteris paribus nicht evident für das Entstehen einer andersverläufigen Arbeitsangebotsfunktion.

Nochmals: Auf einem Arbeitsmarkt, auf dem sich weder die Arbeitnehmer noch die Arbeitgeber zusammenschließen, der, wie ihn Schneider nennt, unorganisiert ist, bestehen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Arbeitsanbietern und -nachfragern, die ganz bestimmte Wirkungen hinsichtlich der Gestaltung des Arbeitsvertrages haben. Wer auf einem derart strukturierten Markt Angebotsfunktionen mittels Kurven deutlich machen will, und einen solchen Versuch unternimmt expressis verbis auch Erich Schneider, der darf diese Abhängigkeiten, die Ausfluß unterschiedlicher Machtpositionen sind, nicht wegspiegeln. Er muß vielmehr die ökonomische Macht in seine Analyse einbeziehen. Ein solcher Ansatz, der diesen Voraussetzungen Rechnung trägt, wurde von Arndt entwickelt.¹⁾

Geht man davon aus, daß ökonomische Macht als Bestimmungsgrund für die Darstellung individueller und gesellschaftlicher Arbeitsangebotskurven in die Analyse eines unorganisierten Arbeitsmarktes einbezogen werden muß, dann ergeben sich für die ökonomische Theorie aus dieser neuen Problemstellung wichtige Konsequenzen. Es wird deutlich werden, daß im Gegensatz zu den Annahmen der geltenden Theorie "Grenzkosten, Grenzvorteil und andere ökonomische Werte... keine nur von außen gegebenen Größen" ²⁾ (im Original kursiv, H.S.) sind, sondern von den ökonomischen Verhältnissen und damit auch von dem ökonomischen Freiheitsgrad der Wirtschaftler, d.h. von ihrer Abhängigkeit oder Unabhängigkeit,

1) Vgl. H.Arndt, Ausbeutung..., a.a.O., S. 193 ff.; ders., Mikroökonomische Theorie, 2 Bde., Tübingen 1966, Bd. II, S. 237 ff.

2) Ders., Ausbeutung..., a.a.O., S. 194

den ökonomischen Machtverhältnissen, bestimmt werden.

Mit diesem um die ökonomische Macht erweiterten Ansatz soll jetzt der, im Gegensatz zu anderen Angebotskurven, anomal, nämlich von links oben nach rechts unten verlaufende Teil der Schneider'schen Angebotskurve untersucht werden. Vorab müssen jedoch zwei Fragen beantwortet werden, die eine Erklärung darüber erlauben, unter welchen Voraussetzungen sich der Lohnsatz von l_1 auf $l_{\min}$ verändert. Dabei ist es wichtig zu klären:

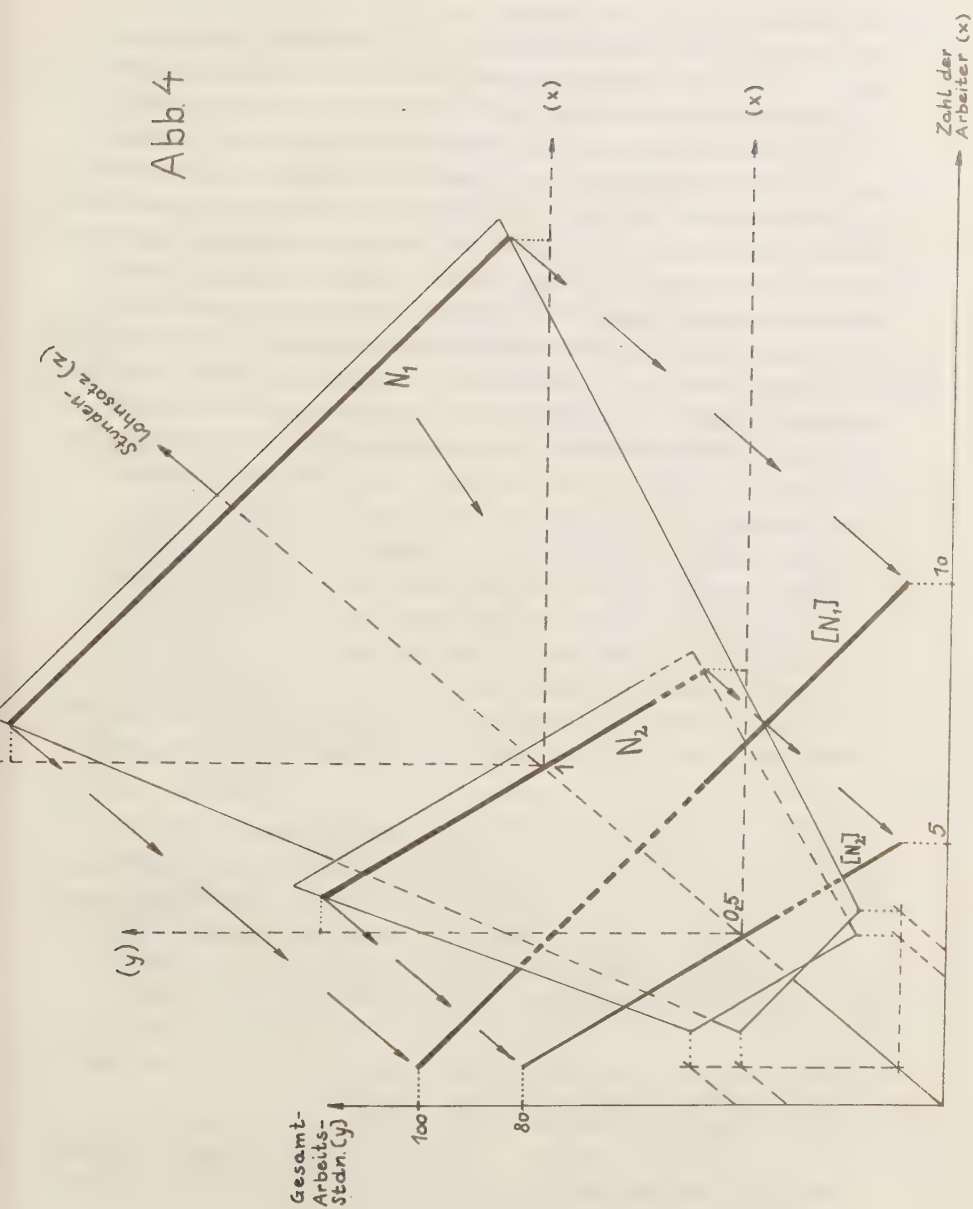
1. Welcher Vorgang steht hinter der Verschiebung des Lohnsatzes l_1 auf $l_{\min}$?
2. Hat auf einem unorganisierten Arbeitsmarkt der Arbeiter wirklich "die Möglichkeit...", die von ihm pro Tag bei einem bestimmten Lohnsatz angebotene Zahl der Arbeitsstunden zu bestimmen"?¹⁾

Denkbarer Ansatzpunkt für die Beantwortung der ersten Frage kann die oben beschriebene Beobachtung von Brentano sein, daß die Arbeitsnachfrager, die Unternehmer, bei Eintritt einer Wirtschaftsflaute ihre Nachfrage reduzieren. Durch den wachsenden Konkurrenzdruck unter den Anbietern sind diese jetzt bereit, um ihren Arbeitsplatz und ihre Existenz zu erhalten, mehr Arbeitsstunden zu einem gesunkenen Lohnsatz anzubieten. Hinter diesem Ergebnis, welches von Schneider in der graphischen Darstellung (Vgl. Abb.1) sichtbar gemacht worden ist, stehen jedoch in Wirklichkeit zwei Anpassungsprozesse, deren Verläufe gerade für das Sinken des Lohnes von l_1 auf $l_{\min}$ von großer Bedeutung sind.

In dem ersten Anpassungsprozeß müssen sich die Unternehmer einer gesunkenen Güternachfrage anpassen, wobei normale Reaktion unterstellt, sinkender Nachfrage und damit sinkenden Güterpreisen mit einer Verknappung des Angebotes begegnet wird. Die Produktion geht zurück. Das bedeutet jedoch hinsichtlich der Nachfrage auf den Faktormärkten und damit auch für die Arbeitsnachfrage einen Rückgang. Die Folge ist

¹⁾ E. Schneider, a.a.O., S. 376

Abb. 4



auf jeden Fall die Entlassung von Arbeitern, gleichgültig ob organisierte oder unorganisierte Arbeitsmärkte betrachtet werden. Bei unorganisierten Märkten kommt jedoch aufgrund der durch die beschriebenen Faktoren bestehenden Abhängigkeiten zwischen Nachfragern und Anbietern hinzu, daß die Unternehmer die von ihnen aufzuwendende Lohnsumme überproportional zu den vorgenommenen Entlassungen verringern können. Deutlich ist hierbei der Ausbeutungseffekt erkennbar. Dieser neuen Lage der Arbeitsnachfragekurve müssen sich jetzt die Arbeitsanbieter anpassen. Es beginnt hier der zweite Anpassungsprozeß. Wieder normale Reaktion der anpassen- den Seite, hier der Arbeitsanbieter, vorausgesetzt, wird das Angebot verknappt werden müssen. Das ist jedoch aufgrund des besonderen Charakters der Ware Arbeit, wie von Brentano ausgeführt, nicht in der gleichen Weise wie im ersten Anpassungsprozeß möglich. Da die Arbeiter nur durch den Verkauf ihrer Arbeit existieren können, sind sie bereit, in einer solchen Situation jede Bedingung des Unternehmers zu akzeptieren. Dieser Vorgang kann auch graphisch dargestellt werden, jedoch ist es dabei angebracht, von der zweidimensionalen Darstellung zur Darstellung von drei Variablen überzugehen, denn entscheidend sind in diesem Prozeß gleichermaßen Zahl der Arbeiter, Arbeitsstunden pro Arbeiter und Stundenlohnsatz.

Der Abbildung 4 kann folgendes entnommen werden:

1. Die Nachfragekurve nach Arbeit verschiebt sich aufgrund des Anpassungsprozesses auf dem Gütermarkt nach links unten in eine andere Ebene. Im neuen Gleichgewicht werden statt der bisher 10 Arbeiter nur noch 5 Arbeiter beschäftigt.
2. Der Stundenlohnsatz ist dabei von 1 RE auf 0,5 RE gefallen.
3. Die tägliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeiter von 10 auf 16 Stunden verlängert worden.

Diese Ergebnisse bedürfen jedoch noch einer genaueren Interpretation, um den Einfluß des Einsatzes ökonomischer Macht auf der Nachfrageseite deutlich zu machen.

Zugrundegelegt wird jetzt der Betrachtung ein organisierter Arbeitsmarkt, der dadurch gekennzeichnet ist, daß auf beiden Marktseiten Koalitionen bestehen. Die Folge eines Rückganges der Arbeitsnachfrage aufgrund der Veränderungen auf den Gütermärkten wäre auch hier die notwendige Entlassung von Arbeitskräften. Allerdings wären hier die Lohnsätze durch die Fixierung von Mindestlohnsätzen durch die Arbeiterkoalitionen nach unten fest, ebenso wäre die Maximalarbeitszeit festgelegt. Ginge nun die Arbeitsnachfrage eines Unternehmers von ursprünglich 100 Stunden auf beispielsweise 80 Stunden zurück, so müßte der Unternehmer im neuen Gleichgewicht *ceteris paribus* 8 Arbeiter bei 10-stündiger täglicher Arbeitszeit beschäftigen, lediglich 2 Arbeiter wären entlassen worden. Die aufgewendete Lohnsumme würde 80.- RE betragen.

Bei abhängigen Arbeitern auf unorganisierten Märkten unter Einsatz ökonomischer Macht durch die Unternehmer können diese notwendigen 80 Stunden Arbeit zu wesentlich günstigeren Bedingungen von den Nachfragern bezogen werden. Hier besteht die Möglichkeit, von den nicht entlassenen Arbeitern eine längere Arbeitszeit bei geringerem Stundenlohnsatz zu fordern. Wird die Arbeitszeit derart ausgeweitet, daß sie im Grenzfall einen für die Arbeiter gerade noch physisch zumutbaren Wert, z.B. 16 Stunden, annimmt, so können die notwendigen 80 Arbeitsstunden von 5 Arbeitern erbracht werden. Da durch den Druck der "Reservearmee" und fehlender Arbeiterkoalitionen keine Mindestlöhne fixiert sind, könnte theoretisch der Stundenlohnsatz auf 0,5 RE/pro Arbeiter gesenkt werden. Für die notwendigen 80 Gesamtarbeitsstunden müßten vom Unternehmer in diesem Fall nur 40 RE aufgewendet werden. Das Einkommen des einzelnen Arbeiters würde dabei lediglich von 10 RE täglich auf 8 RE fallen. Sollten diese 8 RE noch immer nicht das physiologische Existenzminimum darstellen, so könnte der Stundenlohnsatz selbst unter Gleichgewichtsbedingungen, die in der Realität keineswegs gegeben sein müssen, weiter verringert werden, vorausgesetzt, daß die 16-stündige Arbeitszeit nicht verlängert werden kann, ohne langfristig die physische

Existenz des Arbeiters zu vernichten. Damit wird auf unorganisierten Arbeitsmärkten bei vollem Einsatz der den Unternehmern zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Macht die untere Grenze für das Arbeits-einkommen durch das Existenzminimum bestimmt. In diesem zweiten Anpassungsprozeß, in dem sich das Arbeitsan-gebot anpassen muß, werden alle Daten für das neue Gleichgewicht durch die Nachfrager, die Unternehmer, gesetzt. Der zwar rechtlich freie, jedoch ökonomisch abhängige Arbeiter muß sich diesen Daten voll anpassen. Kann der Unternehmer im ersten Anpassungsprozeß auf dem Gütermarkt die zu produzierende Menge als Aktionsparameter für die Anpassung einsetzen, so verfügt der Arbeiter im zweiten Anpassungsprozeß auf dem Faktormarkt über keinerlei Aktionsparameter. Bei voller Ausnutzung der ökonomischen Macht bestimmt der Unternehmer alle für das neue Gleichgewicht relevanten Daten, die Lohnhöhe, die Länge des Arbeitstages und damit auch das Einkommen der Arbeiter. Ist das Arbeitseinkommen im neuen Gleichgewicht geringer als im alten, so werden dadurch bei den Arbeitern Umwertungen erzwungen, die zur Einschränkung der Lebenshaltung führen und die Arbeiter zwingen, ihren Konsum auf inferiore Güter umzustellen.¹⁾

Damit wird für die Beantwortung der oben gestellten Fragen deutlich:

1. Hinter der Stundehlohnsatzverschiebung von l_1 nach $l_{\min}$ stehen, abweichend von der Schneider'schen Darstellung, zwei Anpassungsprozesse. Für diese Untersuchung ist der auf dem Faktormarkt ablaufende relevant.
2. In diesem auf dem Faktormarkt für Arbeit ablaufenden Anpassungsprozeß hat der Arbeiter keineswegs die Möglichkeit, "die von ihm pro Tag bei einem bestimmten Lohnsatz angebotene Zahl der Arbeitsstunden zu bestimmen."²⁾ In diesem Anpassungsprozeß werden Lohnhöhe und Zahl der

¹⁾Vgl. H.Arndt, Ausbeutung..., a.a.O., S. 199

²⁾E.Schneider, Einführung..., a.a.O., II. Teil, S. 376

Arbeitsstunden durch die Nachfrager, d.h. die Arbeitgeber bestimmt, sofern sie das ihnen zur Verfügung stehende Machtpotential ausschöpfen.

Besonders deutlich zeigt sich dieser Tatbestand bei umgekehrtem Verlauf der Anpassungsprozesse, sofern die Angebotsreaktionen analysiert werden: Eine Erhöhung der Güternachfrage führt zur Ausdehnung des Angebots, damit zu erhöhter Arbeitsnachfrage. Keineswegs kommt es dabei notwendigerweise zu Lohnerhöhungen und zur Verringerung der individuellen Arbeitszeit, wie anzunehmen wäre, würde die individuelle Angebotskurve von Schneider für unorganisierte Märkte zutreffend dargestellt sein. Wie Brentano und ebenso Karl Marx feststellten, erhalten in dieser Situation zuerst die im vorangegangenen Anpassungsprozeß ausgeschiedenen Anbieter einen Arbeitsplatz, ohne daß sich die Lohnhöhe oder die Länge des täglichen Arbeitstages verändern würden.¹⁾

Hierin liegt ein weiterer Hinweis, der generell Anlaß dazu gibt, zu überprüfen, ob der von Schneider abgebildete anomal verlaufende Abschnitt der individuellen Arbeitsangebotskurve auf unorganisierten Märkten eine zutreffende Darstellung ist.

Die Wahlhandlungstheorie und die Grenznutzenschule gehen bei der Darstellung von Angebotskurven davon aus, daß sich die Lage dieser Kurven nach dem Grenzleid bzw. Durchschnittsleid des betreffenden Anbieters bestimmt. Dabei wird unterstellt, daß der jeweilige Anbieter in der Lage ist, nach den Prämissen dieser Theorien unabhängig, also in freier Entscheidung, seinen Vorteil abzuwägen. Diese Prämisse, wenngleich hier ungenannt, steht auch hinter der Schneider'schen Darstellung der individuellen Angebotsfunktion, denn es wird unterstellt,

¹⁾ Vgl. L.Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 205 f.

daß der Arbeiter bei sinkendem Lohnsatz sein Arbeitsleid geringer einschätzt, die Zahl der angebotenen Arbeitsstunden vermehrt, somit der Einkommenserzielung vor der Freizeitgewinnung den Vorrang gibt. "Würde der Lohnsatz über $l_{\min}$ hinaus steigen", so heißt es bei E. Schneider, "so würde der Anbieter ceteris paribus (im Original kursiv, H.S.) zunächst sein Angebot an Arbeitsstunden einschränken, um mehr Freizeit zu gewinnen."¹⁾

Allein hieraus wird wohl deutlich, daß die moderne Theorie im allgemeinen zu unterstellen scheint, "daß die Wirtschaftler, deren Verhalten analysiert wird, ihre volle ökonomische Unabhängigkeit oder zumindest einen gegebenen Grad an ökonomischer Unabhängigkeit besitzen".²⁾ Wie jedoch am Beispiel des unorganisierten Arbeitsmarktes gezeigt werden konnte, besitzen die dortigen Arbeitsanbieter keineswegs ihre ökonomische Unabhängigkeit. Ist es nun möglich unter Verwendung der Prämisse der Unabhängigkeit des Arbeitsanbieters eine individuelle Arbeitsangebotsfunktion zu entwickeln, die Gültigkeit für einen unorganisierten Markt haben kann, wenn sich dieser Markt gerade dadurch kennzeichnen läßt, daß das Angebot nicht unabhängig, sondern abhängig von der Nachfrage ist, da durch den Einsatz ökonomischer Macht die Alternativen des Angebots eingeschränkt, im Grenzfall beseitigt werden? Diese Frage soll im folgenden beantwortet werden.

Wie Arndt feststellt, muß bei der Diskussion der Arbeitsangebotskurve auch berücksichtigt werden, daß deren Lage abhängig ist vom Grad der Unabhängigkeit des Anbieters.³⁾ Abhängige und unabhängige Anbieter haben dementsprechend Angebotskurven, die sich in ihrer Lage unterscheiden. Wird ein bisher unabhängiger Anbieter vom Nachfrager abhängig, so führt dieser Vorgang zu Umwertungen beim

¹⁾ Einführung..., a.a.O., II. Teil, S. 377

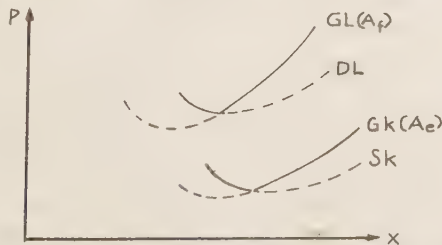
²⁾ H. Arndt, Ausbeutung..., a.a.O., S. 198

³⁾ Ebenda, S. 199

Anbieter und zu einer entsprechenden Kurvenverschiebung. Im Gegensatz zum ökonomisch unabhängigen Arbeitsanbieter, der sich in seinem Angebot nach dem Grenz- bzw. Durchschnittsleid richtet, werden für den abhängigen Anbieter die Grenzaufwandskurve (Grenzkosten) bzw. die Durchschnittsaufwandskurve (Stückkosten) aktuell.¹⁾

In dieser Untersuchung, - Veränderung des Lohnsatzes von l_1 nach $l_{\min}$ auf unorganisiertem Arbeitsmarkt -, sind in allen Fällen Reaktionen abhängiger Anbieter

- 1) Vgl. H.Arndt, S. 200, wo ausgeführt wird, daß Anbieter umwerten, sofern sie gezwungen werden, gleichzeitig ihre Arbeitszeit auszudehnen und ihre Lebenshaltung einzuschränken. "In diesem Umwertungsprozeß verschieben sich die Grenzvorteils- und Grenzkostenkurven der Haushalte, durch die "Sparmaßnahmen" verringern sich die Kosten seiner Lebenshaltung in toto und durch die Erhöhung seiner Arbeitsleistung (in Zeiteinheiten gerechnet) werden die Kosten seiner Lebenshaltung auf eine größere Zahl von Arbeitsstunden verteilt. Seine Arbeitsangebotskurve verschiebt sich infolgedessen...im Anpassungsprozeß nach rechts unten."



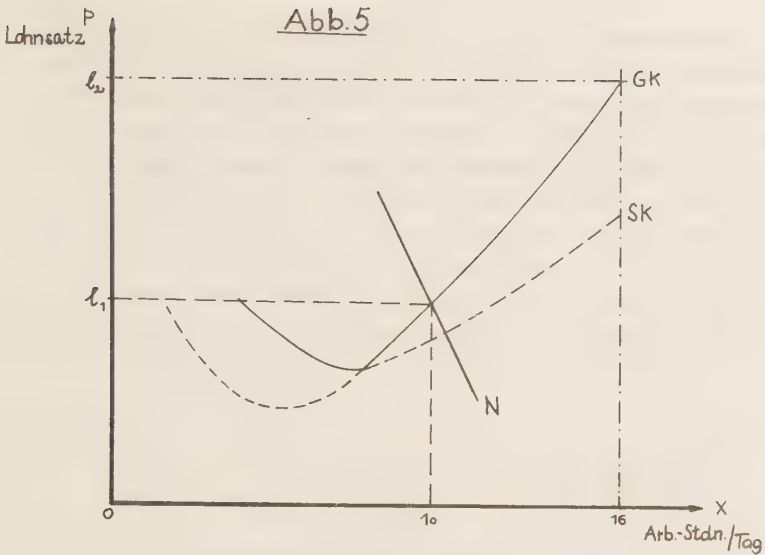
Bei der Erläuterung dieser neuen Angebotskurve (A_E) stellt Arndt fest, daß auch bei geringen Lebenshaltungskosten und geringem Arbeitsstundenangebot ein hoher Lohnsatz gezahlt wird, da die Reproduktion der Arbeit gesichert werden muß. Die Division von lebensnotwendigem Bedarf durch geleistete Arbeitsstunden ergibt die SK-Kurve, die bei unteroptimaler Ausnutzung des Haushalts aktuell wird. Bei Ausdehnung der Leistung über das Optimum wird auf der GK-Kurve angeboten. Die GK-Kurve steigt auch bei einem ausgebeuteten Haushalt an, da bei zunehmender Inanspruchnahme des Haushalts die Reproduktionskosten für jede zusätzliche Leistungseinheit steigen. Vermehrte Arbeitsinanspruchnahme setzt steigenden Verzehr von Subsistenzmitteln voraus.

zu analysieren. Im Gegensatz dazu untersucht Arndt die Wirkungen des Verlustes der Unabhängigkeit beim Angebot und die damit verbundenen Kurvenverschiebungen, um Ausbeutung als ökonomisches Phänomen sui generis zu verdeutlichen. Die Herausarbeitung dieser unterschiedlichen Fragestellung ist besonders wichtig, denn allein daraus ergibt sich, daß der ausgebeutete Anbieter, der beim gerade das physiologische Existenzminimum sichernden Lohnsatz $l_{\min}$ anbietet, keine Angebotskurve, sondern lediglich einen Angebotspunkt besitzt, da er in dieser Situation über keinerlei Wahlfreiheit mehr verfügt.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist der bei Schneider mit l_1 bezeichnete Lohnsatz. Dieser Lohnsatz ist höher als der im Existenzminimum geltende Satz $l_{\min}$. Ihm entspricht eine Zahl von Arbeitsstunden, die geringer ist als die, die vom Arbeiter bei $l_{\min}$ realisiert wird. Dieser Lohnsatz l_1 scheint dem Satz zu entsprechen, der von der Klassik, speziell von Ricardo, als der "natürliche Preis der Arbeit" bezeichnet wurde. Er lag über dem physiologischen Existenzminimum, Ricardo sprach vom Preis "nach welchem er (der Arbeiter) aus Gewohnheit verlangt".¹⁾ Dieser Preis wird darum in verschiedenen Ländern unterschiedliche Höhen haben.²⁾ Bietet der abhängige Arbeiter in einem durch einen solchen Lohnsatz und die zugehörige Stundenzahl bestimmten Gleichgewicht an, dann wird seine aktuell gewordene GK-Kurve von der Nachfragekurve in einem Punkt geschnitten, der rechts vom Optimum, also auf dem steigenden Ast der GK-Kurve, jedoch noch vor ihrer äußeren rechten Begrenzung liegt. Die Begrenzung nach rechts wird durch eine Linie gebildet, die die maximale Inanspruchnahme des Anbieters pro Tag angibt, in dem oben gewählten Beispiel 16 Stunden pro Tag. Diese würden jedoch nur dann angeboten, wenn, Konstanz der Wertungen vorausgesetzt, der Lohnsatz

1) D. Ricardo, Principles ..., a.a.O., S. 82

2) Ebenda, S. 86



auf l_2 steigen würde. Dieser erhöhte Lohn wäre notwendig, um die erhöhte Leistungsabgabe zu ersetzen, sofern die Anbieter ihre Bedürfnisstruktur nicht ändern.

Kommt es in dieser Situation zu einer Nachfrageverschiebung, zur Verminderung der Nachfrage, so sind bei den Arbeitsanbietern in diesem Prozeß, wie dargestellt, Umwertungen notwendig. Die untere Grenze dafür liegt bei der Erreichung des physiologischen Existenzminimums. In diesem Minimum gibt es nun keine GK-Kurve mehr; sondern nur noch den Punkt K (vgl. Abb. 6), denn jede weitere Ausdehnung des Angebots wäre langfristig mit dem Verhungern des Anbieters verbunden. Auch eine Erhöhung des Lohnsatzes könnte bei weiterer Ausdehnung der Arbeitszeit keine Reproduktionsgewähr des Arbeiters bieten. Hier ist die Grenze der Ausbeutung zumindest langfristig erreicht. Durch den Einsatz ökonomischer Macht der Nachfrager und den

Konkurrenzdruck der Anbieter unter sich selbst bedingt, kann der Arbeiter auch nicht weniger Arbeit zum gleichen Lohnsatz anbieten, da er dann arbeitslos werden würde. Das Verhalten des Nachfragers entspricht in diesem Bereich vergleichsweise dem des durch Ragnar Frisch beschriebenen Optionsfixierens¹⁾

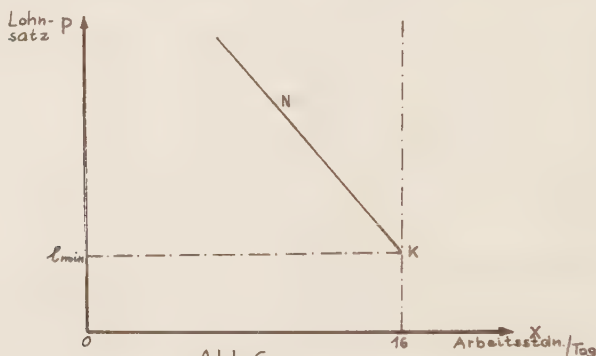


Abb. 6

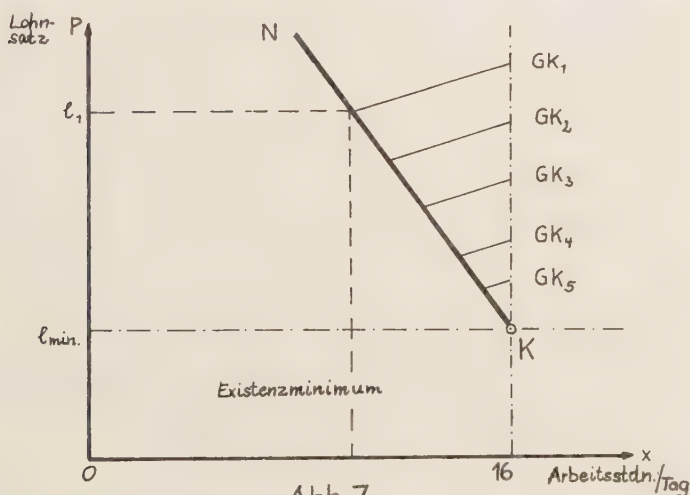
Aus diesen Überlegungen wird zweierlei deutlich:

1. Dem Lohnsatz l_1 in der Schneider'schen Darstellung entspricht im Gegensatz zum Lohnsatz $l_{\min}$ eine völlig andere individuelle Arbeitsangebotsfunktion, denn Voraussetzung für die Realisierung eines Gleichgewichts bei $l_{\min}$ und der 16-stündigen Arbeitszeit B sind zwei Anpassungsprozesse. Der für die Untersuchung relevante, der des Angebotes, führt bei den Anbietern zu Umwertungen und zu entsprechenden Kurvenverschiebungen.

2. In der Schneider'schen Darstellung sind weder die beiden Anpassungsprozesse kenntlich gemacht, noch deren Auswirkungen für die Verschiebung der individuellen Arbeitsangebotsfunktion. Der von Schneider als anomal verlaufende Teil der Angebotskurve kenntlich gemachte

¹⁾ Vgl. R. Frisch, Monopole - Polypole - La notion de force dans l'économie, in: Festschrift für H. Westergaard, Nationaløkonomisk Tidsskrift, Bd. 71 (1933), deutsch: Monopol - Polypol - Der Begriff der Kraft in der Wirtschaft, in: A. E. Ott (Hrsg.), Preistheorie, Köln, Berlin 1965

Kurvenabschnitt (Bewegung von l_1 auf $l_{\min}$) kann keine Angebotsfunktion symbolisieren, sondern ist allenfalls, wie es Arndt bezeichnet, eine "Kurve der vorübergehend aktuell werdenden Ausgleichslagen".¹⁾ Auf dieser Kurve, deren geometrische Orte z.T. auf der Nachfragekurve liegen, - beide Kurven sind somit graphisch in einem Teil ihres Verlaufs identisch - kann sich jederzeit ein neues Gleichgewicht einstellen, bevor $l_{\min}$ erreicht wird, sofern die Nachfrager nach Arbeit in diesem Anpassungsprozeß des Arbeitsangebotes ihr Machtpotential nicht voll ausschöpfen.



Aus der Abb. 7 ist zu entnehmen, daß sich die in dem Anpassungsprozeß möglich werdenden Ausgleichslagen mit immer kürzer werdenden GK-Kurvenabschnitten verbinden. Jede neue GK-Kurve enthält Umwertungen der Anbieter. Verbindet sich GK_1 mit einem relativ hohen Lohnsatz, der mit einer bestimmten qualitativen und quantitativen

¹⁾ H.Arndt, Ausbeutung..., a.a.O., S. 207

Subsistenzmittelstruktur verbunden ist, so bedeutet das, daß der Anbieter ceteris paribus nur dann mehr Arbeit anbietet, wenn er auch ein höheres Subsistenzmittel-niveau erreichen kann. Diesen Abschnitt der Wahlfreiheit erhält der Arbeitsanbieter auf unorganisierten Märkten durch seine rechtlich formal abgesicherte Freiheit, die es ihm z.B. gestattet, den Arbeitsplatz zu wechseln, ebenso wie das Gewerbe. In einer qualitativ anderen Situation, der im Grenzfall der Punkt K entspricht, hat der Anbieter nur noch die "Freiheit", sich den Nachfragebedingungen zu unterwerfen oder zu verhungern. Trotz seiner formal-rechtlichen Gleichheit und Freiheit ist dieser Anbieter in einer schlechteren Lage als der Sklave oder Leibeigene. Waren diese der Fürsorgepflicht ihres Halters unterworfen und bedeutete ihre Existenzvernichtung zumindest einen finanziellen Verlust für diesen, so braucht der Nachfrager nach Arbeit in den oben geschilderten Fällen in dieser Hinsicht keine Rücksicht zu üben. Für Arbeitsanbieter, die er nicht beschäftigen kann, trifft ihn keine Verantwortung, die anderen entlohnt er bei vollem Einsatz seiner ökonomischen Macht so, daß ihre Arbeitskraft gerade erhalten wird. Durch den Einsatz ökonomischer Macht k a n n rechtlich formal bestehende Freiheit und Gleichheit eingeschränkt, im Grenzfall aufgehoben werden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten:

1. Eine individuelle Arbeitsangebotsfunktion auf unorganisierten Märkten, auf denen ökonomische Macht nur durch die Nachfrager eingesetzt werden kann, existiert nicht in dem von Stackelberg und Schneider dargestellten Verlauf. Was von beiden Autoren als anomal verlaufender Teil dargestellt wurde, ist realiter eine "Kurve der aktuell werdenden Ausgleichslagen", die mögliche Gleichgewichtslagen während eines Anpassungsprozesses des Arbeitsangebots symbolisiert.
2. Bei voller Ausnutzung der wirtschaftlichen Macht, d.h. bei Einsatz der Aktionsparameter, die den Nachfragern

bei bestehender Abhängigkeit des Angebotes zur Verfügung stehen, wird die individuelle Grenzkostenkurve, die bei einem Lohnsatz von l_1 Gültigkeit hat, aufgrund der bei den Anbietern notwendig werdenden Umwertungen nach unten verschoben und verkürzt. Im Grenzfall, bei Erreichung des physiologischen Existenzminimums, schrumpft sie auf einen Punkt.

3. Die Verläufe der individuellen Angebotskurve, die von Schneider bei Lohnsätzen über l_1 hinaus für möglich gehalten werden, treffen keineswegs für unorganisierte Märkte zu. Auf diesen Märkten, auf denen die Machtverteilung derart ungleichgewichtig ist, wie sie von Brentano beschrieben wurde, sind die von der modernen Theorie angenommenen Verhaltensweisen der Anbieter von Arbeit nicht nur unrealistisch, sondern dadurch werden auch jene Unterschiede völlig unsichtbar gemacht, die sich ergeben, wenn die wirtschaftliche Macht als wesentlicher Faktor für die Gleichgewichtsbestimmung und den Prozeßverlauf auf unorganisierten Arbeitsmärkten in die Analyse einbezogen wird.

Das Ergebnis dieses Abschnittes der Untersuchung verdeutlicht ein wesentliches Problem nationalökonomischer Theorie. Wie auch von Schneider verfahren, werden Erscheinungen der Realität - in diesem Fall der Lohnbildung auf unorganisierten Märkten - mit Hilfe von Modellen zu erklären versucht. Dabei wird im Ergebnis z.B. ein anomaler Verlauf der individuellen Angebotskurve festgestellt. Das Phänomen "unorganisierter Markt" ist jedoch realiter, wie wir zu zeigen versuchten, u.a. durch unterschiedliche Machtpositionen wesentlich bestimmt. Wird bei der Modellbildung durch entsprechende Prämissenwahl und der damit verbundenen Entfernung vom realen Betrachtungsobjekt, z.B. von der wirtschaftlichen Macht, abstrahiert, dann dürfen die gewonnenen Ergebnisse nicht als gültig für ein real existierendes Problem ausgegeben werden. In diesem speziellen Fall bedeutet das: Wird der

Verlauf der Arbeitsangebotskurve auf einem unorganisierten Markt analysiert, werden die auf einem solchen Markt wesentlichen Machtunterschiede zwischen Arbeitsanbietern und -nachfragern nicht berücksichtigt, dann ist es nicht möglich, die Ergebnisse der Modellanalyse als gültig für unorganisierte Märkte anzusehen.

Es könnte allerdings eingewendet werden, daß in dem verwendeten Beispiel weder Schneider noch Stackelberg die wirtschaftliche Macht, bzw. die bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse als wesentlich für die Kurvenverläufe angesehen haben. Diesem Einwand wäre jedoch entgegenzuhalten, daß gerade die Kathedersozialisten 30 Jahre vor diesen dargestellten Ergebnissen der heutigen Theorie auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Macht für die Lohnbildung auf unorganisierten Arbeitsmärkten hingewiesen haben. Wenn die nationalökonomische Theorie von wichtigen Erkenntnissen ihrer Vorgänger keinen Gebrauch macht, wenn die Theorie auch keine Weiterentwicklung durch den Einbau empirischer Erkenntnisse erfährt, dann mag das von Brentano zitierte Wort Döllingers über die Geschichte der Philosophie auch für die Nationalökonomie gelten:" ... sie gleiche einem Friedhof, auf dem sich sehr schöne und minder schöne Denkmäler fänden, auf jedem Denkmal aber stehe: hic jacet." ¹⁾

Diese Diskontinuität in der Entwicklung der Nationalökonomie beklagt auch Walter Eucken. ²⁾ Um die wenig fruchtbare Auseinandersetzung um Methoden und Begriffe zwischen den einzelnen 'Schulen' der Nationalökonomie zu beenden, forderte er, daß geschichtliche Anschauung und theoretisches Denken ineinandergreifen müssen, um die wichtigste Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, die Erklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit, lösen zu können. ³⁾ Diese Art der

1) L. Brentano, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, a.a.O., S. 103

2) Vgl. W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., S. 24-37, bes. S. 31 f.

3) Vgl. ebenda, S. 33

Eucken'schen Fragestellung führt zwangsläufig zum Problem der wirtschaftlichen Macht. Eucken stellt fest: "Verstehen wirtschaftlicher Wirklichkeit in aller Vergangenheit und in der Gegenwart und wahrscheinlich in aller Zukunft erfordert daher Verstehen wirtschaftlicher Macht und zugleich Durchschauen der auffallend gleichförmigen Kampfmethoden wirtschaftlicher Machtgruppen."¹⁾ Wie aber, so fragt Eucken weiter, ist diese Erkenntnis möglich? Nur dadurch, daß

1. der Nationalökonom in seiner Tätigkeit wirtschaftliche Macht kennenlernt, aus eigener Erfahrung erlebt hat und
2. er in der Lage ist, mittels der Anwendung eines "Apparates von morphologischen und theoretischen Sätzen auf die konkrete geschichtliche Situation" Macht und deren Wirkungen zu erkennen.²⁾

Als Anforderungen für eine effiziente ökonomische Theorie ergibt sich aus 2.:

- a) Ökonomische Theorie und wirtschaftliche Macht dürfen einander nicht ausschließen. Bei der Analyse des Machtphänomens versagt "nur eine unzureichende, nicht aus der Analyse geschichtlicher Tatbestände gewonnene oder doktrinäre ökonomische Theorie..."³⁾
- b) Die ökonomische Theorie ist zusammen mit dem morphologischen Apparat das entscheidende Mittel, wirtschaftliche Macht, ihren Umfang und ihre Wirkungen zu erkennen.

Von diesem Ansatz her ist es z.B. für Eucken unmöglich, Arbeitsangebotskurven zu diskutieren, die auf einem "unorganisierten Markt" gelten, wobei jedoch das Phänomen der wirtschaftlichen Macht aus der Betrachtung ausgeschlossen ist. Und dennoch, auch dieser wirklichkeits-

1) W. Eucken, Die Grundlagen..., a.a.O., S. 197

2) Ebenda, S. 198

3) Ebenda

nähere Eucken'sche Ansatz hat zu einer Verkürzung der Probleme des Einsatzes wirtschaftlicher Macht geführt, wie im folgenden, wiederum am Beispiel des Arbeitsvertrages, zu zeigen sein wird.

Bei der Analyse der Ursachen ökonomischer Macht ging Eucken von der Marktformenlehre aus. Die von ihm dabei verwendeten polaren Marktkonfigurationen waren die vollkommene Konkurrenz und das Monopol, beide gegeneinander abgrenzbar über eine Vielzahl von möglichen Zwischenformen.¹⁾ Mit diesem morphologischen Apparat werden von Eucken historische Situationen analysiert, wie z.B. die Situation des Fabrikarbeiters in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Eucken stellt in Übereinstimmung mit den Kathedersozialisten fest: "...durch die Herstellung der Freizügigkeit, durch Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, freien Handel und Beseitigung ungezählter alter Bindungen wurden die starken Kräfte der wirtschaftenden Menschen zur Entfaltung gebracht und so auch die Bahn für Technisierung und Industrialisierung geöffnet. Aber rasch entstanden jene Machtpositionen, die die Freiheit wieder bedrohten. So wurde z.B. der Fabrikarbeiter abhängig vom Fabrikanten, der auf dem lokalen Arbeitsmarkt ein Nachfragemonopol für Arbeitskräfte besaß."²⁾ (Hervorhebung von mir, H.S.)

Erklärt Erich Schneider, wie am obigen Beispiel deutlich wurde, die Lohnbildung auf unorganisierten Märkten mit dem Modell des Mengenanpassers, so ist das Ergebnis der Eucken'schen Analyse für den gleichen Sachverhalt ein anderes: Auf einem derartigen Markt, der durch unterschiedliche Machtpositionen gekennzeichnet ist, denn

1) Vgl. W.Eucken, Die Grundlagen..., a.a.O., S. 91 ff.

2) Ders., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. Edith Eucken und K.Paul Hensel, Bern, Tübingen 1952, S. 176

es existieren Abhängigkeiten zwischen Arbeitnehmern und -gebern, ist die Ursache der Macht das Nachfrage-monopol der Unternehmer. In den gesamten Eucken'schen Darstellungen, erläutert an vielen Einzelbeispielen, steht als Ergebnis: Ursache wirtschaftlicher Macht ist das Monopol. Ökonomische Macht und Monopol bedingen einander. "Nur in einer einzigen Marktform tritt das Phänomen der wirtschaftlichen Macht ganz zurück: nämlich bei Verwirklichung der vollständigen Konkurrenz...Somit ist es in der Verkehrswirtschaft eben doch die Marktstellung, die über die Machtstellung entscheidet."¹⁾ (Hervorhebung im Original kursiv)

Ist die Machtposition der Arbeitnachfragenden auf einem lokalen Arbeitsmarkt in der angeführten historischen Situation tatsächlich aus einer Monopolstellung der Arbeitgeber auf diesem Markt zu erklären? Zur Klärung dieser Frage erscheint es angebracht, von der Beschreibung des Nachfragemonopols auszugehen.²⁾ Nach Eucken ist ein Nachfragemonopol dadurch gekennzeichnet, daß

- (1.) der Nachfrager einen eigenen Markt hat,
- (2.) die Anbieter auf einen einzigen Nachfrager angewiesen sind,
- (3.) wenn (1.) und (2.) zutreffend einen Markt beschreiben, dann verhält sich der Nachfragemonopolist derart, daß er entweder den Preis festsetzt, oder er bestimmt die nachzufragende Menge.³⁾

Die bekannten Folgen eines solchen Verhaltens sind, daß an diesem Markt eine geringere Menge zu einem höheren Preis

¹⁾ W.Eucken, Die Grundlagen..., a.a.O., S. 201 f.

²⁾ Eucken empfindet diese folgende Darstellung des Nachfragemonopols nun keineswegs als Modellkonstruktion, wie seine dabei angeführten, der Wirklichkeit entnommenen Illustrationen zeigen, sondern er stellt einleitend ausdrücklich fest, "um die Formen von Angebot und Nachfrage genau zu bestimmen...darf es kein Zurücktreten von der Wirklichkeit geben." W.Eucken, Die Grundlagen..., a.a.O., S. 93

³⁾ Ebenda, S. 93 f.

als bei reiner Mengenanpassung oder wie Eucken sagen würde, als bei vollständiger Konkurrenz, umgesetzt werden.¹⁾

Schon bei der formalen Analyse der Situation der Arbeitsnachfrage in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts fällt auf, daß es vor allem in den Industriegebieten, wo das Elend der Arbeiterbevölkerung am ausgeprägtesten war, keineswegs nur einen einzigen Nachfrager nach einer bestimmten Qualität Arbeit auf dem lokalen Arbeitsmarkt gab. Im Gegenteil, es waren zahlreiche, zumindest mehrere Nachfrager am Markt. Traten auf diesen Märkten hinsichtlich der Lohnhöhe und der nachgefragten Arbeitsmenge Wirkungen auf, die denen entsprachen, die bei der theoretischen Analyse der Marktkonfiguration "Nachfragemonopol" beobachtet werden können, so darf daraus keineswegs der Schluß gezogen werden, daß auf diesem Markt ein Nachfragemonopol bestand. Eine derartige Schlußfolgerung ist mit dem Handeln eines Mediziners vergleichbar, der aus Symptomen diagnostiziert, jedoch auf die Verursachungsanalyse, also z.B. auf eine Organuntersuchung zur Bestätigung seiner Diagnose verzichtet. Gestattet die Marktformenlehre keine andere Erklärung für die Lohnbildung auf unorganisierten Märkten als die Existenz eines Nachfragemonopols, dann zeigt sich daran einmal mehr, daß sie nur ein unzureichendes Instrumentarium zur Analyse der Wirkungen ökonomischer Macht darstellt. Seit Brentanos umfassender Analyse des besonderen Charakters des Faktors Arbeit im Vergleich zu anderen Waren, mußte es auch der theoretischen Nationalökonomie möglich gewesen sein, die in diesem Abschnitt aufgezeigten Irrwege zu vermeiden. Nochmals: Der besondere Charakter des Faktors Arbeit, die Armut der Arbeiter, der daraus sich ergebende Zwang für die Arbeiter, dauernd ihre Arbeitskraft zu verkaufen, das waren die Ursachen ²⁾,

1) Zum Modell des Nachfragemonopols vgl. H. Arndt, Mikroökonomische Theorie, a.a.O., Bd. 1, S. 155 f.

2) Vgl. in dieser Arbeit, S. 50 ff.

die ein Verhalten aller Nachfrager ermöglichen, das dem eines Monopolisten in der theoretischen Marktmorphologie entsprach. Alle Nachfrager nach Arbeit hatten auf einem solchen Markt Nachfragemacht. Alle Anbieter auf diesem Markt waren von den Nachfragern abhängig. Aus diesem bestehenden Abhängigkeitsverhältnis darf jedoch nicht geschlossen werden, daß auf diesem Markt ein Nachfragemonopol besteht, nur weil ein für ein Nachfragemonopol analoges Ergebnis hinsichtlich Preis und umgesetzter Menge erzielt wird. Dieses jedoch hat Eucken getan. Beginnen wir eine Untersuchung mit der Analyse der Marktergebnisse, stellen wir weiterhin fest, daß auf dem untersuchten Markt Abhängigkeiten bestehen, die ein Indiz für den Einsatz wirtschaftlicher Macht sind, so darf dennoch aus diesen Ergebnissen keineswegs auf eine monopolistische Struktur einer Marktseite geschlossen werden. Ein solches Vorgehen führt zu einer Verengung der Probleme, die mit dem Einsatz ökonomischer Macht verbunden sind und erweckt u.a. den Eindruck, "daß das Phänomen der Ausbeutung das Vorhandensein Cournot'scher Monopole voraussetzt,"¹⁾, anders formuliert, daß es z.B. in der Wirtschaftspolitik nur darauf ankomme, Monopole zu verhindern, bzw. zu beseitigen und schon sind die Probleme des Phänomens der wirtschaftlichen Macht gelöst.²⁾ Die Machtstellung eines Anbieters oder

1) H.Arndt, Ausbeutung und Marktform, a.a.O., S. 194

2) Es kann als erstaunlich angesehen oder ebenfalls als Versuch interpretiert werden, die komplizierte Materie des Einsatzes ökonomischer Macht zu Lasten ihres Erkenntniswertes zu verkürzen, wenn von einem National-Ökonomen, der sich selbst als "Marxist" bezeichnet, ein direkter Zusammenhang von Monopol und Macht schon vor Eucken konstruiert wurde. (Vgl. Franz Oppenheimer, Die soziale Frage und der Sozialismus, Jena 1913, S.XV.) Für Oppenheimer tauschen sich Wert gegen Wert "haarscharf" nur dann, wenn "freie Konkurrenz" besteht. Da nun jedoch, worauf u.a. auch Marx hingewiesen hat, bei der Produktion "Mehrwert" entsteht, der dem Kapitalisten zufließt, kann demnach praktisch keine "freie Konkurrenz" bestehen, denn diese schließt definitionsgemäß jede "Mehrwert"-Entstehung aus. "Was geschieht nun aber, wenn die Konkurrenz nicht

Nachfragers wird eben nicht nur durch seine Marktstellung im Sinne der Eucken'schen Marktmorphologie bestimmt.¹⁾

Eucken hat zwar recht, wenn er der Theorie die Funktion zuweist, entscheidendes Mittel zur Identifizierung der wirtschaftlichen Macht im ökonomischen Prozeß zu sein, jedoch bleibt dann immer noch zu prüfen, ob die bisher

frei wirken kann? D a n n b e s t e h t e i n
M o n o p o l. Denn ein Monopol ist nichts anderes als eine wirtschaftliche Vorzugsstellung, die darauf beruht, daß die Konkurrenz nicht frei wirken kann." (Ebenda, S. 6) Aufgrund der Gewaltaneignung (Okkupation) des Bodens durch die Grundbesitzer und der Einvernahme der Produktionsmittel (Eigentum = juristische Sperrung) durch die Kapitalisten kann dem Arbeiter das ganze Erzeugnis seiner Arbeit nicht mehr gehören. Er muß mit dem Grundbesitzer und dem Kapitalisten teilen, er "hat ihnen unter dem Zwange des 'Klassenmonopolverhältnisses' den Monopolgewinn der Grundrente oder des Kapitalprofits abzutreten." (Franz Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Berlin 1910, S. 402). Dem Arbeiter bleibt der "Monopollohn". Dieser "ist der 'v o l l e A r b e i t s e r t r a g' v e r m i n d e r t u m d e n M o n o p o l g e w i n n." (Ebenda). Damit ist auch für Oppenheimer das Machtproblem im umfassenden Sinne gelöst. "Mit berechtigtem Stolz spricht Oppenheimer davon, daß es ihm gelungen sei, den soziologischen Begriff der Macht in den ökonomischen des Monopols umzuformen." (Eduard Heimann, Macht und ökonomisches Gesetz, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 55 (1926), S. 782).

Wie gezeigt werden konnte, sind die Probleme ökonomischer Macht jedoch nicht so einfach zu lösen, auch wenn Oppenheimer gerade in der Einfachheit seiner Thesen den Beweis der Wahrheit erblickt: " Wenn Einfachheit der Wahrheit Siegel ist, dann ist die Lösung, die wir... zeigen..., gewißlich wahr: denn jedes Kind kann, muß sie verstehen." (Franz Oppenheimer, Die soziale Frage..., a.a.O., S. 4).

1)

Vgl. z.B. H.Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie in: Kritik 2: Konzentration ohne Kontrolle, hrsg. von Dieter Grosser, Köln, Opladen 1969, S.38, wo am Beispiel des Warenhauskonzerns, der weder Nachfragemonopolist ist, noch nachfragebeherrschend auf einem Markt sein muß, illustriert wird, wie dieser seine Lieferanten von sich in Abhängigkeit bringen kann. Derartige Fälle existieren in zahlenmäßig großem Umfang. Wer auch hier marktmorphologisch vorgehe, würde die Existenz wirtschaftlicher Macht innerhalb der Kunden- Lieferantenbeziehung verneinen müssen.

ausgebildete Theorie der Nationalökonomie diese Aufgabe zu lösen vermag. Bei der Marktformenlehre, die primär auf die Zahl der Anbieter und Nachfrager auf der jeweiligen Marktseite abstellt, erscheint das zweifelhaft. Weder das statische Modell der vollkommenen Konkurrenz noch das des Monopols liefern eine zufriedenstellende und umfassende Erklärung für jene Probleme der wirtschaftlichen Macht, die von Kathedersozialisten vor bereits 100 Jahren beim Abschluß des Arbeitsvertrages auf unorganisierten Märkten beobachtet und beschrieben wurden.

Wird auf diesem Hintergrund das Urteil Schneiders über die verhängnisvollen Auswirkungen des Kathedersozialismus auf die Entwicklung der deutschen Nationalökonomie überprüft¹⁾; dann kann festgehalten werden, daß es im Gegensatz zu den Kathedersozialisten auch in unserer Zeit Nationalökonom²⁾ gibt, die die wirtschaftliche Macht nicht in ihre Analysen einbeziehen. Andere Theoretiker erkennen wohl eine Bedeutung der wirtschaftlichen Macht an, beschreiben jedoch ihre Wirkungen mit einem theoretischen Instrumentarium, das zu Ergebnissen führt, gegen die große Bedenken geltend gemacht werden müssen.

Es bleibt die Frage, ob zumindest für eine erschöpfende Behandlung der Problematik des Einsatzes ökonomischer Macht das Wirken der Kathedersozialisten "im wahrsten Sinne des Wortes verhängnisvoll" war. Vielleicht sind gerade durch diese Negierung ihrer Erkenntnisse einige Probleme der heutigen Nationalökonomie ungelöst geblieben.

1) Vgl. E.Schneider, Einführung..., a.a.O., Teil IV, Bd. I, S. 325

2) So auch A.Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. III, Berlin 1961, S. 28f., 31, 44f., der die Wirkungen der Macht in der verkürzten Problematik des Monopols oder 'Quasimonopols' darstellt. Bei der Lohnbildung auf unorganisierten Märkten wird von ihm generell innerhalb der Marktformenlehre argumentiert. Ebenso P.Renner, a.a.O., S. 61ff., bes. S. 63, wo es zB heißt: "Mit Ausnahme der Marktformen der vollkommenen Konkurrenz, wo alle Marktteilnehmer sich als Mengenanpasser verhalten müssen, verfügen in den übrigen Marktformen einzelne Marktteilnehmer über Marktmacht..."

Neben der Aufdeckung der Abhängigkeitsverhältnisse auf unorganisierten Arbeitsmärkten ist ein weiteres Ergebnis der Analyse ökonomischer Machtunterschiede und ihrer Wirkungen durch Brentano für die Nationalökonomie von großer Bedeutung gewesen. Als Ergebnis seiner Untersuchungen über die Bestimmungsgründe der Lohnhöhe stellt Brentano fest, daß ein Lohnfonds, aus dessen Höhe sich bei Division durch die Arbeiterzahl die individuelle Lohnhöhe für den Arbeiter ergibt und der als 'naturgesetzliche' Schranke Versuche zur Beeinflussung der Lohnhöhe durch Gewerkschaften a priori zum Scheitern verurteilt, nicht existiert. Seine Schlußfolgerung, "...daß die Feststellung des Lohns lediglich eine Machtfrage ist"¹⁾, hat unter den Nationalökonomien Beirürwörter und Verteidiger gefunden,²⁾ ist jedoch auch, vor allem von den Zurechnungs- und Grenznutzentheoretikern, scharf angegriffen worden. Da diese Auseinandersetzung, die von Böhm-Bawerk unter das Thema "Macht oder ökonomisches Gesetz" gestellt wurde, von exemplarischer Bedeutung für die vorliegende Untersuchung ist, soll auf die Darstellung der dabei vertretenen Argumente nicht verzichtet werden.

II. Macht oder ökonomisches Gesetz

Bevor auf die Argumente der beiden Seiten in dieser Auseinandersetzung eingegangen wird, scheint es erforderlich, die Hintergründe aufzuhellen, die zu dieser Auseinandersetzung führten.

Die klassische Nationalökonomie war, ebenso wie die Grenznutzenschule, zu der Ansicht gelangt, daß es Wertgesetze gäbe, nach denen sich aus den Beiträgen der am Produktionsprozeß beteiligten Faktoren deren Vergütung bestimmen lasse. Für die Grenznutzentheorie galt dabei, daß der Faktor

1) L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S.262

2) Vgl. z.B. Michael Tugan-Baranowsky, Soziale Theorie der Verteilung, Berlin 1913, der die gleiche Auffassung vertritt.

Arbeit soviel erhält,"als das Produkt oder der Produktzuwachs ausmacht, den man nach den Regeln der Zurechnung eben dieser seiner Mitwirkung im Produktionsprozeß verdankt. Den kürzesten Ausdruck findet dieser Gedanke in der bekannten Formel von der "Grenzproduktivität der Faktoren".¹⁾ Die klassische 'objektive Werttheorie',²⁾ die sich für den Lohn in der Arbeitskostentheorie³⁾ niederschlug und zur Lohnfondstheorie führte, wurde von der Grenznutzenschule durch eine 'subjektive Theorie des Wertes' ersetzt, die die "Verteilungsgesetze unter der Voraussetzung des Waltens völlig - nicht bloß rechtlich, sondern auch faktisch - freier und vollwirksamer beiderseitiger Konkurrenz" entwickelte, "also unter einer Voraussetzung, welche die Ü b e r m a c h t eines Teils...vorweg auszuschießen geeignet ist."⁴⁾

Die Auffassung Brentanos, daß die Feststellung des Lohns lediglich eine Machtfrage ist, findet sich modifiziert bei Stolzmann, der die Ergebnisse der Verteilung sowohl als Ausdruck der Phänomene der 's o z i a l e n Kategorie'⁵⁾,

1) Eugen v. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 23(1914), S.208

2) Vgl. A. Smith, Der Reichtum ..., a.a.O., 1. Buch, 5. Kap.

3) Vgl. D. Ricardo, Principles ..., a.a.O., Abt. III, 3. Hauptstück

4) E. v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S.208

5) Die 'soziale Kategorie' ist für Stolzmann ein erkenntnistheoretisches gedankliches Instrument oder Mittel zur Erfassung und theoretischen Untersuchung der zu erklärenden Sachverhalte in der Wirklichkeit. Sie umfaßt alle Faktoren und Bedingungen, die der gesellschaftlichen Umwelt des Menschen entstammen. Sie umfaßt die wechselnden historischen Gesetze des menschlichen Zusammenlebens ebenso wie die konstituierten Macht- und Rechtsverhältnisse. Vgl. Rudolf Stolzmann, Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1896, S.8; Ders., Der Zweck in der Volkswirtschaft, Berlin 1909, S. III f., S.129

als auch als das Resultat 'rein ökonomischer' Kausalitäten ansieht. "Die Größe des Arbeitslohns ... ist a u c h das Resultat der sozialen Machtverhältnisse, und n i c h t nur der natürlichen Wirkung des antheiligen Produktionseffektes... . Die Macht allein, die Verteilungsgesetze, schreiben die Größe des Antheils vor."¹⁾ Böhm-Bawerk verfolgte dagegen aus der Einsicht, daß mit dem engen Ansatz der "Grenznutzenschule" die "verwickelte, vielgestaltige Wirklichkeit" nicht erschöpfend erklärt werden könne, die Absicht, die Macht in das Lehrgebäude der Grenznutzentheoretiker einzubeziehen und konkretisiert: "Ich richte... die Frage darauf, ob der Einfluß der Macht sich i n n e r - h a l b oder aber g e g e n die ökonomischen Preisgesetze geltend macht; ob er dort, wo er auftritt, die Formeln der theoretischen Preisgesetze durchkreuzt und stört, oder aber sie erfüllt."²⁾

Festzuhalten ist, daß Brentano und Stolzmann fragen, welche Größen die Anteile der am Produktionsprozeß beteiligten Faktoren bestimmen. Brentano kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die ökonomische Macht die entscheidende Einflußgröße ist, wogegen Stolzmann neben dem Einfluß der Macht auch einen Einfluß der "natürlichen Wirkung des antheiligen Produktionseffektes" feststellt, jedoch, betrachtet man beide Einflüsse in ihrem grundsätzlichen systematischen Verhältnis zu einander, "dann ist die soziale Kategorie entscheidend, und ganz besonders für die G r ö ß e, d.h. den effektiven Umfang der Abfindungen... ." ³⁾

Böhm-Bawerk formuliert das Problem dagegen von einem anderen Ansatz her. Da für ihn eindeutig erwiesen ist, daß die Preisgesetze - und "die Verteilung der gesamten durch die nationale Produktion geschaffenen Gütermasse"⁴⁾ ist nur ein

1) R.Stolzmann, Die soziale Kategorie..., a.a.O., S.40f.

2) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S.215

3) R.Stolzmann, Der Zweck..., a.a.O., S.56

4) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S.205

Anwendungsfall dieser Gesetze - "unzählige Male" über "künstliche" Eingriffe gesiegt hätten¹⁾, gibt es für ihn keinen Zweifel an deren Wirksamkeit. Zum anderen meint Böhm-Bawerk jedoch nicht leugnen zu können, daß auch diese künstlichen Eingriffe, also politische und/oder ökonomische Macht einen Einfluß ausübt. "Man müßte heutzutage ein Idiot sein, wenn man den Einfluß der sozial geschaffenen Einrichtungen und Maßregeln auf die Güterverteilung leugnen wollte .."²⁾ Insofern stimmt er im Ansatz darüber, welche Einflüsse auf die Verteilungsanteile wirken, mit Stolzmann überein. Die Kontroverse, um die es hier geht, verursacht Böhm-Bawerk mit der von ihm aufgeworfenen spezifischen Frage: Welche 'Kategorie' letztlich über die Verteilungsanteile entscheide, die Macht oder das ökonomische Gesetz? "Das große, noch nicht befriedigend gelöste Problem ist, die Art und das Maß des von jeder der beiden Seiten kommenden Einflusses darzulegen .."³⁾

Nur für dieses Problem und nicht in der Frage, welche Größen über die Anteile bestimmen, gibt es eigentlich eine Kontroverse Böhm-Bawerks mit Stolzmann. Es ist intellektuell unredlich und darüberhinaus polemisch, wenn Böhm-Bawerk den Versuch macht, den Eindruck zu erwecken, Stolzmann behaupte, nur die Macht allein bestimme die Faktoranteile im Verteilungsprozeß⁴⁾

1) Vgl. dazu E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S.205, 207

2) Ebenda, S. 207, 215

3) Ebenda, S.208, ebenso S.214

4) Bei Böhm-Bawerk, a.a.O., S.211 heißt es in der Wiedergabe eines Stolzmann'schen Zitates: "Die Macht allein", sei es welche "die Größe des Anteils vorschreibe." Bei Stolzmann, Die soziale Kategorie ..., a.a.O., S.41 heißt es dagegen: "Die Macht allein, die Vertheilungsgesetze, schreiben die Größe des Anteils vor." Aus den Ausführungen Stolzmanns vor diesem Zitat, wo es heißt: "Die Größe des Arbeitslohns, des Kapitalgewinnes und der Rente ist deshalb heute auch das Resultat der sozialen Machtverhältnisse, und nicht nur der natürlichen Wirkung des antheiligen Produktionseffektes," wird deutlich, daß der obige Satz (... die Macht allein, die Vertheilungsgesetze ...) nur so zu verstehen ist, daß neben den Verteilungsgesetzen allein noch die

Für die von Böhm-Bawerk aufgeworfene Frage nach der Art und dem Maß des Einflusses der beiden 'Kategorien' kommt Stolzmann allerdings zu einer von Böhm-Bawerk abweichenden Auffassung. Stolzmann stellt fest, daß die 'objektive' oberste Grenze für die Verteilungsanteile der Produktionsfaktoren insgesamt durch die 'natürlichen Produktionsbedingungen' gegeben wird ¹⁾, d.h. es kann nicht mehr verteilt werden als produziert wurde oder produziert werden kann. Mithin werden die Grenzen der Produktion und damit auch indirekt die möglichen Verteilungsanteile durch Faktoren bestimmt, die Stolzmann in seiner "natürlichen Kategorie" subsumiert. ²⁾ Endgültig entscheiden

Macht für die jeweiligen Anteile der Faktoren entscheidend ist. Die gleiche Auffassung findet sich bei Stolzmann, Der Zweck..., a.a.O., S.244 f., wo er alle volkswirtschaftlichen Erscheinungen als Ergebnis sozialer und natürlicher Kategorien betrachtet und erklärt. Wiederholungen der gleichen sinnentstellenden Behauptung finden sich bei Böhm-Bawerk, a.a.O., 212 ("Die 'Macht a l l e i n' über die Ergebnisse der Verteilung entscheiden zu lassen..."), indirekt S. 215 ("Da ich keine offenen Türen einrennen will, frage ich gar nicht erst, ob, sondern sehe es nach dem einmütigen Urteil aller Sachkundigen...als ausgemacht an, daß die Macht ein einflußreicher Faktor...der Verteilung...ist"), S. 223 ("...und so schießt auch S t o l z m a n n über das Ziel, wenn er die soziale Kategorie allein über die Verteilung 'entscheiden' läßt...")

Trotzdem Stolzmann Eugen Dühring nicht zitiert, ist interessant anzumerken, daß dieser schon 1866 feststellt: "Man hat sich daher den Bereich der sozialen Gesetzmäßigkeit als ein Gebiet für sich vorzustellen, welches sich zwar auf dem Grunde und in den Schranken der eigentlichen Naturbestimmungen und natürlichen Wirtschaftsgesetze hält, nichts destoweniger aber ein eigenes, relativ freies Spiel treibt und unbeschadet des Waltens allgemeinerer Normen - auch seine Notwendigkeiten zur Geltung bringt." (E. Dühring, Kritische Grundlegung der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1866, S.204)

1) Vgl. R.Stolzmann, Der Zweck ..., a.a.O., S.205

2) Als "natürliche Kategorie" bezeichnet Stolzmann den "Inbegriff all der Verursachungen ..., welche auf dem vom menschlichen Willen unabhängigen Mechanismus der Natur beruhen und in der K a u s a l i t ä t der Naturgesetze ein für allemal gegeben sind." Auch die natürliche Kategorie ist, ebenso wie die soziale, für Stolzmann ein erkenntnistheoretisches Mittel zur gedanklich-theoretischen Untersuchung der realen Sachverhalte. Beide Kategorien sind somit keine Phänomene der zu erklärenden und zu beschreibenden Wirklichkeit. Vgl. R.Stolzmann, Der Zweck ..., a.a.O., S.II; Ders., Soziale Kategorie ..., a.a.O., S.7 f.

jedoch über die eigentliche Höhe einer gegebenen, auf die einzelnen Produktionsfaktoren zu verteilenden Produktion "die Einrichtungen der Gesellschaft." Die soziale Organisation der Volkswirtschaft, ihre Gesetzgebung, ihr ordnungspolitischer Rahmen bestimmen darüber. "Ihr Maß und ihre Schranke" erhalten die Anteile "aus dem historisch-variablen und deshalb jederzeit reformierbaren Kunstwerk des ethischen Zweckgebildes der Volkswirtschaft."¹⁾ Unterste Grenze für den jeweiligen Anteil, für die "sozialnotwendige Abfindung"²⁾, ist das Kriterium, daß die Faktoren "dadurch d a u e r n d zur Erhaltung ihrer sozialnotwendigen Funktionen instand gesetzt und erhalten werden Denn natürlich werden die Menschen ... bei der letzten unergiebigsten Arbeit nur dann die Hand rühren, wenn ihnen als Arbeitern der sozialnotwendige Lohn, als Kapitalisten der sozialnotwendige Gewinn gewährleistet (ist)."³⁾ Durch Änderung des 'Rahmens' und damit auch durch Änderung der ökonomischen Machtverhältnisse kann jedoch die Höhe der Anteile variiert werden. Es ist demnach nur konsequent und keineswegs ein "dialektischer Balanceakt"⁴⁾, wenn Stolzmann feststellt, daß die Verteilung der Anteile

- 1) sowohl von den Wirkungen des "antheiligen Produktionseffektes" als auch
- 2) von der Macht, bzw. umfassender von Faktoren abhängt, die die gesellschaftliche Umwelt der Wirtschaftssubjekte bestimmen. Diese Faktoren erfaßt Stolzmann in seiner "sozialen Kategorie".

Betrachtet man beide Einflüsse in ihrem systematischen Verhältnis zueinander, so sei die "soziale Kategorie entscheidend."⁵⁾

1) R.Stolzmann, Der Zweck ..., a.a.O., S.204

2) Vgl. zum Begriff ebenda, S.401

3) Ebenda, S.424

4) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S.213

5) Vgl. R.Stolzmann, Der Zweck ..., a.a.O., S.56

Böhm-Bawerks Antwort auf die von ihm selbst gestellte Frage nach "Art und Maß des von jeder der beiden Seiten kommenden Einflusses" weicht von der Stolzmanns ab. Böhm-Bawerk gelangt zu der Auffassung, daß der "Druck der ökonomischen Macht ... kein Moment in die Preisbestimmung ein(führt), welches nicht der Art und auch der Größe nach schon in der abstrakt-theoretischen Preisformel seinen Platz" hätte.¹⁾ Auch das "gebieterischste Machtdiktat" kann "nicht gegen, sondern nur innerhalb der ökonomischen Wert-, Preis- und Verteilungsgesetze wirken, sie nicht aufhebend, sondern bestätigend und erfüllend."²⁾

Wie andere Vertreter der Grenznutzenschule, geht Böhm-Bawerk bei dem Erklärungsversuch realer wirtschaftlicher Phänomene davon aus, daß das Erkennen der "Grundphänomene" unter der Voraussetzung des "Waltens rein wirtschaftlicher Motive" der erste Schritt zur Erkenntnis ist, weil "man vor allem wissen und verstehen muß, wie der Verteilungs- oder allgemeiner der Preisbildungsprozeß ohne besondere soziale Beeinflussung verlaufen würde, um überhaupt erst einen Ausgangs- oder Vergleichspunkt zu gewinnen, an dem sich dann die Veränderungen erlauben lassen, welche der Hinzutritt anderer, spezieller Faktoren "sozialer" Natur nach Art und Größe hervorbringen kann."³⁾ Dieser Preisbildungs- und Verteilungsprozeß "rein ökonomischer Natur" wird von den Grenznutzentheoretikern exemplifiziert unter den Voraussetzungen subjektiver Einzelwertungen, "die isoliert gedachte Individuen auf der Grundlage ihrer als fest gegeben angenommenen Gütervorräte vornehmen."⁴⁾ Preise, wie auch Verteilungsanteile, sind aus diesen Voraussetzungen resultierende Wirkungen 'ökonomischer Gesetze'. Allerdings, das erkennt auch Böhm-Bawerk, erklären diese 'ökonomischen Gesetze' noch keineswegs die in der Realität zu beobachtenden Vorgänge. "Die Grenzwerttheorie arbeitete also vorerst einen allgemeinsten theoretischen Rahmen fürs Ganze - mit den all-

1) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 217

2) Ebenda, S. 266

3) Ebenda, S. 208 f.

4) Hans Esser, Macht oder ökonomisches Gesetz, Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Reihe Untersuchungen, Nr. 22, Bamberg 1971, S. 7

gemeinsten Lehren ihrer Wert- und Preistheorie... aus und ließ vorerst dort eine Lücke, wo vorwiegend die Einflüsse der sozialen 'Macht' zu verfolgen und darzustellen gewesen wären."¹⁾ Der zweite Schritt, der diese Lücke schließen soll, besteht darin, durch Hinzunahme weiterer Voraussetzungen 'sozialer' Provenienz eine Ergänzung bzw. Erweiterung der Grenzwerttheorie vorzunehmen.

Stolzmann meint, daß ein solches Vorgehen von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, da alle volkswirtschaftlichen Phänomene primär soziale Phänomene seien, denn die Nationalökonomie ist "ein Teil der Gesellschaftslehre" und kann "auch nur im Zusammenhang mit ihr in ihrem Wesen erkannt und behandelt werden."²⁾ Die gleiche Auffassung finden wir bei Schmoller, Wagner und anderen Kathedersozialisten.³⁾ Auch die Verteilung der Produktionsanteile ist nach dieser Ansicht somit ein "soziales Phänomen" und hängt "letztlich nicht von 'rein-wirtschaftlichen', d.h. subjektiven Motiven der handelnden Individuen ab, sondern wird durch die in einer gesellschaftlich organisierten, arbeitsteiligen Volkswirtschaft jeweils objektiv gegebenen 'sozialen Machtverhältnisse' bestimmt."⁴⁾

Böhm-Bawerk mußte bei seinem Versuch, soziale Phänomene nachträglich in die 'ökonomischen Gesetze' einzufügen, auch methodisch scheitern, denn die völlige Abstraktion von allen diesen Phänomenen in den wirtschaftlichen Beziehungen ist wenig sinnvoll. Selbst der "homo oeconomicus" kann in einer "voll wirksamen freien beiderseitigen Konkurrenz" nicht losgelöst von sozialen Regelungen, von der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesehen werden, da die Konkurrenz selbst keine 'natürliche' Erscheinung ist, sondern das Ergebnis sozialer Regelungen, u.a. auch in der Gestalt der Eigentumsordnung.⁵⁾ Auch der von rein wirtschaftlichen Motiven geleitete 'homo oeconomicus' kann sich immer nur innerhalb der

1) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 209

2) R. Stolzmann, Die Krisis in der heutigen Nationalökonomie, Jena 1925, Vorwort; vgl. auch ders., Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft, Jena (1920) 1925², S.69

3) vgl. in dieser Arbeit, oben S.134 ff.

4) H. Esser, a.a.O., S. 310

5) vgl. ebenda, S. 312

durch die jeweils bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gezogenen Grenzen betätigen, indem er die gegebenen Verhältnisse - in stetiger Konkurrenz mit allen übrigen Wirtschaftssubjekten - für sich ausnützt und sich so gewissermaßen in den gegebenen Bau der gegebenen Sozialverhältnisse einfügt."¹⁾ Andeutungsweise findet sich diese Erkenntnis auch bei Böhm-Bawerk trotz allem gegenteiligen theoretisch-methodischem Bemühen, welches von diesen sozialen Phänomenen abstrahieren will. So heißt es z.B. bei ihm, daß "irgend ein Einschlag sozialer Einflüsse ... immer vorhanden sein ... muß "²⁾, oder an anderer Stelle: "Es gibt buchstäblich keinen Preis und keine Verteilung ... ohne historisch-rechtlichen Einschlag."³⁾ Der Anspruch der 'Grenzwertschule', den "Einfluß der 'Daten' einer gegebenen oder vorausgesetzten Rechtsordnung in sich mit aufgenommen (zu) haben" ⁴⁾, d.h. Machtunterschiede zu berücksichtigen, erhält auf dem Hintergrund, daß die Verteilungsgesetze unter der Voraussetzung des "Waltens völlig - nicht bloß rechtlich, sondern auch faktisch - freier und vollwirksamer beiderseitiger Konkurrenz ... und der weiteren vereinfachenden Voraussetzung des ausschließlichen Waltens rein wirtschaftlicher Motive ... "⁵⁾ untersucht werden sollen, einen logisch widerspruchsvollen Charakter. Wenn darin als 'Daten' die Phänomene der 'sozialen Kategorie' eingeschlossen sind, dann müssen die Auswirkungen dieser Phänomene auch in den 'ökonomischen Gesetzen' eingeschlossen sein. Die Verteilung ist dann jedoch, wie Stolzmann feststellt, ein Ergebnis der 'natürlichen' und 'sozialen' Faktoren. Wäre dem so, dann hätte die Grenznutzenschule auch keine 'Lücke' gelassen, die durch die Einfügung von "Voraussetzungen 'sozialer' Natur " geschlossen werden könnte.⁶⁾

Soziale und gesellschaftliche Regelungen können, und das ist ein Ergebnis dieser Kontroverse, welches auch heute noch nicht von allen Vertretern der Grenznutzenschule ge-

1) H.Esser, a.a.O., S. 31o f.

2) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 2o9, Fn. 4

3) Ebenda, S. 223

4) Ebenda, S. 224

5) Ebenda, S. 2o8

6) Vgl. ebenda, S. 2o9

sehen wird, weder in den "Datenkranz" der Modelle verbannt werden, ohne dann in den "ökonomischen Gesetzen" Beachtung zu finden,¹⁾ noch kann man sie durch die Annahme nur "wirtschaftlicher Motive" und "völlig freier vollwirksamer beiderseitiger Konkurrenz" aus der Betrachtung ausschließen. Ein solches methodisches Vorgehen ähnelt dem eines Naturwissenschaftlers, der physikalische Gesetze auf unserem Planeten erforschen will, jedoch unterstellt, daß auf unserer Erde Bedingungen wie auf dem Mond herrschen. Eine theoretische Nationalökonomie, die reale wirtschaftliche Phänomene erkennen, analysieren und beschreiben will, kann nicht die "sozialen Regelungen und die durch sie gegebenen sozialen Machtverhältnisse... nur (als) ein "künstlich" in den "rein-ökonomischen" Zusammenhang der Dinge von außen hereingetragenen Faktor, der auch irgend- wie wirksam ist (ansetzen)".²⁾ Sie muß im Gegenteil darauf achten, daß sie diese sozialen Phänomene, "von Hause aus (a priori) als konstitutive Kategorie aufstellt, die alle ökonomischen Verhältnisse und Begriffe innerlich als ein ihr immanentes Element durchdringt und damit auch die (soziale) Einzelwirtschaft von der isoliert gedachten Wirtschaft qualitativ und fundamental abhebt."³⁾ Das Vorgehen Böhm-Bawerks, spezielle Phänomene sozialer Natur als zufällige Resultante der einzelwirtschaftlichen Sondererscheinungen a posteriori in seine "ökonomischen Gesetze" einzubeziehen, stellt nach Auffassung Stolzmanns nur eine "nachträgliche Retouchierung" eines zuvor gezeichneten "Zerrbildes der wirklichen, der sozialen Wirtschaftszustände" dar.⁴⁾

Das Böhm-Bawerk in seiner kritischen Auseinandersetzung mit Stolzmann diese Einsichten versperrt blieben, findet seine Erklärung nicht nur in den dargestellten methodischen

1) In Wirklichkeit wird bei einem solchen Vorgehen von der Existenz dieser sozialen Phänomene abstrahiert.

2) H. Esser, a.a.O., S. 313

3) R. Stolzmann, Die Krisis..., a.a.O., S. 96

4) Ders., Der Zweck..., a.a.O., S. 246

Unterschieden beider "Richtungen", sondern hat seine Ursache letztlich in einem erkenntnistheoretischen Fehler Böhm-Bawerks.¹⁾

Stolzmann war, wie vor ihm auch andere Nationalökonomien, zu der Erkenntnis gelangt, daß die Volkswirtschaft ein soziales Gebilde sei und weicht darin von der klassischen Auffassung einer "rein-ökonomischen" oder "natürlichen" Ordnung in der Volkswirtschaft ab.²⁾ In leicht modifizierter Form findet sich die klassische Auffassung von den Gesetzen des "natürlich-ökonomischen" Geschehens auch bei Böhm-Bawerk. Seine Frage nach dem "Maß und der Art des Einflusses, der der 'Macht' gegenüber dem 'natürlich-ökonomischen' Geschehen beschieden sein kann, weist darauf ebenso hin³⁾, wie die zu dieser Frage gehörende Antwort, daß es nur wenige Ausnahmen gabe, wo einem "Macht"-Eingriff "gegen die leise und langsam, aber unablässig und durch diese Unablässigkeit schließlich siegreich wirkenden Gegenkräfte 'rein-wirtschaftlicher Natur' dauerhafte Wirkung beschieden sei."⁴⁾ Für Stolzmann dagegen sind alle zu beobachtenden wirtschaftlichen Sachverhalte und Phänomene Sozialphänomene, in denen sich die vorangegangenen menschlichen Handlungen als zweckgerichtete Versuche widerspiegeln, "die bestehende natürliche und soziale Umwelt in bestimmter Weise zu beeinflussen und zu verändern."⁵⁾ Dieser Auffassung adäquat sind die gedanklichen Instrumente, die Mittel zur Erkenntnis dieser beobachteten realen Erscheinungen. Die Stolzmann'sche "natürliche" und "soziale" Kategorie ist, wie auch aus der Definition hervorgeht,

1) Vgl. dazu auch H. Esser, a.a.O., S. 313 ff.

2) Vgl. zu den Vorläufern dieser "historisch-rechtlichen" oder "sozial-rechtlichen" Auffassung: C. Rodbertus, Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände, Neubrandenburg 1842; A. Schäffle, Bau und Leben des sozialen Körpers, 4 Bde. Tübingen 1875-1878; A. Wagner, Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre, Leipzig, Heidelberg 1875^c, bes. S. 2 f.

3) E.v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 214

4) Ebenda, S. 266

5) H. Esser, a.a.O., S. 320

Mittel der Erkenntnis, mit Hilfe derer ein "Netz logischer Beziehungen" über das Realobjekt, die volkswirtschaftlichen Phänomene, die der Analyse harren, geworfen wird.¹⁾ Sie sind keineswegs die realen Phänomene selbst. Hier liegt nun der Irrtum Böhm-Bawerks begründet, der jedoch nicht Stolzmann anzulasten ist, denn oft genug hat dieser eindrücklich auf seine erkenntnistheoretische Position hingewiesen.²⁾ Die von Böhm-Bawerk vorgenommene Vermischung und Verwechslung der Kategorien mit den ökonomischen Phänomenen wird bereits in dem von ihm gewählten Titel "Macht oder ökonomisches Gesetz" seiner Kontroverse mit Stolzmann deutlich. Das "ökonomische Gesetz" als "natürliche Kategorie" kann gedanklich rein, isoliert von allen sozialen Beziehungen, nur für eine vorgestellte Wirtschaft des Robinson entwickelt werden. Reale wirtschaftliche Phänomene sind jedoch auch das Ergebnis der "sozialen" Kategorie. Das bestreitet auch Böhm-Bawerk nicht, denn er erkennt an, daß man schon ein "Idiot" sein müsse, "wenn man einen Einfluß der sozial geschaffenen Einrichtungen und Maßregeln... leugnen wolle."³⁾ Die Verwechslung der erkenntnistheoretischen Instrumente mit den realen Erscheinungen beginnt jedoch dort, wo er nach dem "Einfluß" und der "Abgrenzung" jeder der beiden "Kategorien" fragt.⁴⁾ Für Böhm-Bawerk erhalten die Kategorien damit den Charakter von realen Gegenständen, denen er einen faktischen Einfluß auf das reale Geschehen zuweist. Eindeutig wird hier eine Verwechslung von Objekt- und Metasprache deutlich, die bereits bei der erwähnten Antithese

1) Vgl. R. Stolzmann, Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft, Jena (1920) 1925², S. 65

2) Vgl. R. Stolzmann, Der Zweck..., a.a.O., S. 130, wo es in Anlehnung an Aristoteles, Kant und Trendelenburg heißt, daß die Kategorien, "auch in der 'realistischen' Fassung, sowohl die Grundform des Gedankens also auch des Seins (sind), aber keineswegs sind sie eins mit dem Sein, d.h. mit dem zusammengesetzten Ergebnis der realen Erscheinungen."

3) E.v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 207

4) Vgl. E. v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 207. Ebenso z.B. S. 208: "Das große... Problem ist, die Art und das Maß, des von jeder der beiden Seiten kommenden Einflusses darzulegen..."

"Macht oder ökonomisches Gesetz" auftritt,¹⁾ wobei hinzukommt, daß Böhm-Bawerk die eigentlich gemeinte "soziale Kategorie" Stolzmanns auf den Begriff der Macht verengt, worunter er die "Übermacht eines Teiles" versteht.²⁾ Die Macht oder die Übermacht ist ein reales Phänomen, keineswegs eine Kategorie. Die "soziale Kategorie" bei Stolzmann ist nicht mit dem Phänomen der "Macht" gleichzusetzen, denn sie umfaßt "im Gegensatz zur isolierten Wirtschaft, wo nur die rein ökonomische Kategorie zur Herrschaft gelangt,"³⁾ alle diejenigen Faktoren und Bedingungen volkswirtschaftlicher Erscheinungen, die von den rechtlichen und sittlichen Regelungen ausgehen, deckt sich also mit dem Begriff der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.⁴⁾

Von diesen erkenntnistheoretischen Bedenken abgesehen, steht die von Böhm-Bawerk aufgestellte Antithese darüberhinaus im Widerspruch zu seiner Einsicht, daß die "Voraussetzungen sozialer Provenienz" Auswirkungen in der ökonomischen Realität haben⁵⁾ und seiner Antwort auf die von ihm formulierte Antithese, daß "auch das gebieterischste Machtdiktat... nicht gegen, sondern nur innerhalb der ökonomischen Wert-, Preis- und Verteilungsgesetze wirken (kann), sie nicht aufhebend, sondern bestätigend und erfüllend."⁶⁾ Damit brauchen diese Einflüsse nicht berücksichtigt zu werden, denn sie verändern die "ökonomischen Gesetze" nicht.

1) Vgl. H. Esser, a.a.O., S. 315

2) Vgl. E. v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 208, wo es heißt, daß die Grenzwertschule ihre Theorie der vollkommenen Konkurrenz unter Voraussetzungen entwickelte, "welche die Übermacht eines Teiles - die man ja bei dem Schlagwort des Einflusses der 'Macht' doch wohl vornehmlich im Auge hatte - vorweg auszuschließen geeignet ist."

3) R. Stolzmann, Die soziale Kategorie, a.a.O., S. 8

4) Vgl. H. Esser, a.a.O., S. 22

5) Vgl. E. v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 209; ebenda, S. 210 wo es heißt: "... in unserer modernsten Wirtschaftsentwicklung (ist) der Einschlag sozialer Machtmittel in immer stärkerer Zunahme begriffen. Trusts, Kartelle, Pools, Monopole aller Art drängen sich von der einen, Arbeiterorganisationen mit den Machtmitteln der Streiks und Boykotts von der anderen Seite überall in die Preisbildung

Methodisch und erkenntnistheoretisch kann festgehalten werden, daß es Böhm-Bawerk nicht gelungen ist, die Thesen Stolzmanns zu widerlegen. Allein aus seiner Unfähigkeit, sich auch vom Standpunkt der "sozialorganischen" Auffassung Stolzmanns mit dessen Thesen kritisch auseinanderzusetzen, mußte dieses Vorhaben scheitern. Wie Esser richtig feststellt, war Böhm-Bawerk zu tief der "eigenen (naturalistischen) Betrachtungsweise und Methode verhaftet und von der Richtigkeit seiner Lehre überzeugt", ¹⁾ als daß er die Ansichten seines Kontrahenten aus dessen methodischer und erkenntnistheoretischer Position ohne Mißverständnisse und Fehlinterpretationen hätte kritisch entkräften können. Von einem "totalen Sieg" der Grenznutzenschule über die sozialorganische Auffassung in diesem Zusammenhang zu sprechen, erscheint **daher wenig angebracht.** ²⁾ Diese Bedenken werden verstärkt, unterzient man die Ausführungen Böhm-Bawerks einer Einzelkritik in den Punkten, in denen er sich direkt mit Stolzmann'schen Argumenten auseinandersetzt.

So stellt Böhm-Bawerk z.B. fest: Auch jene Formel von Stolzmann, daß die natürlichen Faktoren als 'Bedingungen' oder 'Voraussetzungen' wirken, die nur die Grenzen des Möglichen bezeichnen, während innerhalb dieser Grenzen und Voraussetzungen die sozialen Faktoren wirklich 'bestimmen' und 'entscheiden', wird der Sache nicht gerecht, denn, so führt Böhm-Bawerk aus, auch die Macht grenze nur ein, so wie auch "die subjektiven Wertschätzungen der Marktparteien" uns nur "Ober- und Untergrenzen für die mögliche Preisbildung" bezeichnen. ³⁾ Illustriert wird dieser Sachverhalt am Beispiel des Monopolisten, der die "Macht" hat,

und Verteilung ein - der ebenfalls rapid anwachsenden künstlichen Beeinflussungen nicht zu gedenken, die von der staatlichen Volkswirtschaftspolitik ausgehen."

6) E.v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 266

1) H. Esser, a.a.O., S. 316

2) Vgl. in dieser Arbeit S. 7

3) E.v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 221

den Preis auf einen Punkt festzusetzen, "der zwischen dem Wert des... Gutes für den Bedürftigen als Obergrenze und dem Wert desselben Gutes für den nicht bedürftigen Verkäufer als Untergrenze liegt". Wo der Preis exakt festgelegt werde, so Böhm-Bawerk, entscheide nun die "Machtstellung ebenfalls noch nicht für sich allein: denn bei identischer "Macht" wird der Menschenfreund dem Bedürftigen einen ganz andern Preis stellen als der Wucherer".¹⁾ Einige Seiten vorher hatte Böhm-Bawerk noch festgestellt, daß außerwirtschaftliche Motive, wie z.B. Großmut und Humanität, das ökonomische Preisgesetz durchkreuzen oder stören.²⁾ Wenn dieses Gesetz jedoch nicht mehr gilt, also auch keine "ökonomischen Grenzmarken" durch sein Wirken gesetzt werden, dann gibt es auch nicht jenen "sehr weiten Spielraum...",

1) E.v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 222. Konträr zu dieser Darstellung Böhm-Bawerks über die Preisbildung im Monopol, stehen seine Ausführungen zum Wucher. Der Wucherer, ebenfalls Monopolist (Vgl. S. 216), hat die Macht, innerhalb der durch die unterschiedlichen subjektiven Wertschätzungen des Wucherers und des Bewucherten gegebenen Grenzlinien den Preis so festzulegen, daß er "bis knapp an die äußerste Obergrenze (rückt), welche die hochgespannte subjektive Wertschätzung des bedürftigen Bewerbers bezeichnet." (S. 216). Hier bestimmt also die Macht die Höhe des Preises, wogegen der Monopolist, der nicht Wucherer ist, nur Ober- und Untergrenzen für den Preis vorfindet, zwischen denen er jeweils nach seiner humanen bzw. inhumanen Einstellung den Preis festlegt. Daraus folgt doch: Ist er inhuman, also Wucherer, so rückt der Preis "bis knapp an die äußerste Obergrenze", ist er ein humaner Monopolist, somit nicht Wucherer, dann stellt sich der Preis nicht an der "äußersten Obergrenze" ein, liegt jedoch noch über der Untergrenze. Diese Argumentation führt dazu, daß als Schlussfolgerung bleibt: Nicht die ökonomische Macht des Monopolisten entscheidet über die Preishöhe, sondern letztlich die moralische Qualität eines monopolistischen Anbieters. Ob diese Argumentation jedoch als Beweis dafür gewertet werden kann, daß die ökonomische Macht nur innerhalb der Preis-, Wert- und Verteilungsgesetze wirken kann (S. 266), erscheint sehr zweifelhaft.

2) Ebenda, S. 218

der zwischen dem Wert... des Gutes für den Bedürftigen als Obergrenze und dem Wert desselben Gutes für den nicht bedürftigen Verkäufer als Untergrenze liegt," in dem durch die Macht "entschieden" werden kann, denn dann wird der Preis ohnehin durch "außerwirtschaftliche Motive" festgelegt. Hier widersprechen sich die von Böhm-Bawerk angeführten Argumente selbst. Hinzu kommt in diesem Beispiel, daß gerade derjenige, der als "Menschenfreund" sich von "humanitären" Verhaltensweisen leiten läßt, seine auch objektiv vorhandene Macht nicht benutzen wird.

Ähnlich ist es um die Beweiskraft weiterer Indizien bestellt, die von Böhm-Bawerk angeführt werden, um seine Thesen zu stützen, "daß die Preise durch die auf dem Grenznutzen basierenden subjektiven Wertschätzungen begrenzt und mittels dieser Begrenzung auch mehr oder weniger genau bestimmt werden..."¹⁾ Wenn z.B. "ein verschiedener Grad von Geschick in der Führung der Verhandlungen, im Durchblicken der Position des anderen, von Zähigkeit, Geduld, Rücksichtslosigkeit gegen die öffentliche Meinung,... auch bei gleichem Grad der objektiven "Macht" den Preis auf eine recht verschiedene Stufe der Preisskala rücken," kann²⁾, dann ist doch gerade das der Beweis dafür, daß die individuellen subjektiven Wertschätzungen keineswegs "mehr oder weniger genau" den Preis bestimmen, sondern deutet im Gegenteil an, daß die auf dem Grenznutzen basierenden individuellen Wertschätzungen sehr relativ sind, von der Theorie also keineswegs als normativ gegeben anzunehmen sind und in den "Datenkranz" verbannt werden können, sondern durch vielfältige Faktoren beeinflusbar sind. Der Verhandlungspartner, der der Zähigkeit, Geduld oder Rücksichtslosigkeit des anderen unterliegt, wird, wenn der Tausch zustande kommen soll, im Verhältnis zu seiner Ausgangsposition umwerten müssen. Damit verschiebt sich jedoch seine Grenznutzenkurve.

¹⁾ E.v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 224

²⁾ Ebenda, S. 222

Erst wenn solche Umwertungen und die damit verbundenen Kurvenverschiebungen von der ökonomischen Theorie als Phänomen des realen Wirtschaftsprozesses anerkannt werden, was auch heute noch keineswegs der Fall ist,¹⁾ macht die Volkswirtschaftslehre einen weiteren Schritt in jene Richtung, deren Ziel die Erklärung der "verwickelten, vielgestaltigen Wirklichkeit" ist.²⁾ Auch mit diesen Argumenten ist es Böhm-Bawerk nicht gelungen, nachzuweisen, daß Faktoren der sozialen Regelungen keinen Einfluß auf die Preis- und Verteilungsgestaltung in der Volkswirtschaft haben.

Diese Konsequenzen hat Böhm-Bawerk jedoch aus seinen Ausführungen nicht gezogen. Er war lediglich bereit, einen dauernden Einfluß der Macht auf die personelle Einkommensverteilung einzuräumen³⁾, da doch die 'Daten' bleibend verschoben werden können, wenn z.B. "die Regierung... durch Landzuweisungen aus Proletariern Grundeigentümer macht."⁴⁾

Somit kann auch hier festgehalten werden, daß die Ausführungen Böhm-Bawerks, in denen er sich direkt mit Argumenten Stolzmanns auseinandersetzt, nicht geeignet sind, die Thesen Stolzmanns zu widerlegen. Hinzukommt, daß diese Argumente Böhm-Bawerks z.T. widersprüchlich sind und damit den Wert der vorgetragenen Gedankengänge stark mindern.

Die verbleibenden Ausführungen, die Böhm-Bawerks spezieller Fragestellung entspringen und den Beweis erbringen sollen, daß die Wirkungen der Macht sich nur innerhalb der von der subjektiven Werttheorie aufgestellten Preis- und Verteilungsgesetze bewegen, "sie nicht aufhebend, sondern bestätigend und erfüllen"⁵⁾, können ebenfalls nicht ohne Wider-

1) Vgl. dazu H.Arndt, Die Prämissen der Nachfragekurve, Zeitschr. ges. Staatswiss., Bd. 126(1970), S.334ff.; Ders., Irrwege der Preistheorie, Schmollers Jahrbuch, Jg. 90(1970), S. 513 ff.

2) Vgl. E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S.209

3) Die vorausgegangenen Ausführungen bezieht Böhm-Bawerk auf die funktionelle Verteilung, vgl. a.a.O., S.270

4) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 271

5) Ebenda, S. 266

spruch bleiben. Zur besseren Orientierung sollen Böhm-Bawerks Ausführungen zu diesem Komplex zusammengefaßt dargestellt werden, bevor sie der Kritik unterworfen werden.

Böhm-Bawerk geht in seinen Ausführungen davon aus, daß im Falle der freien und voll wirksamen Konkurrenz die Löhnhöhe durch die Grenzproduktivität der Arbeit bestimmt wird.¹⁾ Freie Konkurrenz auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes existierte nach seiner Auffassung zur Zeit der klassischen Nationalökonomie, denn nur zu dieser Zeit konnte diese Theorie beanspruchen, "nicht nur die systematische Unterlage des Ganzen, sondern zugleich die Theorie des normalen Hauptfalles zu sein."²⁾ Mit anderen Worten: In dieser Zeit wurde die "Arbeit nach den Gesetzen der subjektiven Wertlehre", nach der "Grenzproduktivität" entlohnt. In der modernen Wirtschaft gilt diese Theorie jedoch nicht mehr. "Trusts, Kartelle, Pools, Monopole aller Art drängen sich von der einen, Arbeiterorganisationen mit den Machtmitteln der Streiks und Boykotts von der anderen Seite überall in die Preisbildung und Verteilung ein...".³⁾ Besteht nun auf seiten der Arbeitgeber ein Monopol, "entweder dadurch, daß in einem weiten Distrikt eine einzige Unternehmung derselben Branche besteht... oder durch eine Koalition der Unternehmer derselben Branche", auf seiten der Arbeiter herrscht jedoch freie vollkommene Konkurrenz, dann wird "die Übermacht der Unternehmer" dazu führen können, den Arbeitslohn unter den bei vollkommener Konkurrenz herrschenden Lohnsatz zu senken.⁴⁾ Das ist nun keineswegs ein Phänomen, das die Grenznutzentheoretiker nicht mit ihren Instrumenten erklären könnten und damit als Durchbrechung ökonomischer Gesetze durch die ökonomische Macht qualifizieren müßten, sondern im Gegenteil, die "verhältnismäßig gut ausgearbeitete Theorie der

1) E.v.Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 225

2) Ebenda, S. 210

3) Ebenda

4) Vgl. ebenda, S. 226

Monopolpreise" paßt diese Tatsache in "das Erklärungsschema der Grenzwerttheorie" ein.¹⁾ Darauf wird zurückzukommen sein.

Wenn Böhm-Bawerk dennoch dauerhafte Auswirkungen auf die Lohnhöhe, erzwungen durch die Arbeiterkoalitionen, zuge stehen muß, die auf den ersten Anschein als Durchbrechung der ökonomischen Gesetze gelten könnten, so liefern auch diese Erfahrungen den Gegenbeweis "richtig ausgelegt" eben nicht.²⁾ Wenn die Löhne steigen konnten, so nur dadurch, daß "die einsetzenden Bestrebungen der Arbeiterorganisationen im weitesten Umfang einen Zustand (vorfanden), in welchem die Konkurrenz der Unternehmer zu Ungunsten der Arbeiterschaft gedrosselt gewesen war; wo ... faktische Übermacht der Unternehmer diesen ein Monopol oder doch eine dem Monopol sich annähernde, 'monopolide' Stellung ... gegenüber den atomisierten Arbeitern verschafft hatte, und wo daher ... durch Macht nur eine entgegengesetzte künstliche Machtwirkung zu beseitigen ... war"³⁾. Böhm-Bawerk folgert daraus, daß sich außerhalb einiger dargestellter Spezialfälle kein Machteingriff dauerhaft "gegen die leise und langsam, aber unablässig und durch diese Unablässigkeit schließlich siegreich wirkenden Gegenkräfte 'rein wirtschaftlicher Natur'"⁴⁾ durchsetzen kann.

Diese Thesen Böhm-Bawerks stehen mit den Erkenntnissen der Kathedersozialisten in Widerspruch. Sollten sich die kathedersozialistischen Argumente schlüssig erweisen, dann wäre Böhm-Bawerk der Vorwurf zu machen, wichtige Erkenntnisse übersehen zu haben. Böhm-Bawerk's Ausfüh-

1) E. v. Böhm-Bawerk, a. a. O., S. 226

2) Vgl. ebenda, S. 266

3) Ebenda, S. 266 f.

4) Ebenda, S. 266

rungen wären dann im Verhältnis zum Kathedersozialismus ein Rückschritt, zumindest was die Einbeziehung der Wirkungen der wirtschaftlichen Macht in die ökonomische Theorie anbelangt.

1. Böhm-Bawerk sieht vollkommene Konkurrenz zu Zeiten der Klassiker als normalen Hauptfall an. In einer solchen Situation erfolgt die Entlohnung der Arbeit nach ihrer Grenzproduktivität¹⁾.

Hierzu wäre festzustellen, daß die Zeit der 'klassischen Nationalökonomie' von Adam Smith - ("Wealth of Nations" erschien 1776) - bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts reichte²⁾. In die Zeit der Klassiker fällt auch die 'industrielle Revolution'; "zwischen 1776 und 1814 ... fällt die Anwendung der Erfindungen von HARGREAVES, ARKWRIGHT und WATT auf das Gewerbe. Eine völlige Umwälzung in dem Gewerbebetrieb wurde dadurch hervorgebracht."³⁾ Mit der Beseitigung aller rechtlichen Fesseln aus der Zunft- und Gildenzeit und der Einführung der Gleichberechtigung aller Gesellschaftsklassen veränderte sich auch der Charakter des Arbeitsverhältnisses. "Schärfer als die Verschiedenheit des Rechts die Stände geschieden hatte, trennte nach Beseitigung der Privilegien die Verschiedenheit des Besitzes die Gesellschaftsklassen. Die Schrankenlosigkeit führte

1) Vgl. Böhm-Bawerk, a. a. O., S. 210, S. 225

2) Vgl. L. Brentano, Die klassische Nationalökonomie, in: ders., Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, Leipzig 1923, S. 2, wo es über den Zeitraum der klassischen Theorie heißt: "Man verstehe darunter die ... Theorie vom Ende des 18. und von der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert."

3) Ders., Das Arbeitsverhältnis ..., a. a. O., S. 69

im Wirtschaftsleben ... zur ungehemmten Herrschaft der ökonomisch Starken, der Reichen An Stelle der Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Behörden, die man im Namen der Freiheit beseitigt hatte, trat nun die einseitige Feststellung desselben durch den Arbeitgeber, und was PITT 1800 vorhergesagt hatte, trat ein: die Concurrenz der Arbeitgeber untereinander nöthigte sie, diese Bedingungen immer härter für den Arbeiter zu gestalten. Der Lohn wurde immer weiter herabgedrückt. Statt daß die Maschinen, welche die frühere Arbeit von Tausenden verrichteten, die Arbeit verkürzten, wurde der Arbeitstag ... verlängert Während ... der Reichtum des Landes in früher nie gekannter Weise zunahm, sahen sich die Arbeiter selbst auf den nothwendigsten Lebensunterhalt beschränkt und das Maß dessen, was als das Nothwendigste galt, nahm fortwährend ab".¹⁾ Ist das das Bild einer "freien vollkommenen Konkurrenz", wie sie Böhm-Bawerk im Auge hatte, wo sich der Lohn nach der "Grenzproduktivität der Arbeit" richtet? Ist sie es auch dann, wenn die Arbeiter, "die ihre Waare Arbeit vom Markte zurückzogen, um wie andere Waarenverkäufer durch Verringerung des Angebots die Preise zu steigern, in Folge der Coalitionsverbote ins Gefängnis"²⁾ kamen? Freie vollkommene Konkurrenz setzt nicht nur im 'Modell', sondern gerade erst dann, wenn sie realiter 'herrschen' soll, gleichmächtige oder -ohnmächtige, auf jeden Fall ökonomisch unabhängige Marktpartner voraus. Gerade zur Zeit der "klassischen Nationalökonomie" waren die-

1) L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss ..., a. a. O., S. 75 f. Vgl. dazu auch G. Schindler, Die Natur des Arbeitsvertrages und der Contractbruch, Schr. V. f. Sp., Bd. 7, (1874), S. 73 ff.

2) L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss ..., a. a. O., S. 76

se Vorraussetzungen nicht gegeben.

Die Ausführungen Böhm-Bawerks über die vollkommene Konkurrenz beweisen, daß er ein wirtschaftstheoretisches Modell auf die Wirklichkeit überträgt, ohne zu prüfen, welche Vorraussetzungen dieses Modell impliziert. Ohne Verdeutlichung der in einem Modell stets enthaltenen Prämissen muß ein solches Vorgehen immer zu falschen Schlüssen führen. Freie, vollkommene Konkurrenz kann für die Zeit der Klassiker auf den Arbeitsmärkten nicht unterstellt werden.

2. Sofern "die Konkurrenz nicht auf beiden Seiten voll wirksam, sondern ... auf der Unternehmenseite eingeengt oder ausgeschlossen" ist¹⁾, wird nach Böhm-Bawerk der Lohn unter dem der vollkommenen Konkurrenz liegen, denn "es liegt der Fall eines 'Einkaufsmonopols'" vor.²⁾ Nach dem "ökonomischen Gesetz" ergibt sich in diesem Falle eine Lohnobergrenze, bestimmt durch den Wert der vom Monopolisten zu kaufenden Arbeit, dem Produkt des letzten Arbeiters, und eine Untergrenze, die gegeben ist durch den Gebrauchswert der Arbeit für den Arbeiter selbst und durch den Vorteil, den der Arbeiter erlangt, wenn er seine Arbeit nicht verkauft, dem Vorteil also, der im Genuß der Ruhe und Muße liegt³⁾. Nutzt der Unternehmer seine Machtstellung voll aus, so wird sich der Preis für die Arbeit dort einstellen, wo der Unternehmer sich "bei klug egoistischer Erwägung aller Umstände die größte Gewinnsumme unter Beachtung

1) E. v. Böhm-Bawerk, a. a. O., S. 226

2) Ebenda

3) Vgl. ebenda

der unvermeidlichen Tatsache verspricht, daß mit der Preishöhe die Menge der Ware, an der ein Profit erzielt werden kann, sich verschiebt Ganz konkret dargestellt: Je n i e d r i g e r die Unternehmermonopolisten den Lohnsatz stellen, desto weniger Arbeiter werden sie zu diesem Lohnsatz erhalten, und an einer desto geringeren Anzahl von Arbeitern können sie daher den vergrößerten Gewinnsatz einstreichen"1)

Diesen Überlegungen Böhm-Bawerks liegt das Cournot'sche Monopol zugrunde. Der Monopolist verfügt als Aktionsparameter über Preis oder Menge. Setzt er den Preis fest, so ist bei unterstellter Verhaltensweise "Gewinnmaximierung" auch die Menge bestimmt, vice versa. Aber auch dieses Monopol ist ein "Modellmonopol" und zeigt nicht alle Gewinnmaximierungsmöglichkeiten auf, die in der Realität möglich sind und über die Lohnbestimmung mit entscheiden. Nun hat zwar Brentano, im Gegensatz zu Böhm-Bawerk, nie unterstellt, daß auf der Arbeitgeberseite ein Monopol in dieser historischen Situation bestand, sondern die Verhaltensweisen der Unternehmer aus ihrer ökonomischen Machtposition gegenüber den Arbeitnehmern deduziert, jedoch hat er bereits auf eine Verhaltensweise der Unternehmer hingewiesen, die dazu führt, das von Böhm-Bawerk aufgeführte 'ökonomische Gesetz' zu durchbrechen. Auf unorganisierten Arbeitsmärkten besteht für die Unternehmer in Abweichung zum Cournot'schen Modellmonopol die Möglichkeit, neben dem Preis für die Arbeit auch deren nachzufragende Menge autonom festzulegen, nämlich die Länge der Arbeitszeit zu bestimmen.²⁾³⁾ Für den

1) E. v. Böhm-Bawerk, a. a. O., S. 229

2) Vgl. L. Brentano, Das Arbeitsverhältnis ..., a. a. O., S. 75, aber auch ders., Die klassische Nationalökonomie, a. a. O., S. 11: "Auch mindert er (der Arbeiter) bei abnehmender Nachfrage nicht etwa sein Angebot; im Gegenteil, er verlängert die eigenen Arbeitsstunden, da er bei den gesunkenen Preisen nur so die äußerste Lebensnotdurft verdienen kann."

3) Vgl. hierzu auch in dieser Arbeit Abb. 4, S.83 und die dazugehörigen Ausführungen.

"Monopolisten" bedeutet das, daß er neben dem Preis, also dem Lohnsatz, auch die Menge, d. h. die Arbeitsstundenzahl festsetzen kann. Im Gegensatz zum Cournot'schen Monopolisten, der über die Aktionsparameter Preis oder Menge verfügt, kann bei diesem Verhalten, das in der Abhängigkeit der Arbeiter und dem Fehlen einer staatlichen Regelung hinsichtlich der Maximalarbeitszeit begründet ist, der Monopolist Preis und Menge fixieren.¹⁾ Aufgrund der Tatsachen, daß die Arbeiter in der Regel über keine nennenswerten Ersparnisse verfügten, der Verkauf ihrer Arbeitskraft ihre einzige Einkommensquelle war, unter ihnen aufgrund der bestehenden Arbeitslosigkeit starke Konkurrenz herrschte und Arbeiterkoalitionen verboten waren, hatten sie nur die Wahl, die 'Option' des Unternehmers anzunehmen oder im Grenzfall zu verhungern bzw. auszuwandern.

Setzt Böhm-Bawerk in seinem Beispiel bei den Arbeitern nur den "Verlust der personellen Wahlfreiheit" voraus, da nur ein Nachfrager bzw. eine Koalition von Nachfragern am Markt ist, so verlieren die Arbeiter beim Optionsfixierer auch ihre "quantitative Wahlfreiheit"²⁾. Brentano hat aber noch auf eine weitere Möglichkeit hingewiesen, durch die die Ausbeutung der Arbeiter über das Maß dessen hinaus verschärft werden kann, welches von Böhm-Bawerk als höchstmögliches angesehen wurde. Hätte Böhm-Bawerk diese Möglichkeit in seine Überlegungen einbezogen, dann könnte er auch nicht von "ökonomischen Gesetzen" sprechen, denn diese Beobachtung Brentanos stellt zwei wesentliche Prämissen der Grenznutzentheorie in Frage:

1) In die Theorie ist dieses Modell als "Optionsfixierer" von Ragnar Frisch eingeführt worden. Vgl. R. Frisch, Monopole-Polypole ..., a. a. O.

2) Vgl. zu den Begriffen H. Arndt, Ausbeutung und Marktform ..., a. a. O., S. 222

- 1.) die Konstanz der Bedürfnisstruktur und
- 2.) die der Wertungen.

Was verbirgt sich hinter der Brentano'schen Feststellung, daß sich "die Arbeiter... auf den nothwendigsten Lebensunterhalt beschränkt (sahen) und das Maass dessen, was als das Nothwendigste galt, nahm fortwährend ab"?¹⁾ Doch nichts anderes, als daß die Bedürfnisstruktur der Arbeiter, wie auch die aller anderen Wirtschaftssubjekte keineswegs konstant ist, sondern u.a. mit der ihnen zur Verfügung stehenden Ausgabensumme variiert (hier verließ Brentano wieder die stationäre Theorie). Es bedeutet darüberhinaus jedoch auch, daß die Wertungen der Arbeiter hinsichtlich dessen, was als notwendig angesehen wird, einer Veränderung unterlagen. Ebenso wie bei einer Preiserhöhung für unentbehrliche Nahrungsmittel bei konstanter Ausgabensumme die Nachfrage nach entbehrlichen Gütern zurückgeht²⁾, so kann eine Einkommensverminderung bei den Arbeitern, die verbunden ist mit einer Senkung des Stundenlohnsatzes und gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit zu einer Veränderung der Bedürfnisstruktur und zu einer Bewertungsänderung führen. Die Arbeiter verzichten auf höherwertige (superiore) Güter und bestreiten ihren Lebensunterhalt mit billigeren (inferioren) Gütern. Damit verschiebt sich auch das Maß dessen, was als das Notwendige gilt, das Existenzminimum. In diesem Zusammenhang wird nochmals besonders deutlich, worin die Unterschiede zwischen freiem und abhängigem Arbeitsangebot bestehen. Selbst Böhm-Bawerk hat diese Unterschiede bei der Bestimmung der Lohnuntergrenze angedeutet, wenngleich er daraus auch keine Schlüsse zog. Bei ihm heißt es: "Die äußerste Untergrenze wird durch den Vortheil bezeichnet, der dem Arbeiter verbleibt, wenn er seine Arbeit überhaupt nicht verkauft... . Das mag in Kolonialländern mit Überfluß an unbebautem Boden, wo jeder... Farmer werden kann, eine ganz respektable Größe sein.

¹⁾ L. Brentano, Das Arbeitsverhältniss..., a.a.O., S. 76

²⁾ Vgl. ebenda, S. 235

In... 'alten' Ländern steht dagegen diese Marke äußerst tief, weil ohne Kapitalbesitz... eine Verwertung der Arbeit in selbständiger Unternehmerstellung fast nichtmöglich ist. Bei Arbeitern, die noch etwas zuzusetzen haben, mag der Vorteil des Nichtverkaufes der Arbeit... im Genuße der Ruhe und Muße liegen... . Für denjenigen, der nichts zuzusetzen hat, ist aber der Grenznutzen des zu erwerbenden Lohnes so überaus hoch, daß auch schon ein äußerst niedriger Lohn das Übergewicht über den Genuß der Ruhe erlangen wird."¹⁾ Aus diesen Ausführungen geht eigentlich hervor, daß je nach Situation für den Arbeiter andere Vorteilskurvenverläufe, damit auch andere Wertungen aktuell werden. Diese unterschiedlichen Wertungen, die auch die eigene Position hinsichtlich Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit reflektieren, müssen zu anderen Grenzvorteilskurven und damit zu von einander abweichenden individuellen Arbeitsangebotskurven führen. Für die Entscheidung des unabhängigen Arbeiters ist die Kurve des Arbeitsleids aktuell, für den Arbeiter, der in vollkommener Abhängigkeit vom Unternehmer seine Arbeit anbietet, "entscheiden jetzt 'Reproduktionskosten' (costs of reproduction) und anstelle der Grenzleid- und Durchschnittsleidkurven treten jetzt die Grenzkosten und Stückkosten in Kraft."²⁾

Es kann zusammenfassend festgestellt werden:

1.) Das von Böhm-Bawerk angeführte Beispiel der vollkommenen freien Konkurrenz, in dem sich der Lohnsatz nach der Grenzproduktivität des Faktors Arbeit richten soll, trifft für die Realität des angegebenen Zeitraums nicht zu. Im Gegenteil: Die von Böhm-Bawerk angegebene historische Situation ist gekennzeichnet durch den Einsatz ökonomischer

¹⁾ E.v. Böhm-Bawerk, a.a.O., S. 227, wobei einzuschränken ist, daß bei einem Arbeiter, der nichts 'zuzusetzen' hat, keineswegs der Lohnsatz in Beziehung zu dem 'Genuß der Ruhe' stehen wird! Entscheidend wird in diesem Fall sein, ob der angebotene Lohn ihm das Überleben gestattet.

²⁾ H. Arndt, Ausbeutung und Marktform..., a.a.O., S. 223

Macht der Unternehmer auf der einen Seite und vollkommener ökonomischer Abhängigkeit der Arbeiter auf der anderen Seite.

2.) Das von Böhm-Bawerk angeführte 'ökonomische Gesetz' für die Lohnfeststellung im Nachfragemonopol der Unternehmer erschöpft keinesfalls alle Gewinnmaximierungsmöglichkeiten bei vollem Einsatz der ökonomischen Macht durch die Unternehmer. Das von ihm für diese Situation unterstellte "ökonomische Gesetz" ist zumindest unvollständig erkannt. Auch ohne daß ein Monopol am Markt besteht - und darauf hat Brentano durch seine Analyse der Arbeitsverhältnisse hingewiesen - können die Unternehmer bei voller Inanspruchnahme der ihnen durch die Abhängigkeit der Arbeiter zugewachsenen Aktionsparameter ihren Gewinn im Verhältnis zum Cournot'schen Monopol um ein Vielfaches vergrößern, indem sie neben einem niedrigen Lohnsatz eine Verlängerung der Arbeitszeit erzwingen und darüberhinaus die Wertungen der Arbeiter beeinflussen können. Diese beiden Faktoren sind im Cournot'schen Monopol nur als 'Daten' enthalten. Ökonomische Macht kann somit, wie **beispielhaft gezeigt wurde**, auch die in der Grenznutzenschule unterstellten ökonomischen 'Daten' in Variable verwandeln¹⁾. Im Gegensatz zum Cournot'schen Monopolisten und Frisch'schen Optionsfixierer wird für den die Wertungen der Arbeiter beeinflussenden ausbeutenden Unternehmer ein völlig anderes Kurvensystem aktuell.

1) Vgl. dazu H. Arndt, Ökonomische Theorie der Macht, Schr.V.f.Sp., N.F., Bd. 20/I (1971²), S. 131, bes. S. 133. Zum gleichen Schluss kommt Otto v. Zwiédineck-Südenhorst, Macht oder ökonomisches Gesetz, Schmollers Jb., Jg. 49 (1925), S. 277

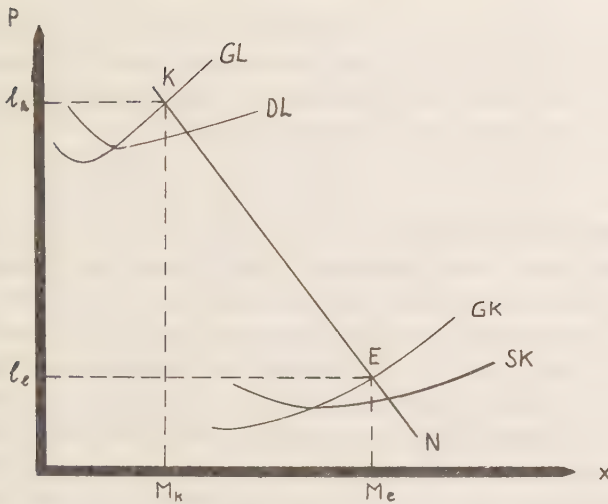


Abb. 8*

In der obigen Darstellung wird dieser Sachverhalt deutlich. Das obere Kurvensystem gilt für den unabhängigen, also freien Arbeiter, für den die Kurven des Arbeitsleids (Grenzleid: GL; Durchschnittsleid: DL) aktuell sind. Werden die Wertungen des Arbeiters zum Aktionsparameter des ausbeutenden Unternehmers, dann zwingt dieser den Arbeiter auf die Reproduktionskostenkurve (Grenzkosten: GK, Stückkosten: SK).

Daraus folgt: Das "ökonomische Gesetz" im Sinne Böhm-Bawerks bestimmt nur dann die Verteilungsanteile der am Produktionsprozess beteiligten Faktoren, wenn die Prämissen, unter deren Gültigkeit dieses "Gesetz" formuliert wurde, mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Dies ist jedoch solange nicht der Fall, wie die Phänomene, die Stolzmann in den "sozialen Regelungen" subsumierte, nicht explizit in die Betrachtung einbezogen werden. Ökonomische Macht, auch das ist deutlich geworden, kann diese Prämissen, die sich implizit im "Datenkranz" der angeführten Modelle verbergen, verändern. Die Relativität dieser "ökonomischen

*) Entnommen: H. Arndt, Ausbeutung und Marktform..., a.a.O., S. 223, Fig. 21

Gesetze" wird z.B. dann offenbar, wenn die ökonomische Macht in diese Modelle der Grenznutzenschule Eingang findet und sie nicht nur auf eine Erscheinungsform, dem Cournot'schen Monopol, reduziert wird.

III. Ökonomische Macht und Wettbewerb

Bisher standen die Ursachen und Wirkungen der ökonomischen Macht beim Abschluss des Arbeitsvertrages im Mittelpunkt unserer Betrachtungen. Ohne Zweifel lagen auch hier die Schwerpunkte kathedersozialistischer Forschung, denn sowohl für die staatssozialistische, wie auch für die syndikalistische Richtung unter ihnen boten sich in diesem durch die ungleichgewichtigen Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegebenen Spannungsfeld die primären Ansätze für eine wirkungsvolle Sozialpolitik "zur Hebung der unteren Klassen." Es konnte darüberhinaus jedoch nicht ausbleiben, daß - zum großen Teil bedingt durch die den Kathedersozialisten eigene Methode der Induktion, die eine intensive Beobachtung der wirtschaftlichen Realität zur Voraussetzung hatte - von ihnen Widersprüche zwischen dem klassischen Wettbewerbskonzept der freien Konkurrenz und eben dieser Wirklichkeit wahrgenommen wurden. Diese Widersprüche fanden bei den Kathedersozialisten nicht nur ihre Erklärung in den seit Adam Smith geänderten Organisationsformen des wirtschaftlichen Lebens (Entstehung der Aktiengesellschaften, Kartellierung der Industrie, Konzentrationsvorgänge zu Lasten der Klein- und Mittelbetriebe), sondern führten generell auch zu einer Überprüfung der Prämissen und Deduktionen der klassischen Konkurrenzlehre.

1. Konkurrenz als Ordnungsprinzip der Volkswirtschaft

a) Rolle in der Klassik

Die Klassiker, ebenso die Physiokraten, sind in ihren Lehren vom Prinzip des "laissez faire et passer, le monde va de lui-même" ausgegangen. Die Wirtschaft ist für sie ein Nebenein-

ander von Einzelhaushalten, von denen jeder unabhängig von dem anderen, für sich selbst sorgt. Einziges Organ der Verknüpfung zwischen diesen Individualwirtschaften ist der Markt. Auf diesem erfolgt der Austausch, die Auseinandersetzung und die Abrechnung der Leistungen und Güter, die von den Einzelwirtschaften angeboten und nachgefragt werden. Der sich auf dem Markt nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage herausgebildete Preis ist ein "richtiger und gerechter" Ersatz für die aufgewendeten Leistungen der Individualwirtschaften. Eingriffe des Staates, die wir heute unter dem Begriff der Wirtschaftspolitik subsumieren zur Regelung dieser Marktbeziehungen, werden nicht nur als unnötig empfunden, sondern strikt abgelehnt. Die Tätigkeit des Staates hat sich lediglich darauf zu richten, die Rechtsbasis dessen zu bewahren, welches Grundlage dafür ist, daß sich der Tüchtige durchsetzen und sich das individuelle Interesse voll entfalten kann. Gewähr dafür bietet die Erhaltung der persönlichen Freiheit, der Schutz des Privateigentums und die rechtliche Verankerung der freien vertraglichen Vereinbarung. Hinsichtlich des Motors dieser Entwicklung, des wirtschaftlichen Selbstinteresses, wird angenommen, daß es eine Naturkraft ist, welche allen Menschen zu allen Zeiten gleichmäßig innewohne.¹⁾ Nur unter diesen Voraussetzungen wird sich das Selbstinteresse voll entfalten können, und es werden sich am Markt die "naturgesetzlichen" gerechten und richtigen Preise herausbilden. Dadurch, daß jeder nach seinem eigenen Vorteil strebt, so wird gefolgert, fördert er auch am besten das Allgemeinwohl. Das System der freien Konkurrenz wurde aufgrund dieser Prämissen und der daraus abgeleiteten Deduktionen als die "natürliche" oder "naturgemäße" Ordnung der Volkswirtschaft angesehen. Wirtschaftliche Übelstände sind daher regelmäßig auch nur das Produkt einer Beschränkung der Konkurrenz. Nur die Gewährung voller freier Konkurrenz kann nach dieser Auf-

¹⁾ Vgl. Hans Gehrig, Die Begründung des Prinzips der Sozialreform, Jena 1914, S. 276

fassung wirtschaftliche Fehlentwicklungen, sofern sie überhaupt vermeidbar sind, verhindern.¹⁾

b) Wettbewerbsauffassung der Kathedersozialisten

Die Kritik der kathedersozialisten an diesem System der freien Konkurrenz beginnt bereits bei den Prämissen. Für sie ist das "wirtschaftliche Selbstinteresse" keine Naturkraft, sondern ein menschlicher Trieb, "der als solcher zwar den Willen anregt und zu Handlungen bestimmen k a n n und d a r f , auch o f t , aber k e i n e s w e g s n o t h w e n d i g i m m e r bestimmen m u s s und noch weniger immer bestimmen s o l l . Denn dieser Trieb wirkt nicht unmittelbar als Ursache der wirtschaftlichen Handlungen des Menschen, sondern er bildet zunächst nur ein Motiv für den Willen und kann und wird auch t a t s ä c h l i c h durch Vernunft und Gründe geleitet, gezügelt und im einzelnen Falle seine Wirkung durch andere Motive selbst aufgehoben. Die s i t t l i c h e V e r a n t w o r t - l i c h k e i t des Menschen für seine wirtschaftlichen Handlungen wird durch das Vorhandensein des wirtschaftlichen Selbstinteresses daher auch nicht verändert."²⁾ Als Konsequenz ergibt sich daraus für Wagner: "Nur hypothetisch kann eben, zum Zweck der Anwendung der Methode der Deduction, das Selbstinteresse mit der Regelmässigkeit einer Naturkraft wirkend angesehen werden: ob und wie weit dies mit der Wirklichkeit stimmt, ist immer erst speziell zu untersuchen, was oft vergessen wird, besonders von der Schule der freien Concurrenz,"³⁾ Wird dieses ethische Prin-

1) Vgl. zu diesen Problemen Adolph Wagner, Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre, Leipzig, Heidelberg 1879², Teil I, S. 223 ff.

2) A. Wagner, a.a.O., S. 229

3) Ebenda, S. 228. In dieser Äußerung Wagners wird ein Grundproblem unserer Wissenschaft angesprochen, welches auch heute noch nichts an Aktualität eingebüßt hat. Aufgrund der Tatsache, daß in einer sich entwickelnden, d.h. nicht statischen Volkswirtschaft, keine absoluten Größen existieren, daß sich darüberhinaus auch die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte im Zeitablauf ändern

zip der sittlichen Verantwortlichkeit des Menschen auch für das wirtschaftliche Leben unterstellt, dann und deshalb ist die Wissenschaft vom wirtschaftenden Menschen eine ethische. Daraus folgt, daß das System der freien Konkurrenz seinen ihm unterstellten "logischen, natürlichen" Charakter verliert und zu einer historischen Kategorie wird, die keineswegs das Ende einer historischen Entwicklung darstellt, sondern das Erzeugnis teilweise "natürlicher, aber mehr noch das psychologisch-ethischer Faktoren" ist.¹⁾

können, stellt jeder Versuch der modellmäßigen Erfassung der komplexen wirtschaftlichen Realität bestenfalls eine Momentaufnahme dieser wirtschaftlichen Realität dar. Die Verabsolutierung, bzw. die Übertragung der aus solchen Modellen gewonnenen Aussagen auf die Realität bleibt daher immer problematisch und schließt die Gefahr von Irrtümern a priori ein. Besonders verhängnisvoll wirkt sich dieser Sachverhalt bei jenen Nationalökonomern aus, die Modellergebnisse mit Aussagen über die Wirklichkeit identifizieren, dabei jedoch die Gültigkeit der in diesen Modellen enthaltenen Prämissen für die Realität bestreiten. So paradox ein solches Vorgehen erscheinen mag, es gibt Beispiele dafür. Wenn Sambach (Untersuchungen zum Problem der wirtschaftlichen Macht, a.a.O., S. 193 f.) z.B. zu dem Schluß kommt, sein Machtbegriff zeige, "daß entgegen den Vorstellungen einiger Autoren auch in vollständiger Konkurrenz ökonomische Macht auftreten kann und ihre Erklärung ermöglicht", so liegt das nicht, wie von ihm vorgegeben, an seinem Machtbegriff, sondern findet seine Erklärung darin, daß er die in dem Modell der "vollständigen Konkurrenz" vorausgesetzte Gleichartigkeit der Firmen aufhebt, indem er, in Einklang mit der Realität, feststellt, daß diese Homogenität in der Realität nicht existiert. Bezeichnend für sein inkonsequentes und widersprüchliches Vorgehen ist, daß er die Modellergebnisse der "vollständigen Konkurrenz" nicht mit den von ihm veränderten Prämissen konfrontiert. Aus diesem Vorgehen folgt, daß Sambachs Modell nicht mehr identisch ist mit dem der "vollkommenen Konkurrenz". Keinesfalls beweist Sambach, "daß entgegen den Vorstellungen einiger Autoren auch in vollständiger Konkurrenz ökonomische Macht auftreten kann". Nur dann, wenn die in der Realität nicht existierende Homogenität der Firmen in qualitativer Ausstattung und Verhalten gegeben ist und auch die restlichen Prämissen des Modells der vollständigen Konkurrenz, wie konstante Technik, Präferenzlosigkeit der Kunden in Bezug auf Raum, Zeit, Gut und Person nicht variiert werden, befinden wir uns im Modell der "vollständigen Konkurrenz" und damit auch in einem machtfreien Modell. "Ob und wie weit dies mit der Wirklichkeit stimmt, ist immer erst speziell zu untersuchen, was oft vergessen wird, ...", dies konnte bereits Wagner zu seiner Zeit feststellen.

¹⁾ Vgl. H. Gehrig, a.a.O., S. 278

Im Gegensatz zu den Auffassungen der Klassiker bestimmen nicht nur allein mechanische, natürliche und technische Tatsachen den Wirtschaftsablauf, sondern er wird auch beeinflusst durch ethische Zielsetzungen der Wirtschaftssubjekte, die letztlich ihren Niederschlag in der volkswirtschaftlichen Organisation finden.¹⁾ Die Ergebnisse des wirtschaftlichen Geschehens sind aus diesen Gründen auch nicht als aus einer "Naturordnung" gegeben hinzunehmen, sondern sie unterliegen der "etisch-kritischen" Beurteilung und sind somit nicht nur der Einwirkung durch den Menschen zugänglich, sondern fordern diese Einwirkung geradewegs heraus.²⁾

Für das wirtschaftliche Selbstinteresse kann danach zusammenfassend festgestellt werden, daß es nach Auffassung der Kathedersozialisten wohl als ein Motiv für den wirtschaftlichen Wettbewerb anerkannt wird, daß es jedoch keineswegs eine "Naturkraft" im Sinne der Naturwissenschaften sei, die bei allen Menschen gleichmäßig und zu allen Zeiten das wirtschaftliche Handeln bestimme. Da der Mensch in seinem wirtschaftlichen Handeln nicht an das Gesetz des Selbstinteresses "wie an das der Schwere gebunden" ist, können aus diesem Grunde im Wirtschaftsleben auch keine unabänderlichen Naturgesetze walten.³⁾ "Wir geben wohl zu, daß... bei jeder Wertbildung die Größenverhältnisse von Angebot und Nachfrage eine bestimmende Rolle spielen, daß Nützlichkeit und Menge... wertbildende Ursachen sind; aber wir fügen bei, daß... hinter Angebot und Nachfrage Gruppen von Menschen mit ihren Gefühlen, Sitten, Beziehungen stehen, daß ihre sociale Stellung und Organisation, ihre Macht und ihre Schwäche, alle die socialen Einrichtun-

1) Vgl. dazu G. Schmoller, Offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke. Ueber einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 23 (1874), S. 225 ff.; Bd. 24 (1875), S. 81 ff.

2) Vgl. H. Gehrig, a.a.O., S. 278

3) Vgl. ebenda, S. 276; A. Wagner, a.a.O., S. 228

gen und rechtlichen Ordnungen..." mitbestimmend sind.¹⁾

Ebenso unzutreffend wie die Prämisse des wirtschaftlichen Selbstinteresses als alleiniges Motiv des wirtschaftlichen Handelns ist die aus diesem System abgeleitete Deduktion der Harmonie des Einzel- und Gesamtinteresses. Hierbei wird von den Klassikern davon abstrahiert, daß die Menschen weder geistig noch in ihren sittlichen Eigenschaften, ihren Kenntnissen, ihrem Charakter und in ihrem privaten Vermögensbesitz gleich sind. Im Wettbewerb ist es durchaus möglich, daß die "gewissenloseren Elemente" über die Tüchtigen siegen, "welche die ökonomischen Verhältnisse rücksichtsloser ausbeuten (Ausartung des Selbstinteresses zum Eigennutz)."²⁾ Die Folge ist, daß die gewissenloseren Wettbewerbsteilnehmer durch ihren Erfolg in ihrer Haltung bestärkt werden, die "besseren Elemente werden sodann theils durch den Erfolg der Anderen in Versuchung geführt, theils unmittelbar durch die Konkurrenz gezwungen, ähnlich gewissenlos zu verfahren."³⁾ Ohne sittliches Verantwortungsgefühl wird das Strafgesetzbuch alleiniger Moralkodex. Begnügt sich der Staat mit einer "Laissez-faire"-Politik, so werden diese Tendenzen durch eine zurückhaltende Wirtschaftsgesetzgebung unterstützt.

Darüberhinaus liegt im Wettbewerbsprozeß selbst, sofern er als ein Ausleseverfahren angesehen wird, in dem sich die tüchtigen Elemente durchsetzen,⁴⁾ eine Tendenz zum Monopol. Derjenige, der für diesen Kampf finanziell besser ausgestattet ist, der sich die Vorteile des Gesetzes der Massenproduktion zunutze machen kann, der seine im Konkurrenzkampf erworbene ökonomische Macht einsetzt, um andere von sich abhängig zu machen, erwirbt am Markt oftmals ein

¹⁾ G. Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1904, Teil II, S. 305

²⁾ A. Wagner, a.a.O., S. 246

³⁾ Ebenda

⁴⁾ Vgl. G. Schmoller, Grundriß..., a.a.O., II. Teil, S. 44

faktisches Monopol oder er beendet den Wettbewerb durch einen Kompromiß, wie die Kartellbildung seit etwa 1860 z.B. auch in Deutschland gezeigt hat.¹⁾ Durch diese Konzentrationsprozesse in der Industrie wird jedoch auch die Verteilung des Sozialprodukts beeinflusst. Gewinne werden verstetigt, die Vermögensverteilung ungleichmäßiger, der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden verschärft. Die Bildung von Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen zwischen öffentlich-rechtlich gleichberechtigten Wirtschaftssubjekten ist in diesem Prozes, sofern er keine Korrekturen erhält, unvermeidlich.²⁾

Dadurch, daß die Kathedersozialisten sich sowohl von dem Harmoniegedanken als auch von der klassischen Vorstellung eines naturgesetzlichen Ablaufes der Wettbewerbsprozesse trennten, waren sie in der Lage, die Bedeutung zu erkennen, die der ökonomischen Macht gerade für den Ablauf der Wettbewerbsprozesse zukommt. Allerdings, und das muß kritisch angemerkt werden, fehlte bei der gesamten kathedersozialistischen Richtung ein geschlossenes Wettbewerbskonzept. Weder die Funktionen, die mikroökonomisch vom Wettbewerb erfüllt werden sollten, waren festgelegt, noch gab es theoretische Vorstellungen darüber, wie Wettbewerbsprozesse verlaufen sollten, um ein gesamtwirtschaftliches Optimum herbeizuführen. Das Bemühen der Kathedersozialisten war nicht darauf gerichtet, dem klassischen Konzept der "freien vollständigen Konkurrenz" eine eigene Wettbewerbskonzeption gegenüberzustellen, sondern richtete sich primär darauf, nachzuweisen, daß die modellhaften, stark idealisierten und vereinfachten Vorstellungen der Klassik in einem immer stärker werdenden Gegensatz zur wirtschaftlichen Realität gerieten. In dieser Unvollständigkeit der kathedersozialistischen Erkenntnisse zeigen sich auch zu-

1) Vgl. Karl Bücher, Die wirtschaftlichen Kartelle, Schr. V. f. Sp., Bd. 61 (1895), S. 141 f.

2) Vgl. A. Wagner, a.a.O., S. 248

gleich die Grenzen der historisch-realistischen Methode. Die Vielfalt der Einflüsse, der Wirkungen und der Funktionen, die mit dem Phänomen des Wettbewerbs in einer sich entwickelnden Wirtschaft verknüpft sind, können ohne Abstraktion und daraus folgender Deduktion nicht sichtbar gemacht werden. Das Bemühen der Kathedersozialisten, diese Vielfalt in ihren historischen Quellen umfassend zu beschreiben und daraus Entwicklungsgesetze des wirtschaftlichen Lebens zu formulieren, mußte an dieser Methode scheitern. Gleichzeitig aber wurde durch die intensive technische und wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert und der mit ihr einhergehenden Vielfalt neuer ökonomischer Probleme verhindert, daß verbunden mit dieser an der klassischen Wettbewerbsauffassung geübten Kritik gleichzeitig ein neues theoretisches Kathedersozialistisches Wettbewerbskonzept entstand.

Positiv festzuhalten bleibt, daß der Kathedersozialismus erste Ansätze über die Auswirkungen des Einsatzes ökonomischer Macht auf den Wettbewerb aufzeigte, feststellte, daß ökonomische Macht als Erscheinung der wirtschaftlichen Realität

1. unvereinbar ist mit dem Konzept der freien Konkurrenz der Klassiker,
- 2) das Ausleseverfahren des Wettbewerbs verändern bzw. beenden kann und
3. da "Konkurrenz hindernde Verabredungen ... ebenso natürlich (sein) wie die Konkurrenz selbst"¹⁾, ist das Streben nach ökonomischer Macht bzw. ihr Einsatz ein "natürlicher" Vorgang innerhalb des Wettbewerbs, der jedoch im Interesse der Gesamtheit kontrolliert und reguliert werden muß.

Entscheidend für die Beurteilung der Konkurrenz und damit auch für ihre Kontrolle und Regulierung ist nach Schmoller

¹⁾ G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., II. Teil, S. 50

die Untersuchung der Faktoren, die über den Grad und die Wirkung des Wettbewerbs bestimmen.¹⁾ "Was wir Konkurrenz nennen", so führt Schmoller aus, "sind komplizierte gesellschaftliche, halb psychische, halb materielle Vorgänge sehr verschiedener Art, und darum haben sie verschiedene Folgen."²⁾ Die Preisbildung im Wettbewerb würde nur dann den Vorstellungen der Klassiker entsprechen, wenn sich die Konkurrenz auf "Idealmärkten" abspielen würde, die sich durch folgendes auszeichnen müßten:

1. Alle Marktteilnehmer müßten über volle Markttransparenz verfügen. "Diese Voraussetzung trifft selten für alle, sehr häufig nur für einzelne, fast stets für die eine Seite oder Gruppe der Beteiligten mehr zu als für die andere. Das Resultat wird dann immer sein, daß die voll Unterrichteten... einen größeren Vorteil vom Geschäft haben..."³⁾
2. Bei allen Marktteilnehmern müßte der Grad der Geschäftsdringlichkeit gleich groß sein.⁴⁾
3. Im Wettbewerb müßten sich darüberhinaus "gleiche Kräfte in gleicher Zahl mit gleicher Anständigkeit, Ehrlichkeit, Marktkenntnis und Macht gegenüberstehen".⁵⁾ Das würde bedeuten, daß sämtliche konkurrenzhemmenden Faktoren, wie z.B. die Beeinflussung des Marktes durch monopolistische Gruppen oder die Unbeweglichkeit der Produktionsfaktoren ausgeschaltet sind.

In Wirklichkeit gibt es diesen "Idealmarkt" jedoch nicht. "Die Machtungleichheit wie die Ungleichheit an Erwerbstrieb, Schlaueit und Ehrlichkeit verändert einen sehr erheblichen Teil dieses Idealbildes; sie bewirken, daß häufig Wert- und Preisbildungen erfolgen, mit denen die eine Seite unzufrie-

1) Vgl. zur Konkurrenzanalyse bei Gustav Schmoller: Josef Schulte, Die Wettbewerbsauffassungen der physiokratischen, klassischen und deutschen historischen Schule, (Diss.) Mainz 1958, S. 115 ff.

2) G. Schmoller, Grundriß..., a.a.O., Teil II, S. 45

3) Ebenda, S. 112 f.

4) Vgl. ebenda, S. 113

5) Ebenda

den sein muß. Die Machtungleichheit, ihr thatsächlicher und möglicher Einfluss auf die Wertbildung erzeugt immer wieder die Verbindungen der Käufer und Verkäufer; sie nötigt Gesellschaft und Staat zu Marktordnungen und Konkurrenzregulierungen und zu anderen Eingriffen. In den handelspolitischen Beziehungen z.B. handelt es sich auch vielfach um wirtschaftliche Machtungleichheiten und ihre Folgen."¹⁾

Nachdem von den Kathedersozialisten, hier besonders von Schmoller, auf die Möglichkeit und die Besonderheiten des Machteinsatzes im Wettbewerb und ihre volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung hingewiesen wurde, bleibt die Frage zu klären, wodurch wirtschaftliche Macht im Wettbewerb entsteht und welche Folgen mit ihrem Einsatz verbunden sind. Allerdings muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß es weder eine Katalogisierung noch eine zusammenfassende Darstellung der Ursachen wirtschaftlicher Macht bei den Kathedersozialisten gibt. Lediglich ein Ursachenphänomen, das der horizontalen Konzentration, vor allem in der Form der Kartellierung, hat in den kathedersozialistischen Darstellungen einen breiten Raum eingenommen, was sich nicht zuletzt aus der damaligen Aktualität der beginnenden Kartellierung im Deutschen Reich ergibt. Die folgenden Darstellungen über die machtbildenden Faktoren müssen deshalb vom heutigen Standpunkt zwangsläufig unvollständig erscheinen²⁾, wenngleich dabei auch zu berücksichtigen ist, daß eine ins Detail gehende Zusammenfassung und Systematisierung aller vorstellbaren Machtursachen wohl unmöglich erscheint³⁾, so groß die Fort-

1) G. Schmoller, Grundriß..., a.a.O., Teil II, S. 113

2) Einen guten Überblick über die verschiedenen Auffassungen der Ursachen wirtschaftlicher Macht im Wettbewerb gibt Hartwig Bartling, Wirtschaftliche Macht unter wettbewerbspolitischen Aspekt, Schriftenreihe zur Industrie- und Entwicklungspolitik, Bd. 8, Berlin 1971, S. 38 ff.

3) Vgl. dazu auch C.A. Andreae, Machtkonflikt und Machtkonkurrenz in der Marktwirtschaft, in: Das Gegengewichtsprinzip in der Wirtschaftsordnung, Bd. 1: C.A. Andreae, W. Glake, Wirtschaftliche Macht und Wettbewerb, FIW-Schriftenreihe, Heft 33, Köln 1966, S. 27 ff., bes. S. 32

schritte auch auf diesem Gebiet im letzten Jahrhundert gewesen sein mögen.

2. Ursachen und Arten ökonomischer Machtstellungen im Wettbewerb

Wie oben ausgeführt, bedeutet wirtschaftliche Macht in der Konkurrenzwirtschaft für das einzelne Wirtschaftssubjekt die Fähigkeit, auf dem Markt eigene Zielsetzungen zu realisieren. Diese Macht läßt sich jedoch, wie unsere Ausführungen gezeigt haben, nur relativ in bezug auf oppositionelle Marktmacht, also als Übermacht, ausdrücken.¹⁾

Nach der Auffassung Schmollers sind es vor allem losere oder engere Zusammenschlüsse von Unternehmen, die zu solchen Machtpositionen führen. Dabei sind folgende Möglichkeiten zu unterscheiden:

1. Kartelle und Fusionen

2. "Die engere geschäftliche Verbindung größerer oder kleinerer Unternehmungen ... so, daß meist eine Abhängigkeit der kleineren entsteht."²⁾

Gemeinsam ist beiden Formen, daß sie den Zweck haben, "eine Reihe von Unternehmungen zu gemeinschaftlichem Handeln auf dem Markt zu vereinigen: Ausschaltung oder Milderung der Konkurrenz, Beeinflussung der Preise, Erhöhung der gesunkenen Gewinne ist das letzte Ziel von allen."³⁾ Dabei wirkt diese durch die Zusammenschlüsse geschaffene ökonomische Macht auf mehreren Ebenen: Einmal gegenüber den Vorlieferanten, die gezwungen werden, sich mit niedrigeren Preisen für ihre Produkte zufrieden zu geben, dann gegenüber den Konkurrenten, die nicht der Vereinigung angehören, die man zum Beitritt "nötigt" oder auskonkurriert und letztlich gegenüber den Abnehmern der eigenen Produkte, in der Absicht, möglichst hohe Preise zu erzielen.

¹⁾Vgl. in dieser Arbeit, S. 20f.

²⁾Vgl. G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., Teil I. S. 533

³⁾Ebenda

Die äusseren Ursachen für die Entstehung dieser Zusammen-schlüsse sind trotz ihrer unterschiedlichen rechtlichen Natur, ihres verschiedenen Maßes der erreichten Konzentration und der verschiedenen Festigkeit und Dauerhaftigkeit ihrer Struktur dieselben. Sie lagen in der wirtschaftlichen Situation Deutschlands seit 1850 begründet. In der großen Aufschwungsperiode von 1850-73 hatte sich eine Vielzahl neuer Firmen gebildet. Durch die zunehmende Technisierung und unter dem Druck des Gesetzes der Massenproduktion entstand der maschinelle Großbetrieb. In den Jahren der Stockung nach 1873 drohten diesen Unternehmungen größere Absatzkrisen. Bei Aufrechterhaltung der gewohnten bisherigen Konkurrenz auf den Märkten blieb "keine andere Hoffnung, als durch fortgesetztes Unterbieten die schwächeren Mitbewerber kampfunfähig zu machen, um die Kriegskosten dann von den Konsumenten durch monopolistische Preisgestaltung wieder einzubringen. Wo die einander bekämpfenden Kräfte annähernd gleich stark waren, drohte die Gefahr eines vieljährigen Krieges, der alle bis zur Erschöpfung schwächen mußte."¹⁾ Die natürliche Folge war, so meint Bücher, daß durch die betroffenen Unternehmen ein Waffenstillstand auf der Basis des status quo geschlossen wurde. Es entstanden die Kartelle, deren Folgen Absatz- und Konkurrenzregulierungen, gemeinsame Preisfestsetzung waren und deren Sorge für auskömmlichen Gewinn und genügende Verzinsung des Kapitals ihr Handeln bestimmte. Begünstigt wurde diese Entwicklung auf den inneren Märkten durch die Schutzzollpolitik des Deutschen Reiches mit Beginn der 80-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, die die ausländische Konkurrenz fernhielt, so daß die Position der Kartelle auf den inländischen Märkten durch diese flankierenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik gestärkt wurde.²⁾

¹⁾ Karl Bücher, Die wirtschaftlichen Kartelle, a.a.O., S. 144

²⁾ Im Gegensatz zu der vielfach vertretenen Auffassung, wonach die Schutzzölle eigentliche Ursache für die Kartellbildung seien, sieht Bücher in ihr nur ein diese Bewegung verstärkendes Element. England ist trotz seiner Freihandelspolitik von dieser Entwicklung nicht ausgenommen worden. Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 143

a) Die Kartelle

Jede vertragsmäßige Vereinigung von selbständigen Unternehmungen, welche den Zweck verfolgt, durch eine monopolistische Beherrschung des Marktes den höchstmöglichen Kapitalprofit zu erzielen, wird von Bücher als kartell bezeichnet.¹⁾ Ähnlich definiert Schmoller.²⁾

Dieses Ziel der Kartellierung wird durch unterschiedliche Strategien erreicht, die je nach Lage kombiniert werden:

1. Festsetzung der Preise

- a) Festlegung der Maximalpreise für einzukaufende Roh- und Hilfsstoffe, die für die Produktion der kartellierten Betriebe benötigt werden.
- b) Festlegung von Mindest (Minimal)-Verkaufspreisen für die produzierten Güter,

2. Absprachen über Kreditgewährungen und Zahlungsbedingungen (Skonti, Rabatte u.ä.)

3. Kontingentierung der Produktion der am Kartell beteiligten Unternehmen,

4. Regionale Verteilung der Absatzgebiete,

5. Errichtung von gemeinsamen Verkaufs- und Abrechnungsstellen,

6. Verabredungen über das einheitliche Verhalten bei Submissionen; nur ein Kartellmitglied bietet, die anderen höchstens zum Schein.³⁾

Durch die Kombination bzw. vollständige Anwendung dieser in einem Kartell möglichen Strategien kann die Konkurrenz

1) K. Bücher, a.a.O., S. 145

2) Vgl. G. Schmoller, Grundriß..., a.a.O., Teil I, S. 534. wo es heißt, unter Kartellen versteht man "die vertragsmäßige Einigung auf Zeit von selbständigen Warenverkäufern (teilweise auch von Einkäufern) über die Art ihrer Markttätigkeit, wobei, wenn nicht das Monopol, aber jedenfalls die Beschränkung der sogenannten "ungesunden" Konkurrenz der Zweck ist; wobei aber die einzelnen Geschäfte im übrigen möglichst, vor allem in ihrem inneren Geschäftsgebaren selbständig bleiben sollen.

3) Vgl. zu diesen Strategien G. Schmoller, a.a.O., Teil I, S. 534 und Karl Bücher, a.a.O., S. 144

zwischen den kartellierten Unternehmen vollständig beseitigt werden, gegenüber den Konsumenten, Lieferanten und Kunden dieser Unternehmen entsteht eine Machtposition des Kartells, die umsomehr der eines Monopols entspricht, je enger die einzelnen möglichen Verhaltensweisen untereinander abgestimmt sind und je weiter die Kartellierung der betreffenden Branche fortgeschritten ist. Das Bestreben der Kartelle wird daher immer darauf gerichtet sein, mit allen Mitteln die abgesprochenen Verhaltensweisen bei seinen Mitgliedern zu erzwingen und zum anderen, neben den kartellierten Betrieben keine unkartellierten Außenseiter am Markt zuzulassen. Um diese Ziele zu erreichen, wird die Durchbrechung der Vereinbarungen durch Kartellmitglieder bestraft. Hauptmittel, um den Abfall von den Vereinbarungen zu verhindern, ist die Festsetzung hoher konventionalstrafen. "Um die Eintreibung dieser Strafen zu sichern, werden die Mitglieder zur Hinterlegung hoher Beträge in sicheren Wertpapieren oder Solawechseln genötigt."¹⁾ Hat sich ein Unternehmen im Sinne der Kartellvereinbarung strafbar gemacht, so kann der Wechsel in Umlauf gesetzt werden. bzw. durch den Verkauf der Wertpapiere kann die Strafe liquidiert werden.

Die Überprüfung des verabredeten Verhaltens wird dem Kartellvorstand dadurch erleichtert, daß er die Möglichkeit hat, sowohl die Verladung der von den Beteiligten verfrachteten Ware als auch ihre sämtlichen Geschäftsbücher und Schriftstücke zu kontrollieren. Diese Praktiken, wie auch die eingegangenen Kartellverpflichtungen der Unternehmer sind durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts Ende des vergangenen Jahrhunderts als rechtens anerkannt worden.²⁾

Auch gegenüber den Outsiders haben die Kartelle ein System von Zwängen entwickelt, die Widerwillige durchaus zum Bei-

1) L. Brentano, Moderne Grosskartelle und Arbeiterkoalitionen, in: Die Woche, Jg. 1 (1899), Nr. 15 vom 24.6.1899, S. 574

2) Vgl. L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation der deutschen Volkswirtschaft, Süddeutsche Monatshefte, Jg. 1, Bd. 1 (1904), S. 262; W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., S. 55

tritt bzw. zu konformen Verhaltensweisen bewegen können. So weist Brentano z. B. auf die Möglichkeit hin, daß Kartelle Patente erwerben, z. B. für produktionsnotwendige maschinelle Vorrichtungen, um mit der Verweigerung der Lizenzvergabe an billigere Anbieter deren Widerstand zu brechen.¹⁾ Eine andere Möglichkeit besteht darin, Außenstehenden hohe Prämien für die Schließung ihrer Fabriken zu zahlen²⁾. Läßt sich die Konkurrenz auf einem Markt nicht völlig beseitigen, so dienen z. B. ausgeklügelte Rabattsysteme dazu, die Abnehmer in Abhängigkeit zu bringen.³⁾

In der Regel wird jedoch der Boykott der Outsider durch das Kartell ausreichend sein, um zumindest parallele Verhaltensweisen zu erzwingen. "Indem man Händlern und Frachtführern untersagt, mit ihnen in Geschäftsbeziehungen zu treten, ja sogar an Firmen zu liefern verbietet, welche auch von Outsiders kartellierte Produkte beziehen", wird ein wirksamer und empfindlicher Zwang gegenüber der Konkurrenz ausgeübt.⁴⁾

Als Karl Bücher 1894 vor der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik ein Referat über Kartelle hielt, gab er auch eine Übersicht über die Erfolge dieser Kartellierungsbestrebungen im Deutschen Reich. Danach bestanden

1887	70,
1888	75,
1889	106,
und 1890	137 Kartelle. ⁵⁾

Im Jahre 1908 schätzte Schmoller die Zahl der im Deutschen Reich bestehenden Kartelle bereits auf über 500. Allein die deutsche Kartellenquête hatte im Jahre 1905 385 Kartelle erfaßt, denen 12.000 Unternehmen angeschlossen waren.⁶⁾

1) Vgl. L. Brentano, Moderne Grosskartelle ..., a. a. O., S. 574

2) Vgl. Ernst Levy v. Halle, Industrielle Unternehmer- und Unternehmensverbände in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Über wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande, Schr. V. f. Sp., Bd. 60 (1894), S. 153

3) Vgl. E. Levy von Halle, a. a. O., S. 164 f.

4) L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation ..., S. 262

5) Vgl. Karl Bücher, a. a. O., S. 143

6) Vgl. Gustav Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., S. 534

Allein aus diesen Zahlen wird deutlich, mit welcher Geschwindigkeit sich die Vermachtung der Märkte allein durch die Kartellierung vollzog. Der Grund dafür, das hat Schmoller wohl klar erkannt, lag an ihrer Ansteckungsgefahr: Die dem Kartell "nahestehenden, mit ihnen verkehrenden Industrien empfinden dasselbe Bedürfnis und werden darin von den bestehenden Kartellen bestärkt, schon weil dann leichtere Gesamtverhandlungen über Produktion und Preise möglich sind."¹⁾

Von vielen Beobachtern der damaligen Vorgänge wurden diese kartellierungsbestrebungen jedoch nur für eine Vorstufe einer noch weitergehenden monopolisierung der Märkte gehalten.²⁾ Wenngleich in Deutschland dafür zu der damaligen Zeit auch nur geringe Anzeichen vorhanden waren, so stand den Vertretern dieser Auffassung doch als warnendes Beispiel die USA vor den Augen, wo bereits zu dieser Zeit durch Fusionen, vor allem in der Form von Trusts, eine wirtschaftliche Machtkonzentration in den Händen weniger Einzelner entstanden war, welche viele Kathedersozialisten die gegenwärtige Konzentration im Deutschen Reich aufmerksam und teilweise auch sehr kritisch verfolgen ließ.

b) Fusionen

Behalten in einem Kartell die zugehörigen Unternehmen ihre Selbständigkeit und übertragen nur bestimmte Funktionen an das Kartell, so holt auf einer höheren Stufe weitergehender Kartellierung diese Selbständigkeit auf, "und alle miteinander verbundenen Fabriken gehen in eine einzige gigantische Unternehmung auf."³⁾ Der Beginn dieser Bewegung lag, wie ausgeführt, um 1880 in den USA. Vorbild dafür war das englische Recht der Trustees oder Treuhänder, die fremdes Vermögen für Dritte mit absoluter Verfügungsberechtigung

¹⁾ Gustav Schmoller, Grundriß..., a.a.O., I. Teil, S. 534; ebenso K. Bücher, a.a.O., S. 151

²⁾ Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 154; Wilhelm Stieda, Kartelle, Schr. V. f. Sp., Bd. 61 (1895), S. 5, S. 17

³⁾ W. Stieda, a.a.O., S. 5

verwalten. Auf diese Art entstanden in den USA noch vor der Jahrhundertwende marktbeherrschende Machtgebilde, die in vielen Bereichen die Konkurrenz fast völlig beseitigten. Der von Schmoller u. a. angeführte, 1881 von Rockefeller gegründete Standard Oil Trust ist ein Beispiel dafür.²⁾ 1907 wurden von diesem Trust 84 - 90 % des amerikanischen Rohöls raffiniert, jedoch nur ein Sechstel der Gesamtproduktion an Petroleum gefördert. Dieses Raffineriegeschäft, weitaus risikoärmer als die Förderung, jedoch kapitalintensiver, wurde ergänzt durch den Rohöltransport und durch den Großhandel. Es ist darum auch nicht erstaunlich, wenn man feststellen kann, daß sich die Preise für das Rohöl und das raffinierte Öl unterschiedlich veränderten. Kostete 1871 die Gallone raffiniertes Öl nur das annähernd 2,3fache des Rohöls, so stellte sich 1893 dieses Verhältnis bei allerdings insgesamt gesunkenem Preisniveau auf das 4,5fache³⁾. Hieraus ist der typische Mißbrauch einer Machtstellung abzulesen: Gegenüber den Produzenten werden die Preise gedrückt, gegenüber den Konsumenten relativ hoch gehalten. Im Falle der Standard Oil kam noch hinzu, daß Rockefeller aufgrund eines 40.000 englische Meilen langen Pipeline-System und der Frachtvergünstigungen, die er durch die Eisenbahngesellschaften erhielt, über das Transportmonopol für Rohöl verfügte. So berichtet Levy, daß es nachweislich kleineren Rohölproduzenten nur schwer gelang, ihr Öl mit der Eisenbahn zu transportieren, "wenn aber endlich die Ladung abginge, ... so würden die Transporte möglichst verzögert und sie müßten die so und sovielen Fracht bezahlen, welche bekanntlich teilweise ihrem eigenen Konkurrenten, dem Standard Oil Trust von den Eisenbahnen zurückvergütet wurde."⁴⁾

In mancher Hinsicht anders verlief die Entwicklung im Deutschen Reich. Hervorzuheben ist, daß es hier die spezifische Form des angelsächsischen Rechts, den Trust, nicht

1) G. Schmoller, Grundriß ..., a.a.O., Teil I, S. 542.

2) Ebenda.

3) Vgl. dazu die bei Schmoller, a. a. O., S. 543 aufgeführten Preise, aus denen diese Verhältnisse berechnet wurden.

4) E. Levy v. Halle, a. a. O., S. 189

gab. Unternehmenskonzentrationen in horizontaler, wie auch in vertikaler Richtung, fanden hier auf dem Wege der Verschmelzung, der Fusion, statt. Ein Beispiel hierfür ist die Entstehung der Siemens und Schuckert GmbH ¹⁾ zu Beginn unseres Jahrhunderts mit einem Aktienkapital von 100 Mio. DM. Bei dieser GmbH-Neugründung behielten Siemens und Halske einen Teil ihrer Unternehmungen, wogegen die Schuckertwerke voll eingebracht wurden. Von dem gemeinsamen Kapital fielen auf Siemens 45,05, auf Schuckert 44,95 Mio. Mark, bei der Gewinnteilung waren die ersten bevorzugt. Wie aus diesen Zahlen deutlich wird, ist bei dieser Fusion der schwächere Teil von dem stärkeren Marktpartner im Grunde vereinnahmt worden. Die Schuckertwerke, die 1902 in "großer Verlegenheit" waren und denen 1898 eine Verschmelzung mit der Union von Loewe geschnitert war, gingen in den Siemens-Konzern auf. Nach dieser Fusion gab es auf den Gebieten der Produktion von Dynamos, Motoren und Transformatoren neben Siemens-Schuckert zwar noch 50 Konkurrenten in Deutschland, davon "15 etwa als Aktiengesellschaften mit ungefähr 100 Mio. Mark."²⁾ Diese 15 hatten also ein nur ebensogroßes Eigenkapital wie Siemens-Schuckert, die restlichen 15 zusammen erreichten diese Größe noch nicht einmal. Ähnliche Großunternehmen entstanden in dieser Zeit in Deutschland auf dem Gebiet der Pulverfabrikation, ("das größte Institut ihrer Branche in der ganzen industriellen Welt")³⁾, des Bergbaus, der Stahlerzeugung und der chemischen Industrie. Von letzterer stellt Schmoller fest, daß die drei großen Farbwerke Elberfeld, Ludwigshafen und Treptow eine so feste Stellung auf dem Markt haben, "daß man sagen kann, neue Konkurrenz

1) Vgl. G. Schmoller, Grundriss..., a.a.O., S. 547, wo Entstehung und Entwicklung der deutschen Elektrizitätsindustrie näher beschrieben werden.

2) Vgl. ebenda

3) F.A. Spieker, Kartellverbindungen im Pulvergeschäft und verwandten Produktionszweigen, Schr. v. f. Sp., Bd. 60 (1894), S. 242

sei hier unmöglich." ¹⁾ Für den Bergbau und die Stahlindustrie konnte festgestellt werden, daß diese vertikal derart konzentriert waren, daß die Vereinigung vom "Erz- und Kohlenlager bis zum fertigen Stahl- und Eisenprodukt, ja vereinzelt schon bis zur Maschine und Lokomotive" reicht. ²⁾ Generell, so glaubte Schmoller beobachten zu können, haben in Deutschland die Fusionen in vertikaler und horizontaler Richtung seit etwa 1885 so zugenommen, "daß hierdurch Vereinheitlichungen von ähnlicher Größe entstanden wie in Nordamerika, ...; nur haben auch die bedeutsamsten meist noch keinen eigentlich monopolistischen Charakter." Wenn sich die deutsche Entwicklung darüberhinaus auch von der amerikanischen unterschied, dann lag es auch daran, daß sich in Deutschland das "korrupteste Werkzeug der amerikanischen Trusts", die Eisenbahnen, in den Händen des Staates befanden. ³⁾

c) Abhängigkeiten

Die dritte von Schmoller aufgeführte Möglichkeit, den Wettbewerb durch den Aufbau einer Machtposition gegenüber den Konkurrenten, Lieferanten oder Abnehmern zu mildern oder auszuschalten, ist die "engere geschäftliche Verbindung" von Unternehmungen, die "meist eine Abhängigkeit der kleineren" entstehen läßt. ⁴⁾ Diese spezielle Ausprägung der wirtschaftlichen Macht soll generell unter dem Begriff "Abhängigkeiten" behandelt werden, obwohl die neuere Literatur zu diesem Komplex

- a) nicht mehr generell davon ausgeht, daß durch die unterschiedlichen Formen der Abhängigkeit eine Benachteiligung der kleineren Unternehmen entsteht, ⁵⁾

1) G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., Teil I, S. 546.

2) Ebenda, S. 503

3) Vgl. ebenda, S. 545

4) Vgl. oben, in dieser Arbeit, S. 142

5) Vgl. z. B. Helmut Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie, a. a. O., S. 44; wo am Beispiel von General Motors und Du Pont ausgeführt wird, wie das größere von dem kleineren Unternehmen (Du Pont) beherrscht wurde.

- b) der Begriff in seiner heutigen Verwendung inhaltlich mehr umfaßt, als die Kathedersozialisten darunter subsumierten. Letzteres erklärt sich jedoch vor allem aus der Tatsache, daß sich in den etwa 60 Jahren nachkathedersozialistischer Forschung der Erkenntnisstand erweitert hat und manche Formen dieser Abhängigkeiten sich in der damaligen Zeit noch nicht ausgeprägt hatten.¹⁾

Hauptfall des Entstehens einer solchen Abhängigkeit ist für Schmoller das Verhältnis zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft. Im Gegensatz zu einer Fusion bestehen sowohl Mutter- wie auch Tochtergesellschaft als rechtlich unabhängige Gesellschaften auf dem Markt, materiell ist die Tochter- von der Muttergesellschaft jedoch abhängig. Die Abhängigkeit wird "durch Aktienbesitz, teilweise durch langjährige Abnahmeverträge, oft sogar durch Personalunion des Geschäftspersonals" gesichert.²⁾ Beispiele dafür finden sich vor allem in der Geschäftspolitik der großen Elektrizitätsgesellschaften am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bis 1900, so schreibt Schmoller, gelang es der AEG, 243 Elektrizitätswerke und 70 elektrische Bahnen zu bauen, "wobei sie die meisten Aufträge nicht in freier Konkurrenz, sondern im Gründungswege oder durch

1) Wie zu zeigen sein wird, sind es nur wenige Formen der Abhängigkeiten, die z.B. von Schmoller dargestellt werden. Im Gegensatz dazu können Abhängigkeiten nach Arndt generell "als Folge einer zwischenmenschlichen resp. zwischenunternehmerischen Beziehung qualitativer Art" entstehen. (Vgl. H. Arndt, Marktmonopol und wirtschaftliche Macht, in: Ders., Recht, Macht und Wirtschaft, Berlin 1968, S. 115.) Als unterschiedliche Ausprägungen dieser Abhängigkeiten kann dann je nach Ursache in Absatz-, Bezugs-, Produkt-, Händler-, Qualitäts-, Transport-, Kredit-, Beteiligungs- und Stimmrechtsabhängigkeit unterschieden werden, wie in die der kriminellen Abhängigkeit und in jene, die sich aus persönlicher Verfügungsmacht ergibt. (Vgl. dazu im einzelnen H. Arndt, Marktmonopol..., a.a.O., S. 114 f.; Ders., Mikroökonomische Theorie, Bd. 1, Tübingen 1966, S. 217 ff.; Ders., Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft, Pfullingen 1966, S. 36 ff.; Ders., Über ökonomische Konzentration, in: Ders., Recht, Macht und Wirtschaft, a.a.O., S. 92; Ders., Macht, Konkurrenz..., a.a.O., S. 35 ff.)

2) G. Schmoller, Grundriss..., a.a.O., Teil I, S. 540

zeitweisen Ankauf und Besitz der städtischen Bahnen erhielt."¹⁾ Eine der AEG-Hauptgrundungen in dieser Zeit waren die Berliner Elektrizitätswerke AG (neute BEWAG) mit 25 Millionen Mark Kapital, die am 1.10.1915 an die Stadt Berlin zurückfielen. "Bis dahin", so Schmoller, "müssen die Berliner Elektrizitätswerke alle ihre Maschinen bei der AEG bauen lassen, müssen bei jeder Vergrößerung die Hälfte der neu ausgegebenen Aktien der AEG alpari überlassen, während sie über 200 im Kurs stehen, und müssen sich von den Beamten der AEG gegen eine ungeheure, gewinnbringende Entschädigung verwalten lassen."²⁾ Daß hierdurch die neben dem Hauptaktionär AEG existierenden "freien" Aktionäre beträchtliche Schäden erlitten, dürfte ohne weitere Ausführungen allein aus diesen Tatbeständen deutlich werden. Ähnliche Strategien, die vor allem darauf zielten, den eigenen Absatz zu sichern, veranlaßten Produzenten zum Aktienankauf bei ihren Hauptkunden und führten auf diese Weise zu einer Form der "stetigen, gebundenen Absatzsicherung, zur Zurückdrängung der freien Konkurrenz."³⁾

Gleiche Tendenzen können in dieser Zeit im Bankensektor beobachtet werden. So hatte sich z.B. das größte deutsche Kreditinstitut, die Deutsche Bank, die 1870 gegründet wurde, bis 1906 20 andere Banken angegliedert, die zwar ihre selbständige und lokale Stellung behielten, aber im allgemeinen dadurch geleitet wurden, daß durch Kapitalbeteiligung und durch Direktoren- und Aufsichtsratsbestellungen der Einfluss gesichert wurde.⁴⁾ Ähnlich verfuhrten die anderen deutschen Großbanken, alle mit dem Ziel, durch diese Verbindungen das "Risiko (zu) vermindern, neue große Bankkonkurrenzen (zu) hindern, ihren Einfluss in den Industriedistrikten (zu) steigern."⁵⁾

1) G. Schmoller, Grundriss..., a.a.O., Teil 1, S. 541

2) Ebenda

3) Ebenda, S. 559

4) Vgl. ebenda, S. 503, S. 540

5) Ebenda, S. 540

Eine andere Form der Abhängigkeit ergibt sich für viele Unternehmen aus der Kumulation von Aufsichtsratsstellen in einer Hand und der beobachteten Tendenz, daß "immer wieder dieselben Personen in der einen Gesellschaft verantwortliche Vorstände (Direktoren) sind, in der anderen Aufsichtsräte; man ist so zugleich Vorgesetzter und Untergebener in zahlreichen Kombinationen...".¹⁾ In dieser der Betrachtung zugrundeliegenden Zeit um die Jahrhundertwende gab es in Deutschland "Männer, die 15 bis über 40 solcher Stellen... innehatten." Die Absicht dabei ist, ihnen "auf immer mehr große Unternehmungen einen kumulativen, leitenden, einheitlichen Einfluß zu geben...".²⁾ "Die Banken sitzen... auf diese Weise in der Leitung der großen Industrie und umgekehrt."³⁾ Aufgrund der Verfügungsmacht dieser einzelnen Unternehmensleiter und der zwischen ihnen bestehenden Gemeinsamkeit der Interessen, wird die Marktsituation eines Unternehmens nicht mehr im Wettbewerb, sondern durch Absprachen entschieden, der Gewinn wird nicht mehr nach der Leistung, sondern "nach dem Kapital... oder nach einem anderen der Rentabilität entsprechenden Verhältnis verteilt...".⁴⁾

Wie am Beispiel des Öl-Konzerns von Rockefeller verdeutlicht wurde, gewann dieser nicht primär seine wirtschaftliche Macht dadurch, daß er der einzige Abnehmer von Rohöl auf dem amerikanischen Markt war, sondern aufgrund seiner Strategie, die Rohölproduzenten transportabhängig zu machen. Jeder, der Rohöl förderte und es an Raffineriekonkurrenten von Rockefeller absetzen wollte, verringerte seinen Gewinn durch entsprechend hohe Frachtraten bei den Eisenbahnen derartig, daß sich das Geschäft kaum lohnte. Hinzu kamen willkürliche Transportverzögerungen durch die Eisenbahnen und eine indirekte Subventionierung der Standard Oil inso-

¹⁾ G. Schmoller, Grundriß..., a.a.O., Teil 1, S. 521

²⁾ Ebenda, S. 539 f.

³⁾ Ebenda, S. 521

⁴⁾ Ebenda, S. 539

fern, als die zuvielgezahlte Fracht dem Rockefeller-Trust zurückvergütet wurde.¹⁾

Eine besondere Form der Bezugsabhängigkeit entstand für die Kohlengroßhändler im Deutschen Reich durch die umfassende Kartellierung der Kohlenindustrie. Als 1895 das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat gegründet wurde, zentralisierte man den gesamten Kohlen-, Koks- und Brikettverkauf.²⁾ Der Kohlengroßhandel, der vor der Gründung des Syndikats durch die zwischen den einzelnen Zechen bestehende Konkurrenzsituation selbständig und unabhängig von den Zechen disponierte, wurde durch die Gruppen-Monopolbildung auf der Anbieterseite, trotzdem die Kohlengroßhändler weiterhin ihre rechtliche Selbständigkeit behaupteten, zu "abnangigen Beamten oder Agenten des Syndikats".³⁾ Diese Abhängigkeit ging soweit, daß das Syndikat auch die Gewinnzuschläge der Händler festlegte. Verboten war jeder "Gewinnzuschlag..., der zur Tätigkeit und dem Risiko der Betreffenden in einem Mißverhältnis stehe, und über dieses Mißverhältnis entscheidet kein Gericht, sondern die Essener Handelskammer."⁴⁾ Durch diese Maßnahme des Syndikats wurde nicht nur die Konkurrenz zwischen den Händlern beseitigt, sondern darüberhinaus erforderte sie auch eine Offenlegung der geschäftlichen Situation des einzelnen Großhändlers gegenüber dem Syndikat. Nur wer den geschäftlichen Status und damit die Bilanzen und Bücher des Geschäftspartners kennt, ist in der Lage zu überprüfen, ob der Gewinn in einem angemessenen Verhältnis "zur Tätigkeit und dem Risiko" steht.

1) Vgl. oben, in dieser Arbeit, S.148 . Ebenso urteilt L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 261

2) Vgl. zum Syndikat: Arnold Steinmann-Bücher, Das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, Schr. V. f. Sp., Bd. 60 (1894), S. 213 ff., bes. S. 217, S. 221

3) G. Schmoller, Das Verhältnis der Kartelle zum Staat, Schr. V. f. Sp., Bd. 116 (1906), S. 246; ebenso L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 264

4) G. Schmoller, Das Verhältnis der Kartelle..., a.a.O., S. 250

In eine annliche Abhangigkeit zum Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat kamen die inländischen Eisenwerke, wie Brentano beschreibt. Sie "wurden durch die Andeutung, dass man nicht wisse, ob man im kommenden Jahre Koks für sie haben werde, in Angst versetzt und so veranlasst, auf einen für das bestene Jahr bereits vereinbarten Preis von 14 Mk. per Tonne zu verzichten, und dafür zu einem Preis für zwei Jahre zu 17 Mk. abzuschließen."¹⁾ Da durch die bestehende Zollpolitik die Kohleneinfuhr nach Deutschland erschwert war, ist ein solches Vorgehen des Kokssyndikats nur mit dem Tatbestand der Nötigung vergleichbar. Auf Märkten, auf denen noch konkurrenzbedingungen herrschten, wie im Ausland, wurde z.B. zur gleichen Zeit bei den Prager Eisenwerken von dem Syndikat nur ein Kokspreis von 8,10 Mk. pro Tonne gefordert.²⁾

Ein gleiches Vorgehen wird von Brentano für das zollgeschützte Roheisensyndikat geschildert.³⁾ Aufgrund der Bezugsabhängigkeit der eisenweiterverarbeitenden Industrie wird diese unter Vorspiegelung nicht vorhandener Eisennot gezwungen, langfristige Verträge zu hohen Preisen mit dem Syndikat abzuschließen. In Zeiten zurückgehender Konjunktur wird den Weiterverarbeitungsbetrieben darüberhinaus auch verboten, die nicht weiterverarbeitungsfähigen, zu großen Lagerbestände abzustosen. Ebenso verweigert das Syndikat die Garantie für die bestellte Ware und beliefert ausländische Konkurrenten der deutschen weiterverarbeitenden Industrien zu billigeren Preisen und raubt diesen damit ihre Absatzmärkte. Nicht zu Unrecht haben Vertreter der abhängigen Werke von einer "Verletzung von Treu und Glauben, von guter Sitte und Recht" gegenüber dem Roheisensyndikat gesprochen.⁴⁾

1) L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 268

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. ebenda, S. 270

4) Ebenda

Interessant anzumerken ist, daß die besonders von Schmoller geschilderte Abhängigkeit zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft vom heutigen Gesetzgeber sowohl im Steuer-, wie auch im Aktienrecht als zulässig anerkannt wird.¹⁾ An dieser Stelle kann und soll nicht darüber geurteilt werden, ob diese Anerkennung der wirtschaftlichen Abhängigkeit im Widerspruch zu den Freiheitsrechten im Grundgesetz steht. Die Bedenken richten sich mehr darauf, daß in unserer heutigen auf dem Konkurrenz- und Leistungsprinzip aufbauenden verkehrswirtschaftlichen Ordnung durch die Rechtsprechung Organisationsformen der Wirtschaft als rechtlich zulässig anerkannt werden, von denen schon Schmoller vor etwa 70 Jahren feststellte, daß sie das Ziel haben, die Konkurrenz auszuschalten oder zu mildern, die Preise zu beeinflussen und die Gewinne zu erhöhen.²⁾ Hier klappt zwischen Rechts- und Wirtschaftsordnung eine Lücke. "Noch immer hat man nicht erkannt, daß die Wirtschaftspolitik eines Landes nicht mit den Maßnahmen der Exekutive oder der Arbeit von Institutionen wie der Bundesbank und dem Bundeskartellamt, sondern bereits mit der Gesetzgebung und damit mit der Setzung der Rechtsordnung beginnt."³⁾ Insofern hat sich in den letzten 70 Jahren nichts geändert.

Faßt man zusammen, so kann festgestellt werden, daß die Kathedersozialisten, insbesondere Schmoller zwei Ursachen analysierten, aus denen wirtschaftliche Macht entstehen kann.

1) Vgl. § 17 AktG, §§ 291 f. AktG, § 308 AktG; zur steuerrechtlichen Problematik vgl. Ottmar Bühler, Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, Berlin, Frankfurt 1956³; Fritz Hoffmann, Unternehmenskonzentration und die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes, in: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Schr. V. f. Sp., NF Bd 20/II (1960), bes. S. 1141. Allgemein zu beiden Aspekten: H. Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie, a. a. O., S. 48 ff.

2) Vgl. G. Schmoller, Grundriß..., a. a. O., Teil I, S. 533

3) H. Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie, a. a. O., S. 46

1. Macht entsteht aufgrund horizontaler und/oder vertikaler Zusammenschlüsse von Unternehmen mit der Tendenz zur Monopolisierung der Märkte. Hierzu gehören die verschiedenen Arten der Kartelle und die Fusionen. Oftmals sind die Kartelle die Vorstufe für eine spätere Vereinigung der beteiligten Unternehmen in eine einzige große Aktiengesellschaft.¹⁾
2. Macht entsteht jedoch auch daraus, daß es einzelnen Unternehmen gelingt, andere aufgrund einer besonderen Art der geschäftlichen Beziehung von sich abhängig zu machen. Das beherrschende Unternehmen braucht dabei keineswegs über ein Marktmonopol zu verfügen, wie an den aufgeführten Beispielen deutlich wurde.

In den folgenden Ausführungen sollen die Wirkungen dieser ökonomischen Machtstellungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Wettbewerb aus der Sicht der Kathedersozialisten dargestellt werden.

5. Wirkungen der ökonomischen Macht auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Wettbewerb

Wie bereits in den Ausführungen über die Ursachen und Arten ökonomischer Macht innerhalb des Wettbewerbes deutlich wurde, stand im Mittelpunkt des kathedersozialistischen Interesses die Problematik der Kartelle und der horizontalen bzw. vertikalen Konzentration in der Form der Fusionen. Die gleiche Beschränkung auf diese speziellen Phänomene der wirtschaftlichen Konzentration finden wir auch bei der Diskussion der volkswirtschaftlichen Wirkungen, mit nur einem Unterschied, daß Wirkungen, die sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen ergeben, keine explizite Erwähnung finden.²⁾ Die Darstellungen zu diesem

1) Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 152; W. Stieda, a.a.O., S. 6

2) Vgl. zu der Verschiedenheit dieser Wirkungen H. Arndt, Ökonomische Theorie der Macht, Schr. V. f. Sp., Bd. 20/I., (1971²), S. 119-122, S. 124-121

komplex beschränken sich daher zwangsläufig auf jene Auswirkungen wirtschaftlicher Machtstellungen, die sich aus einer fortschreitenden Monopolisierung der Märkte ergeben.

Die klassische Nationalökonomie, wie auch ihre Weiterentwicklung in Deutschland vor allem durch Hermann, hat das Monopolproblem relativ unberücksichtigt gelassen. Im Mittelpunkt dieser Darstellungen stand die Entwicklung einer Preistheorie unter Bedingungen der freien Konkurrenz, basierend auf objektiven Bestimmungsgründen, den Kosten der Angebotsseite. Hermann erweiterte diesen "klassischen" Ansatz, indem er auch subjektive Determinanten, die Nachfrage, in die Analyse einbezog.¹⁾

Die in der Geschichte der Nationalökonomie erste Theorie des Monopolpreises entstand 1838 und stammt von Antoine Augustin Cournot.²⁾ Sie bildet auch heute noch, stellt Erich Schneider fest, die Grundlage der Monopolpreistheorie.³⁾ In dem von Cournot gewählten Beispiel und unter den von ihm gesetzten Prämissen, beschränken sich jedoch die Wirkungen des Monopols allein auf einen Preiseffekt. Auch Eucken hat, wenn er die Wirkungen des Monopols analysiert, vorwiegend auf diesen Effekt abgestellt.⁴⁾ Dadurch wurden jedoch die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Monopols stark verharmlost.⁵⁾ Eine Zusammenfassung der

1) Vgl. F.B.W. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen, München (1832), 1870², S. 390 ff.

2) Vgl. A.A. Cournot, Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses, dtsh. v. W.J. Waffenschmidt, Untersuchungen über die mathematischen Grundlagen der Theorie des Reichtums, Jena 1928, V. Kap., S. 47 ff.

3) Vgl. E. Schneider, Einführung..., a.a.O., IV. Teil, Bd. I, S. 119

4) Vgl. W. Eucken, Die Grundlagen..., a.a.O., S. 94; ders., Grundsätze..., a.a.O., S. 293 ff.

5) Vgl. dazu H. Arndt, Mikroökonomische Theorie, a.a.O., Bd. I., S. 187 ff., bes. S. 190; S. 209 ff., S. 255 f., der zeigt, daß mit dem beim Cournot'schen Monopol unterstellten Verhalten keineswegs alle Gewinnmaximierungsmöglichkeiten eines Monopolisten erschöpft sind. Sofern die heroischen Prämissen des Cournot'schen Modells an die Realität angeglichen werden, ergeben sich für den Monopolisten Gewinnmöglichkeiten, die über jene des "Modell-Monopolisten" von Cournot hinausgehen.

volkswirtschaftlichen Wirkungen, die sich nach Ansicht der Kathedersozialisten aus der Kartellbildung ergeben, verdeutlicht diese unzulässige Verengung der Problematik. Da von vielen Kathedersozialisten die Kartelle, wie gezeigt wurde, lediglich als Vorstufe zu einer weitergehenden Konzentration aufgefaßt wurden, gelten die nachfolgenden Ausführungen zum großen Teil auch für horizontale und vertikale Unternehmenszusammenschlüsse, bei denen die rechtliche Selbständigkeit der beteiligten Unternehmen beseitigt wird. Generell, so muß vorausgeschickt werden, besteht bei den Kathedersozialisten darüber Einigkeit, daß durch den technischen Fortschritt auf der einen und die Vereinheitlichung der Konsumentenbedürfnisse auf der anderen Seite, die Massenproduktion wachsende Betriebsgrößen zur Folge hat.¹⁾ Diese technisch bedingte Konzentration ist volkswirtschaftlich sinnvoll und mit den Zielen des Wettbewerbs, verbesserter Bedarfsdeckung in quantitativ-qualitativer Hinsicht, organisatorischem und technischem Fortschritt und der damit verbundenen Auslese kompatibel. Anders sind jedoch jene Folgen volkswirtschaftlich zu bewerten, die sich ergeben, wenn Konzentrationen, auch in der speziellen Form der Kartellierung, zur Marktherrschaft führen. Kartelle, denen es gelingt, ihre Mitglieder zu einheitlichen Verhaltensweisen zu zwingen, Außenseiter vom Markt fernzuhalten, haben, ebenso wie ein Monopol zur Folge, daß

1. sich die Preise auf diesen Märkten in der Regel erhöhen,
2. der wirtschaftliche und technische Fortschritt nicht in Preissenkungen Ausdruck findet,
3. der Marktzutritt für Außenseiter erschwert wird,
4. die Gewinne der Unternehmen sich vergrößern,
5. die Produktdifferenzierung abnimmt, die Qualitäten verschlechtern werden,

¹⁾ Vgl. z.B. G. Schmoller, Grundriss..., a.a.O., Teil I, S. 497 ff.; Levy v. Halle, a.a.O., S. 154, S. 159; A. Wagner, Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre, a.a.O., S. 242 f., 247f., 249 f.

6. die Exportfähigkeit der Kartelle auf Kosten der inländischen Konsumenten erhalten wird,
7. die nationale Kartellierung in der Regel zur Bildung internationaler Kartelle führt und
8. die ökonomische Macht der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern zunimmt.

Zu 1.:

Schmoller, Bücher und Stieda kommen ebenso wie Brentano nach eingehender Beobachtung der Kartellpolitik zu der Auffassung, daß in den kartellierten Industrien die Preise nach der Kartellierung gestiegen sind. "Entweder tritt eine unmittelbare Preissteigerung der von den kartellierten Unternehmungen erzeugten Produkte ein, oder die Preise werden gehindert, entsprechend eingetretenen Kostenersparungen zu fallen."¹⁾ Schmoller exemplifiziert diesen Effekt an den deutschen Kohlenpreisen. Danach schwankten diese in Westfalen vor der Bildung des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats in den Jahren von 1861-88 pro Tonne zwischen 4,71 und 6,60 Mark, danach, in den Jahren 1893-1906, zwischen 7,50 und 12,60 Mark.²⁾ Diese starken Erhöhungen der Preise hatten vor allem Auswirkungen auf die weiterverarbeitenden Industrien. "Die verlangten Mehrpreise wälzte das Kokssyndikat mit entsprechend höheren Gewinnzuschlag auf das Roheisenkartell ab. (Hervorhebung vom Verfasser). Dieses übertrug sie mit weiterem Zuschlag auf das Halbzeugsyndikat, um von diesem mit noch erheblicherer Steigerung auf die reinen Walzwerke übertragen zu werden."³⁾ Nach empirischen Untersuchungen betrugen diese Steigerungen in absoluten Zahlen z.B. bei einer Erhöhung von 3,06 für die Kohle, bis 7,50 bei den Walzstahlerzeugnissen. Diese Preiserhöhungen gingen eindeutig zu

1) K. Bücher, Die wirtschaftlichen Kartelle, a.a.O., S. 150. Ebenso W. Stieda, Kartelle, a.a.O., S. 18; L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 261 f., S. 268

2) Vgl. G. Schmoller, Grundriss..., a.a.O., Teil I, S. 537

3) L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 279

Lasten der Konsumenten und der kohleverarbeitenden Industrie. Bücher stellt dazu fest: "Das Endziel und Endergebnis der Kartellbildung ist eine Benachteiligung der Schwächeren, der Konsumenten und der Arbeiter, zu Gunsten der Stärkeren, der Kapitalisten."¹⁾ In anderen Kartellbereichen waren ähnliche Preissteigerungen zu verzeichnen, so z. B. im Kalikartell, an dem sogar die Fiski von Preußen und Anhalt beteiligt waren.²⁾

Neben der Gewinnmaximierungsabsicht der beteiligten Unternehmungen tritt beim Kartell jedoch noch ein anderes Moment hinzu, welches dafür sorgt, daß die Preise sich höher stellen, als in einer Wettbewerbssituation. Die Preisbildung im Kartell richtet sich nach den "Produktionskosten des Leistungsunfähigsten".³⁾ Für die kostengünstiger produzierenden Kartellmitglieder entstehen auf diese Weise höhere Differentialrenten. Im Wettbewerb würden diese Grenzproduzenten ausscheiden. Im Kartell werden sie in der Regel davor bewahrt. Ausnahmen von diesem Prinzip existierten jedoch im Steinkohlenbergbau. Dort wurden häufig Zechen, die weniger leistungsfähig waren, von größeren Gesellschaften aufgekauft und stillgelegt, um deren "Beteiligungsziffer an der Produktion zu erlangen."⁴⁾ Auf diese Weise war es trotz der in diesem Bereich sehr früh einsetzenden Kartellierung möglich, optimale Betriebsgrößen entstehen zu lassen.

1) K. Bücher, a. a. O., S. 38

2) Vgl. G. Engelcke, Das deutsche Kalikartell in seiner Entwicklung und gegenwärtigen Gestalt, Schr. V. f. Sp., Bd. 60 (1894), S. 7

3) Vgl. L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a. a. O., S. 265; K. Bücher, a. a. O., S. 153

4) Vgl. L. Brentano, ebenda, S. 266

Zu 2.:

Wenngleich durch die kartellierung bzw. Monopolisierung der Märkte auch keine generelle Abschwächung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts feststellbar seien, so liegt doch die Gefahr der Kartellierung darin begründet, daß die durch den Fortschritt erzielten Kostensenkungen nicht an den Verbraucher weitergegeben werden.¹⁾ Der fehlende Wettbewerb, der sonst dafür sorgt, "daß die Produktionskosten einer Ware... möglichst gemindert werden," was nicht nur im Interesse der nationalen Wirtschaft, sondern auch in dem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit liegt,²⁾ ermöglicht es dem Kartell oder dem Monopolisten, diese sonst dem Konsumenten zugutekommenden Vorteile einzubehalten.

Strittig war unter Kathedersozialisten bei den in diesem Sachzusammenhang auftauchenden Problemen die Frage, ob durch die Kartelle generell der technische und wirtschaftliche Fortschritt behindert wird.³⁾ Festzuhalten bleibt, daß die Anreize zur Anwendung neuer technischer Verfahren z.B. im Hüttenkartell (Ablosung des Puddel-Verfahrens durch die Stahlgewinnung im Siemens-Martin-Ofen) von der englischen Konkurrenz ausgingen, wie Brentano selbst feststellt.⁴⁾ Ohne diese "technologische Lucke" gegenüber der Auslandskonkurrenz hätten für das Kartell wohl kaum Anreize bestanden, den Produktionsapparat derart umzustellen. Für marktbeherrschende Unternehmen gilt daher: "Um einzelwirtschaftliche Kosten zu vermeiden, die durch technisches Veralten der

1) Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 150

2) L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 264

3) Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 147, der der Ansicht ist, daß durch die Kartelle der Fortschritt behindert werde. Dagegen L. Brentano, Die wirtschaftlichen Kartelle, Schr. v. f. Sp., Bd. 60 (1894), S. 180, der auf die Hüttenindustrie verweist, die am stärksten kartelliert sei und die "in ihrer Technik die größten Fortschritte gemacht" habe.

4) Ebenda

Anlagen entstehen, oder auch aus Gründen bürokratischer Bequemlichkeit resp. zur Vermeidung als unnötig angesehener Risiken werden neue oder verbesserte Produktionsverfahren nicht oder verspätet eingesetzt."¹⁾

Zu 3.:

Um die marktbeherrschende Stellung zu bewahren, entwickeln Kartelle eine Vielzahl von Strategien, um Außenseiter oder Newcomer vom Markt fernzuhalten. So hat z.B. das deutsche Kalikartell eine Schutzbohrergesellschaft gegründet, "mit dem Zwecke, jedem neuen Bohrversuche auf Kalisalz eine Konkurrenzbohrung entgegenzusetzen."²⁾ Bücher schließt daraus: "Nur ganz große Kapitalisten werden künftig es noch wagen können, auf dem Produktionsgebiete einer kartellierten Industrie von vorgeschrittener Organisation sich selbständig zu etablieren. Der talentvolle Techniker mit geringem Kapital hat keine Aussicht mehr auf Selbständigkeit..."³⁾ Die wirtschaftliche Macht des Kartells oder des marktbeherrschenden Unternehmens, die sich gegenüber dem Außenseiter oft in der besseren Kapitalausstattung und in den besseren Chancen für das Überleben eines ruinösen Wettbewerbs ausdrückt, ist hierbei entscheidend für die Höhe der Marktzutrittsschranke.

Zu 4.:

Fast selbstverständlich aus dem bisher Dargestellten folgt die Konsequenz, daß sich für die Kartellmitglieder die Gewinne verstemten. Letztlich bedingt durch die hohen Preise und den damit verbundenen Differentialrenten und Gewinnen, konnte z.B. Gustav Schmoller feststellen, daß sich als Folge der Kartellbildung die Kurse der beteiligten Unternehmen im Steinkohlensyndikat steil nach oben bewegt haben. "Die Kuxen von Graf Bismarck stiegen z.B. von 12 000,- auf 74 000,- Mark; die Aktien der Konsolidation von 140 auf 450 %."⁴⁾ Je mehr sich die Kartelle konsoli-

¹⁾ H. Arndt, Ökonomische Theorie der Macht, a.a.O., S. 121

²⁾ W. Stieda, a.a.O., S. 17

³⁾ K. Bücher, a.a.O., S. 149

⁴⁾ G. Schmoller, Grundriß..., a.a.O., Teil I, S. 537

dieren, umso besser die Risiken der verschiedenen Unternehmen gegeneinander ausgeglichen werden, umso größer wird die Sicherheit des Anlage suchenden Kapitals in der Industrie. Die Dividenden werden gleichmäßiger, sie nähern sich dem Zins der Staatspapiere und Pfandbriefe.¹⁾ Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Einkommensverteilung. Sie wird ungleichgewichtiger, "indem große Einkommen sich in den Händen weniger sammeln, während bei freiem Wettbewerb mehr Personen, aber jede weniger verdienen würde."²⁾

Zu 5.:

Da die Kartelle bei fehlendem Wettbewerb Kostensenkungen und Produktivitätssteigerungen nicht an den Konsumenten weitergeben müssen, so können sie ihrerseits wirtschaftlicher, d.h. kostensparender und gewinnerhöhend produzieren, indem sie den Verkauf zentralisieren (Syndikate), "die Zahl der Warensorten und Qualitäten vermindern, ...kurz größere Einheitlichkeit in die Produktion bringen."³⁾ Zum anderen ist mit einer marktbeherrschenden Stellung auch die Gefahr verbunden, daß die Qualitäten der angebotenen Güter verschlechtert werden.⁴⁾ Auf diese Weise werden bei gleichbleibenden Verkaufspreisen bei den Herstellern die Kosten gesenkt und die Gewinne erhöht.

Zu 6.:

Eine bei internationalem Freihandel nicht zu beobachtende Folge der Kartellierung und Monopolisierung der Märkte ergibt sich, wenn der Außenhandel, wie zur Jahrhundertwende üblich, durch Zölle und Ausfuhrprämien manipuliert

1) Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 150

2) W. Stieda, a.a.O., S. 7; Vgl. auch A. Wagner, Allgemeine..., a.a.O., S. 249

3) Ebenda, S. 152

4) Vgl. ebenda, S. 148, wo Bücher feststellt, das deutsche Weisblechkartell habe dadurch die Kleinindustrie geschädigt, indem es schlechtere Ware lieferte.

wird. In einem solchen Fall werden die inlandspreise des Kartells so festgesetzt, daß sie knapp unter den Importpreisen ausländischer Erzeugnisse liegen. Der gewährte Schutzzoll kommt damit in den inländischen Preisen voll zur Geltung¹⁾ und ist somit, die Produktionskosten verdrängend, das eigentliche Kalkulationselement. Durch die Ausschaltung der Auslandskonkurrenz kann "jeder der kartellierten Industriezweige den Inlandsmarkt monopolistisch beherrschen, nur soweit in seinen Preisforderungen einge-
dämmt, als die Kartelle der übrigen Industriezweige ihm Rücksichten abnötigen würden."²⁾ Je höher der Zoll, je geringer die Substitutionsmöglichkeit durch ausländische Waren, desto geringer wird die Rücksicht und die Nachgiebigkeit des Anbieters sein, umso stärker wird für den Nachfrager die Abhängigkeit fühlbar.

Eine weitere Folge der Schutzzölle ist die Spaltung der Inlands- und Auslandspreise bei den Kartellen. Unter Hochhaltung der Inlandspreise wird auf den Weltmärkten billiger verkauft, oft unter Herstellkosten.³⁾ Handelt es sich um Rohstoffe oder Halbfabrikate, ergeben sich daraus auch Rückwirkungen auf die inländische Industriestruktur. Die durch die inländischen Verbraucher finanzierten Preisnachlässe geben ausländischen Fertigwarenproduzenten die Möglichkeit, den Schutzzoll zu kompensieren und auf den Inlandsmärkten mit einheimischen Anbietern zu konkurrieren. Damit wird die inländische Fertigwarenfabrikation zugunsten der Rohstoffproduktion zurückgedrängt. Das bedeutete im konkreten Fall, daß durch diese Politik des Roheisensyndikats die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches verlangsamt wurde, denn 1902 zählte "die deutsche Roheisenproduktion nur 108 Hochofenwerke mit 32 367 Arbeitern gegen 152 668 Werke mit 1 032 873 Arbeitern, welche das Eisen weiterverarbeiten."⁴⁾ Die Auf-

1) Vgl. Oscar Caro, Der deutsche Walzwerksverband, Schr. v. f. Sp., Bd. 60 (1894), S. 51

2) L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 276

3) Vgl. ebenda

4) Ebenda, S. 277

gabe der Regierung könne darum auch nicht darin bestehen, "die Lieferung billiger Ware an ausländische Konsumenten auf Kosten der einheimischen und des Fiskus" zu unterstützen.¹⁾

Zu 7.:

Auch bei Herbeiführung des internationalen Freihandels gäbe es durch die Bildung internationaler Kartelle eine Möglichkeit, die marktbeherrschende Stellung der Kartelle im Inland zu bewahren. Stieda ist sogar der Auffassung, daß diese Ausdehnung der Kartelle in die Weltwirtschaft ein "natürlicher" Vorgang ist und in der Zukunft verstärkt vor sich gehen wird, sofern die Kartelle in der Entwicklung sich selbst überlassen bleiben.²⁾ "Wenn die durch das nationale Kartell angestrebte Gunst der Lage für die Unternehmer ein dauernder Gewinn bleiben soll, so ist die kartellierte Industrie förmlich darauf angewiesen, zu einer Konvention mit der konkurrierenden Industrie eines anderen Landes zu schreiten."³⁾ In der Kartelluntersuchung des "Vereins für Socialpolitik" werden solche Tendenzen von Steinmann-Bucher für das Rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat bestätigt.⁴⁾ Hinzukommende vertikale Konzentrationen zwischen den auf den eigenen Märkten marktbeherrschenden Unternehmensgebilden ergeben eine Gebundenheit der Verhältnisse, "die schließlich den Konsumenten in die Hände der Produzenten liefert und diesen zwingt, jeden Preis zu zahlen, der von ihm verlangt wird..."⁵⁾ Wie

1) K. Bücher, a.a.O., S. 148

2) Vgl. W. Stieda, a.a.O., S. 12

3) Ebenda

4) Vgl. Arnold Steinmann-Bucher, Das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, Schr. V. F. Sp., Bd. 60 (1894), S. 218, wo es heißt: "Es ist also eine Verständigung auch mit anderen Kohlengebieten beabsichtigt; da nun in diesen letzteren ähnliche Bestrebungen sich seit längerer Zeit geltend machen und teils bereits zur Anknüpfung von Verhandlungen geführt haben, wie beispielsweise zwischen den rheinisch-westfälischen und belgischen Koksanstalten, so dürften demnächst auch internationale Abmachungen zu erwarten sein."

5) W. Stieda, a.a.O., S. 13

auch heute oft bemängelt wird,¹⁾ weist auch Stieda darauf hin, daß in den Kartellanalysen des Vereins für Socialpolitik kaum Angaben über das Ausmaß dieser internationalen Vereinbarungen enthalten sind.²⁾

Zu 8.:

Als weitere und letzte Folge der Kartellierung ist von einigen Kathedersozialisten darauf hingewiesen worden, daß unter den damals herrschenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt mit der Kartellbildung eine Stärkung der Unternehmer im Kampfe um die Arbeitsbedingungen verbunden ist.³⁾ Brentano hat allerdings in den Folgen der Kartelle, Sicherung gegenüber der ausländischen und inländischen Konkurrenz, Verstetigung der Produktion und Erhöhung der Gewinne eine Möglichkeit zur Erhöhung der Arbeitslöhne und Verstetigung der Beschäftigung gesehen, sofern die Arbeiterschutzgesetzgebung und das Koalitionsrecht weiter ausgebaut werden. Sofern dieses jedoch unterbleibt, sah auch er vor allem Gefahren mit der Kartellbildung verbunden, denn eine Entlassung des Arbeiters wegen Differenzen mit dem Arbeitgeber wirkt "um so furchtbarer, wenn alle Betriebe bei denen er Beschäftigung finden kann, in einem Verbande vereinigt sind".⁴⁾

Neben diesen aufgeführten negativen Auswirkungen der Kartelle auf den Wettbewerb und die wirtschaftliche Entwicklung sind jedoch von kathedersozialistischer Seite auch positive Wertungen der Kartellierung vorgenommen worden.

¹⁾ Vgl. z. B. Corwin D. Edwards, The Impact of International Cartels on International Trade, Schr. V. f. Sp., N. F. Bd 20/I (1971²), S. 233 f.

²⁾ Vgl. W. Stieda, a. a. O., S. 13

³⁾ Vgl. K. Bücher, a. a. O., S. 149

⁴⁾ Vgl. L. Brentano, Über die Ursachen der heutigen sozialen Noth, Leipzig 1889, S. 26 f.; Ders., Schr. V. f. Sp., Bd 60 (1894), S. 186

Auf dem Hintergrund der Ohnmacht der staatlichen Wirtschaftspolitik gegenüber den konjunkturellen Schwankungen und den Krisen in der volkswirtschaftlichen Entwicklung¹⁾, scheint es verständlich, wenn in der Kartellierung und der damit verbundenen Marktbeherrschung auch ein Instrument zur Vermeidung von Absatzkrisen, zur Anpassung der Produktion an die Nachfrage und zur Sicherung einer ausgewogenen Beschäftigung gesehen wurde.²⁾

Der Vorwurf Euckens, speziell auf Schmoller gemünzt, dieser habe kein Verständnis für das Phänomen der ökonomischen Macht gehabt³⁾, und der dabei nur auf diese zuvor dargestellten positiven Äußerungen Schmollers ge-

1) Vgl. G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., Teil I, S. 537, wo er feststellt, "die Regierung (habe bei) jeder gesellschaftlichen Marktregulierung ... tatsächlich Bankerott gemacht.

2) Vgl. G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., Teil I, S. 536: "In der Herbeiführung einer größeren Gleichmäßigkeit des wirtschaftlichen Lebens, des Absatzes, der Preise, der Arbeiterbeschäftigung liegt das Hauptverdienst der Kartelle." "Die Kartelle ... sind einer der Wege zum Ziel einer einheitlichen, planvollen Leitung der Produktion und der Volkswirtschaft. Auch auf ihm drohen Gefahren und Mißbräuche; sie muß man bekämpfen ..." (S. 538). Ders., Grundriß ... Teil II, S. 494: " ..., daß durch sie (die Kartelle, H. S.) ... eine etwas ... größere Gleichmäßigkeit in die Produktions- und Preisbewegungen kommen kann." Ähnlich äußert sich Brentano, Über die Ursachen..., a. a. O., S. 26, der meint, durch die Kartelle werde sowohl die "Überproduktion", wie ihre Folge, "die Absatzstockung, vermieden." Generell finden sich ähnliche Gedanken in allen Berichten des Vereins für Socialpolitik über die wirtschaftlichen Kartelle, vgl. Schr. V. f. Sp., Bd. 60 (1894)

3) Vgl. W. Eucken, Die Grundlagen ..., a. a. O., S. 198

genüber den Kartellen hinweist, kann einer differenzierten Betrachtung nicht standhalten. Schmoller selbst hat festgestellt, daß die Kartelle das "egoistische Interesse der beteiligten Unternehmungen förderten", daß "sie ihre Macht und ihre Monopolstellung gemäßbraucht haben ...".¹⁾ Es ist also keineswegs gerechtfertigt, ihm vorzuwerfen, er habe nicht gesehen, daß mit den Kartellen "der Egoismus in der Ausprägung des Gruppenegoismus zum Siege gelangt."²⁾ Ob andererseits dem Kathedersozialismus vorgeworfen werden sollte, daß er "es verschmähte, den theoretischen Apparat der nachklassischen Nationalökonomie, vor allem Cournots zu benutzen", um "eine Theorie der monopolistischen und monopoloiden Marktformen" aufzustellen,³⁾ erscheint aufgrund der von den Kathedersozialisten analysierten möglichen vielfältigen Wirkungen ökonomischer Macht im Vergleich zu der einseitigen, allein auf die Preiswirkungen abstellenden Aussage des Cournot'schen Modellmonopols zumindest fraglich.

4. Konkurrenzregulierungen und Kontrolle des Wettbewerbs

Den differenzierten Wertungen der Kartelle durch die Kathedersozialisten adäquat waren die Vorschläge zur Vermeidung ihrer negativen Wirkungen. Dabei ist bezeichnend, daß auch jene Kathedersozialisten, die in der Kartellbildung einen vorwiegend positiven Vorgang zur Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung sahen, sich mit Vertretern anderer Auffassungen darin einig waren,

¹⁾ G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., Teil I, S. 536

²⁾ W. Eucken, Die Grundlagen ..., a. a. O., S. 197 f

³⁾ A. Kruse, a. a. O., S. 143

daß es bei allen Eingriffen darauf ankam, den Einsatz ökonomischer Macht Einzelner zu Lasten der Gesamtheit zu verhindern. Daraus läßt sich das gemeinsame Ziel konkretisieren: Im Gegensatz zu den klassischen Auffassungen, daß der Wettbewerb "naturgemäß" zur Harmonie von Einzel- und Gesamtinteresse führt, sofern der Staat nach dem "Laissez faire-Prinzip" handelt, aber auch im Gegensatz zu der später durch Böhm-Bawerk vertretenen These von dem Sieg der "ökonomischen Gesetze" gegenüber den Machteinflüssen, sahen die Kathedersozialisten den Wettbewerb als gesellschaftlichen Vorgang, indem aufgrund von unterschiedlichen ökonomischen Machtpositionen Widersprüche zwischen "Gemeinwohl" und "Einzelnutzen" auftreten können. Der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne fällt hierbei die Aufgabe zu, diese Widersprüche zu überwinden, das private Gewinnstreben in Übereinstimmung zum Gemeinwohl zu bringen. Die Erhaltung des Wettbewerbs und die Gestaltung der Konkurrenz wird damit Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik. Mit welchen Mitteln und Instrumenten diese Aufgabe gelöst werden konnte, das war unter "Syndikalisten" und "Staatssozialisten" strittig.

Die wohl bedeutendste Feststellung der syndikalistischen Richtung dürfte in der Erkenntnis liegen, daß sich die Gesetzgebung gegenüber den Kartellen "als vollkommen unzureichend erwiesen" hat.¹⁾ Seine Erklärung findet dies

1) Vgl. Adolf Menzel, Die wirtschaftlichen Kartelle und die Rechtsordnung, Schr. v. f. Sp., Bd. 61 (1895), S. 43. In diesem Zusammenhang muß festgehalten werden, daß diese Aussage Menzels auch gegenüber Monopolen Gültigkeit hat. Ebenso wie bei dem z. B. durch Fusionierung entstandenen Monopol ist der Zweck des Kartells die Einschränkung bzw. Beseitigung des Wettbewerbs. Im technischen Sinne unterscheiden sich beide nur dadurch, daß beim Monopol der Wettbewerb "kraft rechtlicher Notwendigkeit" ausgeschlossen ist, im Kartell kraft "rechtlicher Vereinbarung". (Vgl. ebenda, S. 25). Auch G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., Teil I, S. 538, meint feststellen zu können: "Die jetzige Judikatur des deutschen Reichsgerichts scheint alle Mittel der Konkurrenzunterbindung, welche die Preise erhöhen, für berechtigt zu halten."

darin, daß das Strafgesetz Koalitionen sowie Marktherrschaft übergeht, in ihnen also nicht "den Tatbestand einer strafbaren Handlung" sieht,¹⁾ andererseits hat sich aber auch auf dem Gebiet des Zivilrechts die Rechtsprechung der Realität gegenüber nicht gewachsen gezeigt. Weder die Gewerbeordnung noch die Normen des Bürgerlichen Gesetzbuches haben sich als ausreichend erwiesen, die Gefährdung des allgemeinen Wohls durch die Kartellierung und Monopolisierung zu verhindern.

Menzel meint jedoch, daß sich eine andere zivilrechtliche Qualifizierung dieser Konzentrationsvorgänge ergeben würde, wäre die ursprüngliche Fassung des Entwurfs zum heutigen § 138 BGB (Nichtigkeit von Rechtsgeschäften, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen) erhalten geblieben. In dem Entwurf des damaligen § 106 hieß es noch: "Ein Rechtsgeschäft, dessen Inhalt gegen die guten Sitten oder die öffentliche Ordnung verstößt, ist nichtig." In der Begründung dazu wurde ausgeführt, daß der Inhalt des Rechtsgeschäfts "nicht bloß gegen die allgemeinen Interessen ... verstoßen kann und ein Verstoß gegen die letzteren nicht immer ein Verstoß gegen die ersteren enthält. Es darf in dieser Beziehung namentlich auf die mit dem Principe der Gewerbefreiheit sich in Widerspruch setzenden Verträge verwiesen werden." Bereits im zweiten Entwurf wird die "öffentliche Ordnung" nicht mehr erwähnt, motiviert mit dem Hinweis, daß dem

¹⁾ Vgl. A. Menzel, a. a. O., S. 35

Begriff "eine sichere Umgrenzung fehlt und die gegen die öffentliche Ordnung verstoßenden Rechtsgeschäfte zumeist als auch gegen die Rechtsordnung oder gegen die Gesetze der guten Sitten gerichtet anzusehen sein werden."¹⁾ Insofern war es später von der Rechtssprechung inkonsequent und den ursprünglichen Intentionen des Gesetzgebers zuwiderlaufend, daß auf die Kartellvereinbarungen der § 138 BGB keine Anwendung fand.

Aus dieser den realen wirtschaftlichen Machtverhältnissen nicht gerecht werdenden Rechtsordnung und Rechtssprechung zogen viele Kathedersozialisten die Konsequenz, daß der Staat die Pflicht habe, durch entsprechende verwaltungsrechtliche Vorschriften diese Unzulänglichkeit zu beseitigen. Kernpunkte dieser Vorschläge waren:

1. Kartellvereinbarungen müssen dem Staat zur Kenntnis gebracht werden²⁾,
2. Schaffung eines Kartellgesetzes, welches Normativbestimmungen über die Kartelle enthält und deren staatliche Aufsicht regelt³⁾ und
3. Einrichtung eines Kartellamtes⁴⁾.

Damit jedoch die Grundlagen für sinnvolle Entscheidungen geschaffen werden können, erschien es den Syndikalistern notwendig, auf dem Wege einer Enquête die notwendi-

¹⁾ Vgl. zu dem Vorstehenden: A. Menzel, a. a. O., S. 37

²⁾ Vgl. ebenda, S. 45; L. Brentano, Die Neuorganisation ..., a. a. O., S. 271 f.; G. Schmoller, Grundriß ..., a. a. O., Teil I, S. 538

³⁾ A. Menzel, a. a. O., S. 46

⁴⁾ Vgl. K. Bücher, a. a. O., S. 154; G. Schmoller, Grundriß..., Teil I, a. a. O., S. 538

gen Unterlagen zu beschaffen. Sowohl Bücher wie auch Brentano forderten, daß eine solche Enquête als Instrument der Konzentrationspolitik nicht den Charakter derjenigen haben darf, die 1902 durchgeführt wurde.¹⁾ Wirkungsvoll kann eine solche Erhebung nur dann sein, wenn die mit ihr verbundenen Anhörungen öffentlich und mündlich sind. Neben den Interessenten müßten auch die durch die Kartellpolitik Betroffenen, der Handel und die Konsumenten, gehört werden. Wahrheitsgetreue Aussagen vor der Kommission mußten notfalls erzwungen werden können.²⁾ Dieser Bestandsaufnahme sollte eine laufende, der Öffentlichkeit zugänglich zu machende Registrierung aller "wesentlichen Bestimmungen, Beschlüsse und Änderungen" der Kartelle beim Reichskartellamt folgen.³⁾ Insgesamt erwartete man von diesen Maßnahmen, daß sie geeignet wären, die Schattenseiten und Mißbräuche der Kartellierung zu beseitigen. "Die Verantwortlichkeit und Freiheit der Unternehmer kann und soll dabei aber im Ganzen fortbestehen; nur die Schranken sollen ihrer Gewinnsucht gezogen, die Direktiven in ihrem Handeln gegeben werden, die im Gesamtinteresse der Nation und ihrer gesunden Entwicklung liegen."⁴⁾ Daß eine Kartellierung mit dieser Zielsetzung nicht a priori in Widerspruch geraten muß, sondern sogar staatliche Förderung verdient, meint Brentano für den Fall konstatieren zu können, wenn mit ihr "mittleren Betrieben die Möglichkeit gegeben werden soll, sich gegenüber übermächtigen Großen zu erhalten."⁵⁾

1) Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 154: "Allerdings nicht einer Enquête, wie solche seither bei uns veranstaltet worden sind, die sich hinter verschlossenen Thüren abspielt oder auf schriftlichem Wege..." L. Brentano, Mein Leben, a.a.O., S. 232: "Schon bei der ersten Vorbereitung der Enquete hatte ich Gelegenheit... das auf seiten der Kartellierten bestehende Streben, die Untersuchung zu nichts kommen zu lassen... festzustellen..."

2) Vgl. K. Bücher, a.a.O., S. 154; L. Brentano, Die beabsichtigte Neuorganisation..., a.a.O., S. 272

3) Vgl. G. Schmoller, Grundriss..., a.a.O., Teil I, S. 538

4) Ebenda, S. 553

5) L. Brentano, Diskussionsbeitrag in der Debatte über wirtschaftliche Kartelle, Schr. V. f. Sp., Bd. 61 (1895), S. 180

Dieser Gedanke hat bisher in der Gesetzgebung keinen Niederschlag gefunden, wenngleich er geeignet erscheint, durch diese Art der "Gegenmachtbildung" die Konkurrenz auf Märkten mit stark unterschiedlicher Machtverteilung zu intensivieren, bzw. ihre Beseitigung zu vermeiden.

Für die Syndikalistten gibt es also grundsätzlich zwei Möglichkeiten, volkswirtschaftlich unerwünschte Folgen ökonomischer Machtstellungen im Wettbewerb zu beseitigen:

1. Eliminierung bestehender Machtpositionen durch staatliche Regulierung und Kontrolle,
2. Neutralisation bestehender Machtpositionen durch Förderung von Gegenmachtbildung.

Bei der Eliminierung von Machtpositionen im Wettbewerb geht es vor allem darum, daß dem Staat durch die Gesetzgebung ein wirtschaftspolitisches Instrumentarium zur Verfügung gestellt wird, welches ihm erlaubt, wirkungsvoll zu verhindern, daß private Wirtschaftssubjekte nicht leistungsbegründete Vorteile auf Kosten der Gesamtheit erlangen. Die Schaffung eines unabhängigen Reichskartellamtes, das die Kontrolle und Regulierung der Konzentrationsvorgänge auf den Märkten übernimmt, schien den Syndikalistten ein Schritt auf diesem Wege zu sein. Daß diese Kontrolle und Regulierung zur Erhaltung des Wettbewerbs durch die Behörde nicht pauschal und undifferenziert vor sich gehen darf, sondern sich am Einzelfall orientieren muß, wird besonders von Brentano hervorgehoben. In der Neutralisation bestehender Machtpositionen durch Gegenmachtbildung auf vermachteten Märkten wird daher ein Mittel gesehen, bei dem Machtbildung bewußt befürwortet wird, um den Wettbewerb zu reaktivieren bzw. für die Zukunft zu sichern.

Bei den Staatssozialisten, und hier vor allem bei Adolph Wagner, fand dieser zweite Punkt, die Machtneutralisation durch Gegenmachtbildung privater Wirtschaftssubjekte, keine Berücksichtigung. Wie bei allen Staatssozialisten weist Wagner dem Staat die alleinige Verantwortung für die Gestaltung des Wettbewerbs zu. Ein weiterer Unterschied zu den Syndikalisten, die davon überzeugt waren, daß mit der Konkurrenzwirtschaft das "höchste Maß von Energie, von technischem und organisatorischem Fortschritt erzeugt" werden könne ¹⁾, besteht darin, daß Wagner diese konkurrenzwirtschaftliche Ordnung hinsichtlich ihrer Effizienz entscheidend negativer beurteilte²⁾. Für ihn verbinden sich mit dieser Ordnung eine Vielzahl "nothorischer Nachteile", die "theils eine Correctur, theils eine Ergänzung ... besonders durch das gemeinwirtschaftliche System verlangen." Aus der Überzeugung, daß der von den nationalökonomischen Klassikern propagierte Wettbewerbsgedanke auf der Grundlage des individuellen Selbstinteresses zu Widersprüchen zwischen dem individuellen und dem volkswirtschaftlichen Nutzen führt, forderte er für bestimmte Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens eine Eliminierung der Grundsätze des Wettbewerbs. Gerade dort, wo es gilt Gemeinschaftsbedürfnisse zu befriedigen, soll das Streben nach dem eigenen Vorteil durch das gemeinwirtschaftliche Prinzip ersetzt werden.³⁾ Kennzeichen dieses Prinzips ist, daß "die Production, die Vertheilung des Productionsertrages, die Zuführung der Güter an die Bedürftigen, die Kostendeckung und die Gestaltung der Entgeltlichkeit nach denjenigen Grundsätzen, daher in derjenigen Art erfolgen (soll), welche sich als Consequenzen der angenommenen, den

¹⁾ G. Schmoller, Grundriß ..., a.a.O., Teil I, S.554

²⁾ Vgl. A. Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, I. Teil, 2. Halbbd., Leipzig 1892, S.797 ff.

³⁾ Gemeinschaftsbedürfnisse sind nach Wagner u.a. das Schul- und Verkehrswesen, die soziale Für- und Vorsorge, die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität, Wohnungen usw. Vgl. A. Wagner, Grundlegung ..., a.a.O., S.832 ff.

gesellschaftlichen Glaubenssätzen (Axiome) über das richtige Seinsollen entsprechenden Zwecke der Gemeinschaft ergeben."¹⁾ Auch die Eigentumsverhältnisse sind nach dieser Auffassung nicht mehr aus der Reform ausgenommen, sofern durch ihre Änderung Gemeinschaftsbedürfnisse richtiger, zweckmäßiger, gerechter, billiger und sozial günstiger zu befriedigen sind. Zwar versucht auch Wagner in der Verfolgung dieser "sozialpolitischen" Zielsetzung die bestehende Rechts- und Eigentumsordnung zu erhalten, jedoch geht es ihm darum, "diese Principien nicht als absolute zu behandeln, sondern durch einschränkende Rechtsnormen missliebige Consequenzen derselben ... zu verhüten."²⁾ Gerade dann, wenn der Einsatz ökonomischer Macht dazu führt, daß im Wettbewerb nicht die Leistungsfähigeren, die Tüchtigeren "siegen", sondern sich die "gewissenloseren Elemente, welche die ihnen günstigen ökonomischen Verhältnisse rücksichtsloser ausbeuten"³⁾, durchsetzen, hat der Staat die Aufgabe, durch sozialpolitische Regelungen und Beschränkungen des privatwirtschaftlichen Verkehrs, "die Ausbeutung der social und ökonomisch schwächeren durch die stärkeren Elemente ... zu erschweren, eventuell zu verhindern; ferner die schwächeren Elemente selbst für den Concurrenzkampf stärker zu machen, ... der Bildung der grossen Einkommen und Vermögen mehr Schranken zu ziehen."⁴⁾ Dies erfordert, daß der Staat die Verteilung des Produktionsertrages nicht nur dem Wettbewerb überläßt, sondern durch finanz- und steuerpolitische Eingriffe nachträgliche Korrekturen der ursprünglichen Verteilung vornimmt. (Transferzahlungen, progressive Einkommen- und Vermögensteuer, höhere Besteuerung der Besitzeinkommen, Erbschaftssteuer).⁵⁾

1) A.Wagner, Grundlegung ..., a.a.O., S. 774

2) Ebenda, S. 745

3) Ebenda, S. 819

4) Ebenda, S. 744

5) Vgl. ebenda, S. 745 f.

In den Bereichen, wo die Pervertierung des Wettbewerbs durch den Einsatz ökonomischer Macht zu größeren Nachteilen für die Gesellschaft führt, empfehlen die Staatssozialisten die "Verstaatlichung". Von dieser Maßnahme versprach man sich jedoch nicht nur die Beseitigung der entstandenen nicht leistungsgerechten Machtpositionen neben einer gerechteren Verteilung des Produktionsertrages, sondern sie galt auch als Erschließung einer weiteren Quelle der Mittelbeschaffung für den Staat, Gemeinschaftsbedürfnisse befriedigen zu können¹⁾. Wagner, wie andere Kathedersozialisten, waren darum entscheidend an den theoretischen Begründungen der Pläne zur Verstaatlichung der deutschen Eisenbahnen beteiligt. Andere Wirtschaftsbereiche, die nach diesen Ansichten für die Verstaatlichung in Betracht kamen, waren die Banken, Versicherungen, Elektrizitäts- und Gasanstalten und der Bergbau.²⁾

Nach Ansicht der Staatssozialisten sollen also die Aufgaben des Staates im Wirtschaftsleben eine große Erweiterung erfahren. Der Staat hat nicht nur das Recht zu schützen, nach innen und außen politische Macht zu repräsentieren, sondern auch die Verpflichtung, mit dem Ziel einer optimalen volkswirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung und einer gerechteren Verteilung das Wirtschaftsleben zu gestalten. Ökonomische Machtpositionen, die die Erreichung dieser Ziele infrage stellen, werden nach dieser Auffassung ganz selbstverständlich Objekte des staatlichen Eingriffs. Durch den Einsatz ei-

1) Vgl. A. Wagner, Grundlegung ..., a. a. O., S. 746.

2) Vgl. ders., a. a. O., S. 746; K. Bücher, a. a. O., S. 156: "Aber ich glaube, die Zeit der Verstaatlichung ist auch bereits für andere der Kartellierung verfallene Gebiete gekommen. (Bücher bezieht sich hier auf die Eisenbahnen). ... Ich billige durchaus den ... Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Kali- bzw. Salzlager und bedaure nur, daß er nicht bis zu einer Expropriation der bestehenden Privatwerke vorgeschritten ist. Von den Kohlen gilt das gleiche."

nes umfangreichen sozial-, wirtschafts- und rechtspolitischen Instrumentariums müssen sie beseitigt werden. Die Probleme des möglichen Mißbrauchs, die mit einer Anhäufung politischer und wirtschaftlicher Macht in staatlicher Hand verbunden sind, werden jedoch von Wagner und anderen Staatssozialisten nicht diskutiert.

Abschließende Bemerkungen

Es sind vor allem vier Ergebnisse der Untersuchung, die hervorgehoben werden sollen:

1.) Im Gegensatz zur klassischen Nationalökonomie und zum wissenschaftlichen Sozialismus war es der Kathedersozialismus, der in der wirtschaftlichen Macht einen Aktionsparameter sah, durch dessen Einsatz in einer sich entwickelnden, auf dem Wettbewerbsprinzip basierenden Volkswirtschaft die von der Klassik angenommenen volkswirtschaftlichen Ergebnisse mikro- und makroökonomisch verändert werden können. Außerdem sahen die Kathedersozialisten in der Veränderung der Machtverhältnisse eine geeignete Möglichkeit, evolutionär die Schwächen eines "kapitalistischen" Systems zu beseitigen.

2.) Durch die Einbeziehung der wirtschaftlichen Macht in die Nationalökonomie gelangt der Kathedersozialismus zu Aussagen über die Verhältnisse auf unorganisierten Arbeitsmärkten, die im Widerspruch zu den Ergebnissen der klassischen Theorie, der Grenznutzenschule und der heute herrschenden Lehre stehen. Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, daß die durch die "Klassik" erfolgte unglückliche Identifizierung der ökonomischen Macht mit dem Monopol durchbrochen wird. In der weiteren Entwicklung unserer Wissenschaft ist diese Erkenntnis jedoch weitgehend verloren gegangen, was in der Marktformenlehre besonders deutlich hervortritt. Die Vernachlässigung

der theoretischen Analyse der Abhängigkeitsverhältnisse in der heutigen Wettbewerbstheorie ist ein weiteres Indiz für die Richtigkeit dieser These.

3.) Auch in der Monopoltheorie wird die Unvollkommenheit der Grenznutzen- und klassischen Theorie durch den Kathedersozialismus aufgezeigt, sofern die Wirkungen des Einsatzes ökonomischer Macht betrachtet werden. Neben den üblicherweise dargestellten Aktionsparametern Preis und Menge besitzt der Inhaber ökonomischer Macht weitere Möglichkeiten, darauf haben verschiedene Kathedersozialisten hingewiesen, seinen Gewinn zu erhöhen: Er kann die Qualität verschlechtern, die Produktdifferenzierung verringern, er braucht Kostensenkungen an die Konsumenten nicht weiter zu geben, er kann den technischen und organisatorischen Fortschritt zu seinen Gunsten beeinflussen. All diese Aktionsparameter sind im Cournot'schen Monopol, von dem Schneider feststellt, es wäre auch heute noch die Grundlage der Monopolpreistheorie, nicht enthalten.

4.) Vielleicht das wichtigste Ergebnis ergibt sich aus der dargestellten Kontroverse zwischen Böhm-Bawerk und Stolzmann. Nach Böhm-Bawerk wird die Höhe der Preise und der Einkommen allein durch die Höhe der gegebenen Gütervorräte auf der einen Seite und die gegebenen individuellen Bedürfnisse auf der anderen Seite bestimmt. Es sind also natürliche, "rein ökonomische" Faktoren, die innerhalb der "ökonomischen Gesetze" ihren Ausdruck finden. Eine Wirtschaftspolitik, die an diesen "Gesetzen" etwas beeinflussen, z.B. die Einkommensverteilung nachhaltig zugunsten der Arbeiter verändern wollte, fände ihre Grenzen in der "natürlichen Quote", die den Arbeitern nach diesen "Gesetzen" zusteht, an der Grenzproduktivität des Faktors Arbeit. Über diese Quote hinaus wäre eine solche Erhöhung nur auf Kosten der Grund- und Kapitaleigentümer möglich, jedoch wäre diese Änderung

nie dauerhafter Natur, es sei denn, der Staat verändert die Eigentumsverhältnisse und damit auch die personelle Verteilung. Mit dieser Theorie der Grenznutzenschule ist jeglicher sozialen Reform, die innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse bleiben will, der Boden entzogen. Insofern ist diese Theorie im nachhinein eigentlich eine Bestätigung der marxistischen These, die die Unmöglichkeit der evolutionären Veränderung der sozialen Verhältnisse im Kapitalismus postuliert und daher ihre revolutionäre Veränderung fordert.

Bezieht man jedoch, wie es auch die Kathedersozialisten getan haben, das soziale, gesellschaftliche Element in die Betrachtung ein, geht man davon aus, daß die Preis-, Wert- und Einkommensbildung auch Ergebnis der "sozialen Machtverhältnisse", d.h. der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist, dann ergeben sich für die Wirtschaftspolitik, für die Möglichkeit sozialer Reformen ganz andere Alternativen, als wenn alle volkswirtschaftlichen Sachverhalte und Vorgänge als "Naturphänomene", als vom Menschen unabänderlich hinzunehmende Gegebenheiten angesehen werden. Ist die Volkswirtschaft kein reines Naturgebilde, sondern ein Gebilde sozialer Beziehungen, eine "geistige Schöpfung" des Menschen, dann ist diese Schöpfung, weil sie Menschenwerk ist, auch vom Menschen wieder zu verändern.

Als Fazit bleibt, und das gilt besonders für die Analyse der ökonomischen Macht und ihrer Wirkungen: Die Grenznutzenschule "lehrt uns nichts über die Wirklichkeit und hilft uns niemals, praktische Probleme zu lösen. Sie gibt uns ein abstraktes, unfruchtbares ... theoretisches Schema, das selten mit einer konkreten Situation in Beziehung gesetzt werden kann, ohne die ganze Problemstellung zu verflachen. Es gehört zu jener Menge besonders in der Sozialwissenschaft so zahlreichen Systeme, die uns

nur ein Scheinwissen geben."1)

Auf diesem Hintergrund stellt sich der "Sieg" der Grenznutzenschule über den Kathedersozialismus, zumindest was die Einbeziehung der ökonomischen Macht in die Nationalökonomie anbelangt, keineswegs als Fortschritt für die Weiterentwicklung unserer Wissenschaft dar.

1) Gunnar Myrdal , Das politische Element in der national-ökonomischen Doktrinbildung, (1932) Hannover 1963, S. 93

Abkürzungsverzeichnis

A.a.O.	Am angegebenen Ort
Arch.f.Soz.Pol.	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Berlin, Tübingen, Leipzig
Bd.	Band
Diss.	Dissertation
Jb.	Jahrbuch
Jg.	Jahrgang
Kyklos	Kyklos. Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Basel
N.F.	Neue Folge
Schr.V.f.Sp.	Schriften des Vereins für Socialpolitik, Leipzig, München, Berlin
Zeitschr.ges.Staatswiss.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen

Literaturverzeichnis

- Albert, Hans: Probleme der Theoriebildung, in: Hans Albert (Hrsg.), Theorie und Realität, Tübingen 1964
- Andreae, Clemens A.: Machtkonflikt und Machtkonkurrenz in der Marktwirtschaft, in: Das Gegengewichtsprinzip in der Wirtschaftsordnung, Bd. 1: C.A.Andreae, W.Glake, Wirtschaftliche Macht und Wettbewerb, FJW-Schriftenreihe, Heft 33, Köln 1966
- Arndt, Helmut: Ausbeutung und Marktform, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 115 (1959)
- Ders.: The Ricardian Vice, in: Otto Stammer, Karl C.Thalheim (Hrsg.), Festgabe für Friedrich Bülow zum 70.Geburtstag, Berlin 1960
- Ders.: Macht und Verteilung, Bemerkungen zu Krelles Verteilungstheorie, Finanzarchiv, Bd. 23 (1963/64)
- Ders.: Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft, Pfullingen 1966
- Ders.: Mikroökonomische Theorie, 2 Bde., Tübingen 1966
- Ders.: Marktmonopol und wirtschaftliche Macht, in: Ders. (Hrsg.), Recht, Macht und Wirtschaft, Berlin 1968
- Ders.: Über ökonomische Konzentration, in: Ders., Recht, Macht und Wirtschaft, Berlin 1968
- Ders.: Macht, Konkurrenz und Demokratie in: Kritik 2: Konzentration ohne Kontrolle, hrsg. von Dieter Grosser, Köln, Opladen 1969
- Ders.: Die Prämissen der Nachfragekurve, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 126 (1970)
- Ders.: Irrwege der Preistheorie, Schmollers Jahrbuch, Jg. 90 (1970)
- Ders.: Ökonomische Theorie der Macht, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF, Bd. 20/I (1971²)
- Bartling, Hartwig: Wirtschaftliche Macht unter wettbewerbspolitischem Aspekt, Schriftenreihe zur Industrie- und Entwicklungspolitik, Bd. 8, Berlin 1971
- Bastiat, Frédéric: Volkswirtschaftliche Harmonien, Berlin 1850
- Bernstein, Eduard (Hrsg.), Ferdinand Lassalles Reden und Schriften, Berlin 1893
- Böhm-Bawerk, Eugen v.: Macht oder ökonomisches Gesetz, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 23 (1914)

- Böhnert, Victor v.: Freiheit der Arbeit, Bremen 1958
- Bonn, Moritz J.: So macht man Geschichte, Bilanz eines Lebens, München 1953
- Braun, Karl: Studien über Freizügigkeit, Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Politik und Kulturgeschichte, Bd. III (1863)
- Brentano, Lujo: Abstracte und realistische Volkswirthe, Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Bureaus, Jg. 11 (1871)
- Ders.: Die Lehre von den Lohnsteigerungen mit besonderer Rücksicht auf die englischen Wirtschaftslehrer, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 16 (1871)
- Ders.: Das Arbeitsverhältniss gemäss dem heutigen Recht, Leipzig 1877
- Ders.: Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen, Berlin 1881
- Ders.: Ueber die Ursachen der heutigen socialen Noth, Leipzig 1889
- Ders.: Diskussionsbeitrag, Schriften Verein für Socialpolitik, Bd. 60 (1894)
- Ders.: Moderne Grosskartelle und Arbeiterkoalitionen, in: Die Woche, Jg. 1 (1899), Nr. 15 v. 24.6.1899
- Ders.: Die beabsichtigte Neuorganisation der deutschen Volkswirtschaft, Süddeutsche Monatshefte, Jg. 1, Bd. 1 (1904)
- Ders.: Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben, Schr. V.f.Sp., Bd. 116 (1906)
- Ders.: Die klassische Nationalökonomie, Vortrag, gehalten am 17.4.1888 in Wien, abgedruckt in: Ders., Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, Leipzig 1923
- Ders.: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931
- Bücher, Karl: Die wirtschaftlichen Kartelle, Schr. V.f.Sp., Bd. 61 (1895)
- Bühler, Ottmar: Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, Berlin, Frankfurt 1956³
- Caro, Oscar: Der deutsche Walzwerksverband, Schr.V.f.Sp., Bd. 60 (1894)
- Cournot, Augustin: Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses, Paris 1838, dtsh. v. W.G.Waffenschmidt, Untersuchungen über die mathematischen Grundlagen der Theorie des Reichtums, Jena 1928, (Bd.24, Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, hrsg. v. H.Waentig)
- Czaplicki, Maryan: Schmoller als Sozialökonom, (Diss.) Breslau 1929

- Diehl, Karl: Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung, Leipzig 1905
- Ders./Mombert, Paul (Hrsg.): Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Jena (1911) 1921³
- Dolberg, Richard: Theorie der Macht, Wien 1934
- Dühring, Eugen: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Leipzig (1871), 1899⁴
- Ders.: Kritische Grundlegung der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1866
- Edwards, Corwin D.: The Impact of International Cartels on International Trade, Schr.V.f.Sp., Bd. 20/I (1971)²
- Eisermann, Gottfried: Die Grundlagen des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Stuttgart 1956
- Elberskirch, Josef: Die Beurteilung des Sozialismus durch die historische Schule der Nationalökonomie, (Diss.) Köln 1930
- Engelcke, Gustav: Das deutsche Kalikartell in seiner Entwicklung und gegenwärtigen Gestalt, Schr.V.f.Sp., Bd. 60 (1894)
- Esser, Hans A.: Macht oder ökonomisches Gesetz. Zur wert- und verteilungstheoretischen Kontroverse zwischen Rudolf Stolzmann und Eugen v.Böhm-Bawerk, Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Reihe Untersuchungen, Nr. 22, Bamberg 1971
- Eucken, Walter: Die Überwindung des Historismus, Schmollers Jahrbuch, N.F., Jg. 62 (1938)
- Ders.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. E.Eucken und K.P.Hensel, Bern, Tübingen 1952
- Ders.: Die Grundlagen der Nationalökonomie, (1939) Berlin, Göttingen, Heidelberg 1959
- Fey, Alfred: Der homo oeconomicus in der klassischen Nationalökonomie und seine Kritik durch den Historismus, (Diss.) Frankfurt/M 1936
- Frisch, Ragnar: Monopole-Polypole - La notion de force dans l'économie, in: Festschrift für H.Westergaard, Nationaløkonomisk Tidsskrift, Bd. 71 (1933), deutsch: Monopol- Polypol- Der Begriff der Kraft in der Wirtschaft, in: A.E.Ott (Hrsg.), Preistheorie, Köln, Berlin 1965
- Galbraith, John Kenneth: American Capitalism. The Concept of Countervailing Power, Harmansworth 1963
- Gehrig, Hans: Die Begründung des Prinzips der Sozialreform, Sozialwissenschaftliche Studien, hrsg. v. H.Waentig, Jena 1914

- Gide, Charles; Rist, Charles: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Jena (1913) 1923³
- Haller, Heinz: Die Macht in der Wirtschaft, in: Von der Macht, Hannoverische Beiträge zur politischen Bildung, Bd. 2 (1962)
- Hansen, Reginald: Der Methodenstreit zwischen Schmoller und Menger, (Diss.) Köln 1967
- Heimann, Eduard: Macht oder ökonomisches Gesetz, Arch.f. Soz.-Pol., Bd. 55 (1926)
- Hermann, F.B. Wilhelm v.: Staatswirtschaftliche Untersuchungen, München (1832) 1870²
- Hildebrand, Bruno: Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Frankfurt/M 1848, "Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister", Bd. 22, hrsg. v. Hans Gehrige, Jena 1922, Bd. I
- Hirsch, Max: Über den Bruch des Arbeitsvertrages, Schr.V.f.Sp., Bd. 7 (1874)
- Herzfelder, Felix: Gewalt und Recht: Eine Untersuchung über den Begriff des Gewaltverhältnisses, München 1890
- Hoffmann, Fritz: Unternehmenskonzentration und die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes, in: H.Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Schr.V.f.Sp., N.F., Bd. 20/II (1960)
- Honegger, Hans: Der Machtgedanke und das Produktionsproblem, Schmollers Jahrbuch, 49. Jg. (1925)
- Kessler, Gerhard: Die deutschen Arbeitgeberverbände, Schr.V.f.Sp., Bd. 124(1907)
- Krelle, Wilhelm: Ansprache zur Feier des 70.Geburstages E.v.Beckeraths, in: N.Kloten u.a.(Hrsg.), Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Tübingen 1964
- Kruse, Alfred: Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, (1948) München 1953³
- Landauer, Carl: Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1923
- Lassalle, Ferdinand: Offenes Antwortschreiben an das Central Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig 1863, in: Sozialökonomische Texte, hrsg. v. A.Skalweit, Heft 9, Frankfurt/M 1948
- Levy von Halle, Ernst: Industrielle Unternehmer- und Unternehmungsverbände in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Über wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande, Schr.V.f.Sp., Bd. 60 (1894)
- Lindahl, Erik (Ed.): Selected Papers on Economic Theory, London 1958

- Lindenlaub, Dieter: Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik, 2 Bde., Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 52,53, Wiesbaden 1968
- Locke, John: Two Treatises on Government, London 1689
- Louriè, Boris: Das Verhältnis der Manchesterrichtung zur klassischen Nationalökonomie, (Diss.) Berlin 1924
- Machlup, Fritz: The Political Economy of Monopoly, Baltimore 1952
- Malthus, Thomas Robert: Essay on the Principle of Population, London (1798) 1826⁶; deutsch: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz, hrsg.v. H.Waentig, Jena (1905) 1924²
- Marchal, Jean: Die Theorie der Verteilung bei den englischen Klassikern, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIV (1954)
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der kommunistischen Partei, London 1848, abgedr. in: Werke von Marx und Engels, hrsg.v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, Bd.4
- Dies.: Das kommunistische Manifest, Wien 1921
- Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, (1847) dtsh. von E.Bernstein und K.Kautsky, Berlin 1947
- Ders.: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (1859) 1963
- Ders.: Das Kapital, (1. Bd. 1867), zitiert nach der Ausgabe des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, Bd.1
- Menger, Carl: Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere, Wien 1883
- Ders.: Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie, Wien 1884
- Menzel, Adolf: Die wirtschaftlichen Kartelle und die Rechtsordnung, Schr. V. f. Sp., Bd. 61(1895)
- Mill, John St.: Gesammelte Werke, hrsg.v. Th. Gomperz, Neudruck der Ausgabe Leipzig 1885, Aalen 1968
- Mises, Ludwig: Kritik des Interventionismus, Jena 1929
- Mohl, Robert v.: Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften, Erlangen 1858, Bd.III
- Mühlmann, W.E.: Aspekte einer Soziologie der Macht, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd.XL(1952/3)
- Müssiggang, Albert: Die soziale Frage in der historischen Schule der dtsh. Nationalökonomie, Tübingen 1968

Muthesius, V.: Das Gespenst der wirtschaftlichen Macht,
Frankfurt/M. 1960

Myrdal, Gunnar: Das politische Element in der national-
ökonomischen Doktrinenbildung, (1932) Hannover 1963

Nußbaumer, Adolf: Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung,
Zeitschrift f.Nationalökonomie, Bd.25 (1965)

Oppenheim, Heinrich B.: Manchester-Schule und Katheder-
sozialismus, National-Zeitung v.17.12.1871, später
wieder abgedruckt in: Der Kathedersozialismus,
Berlin 1872

Oppenheimer, Franz: Theorie der reinen und politischen
Ökonomie, Berlin 1910

Ders.: Die soziale Frage und der Socialismus, Jena 1913

Oppenheimer, Hilde: Zur Lohntheorie der Gewerkvereine
(Diss.), Berlin 1917

Philippovich, Eugen v.: Das Eindringen der sozialpolitischen
Ideen in die Literatur, in: Die Entwicklung der
deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jhdt.,
Gustav Schmoller zur 70.Wiederkehr seines Geburts-
tages, Leipzig 1908, 2.Teil, Beitrag XXXI

Pribram, Karl: Die Sozialpolitik als theoretische Disziplin,
Arch.f.Soz.-Pol., Bd.55 (1926)

Prince-Smith, John: Gesammelte Schriften, 3 Bde., Berlin
1877-80

Ders.: Der Staat und der Volkshaushalt, in: J.Prince-Smith's
gesammelte Schriften, 2 Bde., hrsg.v. O.Michaelis,
Berlin 1877, Bd.I

Ders.: Die sogenannte Arbeiterfrage, in: Gesammelte Schriften,
2 Bde., hrsg.v. O.Michaelis, Berlin 1877, Bd.I

Pütz, Theodor: Wirtschaftslehre und Weltanschauung bei Adam
Smith, München, Leipzig 1932

Ramm, Thilo: Der Frühsozialismus, ausgewählte Quellentexte,
Stuttgart 1956

Remer, Justus: Die geistigen Grundlagen der historischen
Schule der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1935

Renner, Peter: Die Verteilungstheorie von Karl Marx, (Diss.)
Heidelberg 1965

Ricardo, David: Principles of Political Economy and Taxation,
London (1817) 1821³, deutsch: Grundsätze der Volks-
wirtschaft und Besteuerung, übersetzt von O.Thiele,
hrsg.von H.Waentig, Jena 1905

Rodbertus, Johann Carl: Zur Erkenntnis unserer staatswirth-
schaftlichen Zustände, Neubrandenburg 1842

Roerig, Franziska: Die Wandlungen in der geistigen Grund-
haltung J.St.Mills zu volkswirtschaftlichen Proble-
men, (Diss.) Köln 1930

- Russel, Bertrand: Power, A New Social Analysis, London 1946
- Salin, Edgar: Eberhard Gothein in memoriam, München 1924
- Ders.: Geschichte der Volkswirtschaftslehre, (1923)Tübingen 1951⁴
- Sambach, E.: Untersuchungen zum Problem der wirtschaftlichen Macht, (Diss.) Frankfurt/M. 1960
- Schäffle, Albert: Bau und Leben des socialen Körpers, 4 Bde., Tübingen 1875-78
- Scheel, Hans v.: Die Theorie der socialen Frsge, Jena 1871
- Scheler, Max: Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik, (1916) Halle/S. 1927³
- Schmoller, Gustav: Die Natur des Arbeitsvertrages und der Contractbruch, Schr.V.f.Sp., Bd.7 (1874)
- Ders.: Offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke. Ueber einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 23(1874)
- Ders.: Zur Methodologie der Staats- und Sozialwissenschaften, in: Schmollers Jahrbuch, Jg.7 (1883)
- Ders.: Literaturbesprechung, Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 14. Jg. (1890), Heft 4
- Ders.: Rede zur Eröffnung der Besprechung über die sociale Frage in Eisenach, abgedr. in: G.Schmoller, Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart, Leipzig 1890
- Ders.: Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Teil I: Leipzig (1900) 1908³, Teil II: Leipzig 1904
- Ders.: Das Verhältniß der Kartelle zum Staat, Schr.V.f.Sp., Bd.116 (1906)
- Ders.: Artikel Volkswirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1911³
- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Tübingen (1948)1963⁸; IV. Teil, I.Bd., Tübingen (1962)1965²
- Schönberg, Gustav: Arbeitsämter, eine Aufgabe des Deutschen Reiches, Berlin 1871
- Ders.: Die deutsche Freihandelsparthei und die Parthei der Eisenacher Versammlung vom Oktober 1872, Zeitschr. ges. Staatswiss., Bd.29 (1873)
- Ders.: Das Coalitionsrecht, in: Volkawirtschaftslehre, hrsg. von G.Schönberg, Tübingen 1886², Bd.II
- Schubert, Hans: Gustav Schmoller als Sozialpolitiker, (Diss.) Würzburg 1937

- Schulte, Josef: Die Wettbewerbsauffassungen der physiokratischen, klassischen und deutschen historischen Schule, (Diss.) Mainz 1958
- Singer, Kurt: Zur Wirtschaftspolitik und Theorie der englischen Klassiker, Kyklos, Vol.VII (1954)
- Smith, Adam: Der Reichtum der Nationen, Kröners Volksausgabe, hrsg.v. H.Schmidt, Leipzig 1910
- Spann, Othmar: Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre, Leipzig (1910) 1930²⁰
- Spieker, Friedrich A.: Kartellverbindungen im Pulvergeschäft und verwandten Produktionszweigen, Schr.V.f.Sp., Bd. 60(1894)
- Stackelberg, Heinrich v.: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948
- Steinmann-Bücher, Arnold: Das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, Schr.V.f.Sp., Bd.60(1894)
- Stieda, Wilhelm: Kartelle, Schr.V.f.Sp., Bd.61(1895)
- Stolzmann, Rudolf: Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre, Berlin 1896
- Ders.: Der Zweck der Volkswirtschaft, Berlin 1909
- Ders.: Kritik des Objektivismus und seine Verschmelzung mit dem Subjektivismus zur sozialorganischen Einheit, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 49(1915)
- Ders.: Die Krisis in der heutigen Nationalökonomie, Jena 1925
- Ders.: Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft, Jena (1920) 1925²
- Struve, Peter v.: Die Marx'sche Theorie der sozialen Entwicklung, Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 14(1899)
- Takata, Yasuma: Die Rolle des Machtfaktors in der Zins-theorie, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 6(1935)
- Theimer, Walter: Geschichte der politischen Ideen, Bern, München 1955
- Tugan-Baranowsky, Michael: Soziale Theorie der Verteilung, Berlin 1913
- Vleugels, Wilhelm: Die Kritik am wirtschaftlichen Liberalismus in der deutschen Volkswirtschaftslehre, München, Leipzig 1935
- Waentig, Heinrich: Die gewerbepolitischen Anschauungen in Wissenschaft und Gesetzgebung des 19.Jahrhunderts, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19.Jhdt., G.Schmoller zur 70.Wiederkehr seines Geburtstags, Bd.III, Beitr.XXV, Leipzig 1908

Wagner, Adolph: Rede über die sociale Frage, gehalten auf der freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer in der Garnisonskirche zu Berlin, Separatabdruck aus den "Verhandlungen der kirchlichen Oktoberversammlung in Berlin", Berlin 1872

Ders.: Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre, Leipzig, Heidelberg 1879²

Ders.: Grundlegung der politischen Ökonomie, Leipzig 1892

Ders.: Die Strömungen in der Sozialpolitik und der Katheder- und Staatssozialismus, Berlin 1912

Weber, Max: Diskussionsbeitrag, Schr.V.f.Sp., Bd. 116 (1906)

Ders.: Wirtschaft und Gesellschaft, Köln, Berlin 1964

Westphalen, Ferdinand A.: Die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik, in: O.Spann(Hrsg.), Deutsche Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Bd. 9, Jena 1931

Wicksell, Knut: Ends and Means in Economies, in: Erik Lindahl(Ed.), Selected Papers on Economic Theory, London 1958

Wieser, Friedrich: Das Gesetz der Macht, Wien 1926

Wittrock, Gerhard: Die Kathedersozialisten bis zur Eisenacher Versammlung 1872, Historische Studien, Heft 350, Berlin 1939

Zwiedineck-Südenhorst, Otto v.: Macht oder ökonomisches Gesetz, Schmollers Jahrbuch, Jg. 49 (1925)



Lebenslauf

Am 1. Januar 1942 wurde ich in Konitz (Westpr.) als Sohn des Hans Scheler und seiner Ehefrau Paula, geb. Roloff, geboren. Von 1948 bis 1956 besuchte ich die Grundschule in Berlin-Altglienicke und anschließend die Oberschule in Berlin-Adlershof, wo ich 1960 die Reifeprüfung ablegte. 1962 bestand ich am Albert-Einstein-Gymnasium in Berlin-Britz die Prüfung zur Anerkennung meiner Reifeprüfung und studierte von November 1962 bis Juli 1968 an der Freien Universität Berlin Volkswirtschaftslehre. Meine Lehrer waren Prof. Dr. Arndt, Prof. Dr. Bellinger, Prof. Dr. Dreißig, Prof. Dr. Hirsch und Prof. Dr. Thalheim. Nach meinem Examen als Diplom-Volkswirt war ich 4 Jahre wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Helmut Arndt am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin.

